

**DIETER SUHR**

# **GELD**

**ohne Mehrwert**

***Entlastung***

***der Marktwirtschaft***

***von monetären***

***Transaktionskosten***

**FRITZ KNAPP VERLAG**

*Jobst von Heynitz,  
der mich auf die Spur gesetzt hat*

# **GELD OHNE MEHRWERT**

**Entlastung der Marktwirtschaft  
von monetären Transaktionskosten**

von

**Professor Dr. Dieter Suhr**

FRITZ KNAPP VERLAG



FRANKFURT AM MAIN

## Inhalt

|  |     |
|--|-----|
| An den Leser . . . . .   | 7   |
| I. Teil: Streit um den Mehrwert . . . . .  | 12  |
| 1. Kapitel: Marx contra Proudhon:<br>Produktionssphäre oder Zirkulationssphäre? . . .  | 12  |
| 2. Kapitel: Eine pfiffige Idee von besserem Geld<br>Von S. Gesell über J. M. Keynes zum Trick<br>mit dem Greshamschen Gesetz . . . . . | 24  |
| 3. Kapitel: Wert, Preis, Tauschgerechtigkeit . . . . .   | 52  |
| II. Teil: Unser tägliches Geld . . . . .   | 67  |
| 4. Kapitel: Eigenschaften und Funktionen des Geldes . . . . .  | 67  |
| 5. Kapitel: Geldmenge, Geldumlauf, Geldpolitik . . . . .   | 79  |
| III. Teil: Kritik und Rekonstruktion der Geldordnung . . . . .   | 94  |
| 6. Kapitel: Ordnungspolitische Kritik der Geldordnung . . . . .  | 94  |
| 7. Kapitel: Verfassungsrechtliche Kritik der Geldordnung . . . . .   | 115 |
| 8. Kapitel: Die Entwertung der Liquidität als<br>Aufwertung der Kultur . . . . .   | 127 |
| Nachwort . . . . .   | 134 |
| Anmerkungen . . . . .  | 139 |

ISBN 3-7819-0302-8

Copyright 1983 by Fritz Knapp Verlag, Frankfurt am Main  
Gesamtherstellung: Druckerei Hugo Haßmüller, Frankfurt am Main

Printed in Germany

## *An den Leser*

Ich habe mich sehr bemüht, dieses Buch so zu schreiben, daß jeder es verstehen kann, der nur genügend Neugierde für die Sache mitbringt und auch entschlossen ist, hier oder dort einmal eine kleine Anstrengung beim Lesen auf sich zu nehmen, wenn eine ungewohnte Einsicht nicht auf Anhieb plausibel anmutet. Es soll zudem in den folgenden Kapiteln meistens nicht nur abstrakt und wissenschaftlich trocken zugehen, sondern möglichst anschaulich und auch nicht ganz ohne Schmunzeln.

Den Fachökonomem bitte ich zum einen um Nachsicht und Geduld: Erstens muß er annehmen, daß die Grenze zwischen ernst zu nehmenden Überlegungen und Scharlatanerie überschritten wird, wenn ein gelernter Jurist und Rechtsphilosoph über nichts Geringeres schreibt als „Geld ohne Mehrwert“. Zweitens wird – vor allem im dogmenhistorischen Teil – vieles erzählt, was dem Mann vom Fach vertraut ist. Daher kann ihm manches, so wie ich es zunächst bringe, als banal oder als überflüssig erscheinen.

Den Fachökonomem bitte ich zum anderen aber auch um geschärfte Aufmerksamkeit und gesteigerte Aufnahmebereitschaft: Dort nämlich, wo es um den Kern der Sache geht, lasse ich es an genauen Definitionen und Erklärungen nicht fehlen. Jeder Routinier kann sie in seiner Fachsprache nachvollziehen; jeder Kenner kann sich seine exakten Formeln hinzudenken. Aber er stößt auf Ungewohntes. Also muß auch er den Willen mitbringen, sich auf meine Überlegungen gerade deshalb einmal einzulassen, weil er zunächst geneigt sein dürfte, sie innerlich abzuwehren. Ein aufgeschlossener Könner mag sich dann sogar die Lektüre dieses Büchleins ersparen, wenn er nur meine Kernthese prüft, um dann für sich die praktischen Konsequenzen dieser Einsichten kritisch zu analysieren und Anknüpfungspunkte für geldordnungspolitische Verbesserungen zu finden. Für solche Fachleute, die schneller und selbständiger zum Ziel kommen wollen, werde ich daher den Kern meiner Überlegungen hier kurz darstellen. Die übrigen Leser mögen mir diesen

Vorgriff, dessen Sätze ihnen noch nicht ohne weiteres nachvollziehbar sein dürften, verzeihen. Sie können gleich zum Anfang des ersten Kapitels hinspringen.

Geld fungiert zunächst einmal als *Tausch- und Schuldtilgungsmittel*. Es wird für Waren und Dienstleistungen bezahlt. Dabei verkörpert es Kaufkraft, die in Währungseinheiten gemessen wird und z. B. in Form von Banknoten *von Hand zu Hand* geht.

Geld geht jedoch nicht nur von Hand zu Hand. Es wird von seinen Besitzern auch in der Kasse *bereitgehalten*, soweit sie jederzeit zahlungsfähig sein wollen. Das ist dann das Geld in seiner Funktion als *Liquiditätsmittel*. Die Liquidität ist nämlich ein wirtschaftlicher Vorteil, den das Geld bietet, solange es gerade noch nicht ausgegeben, sondern nur bereitgehalten wird. Diesen zusätzlichen Wert, den das Geld in der Kasse bietet, honoriert der Markt mit Zinsen: Wer jemandem anderen Liquidität zur Verfügung stellt, bekommt dafür die Liquiditätsprämie. Genau genommen handelt es sich allerdings um eine Prämie dafür, daß er sich auf Zeit seiner Liquidität begibt, also um eine *Liquiditätsverzichtsprämie*.

Wer Geld verleiht, der verkauft die wirtschaftlichen Vorteile, die mit Liquidität verbunden sind, und zwar pro Zeiteinheit. Während dieser *Zeit behält* der Verleiher die Kaufkraft des Geldes selbst in der Hand und bucht sie auf der Aktivseite seiner Konten: Er behält sie in Gestalt der *Valuta* seines Rückzahlungsanspruchs aus dem Darlehen, meist gut gesichert durch Hypotheken, Bürgschaften oder andere „Sicherheiten“. Worauf er gegen Entgelt verzichtet, das ist nur seine monetäre *Liquidität*.

Was ist nun der eigenartige Vorteil des in der Kasse bereitgehaltenen Geldes? Was ist der begehrte wirtschaftliche Vorteil der Liquidität? Der Vorteil besteht darin, daß das Geld ein generalisiertes Tauschmedium ist: Während man für bestimmte Waren oder Leistungen auch bestimmte Abnehmer braucht, kann man mit Geld praktisch überall und jederzeit, gegenüber jedermann und für jede wirtschaftliche Leistung zahlen. Das Geld spielt unter den Waren und Diensten eine gleiche Rolle wie der Joker in einem Kartenspiel, in dem der Joker jede andere Karte vertritt, oder wie die Buben im Skat. Spieltheoretisch dürfte dieser Vorteil des Geldes als eines generalisierten Mediums leicht und exakt faßbar sein.

Der wirtschaftliche Wert der Liquidität zeigt sich dort, wo sie vermarktet wird: auf dem Kapitalmarkt, insoweit er Liquiditätsmarkt ist. Man kann an der Liquiditätsprämie regelrecht ablesen, was Liquidität kostet, – also auch, wieviel Geld, das in der Kasse bereitgehalten wird, *mehr wert* ist als der Betrag des bereitgehaltenen Geldes selbst. Der Vorteil, den Liquidität bietet, ist wirtschaftlich meßbar, und der Zins (ohne

Risiko- und Inflationsausgleichsprämie) ist der Zeiger, an dem mit dem Preis auch der Marktwert der Liquidität abgelesen werden kann.

Auf dem Kapitalmarkt hat das Geld mithin über seinen *Kaufkraft-Nennwert* hinaus einen *Liquiditätswert*. Das Geld, das auf dem Kapitalmarkt verliehen wird, ist mit dem Ablauf von *Zeit mehr wert* als das Geld, das auf anderen Märkten ausgegeben wird. Die Differenz zwischen dem Nennwert dieses ausgegebenen Geldes und dem auf dem Geldmarkt verliehenen Geld ist der Mehrwert von Geld. Geld ist mehr wert als Geld. Geld hat einen nach Märkten *gespaltenen Wert*: Zum einen hat es seinen Kaufkraft-Nennwert. Zum anderen hat es seinen Liquiditätspreis pro Zeiteinheit. Bei diesem Preis der Liquidität handelt es sich geldtheoretisch nicht um einen „einfachen“ Kaufpreis, gemessen in „DM“, sondern um einen „Bestandhaltepreis“, gemessen in „DM *pro Zeitspanne*“. Der Nennwert des Geldes und sein Bestandhaltepreis werden kommensurabel, wenn der Liquiditätspreis kapitalisiert wird. Also darf man formulieren: Der *Mehrwert* des nach Märkten gespaltenen Wertes von Geld ist gleich dem kapitalisierten Preis seiner Liquidität.

Das verliehene Geld ist um den Mehrwert mehr wert als ausgegebenes Geld. Die Kaufkraft verliehenen Geldes wächst der Kaufkraft des ausgegebenen oder zurückbehaltenen Geldes davon, und zwar mit linearem Wachstum oder sogar, wenn Zinseszins effekte hinzukommen, mit exponentiellem Wachstum. So öffnet sich zwischen den beiden Werten des Geldes mit dem Ablauf von *Zeit* eine *monetäre Schere*.

Als Joker unter den Tauschobjekten wirkt das Geld privilegierend im Wirtschaftsverkehr, und der Zins, soweit er Liquiditätsprämie ist, sprudelt als Pfründe aus diesem Privilegium. Daher kann nicht die Rede davon sein, das Geld wirke im Tauschverkehr neutral. Die gerade *nicht neutrale Wirkung*, die das Geld bei einfachen Tauschgeschäften zeitigt, schlägt sich anschaulich ablesbar nieder bei Kreditgeschäften jeder Art, besonders typisch beim transtemporalen Kaufkraftaustausch, wie er im Zusammenhang mit Darlehensverträgen stattfindet. Weil die Liquiditätsprämie dafür sorgt, daß verliehene Kaufkraft der ausgegebenen Kaufkraft davonwächst, bringt sie die transtemporalen Preisgefüge aus dem Gleichgewicht. Sie behindert dadurch aber nicht nur den transtemporalen Leistungsaustausch, sondern den hinter Kreditgewährungen steckenden doppelten Austausch von Kaufkraft zwischen Wirtschaftssubjekten überhaupt; denn was für den einen *ein Transfer seiner Kaufkraft* in die Zukunft ist (*heute sparen* und weggeben, um *morgen* verbrauchen zu können), das ist für die Volkswirtschaft ein *zweifacher Transfer* von Kaufkraft zwischen den Betroffenen (*heute* Auszahlung von A an B, *morgen* Rückzahlung von B an A). Gehemmt wird schließlich die Bildung von Realkapitalien wie z. B. Produktionsanlagen und Arbeits-

plätzen, Mietwohnungen und Kostbarkeiten von Kunst und Kultur: nämlich immer dann, wenn ihre Rendite bzw. Wertsteigerung den Wettbewerb nicht bestehen kann mit dem Zins des Geldes.

Weil das Geld auf den Kapitalmärkten „mehr wert“ ist als auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen, ziehen die Kapitalmärkte Kaufkraft, die die Wirtschaftssubjekte zur Zeit entbehren können, besonders stark an. So wird sie von den übrigen Märkten weggesogen. Je reicher die Wirtschaftssubjekte einer Marktwirtschaft werden, über desto mehr solcher marginaler Kaufkraft verfügen sie. Desto nachhaltiger also wirkt sich auch der Sog aus, den der Mehrwert ausübt, mit dem auf den Kapitalmärkten gewunken wird. Desto weniger Geld kommt noch *direkt* als wirksame Nachfrage auf den Märkten für Waren und Dienstleistungen, Investitionsgüter und Kostbarkeiten an. Auf diesen Märkten jedoch müssen mit realen Leistungen die Profite erwirtschaftet werden, aus denen der verführerische Mehrwert bezahlt werden soll: der Mehrwert, den die Wirtschaftssubjekte erwarten, welche ihre marginale Kaufkraft anlegen, um Zinsen oder Kapitalrenten einzustreichen. Dabei gilt das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen nicht für die Befriedigung der Lust an der Vergrößerung des Vermögens durch Zinsen und Renten. Eher kommt und steigt der Appetit auf den Mehrwert mit dem Essen, und mit dem Essen wiederum steigen die Möglichkeiten, noch mehr Mehrwert zu sich zu nehmen. Diese Asymmetrie der Märkte, nicht gedämpft durch abnehmenden Grenznutzen, kann auf die Dauer nicht gut gehen. Der Wohlstand erstickt dann an seiner Nachfrage nach Mehrwert, die als Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen fehlt.

Bei alledem handelt es sich um Erkenntnisse, die vor allem von Keynes und seit Keynes recht genau diagnostiziert worden sind, – freilich nicht unter Stichworten wie Mehrwert, gespaltener Geldwert, monetäre Schere und mangelhafte Neutralität des Geldes, sondern im Zusammenhang mit der „wirksamen Nachfrage“ und im Zusammenhang mit der spätestens seit Keynes offiziell anerkannten, heute allerdings portfolio-theoretisch verfeinerten Erkenntnis, daß der Zinssatz von Geldkapital den Standard setzt für die Grenzleistungsfähigkeit von Realkapital.

Seit Keynes liegen auch die wichtigsten Formeln und Ansätze auf dem Reißbrett der Fachökonomien, mit deren Hilfe man nicht mehr nur die Symptome bekämpfen, sondern den Ursachen der Unausgeglichenheiten beikommen kann. Damit meine ich allerdings gerade *nicht* die zwiespältigen Instrumentarien dessen, was heute unter der Flagge des Keynesianismus segelt, sondern elementare Einsichten der „General Theory“, die langfristig nicht für, sondern gegen den landläufigen Keynesianismus sprechen. Denn der Keynesianismus erreicht nur die Symptome. Die General Theory jedoch hat es mit den Ursachen zu tun.

Es geht hier um eine *keynesianische Alternative* zum *Keynesianismus*: um die marktkonforme und marktbefreiende Abschöpfung des monetären Mehrwertes. Ich glaube, daß damit eine ganze Reihe von entscheidenden Problemen unserer Marktwirtschaft *zugleich* beeinflusst und entschärft werden kann. Aber um ein Allheilmittel zum Kurieren aller denkbaren Krankheiten, Wunden und Infektionen der Wirtschaft handelt es sich freilich nicht.

Mein Monetarismus unterscheidet sich von dem der Chicagoer Schule in dem entscheidenden Punkt, daß er auf Ausgleich und Abschöpfung des Mehrwertes zielt. Während die Chicagoer Schule der Sache nach einen durch und durch kapitalistischen Monetarismus vertritt, könnte man das Konzept hinter diesem Buch am ehesten kennzeichnen als einen postkapitalistischen Monetarismus.

Augsburg, den 18. Mai 1983: im Jahr des 100. Todestages von Karl Marx und des 100. Geburtstages von John Maynard Keynes.

*Dieter Suhr*

# I. Teil

## Streit um den Mehrwert

### 1. Kapitel

#### Marx contra Proudhon: Produktionssphäre oder Zirkulationssphäre?

Der Streit um den Mehrwert ist längst beigelegt. Wen interessiert noch die Dogmengeschichte? Wen interessiert noch der Mehrwert? Sollen die alten Geschichten wieder ausgekramt und nachgekaut werden?

Die FachökonomInnen langweilt das. Sie verwenden längst genauere Ausdrücke und arbeiten mit vielerlei exakten Formeln. Außerdem haben sie inzwischen ihren Klassikern sowie den beiden PolitökonomInnen, um die es jetzt geht, mehr als hundert Jahre Erfahrung mit der Industriegesellschaft voraus.

Die Marxisten werden ebenfalls unzufrieden sein: Man könne doch nicht auf ein paar Seiten erledigen, wozu Karl Marx drei dicke Bände Materialien zu den *Theorien über den Mehrwert* gesammelt und worüber er drei noch dickere Bände *Das Kapital* und vieles mehr geschrieben habe.

Und doch: Marx hat seine Gedanken nicht in der Schublade verstaut, und was am Ende doch noch darin zu finden war, wurde von anderen nachträglich veröffentlicht. Seine Gedanken haben viele Menschen „beseelt“. Seine Gedanken haben ihr Bewußtsein bestimmt und durch sie Geschichte gemacht. Deshalb ist es nur recht und billig, auf die geistige Weggabelung zurückzuschauen, wo sich die Entwürfe der Sozial- und Wirtschaftsreformer je nach Gestalt ihrer Gedanken über den Mehrwert getrennt haben und wo das, was Marx in seinem Bewußtsein hatte, das revolutionäre Sein in der Weltgeschichte mitbestimmt hat: getreu nach der Maxime des Deutschen Idealismus, daß das Bewußtsein das Sein bestimmt.<sup>1</sup>

Karl Marx (1818–1883) hat Geschichte gemacht, ja, aber Proudhon? Darf Pierre Joseph Proudhon (1809–1865) als ebenbürtiger Widersacher von Karl Marx auftreten? Ja, denn er steht für die Erklärung des Mehrwertes, die nicht Geschichte gemacht hat, von der aber nicht ausgeschlossen ist, daß sie zutreffend war. Vielleicht ist Proudhon trotz seiner gelegentlichen Unübersichtlichkeit und seiner polemischen

anschaulichkeit der Sache des Mehrwertes näher gekommen als sein bissiger Kritiker Marx; und wenn Proudhons Einsichten zum Geld, zum Kredit und zum Zins in den entscheidenden Punkten zutreffen sollten, dann hat womöglich ein grundlegender Irrtum Geschichte gemacht. Daß sein praktisches Konzept zur Beseitigung des Mehrwertes, seine Tauschbank, ein Fehlschlag war und werden mußte, darüber ist man sich heute so gut wie einig. Aber seine kritische Analyse?

Nach anfänglichem Lob und der Empfehlung<sup>2</sup>, Proudhons „Qu'est-ce que la propriété?“ (Was ist das Eigentum?) ins Englische zu übersetzen, läßt Marx später so gut wie kein gutes Haar mehr an Proudhon. Die erste Salve seiner Kritik steckt in seiner Schrift „Das Elend der Philosophie“, 1848 in Französisch und 1885 in Deutsch veröffentlicht: einer Auseinandersetzung mit Proudhons „Philosophie des Elends“ (*Système des contradictions économiques, ou philosophie de la misère*, Paris 1846). Den Höhepunkt dieses Verrisses bildet die Behauptung, den Schlüssel zu Proudhons vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Schriften bilde das Buch „Labour's Wrongs and Labour's Remedy“ des englischen Kommunisten John Francis Bray<sup>3</sup>. In der Tat: Beim Lesen von Proudhon wird man häufig an Gedanken von Bray erinnert („mutuality“, „reciprocity“, Tauschgerechtigkeit), und neben der Formulierung von Bray, die gängigen Arbeitsverträge liefen auf „legal robbery“ (legalen Raub) hinaus, klingt Proudhons „Eigentum ist Diebstahl“ gar nicht mehr sehr originell. Doch bleibt die kritische Funktionsanalyse des Geldes und des Kredits bei Bray hinter der die Zirkulation genauer erfassenden Diagnose Proudhons zurück<sup>4</sup>.

Die zweite Salve der Kritik publizierte Marx 1859 in seiner Schrift *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*<sup>5</sup>: Hier berichtet er von den Studien, die John Gray<sup>6</sup> zum Tausch und zum Geld verfaßt hatte:

„Er läßt eine nationale Zentralbank vermittle ihrer Zweigbanken die Arbeit vergewissern, die in der Produktion der verschiedenen Waren verbraucht wird. Im Austausch für die Ware erhält der Produzent ein offizielles Zertifikat ihres Werts, d. h. einen Empfangsschein für so viel Arbeitszeit, als seine Ware enthält, und diese Banknoten von 1 Arbeitswoche, 1 Arbeitstag, 1 Arbeitsstunde usw. dienen zugleich als eine Anweisung für ein Äquivalent in allen anderen in den Bankdocks gelagerten Waren. Das ist das Grundprinzip, sorgfältig durchgeführt im Detail und überall angelehnt an vorhandene englische Einrichtungen. Unter diesem System, sagt Gray, wäre es zu allen Zeiten ebenso leicht gemacht, für Geld zu verkaufen, als es nun ist, mit Geld zu kaufen; die Produktion würde die gleichförmige und nie versiegende Quelle der Nachfrage sein. Die edlen Metalle würden ihr ‚Privilegium‘ gegen andere Waren verlieren und ‚den ihnen gebührenden Platz im Markt einnehmen neben Butter und Eiern und Kaliko‘.“ „Nach der Februarre-

volution sandte Gray der französischen provisorischen Regierung eine Denkschrift zu, worin er sie belehrt, daß Frankreich nicht einer ‚organisation of labour‘ bedürfe, sondern einer ‚organisation of exchange‘, deren Plan völlig ausgearbeitet vorliege in dem von ihm ausgeheckten Geldsystem. Der brave John ahnte nicht, daß sechzehn Jahre nach Erscheinen des ‚Social System‘ ein Patent auf dieselbe Entdeckung ausgelöst werden sollte von dem erfindungsreichen Proudhon.“

Gray hatte in der Tat vorweggenommen, was Proudhon demnächst zur Benachteiligung der Anbieter von Arbeit und Waren (Nachfrager nach Geld) gegenüber den privilegierten Anbietern von Geld (Nachfragern von Arbeit und Waren) schreiben sollte. Schon Gray wollte das Verkaufen so leicht machen wie das Kaufen und deshalb Geld als Empfangsschein dafür konstruieren, daß sein Inhaber einen bestimmten Wert zum nationalen Reichtum entweder selbst beigetragen oder ein Recht darauf erworben habe von jemandem, der ihn beigetragen hat. Das Problem jedoch war die Bewertung der Arbeit nach ihrer Nützlichkeit und Ergiebigkeit für die Volkswirtschaft, die marktmäßige Organisation dieser Bewertung und der durch sie zu bewirkenden – wie wir heute sagen würden: – „Allokation“ der „Empfangsscheine“. Es sind jedoch auch Unterschiede sichtbar, die es unwahrscheinlich machen, daß Proudhon Gray plagiiert hat<sup>7</sup>, zumal Proudhon sich auch sonst nicht scheut, Vorgänger beim Namen zu nennen.

Die dritte Salve der Kritik steckt im dritten Band des Kapital sowie in einem von Marx selbst als „Episode“ bezeichneten Manuskript, das als Beilage zu den Theorien über den Mehrwert publiziert wurde<sup>8</sup>. Dieser dritte Komplex einer Kritik richtet sich speziell gegen Proudhons Lehre des Geldes und des Kredits. Er betrifft den Gegenstand, mit dem wir es auch hier zu tun haben: den Mehrwert und seinen Ursprung in der Zirkulation oder in der Produktion. Und was kritisiert Marx jetzt an Proudhon? Er wirft ihm vor, bei ihm werde das „surplus“ zum „surcharge“.<sup>9</sup>

Was sagt dieser Vorwurf: bei Proudhon werde „das surplus surcharge“? Nun: „Surplus“ meint „surplus value“, und „surplus value“ ist der Mehrwert im Sinne des wirtschaftlichen Wertes, der jemanden kein Äquivalent, keine Gegenleistung gekostet hat. Für Marx entsteht dieser Mehrwert, der dem Kapitalisten zuwächst, ohne daß er dafür eine äquivalente Leistung erbringt, im Produktionsprozeß, wo das Kapital als „wirkliches Kapital“ eingesetzt wird und Profit abwirft.

Marx sucht, entdeckt und behandelt den Mehrwert als eine Erscheinung der Produktionssphäre: Mehrwert ist der Profit von Realkapital. Der Zins für Geldkapital erscheint als eine bloße Ableitung des Profits von Realkapital: „Das zinstragende Kapital bewährt sich nur als solches,

soweit das verliehene Geld wirklich in Kapital verwandelt wird und ein surplus produziert, wovon der Zins ein Teil (ist). (. . .) Und so (beweist) das Kapital seine zinsschaffende Kraft nur, indem es übergeht in den Produktionsprozeß<sup>10</sup>.“ Im Zins und in der Rente wird der wirkliche Mehrwert nur „antizipiert“<sup>11</sup>. Wer den Mehrwert erfassen will und sich zu diesem Zwecke mit dem Zins für Geldkapital beschäftigt, statt mit dem Profit von Realkapital, bekommt in den Augen von Marx also nur das Symptom zu fassen, nicht die Sache selbst.

Soweit zum „surplus“. Was bedeutet nun, bei Proudhon werde das „surplus“ zum „surcharge“? Nun: „Surcharge“ ist der Aufschlag auf den Preis beim (Tausch-) Geschäft. Tauschgeschäfte und Kreditgeschäfte, in denen der Zins vorkommt, sind Erscheinungen der Zirkulationssphäre. Proudhon sucht, entdeckt und behandelt den Mehrwert mithin als eine Sache der Zirkulation, nämlich des Geldes und des Kredites, und nicht als eine Sache der Realkapitalien und der Produktion. Dabei verfährt er nicht einfach so, wie die Physiokraten, die den Mehrwert – in den Worten von Marx – „rein aus dem Austausch, dem Verkauf der Ware über ihren Wert“ erklärt haben. Proudhon sieht vielmehr die Besitzer von Geld im Tauschvorteil gegenüber den Anbietern von Waren oder Arbeit. Er sieht sie im Vorteil wegen derjenigen Eigenschaften des Geldes, die das Geld als das einzige allgemeine Zirkulationsmittel vor allen anderen Waren und vor der Arbeit auszeichnen. Mit dem Zins werden nach Proudhon Vorrechte honoriert, die das Zirkulations- und Tauschmittel Geld als eine Art König des Marktes seinem Inhaber bietet.<sup>12</sup> Wie ein König die Wege, so könne der Geldinhaber den Tauschverkehr sperren und eine Abgabe erheben. So werde das Geld nicht zum Schlüssel, sondern zum Riegel des Marktes<sup>13</sup>.

Was Marx als den wirklichen Produktionsprozeß des Kapitals bezeichnet, darin ist selbstverständlich eine ganz erhebliche Portion „Zirkulation“ miteinbegriffen: „Obgleich der Überschuß des Wertes der Ware über ihren Kostpreis im unmittelbaren Produktionsprozeß entsteht, wird er erst realisiert im Zirkulationsprozeß, und erhält um so leichter den Schein, aus dem Zirkulationsprozeß zu entspringen, als es in der Wirklichkeit, innerhalb der Konkurrenz, auf dem wirklichen Markt, von den Marktverhältnissen abhängt, ob oder nicht, und zu welchem Grad, dieser Überschuß realisiert wird.“<sup>14</sup> Diese Öffnung des Reproduktionsprozesses von Realkapitalien in Richtung auf den Markt betrifft jedoch nur die Absatzmärkte des Unternehmens, wohl auch noch die Zuliefermärkte und den Arbeitsmarkt, deren Preise den „Kostpreis“ der Ware mitbestimmen. Sie betrifft jedoch gerade nicht den Geld- und Kapitalmarkt, auf dem sich der „wirkliche“, der „industrielle Kapitalist“ vom bloßen Geldkapitalisten die Geldmittel borgt, die er danach in „wirkli-



ches Kapital“ verwandelt. Für diesen Marktsektor bleibt es für Marx dabei: Nicht der Geldmarkt gibt mit dem Zins einen Kostenfaktor vor, der durch die Kalkulation im Unternehmen hindurchläuft und dadurch den Mehrwertverdacht von dem „industriellen Kapitalisten“ ab- und auf den Geldkapitalisten hinlenkt. Vielmehr erscheint der Zins für Geldkapitalien als eine Funktion des „wirklichen“ Mehrwertes, der mit Realkapitalien erwirtschaftet wird. Nicht weil Geldkapitalien Zinsen einbringen, muß sich auch Realkapital rentieren; sondern weil Realkapital sich rentiert, bringt auch Geldkapital einen Zins. Proudhon sieht es genau umgekehrt: Weil und soweit Geldkapital Zinsen bringt, muß sich auch Realkapital rentieren.

Aus dem Unterschied in der Diagnose des Mehrwertsyndroms ergeben sich auch die Unterschiede in den Plänen für die Therapie: Für Marx entspringt der Mehrwert der Produktionssphäre, weil dem Kapitalisten als dem Kapitaleigentümer der Mehrwert zuwächst, den die Arbeiter durch den unbezahlten Teil ihrer Arbeit erzeugen. Soll den Arbeitern der volle Wert ihrer Arbeit zuwachsen und damit der Mehrwert verschwinden, dann muß nach Marx folgerichtig die Ordnung der Produktionsverhältnisse revolutioniert werden: Es gilt, die Eigentumsverhältnisse umzustürzen. Gehören den Arbeitern erst die Produktionskapitalien, dann wächst ihnen der Mehrwert ihrer Arbeit unverkürzt zu. Der Mehrwert ist verschwunden.

Für Proudhon entspringt der Mehrwert der Zirkulationssphäre und hat seine Ursache in denjenigen Eigenschaften des Geldes, die den Geldbesitzer zum König des Marktes machen. Also muß nach Proudhon die Zirkulationssphäre verändert werden, wenn der Mehrwert verschwinden soll. Eine Revolutionierung „bloß“ der Eigentumsverhältnisse würde nicht nur am falschen Ende ansetzen, sondern darüberhinaus auch nur das Symptom treffen, ohne die Ursache zu beseitigen.

Also versucht Proudhon, die Tauschgleichgewichtigkeit zwischen Geldbesitzern und Besitzern von Arbeit und Waren herzustellen, indem er die Waren mit Hilfe einer Tauschbank liquide machen will wie das Geld. Auch dafür gab es, wie gesagt, Vorläufer, und Marx hatte Proudhon schon 1847 in seiner Schrift „Misère de la philosophie“ auf die „Equitable Labour-Exchange-Bazaars“ hingewiesen,<sup>15</sup> die von Anhängern von Gray und Bray gegründet worden waren und Bankrott gemacht hatten: „Man hat den Geschmack daran für immer verloren: Warnung für Herrn Proudhon!“ Friedrich Engels<sup>16</sup> kann daher später spöttisch feststellen: „Man weiß, daß sich Proudhon diese Warnung nicht zu Herzen genommen hat. Im Jahre 1849 versuchte er selbst eine neue Tauschbank in Paris. Sie scheiterte aber schon, ehe sie ordentlich in

Gang gekommen war; eine gerichtliche Verfolgung Proudhons mußte zur Deckung ihres Zusammenbruches vorhalten.“

Allem Anschein nach widerlegen die praktischen Fehlschläge, die Proudhons Tauschbank und ihre Vorgänger erlebt haben, sein Konzept, jedenfalls, was seine Therapievorschlüsse angeht. Ist aber damit auch schon Proudhons Analyse und Diagnose widerlegt, daß der Mehrwert seine Ursache im Zins habe? – und ist damit auch schon die Analyse und Diagnose von Marx bestätigt, daß der Mehrwert im Profit des Realkapitals wurzele? – Die Frage bleibt offen. Doch bevor der gescheite Außenseiter hier zu Worte kommen soll, der sich als nächster in sehr origineller Weise mit dem Geld und mit dem Zins, mit dem Recht auf vollen Arbeitsertrag und mit Therapievorschlüssen beschäftigt hat, empfiehlt es sich, noch einen etwas genaueren Blick auf Karl Marx und seine Kritik an Proudhon zu werfen. Denn diese Kritik hinterläßt schon als solche in einem ganz bestimmten Punkt einen widersprüchlichen Eindruck.

Marx wirft Proudhon vor, er habe bei der Bestimmung des Wertes von Waren die Nachfrageseite vernachlässigt<sup>17</sup>. Marx paukt Proudhon ein: Nicht nur die Arbeit bestimme den Wert der Ware, sondern auch die Nützlichkeit der Arbeitsprodukte im Hinblick auf die Bedürfnisse, die zu befriedigen sie geeignet ist. „Das Produkt, welches man anbietet, ist nicht das nützliche an und für sich. Der Konsument bestimmt seine Nützlichkeit.“<sup>18</sup> „Es widerspricht somit den ökonomischen Tatsachen, den Wert der Lebensmittel durch den Wert der Arbeit zu messen; das hieße, sich in einem fehlerhaften Kreislauf bewegen, den relativen Wert durch einen relativen Wert bestimmen, der seinerseits erst wieder bestimmt werden muß.“<sup>19</sup> Etwas vereinfacht: Marx hält hier – bei der Bestimmung des Warenwertes – dem Theoretiker des Tausches, dem Theoretiker der Mutualität und dem Theoretiker der Zirkulation vor, *zu wenig* Theoretiker des Tausches, der Zirkulation und der Wechselwirkungen innerhalb des Tausches zu sein. Marx hämmert dem guten Proudhon ein: Dort auf dem Markt, wo die Waren ihre Nützlichkeit zu beweisen hätten, entscheide sich auch die Frage nach dem Wert der auf die Waren verausgabten menschlichen Arbeit. „Was der Wert für den wirklichen Ökonomen, ist der *Marktpreis* für den praktischen Kapitalisten: das jedesmalige Prius der ganzen Bewegung.“<sup>20</sup>

Wenn aber Proudhon dann tatsächlich einmal nach dem *Marktpreis* für verliehene Gegenstände im allgemeinen und vor allem nach dem *Marktpreis* für verliehenes Geld im besonderen fragt, – wenn er also im Bereich von Geld- und Realkapital bei dem „jedesmaligen Prius der ganzen Bewegung“ ansetzt und mit der Nützlichkeit des Geldes als solchem und *ihrem* Marktpreis zu tun bekommt, dann ist das dem guten

Marx auch wieder nicht recht: Wird *Geld* am Markt verliehen, damit es Zinsen bringe, dann soll gerade nicht der *Marktpreis* der theoretisch und praktisch entscheidende Anfang der ganzen Bewegung sein. Vielmehr konstituiert nach Marx erst der Produktionsprozeß, den der Empfänger des Darlehens später mit dem Geld in Gang bringt, den Mehrwert. Dieser Mehrwert wird im Zins nur „antizipiert“. Im Zusammenhang mit diesem Mehrwert stellen der Geldverleih und die Zinszahlung nur eine unbedeutende, vorweggenommene und nachgeschobene Form des Mehrwertes dar.

Man traut fast den eigenen Augen nicht: Marx, der sich selbst für einen Vollblutökonom hält, welcher anderen die ökonomische Funktion des Marktes einpauken muß, weil der Marktpreis das „jedemalige Prius der ganzen Bewegung“ sei, – dieser Marx verharmlost und verniedlicht das Geschehen am Kapitalmarkt zur wirtschaftlich blutleeren, bloß juristischen Konstruktion: „Die erste Verausgabung, die das Kapital aus der Hand des Verleihers in die des Anleihers überträgt, ist eine juristische Transaktion, die mit dem wirklichen Reproduktionsprozeß des Kapitals nichts zu tun hat, ihn nur einleitet. Die Rückzahlung, die das zurückgeflossene Kapital wieder aus der Hand des Anleihers in die des Verleihers überträgt, ist eine zweite juristische Transaktion, die Ergänzung der ersten; die eine leitet den wirklichen Prozeß ein, die andere ist ein nachträglicher Akt nach demselben. Ausgangspunkt und Rückkehrpunkt, Weggabe und Rückgabe des verliehenen Kapitals erscheinen also als willkürliche, durch juristische Transaktionen vermittelte Bewegungen, die vor und nach der wirklichen Bewegung des Kapitals vorgehen und mit ihr selbst nichts zu tun haben. Für diese wäre es gleichgültig, wenn das Kapital von vornherein dem industriellen Kapitalisten gehörte und als sein Eigentum daher nur zu ihm zurückflösse.“<sup>21</sup>

Ob es für den „praktischen Kapitalisten“, den Marx hier beschwört, in bezug auf die von ihm erzeugte „wirkliche Bewegung des Kapitals“ tatsächlich gleichgültig ist, ob er mit Eigen- oder Fremdkapital arbeitet, mag hier dahinstehen. Jedenfalls wird der Marktpreis für die Geldform der Ware, der Zins, und wird die Macht des Marktes ökonomisch nicht ernst genommen, sondern hinter Formeln von „juristischen Transaktionen“ verschleiert.

Marx sieht im Geldverleih und im Zins, der dafür gefordert und gezahlt wird, ein bloß juristisches Vorgeplänkel zum wirklichen ökonomischen Reproduktionsprozeß des Kapitals. Im Zins wirft der wirkliche Mehrwert nur seine Schatten voraus. Also erwartet Marx auch gar nicht, den Gegenwert des Darlehens, für den am Markt der Zins gezahlt wird, dort zu entdecken, wo das Geld als solches angeboten, wo es als solches nachgefragt und wo es schließlich als solches gegen Zins vorübergehend

zur Verfügung gestellt wird, – sondern er sucht diesen Gegenwert des Zinses in der nachfolgenden Reproduktionsphase des Kapitals. Das Äquivalent, für das *am Markt* der Zins gezahlt wird, erscheint daher für Marx gerade nicht als eine Eigenschaft der tatsächlich angebotenen und der tatsächlich nachgefragten *flüssigen Geldmittel* als solcher, sondern als eine Eigenschaft des erst danach in „wirkliches Kapital“ verwandelten Geldes: „Was gibt der Geldkapitalist dem Anleiher, dem industriellen Kapitalisten? Was veräußert er in der Tat an ihm? (. . .) Was ist der Gebrauchswert, den der Geldkapitalist für die Zeit des Ausleihens veräußert und an den produktiven Kapitalisten, den Borger, abtritt? Es ist der Gebrauchswert, den Geld dadurch erhält, daß es in Kapital verwandelt wird, daß es als Kapital fungieren kann, und daß es daher einen bestimmten Mehrwert, den Durchschnittsprofit, (. . .) in seiner Bewegung erzeugt, außerdem, daß es seine ursprüngliche Wertgröße wahrhaft (. . .). Diesen Gebrauchswert des Geldes als Kapital – die Fähigkeit, den Durchschnittsprofit zu erzeugen – veräußert der Geldkapitalist an den industriellen Kapitalisten.“<sup>22</sup>

Danach ist der mittellose Jungunternehmer, der sich Betriebsmittel vom Kapitalisten besorgen muß, der eigentliche Kapitalist, während der Geldkapitalist im Hintergrund bloß durch juristische Konstruktion „willkürlich“ mit dem Mehrwert aus dem Produktionsprozeß verbunden erscheint und sonst „nichts zu tun“ hat. Für Proudhon dagegen kann der mittellose Jungunternehmer seine unternehmerische Arbeitskraft nicht loswerden ohne Produktionsmittel und gerät dadurch selbst in die Abhängigkeit vom Geldkapitalisten; denn der Geldkapitalist verlangt wenigstens das *von ihm*, was der Geldkapitalist *am Markt* sonst geboten erhält für die Überlassung des Gebrauchswertes, den das Geld für welche Zwecke auch immer hat. Diesen mittellosen Jungunternehmer, der vom Geldkapitalisten abhängig ist und ihm den Zins schuldet, als den eigentlichen „industriellen Kapitalisten“ zu betiteln und zu behandeln, das ist – aus der Sicht Proudhons – Hohn und Spott: Macht doch Marx den Bock zum Gärtner; definiert er doch den Ausgebeuteten zum Ausbeuter; verruft er doch denjenigen als den Dieb, der nach der Formel: „Eigentum ist Diebstahl“, selbst bestohlen wird.

Die Geldkapitalisten müßten dem guten Marx für ein solches Leumundszeugnis, das sie vom Mehrwertverdacht entlastet, wahrhaftig dankbar sein bis zum jüngsten Tag. Bringt doch der Zins, den der Unternehmer als Borger zahlen muß, ihn um einen Teil des Gewinnes, den er durch seine unternehmerischen Anstrengungen erwirtschaftet hat; muß er doch über das, was er für sich erwirtschaften kann, selbst noch *unternehmerische* „surplus-Arbeit“ leisten, um die Zinsforderun-

gen des Geldkapitalisten zu befriedigen, soweit er nicht den Druck, der auf ihm lastet, auf die Arbeiter abwälzen kann.

Entspringt aber der Mehrwert nicht der Produktionssphäre, sondern der Zirkulationssphäre, genauer: dem Geld- und Kapitalmarkt, dann haben auch die Renditen von (vermehrbar) Realkapitalien ihre mittelbare Ursache im Zins des Geldes, und mit diesen entscheidenden Überlegungen hat Proudhon auf der ganzen Linie recht behalten: Der Geldanleger steht vor der Qual der Wahl, ob er sein Geld in verzinliche Geldforderungen stecken soll (Obligationen u. ä.) oder in ein Unternehmen, in Häuser oder Aktien (Realkapitalien). Sieht man hier der Einfachheit halber einmal von portfolio-theoretischen Verfeinerungen der Problematik ab (Risiko-Überlegungen und Ähnlichem), dann gilt: Der Anleger schiebt seine Liquidität dorthin, wo er sich die höheren Erträge erhofft. Sein Geld steht für die Vermehrung von Realkapitalien nur dann zur Verfügung, wenn er erwarten kann, daß ihre Rendite höher ist als die Zinsen, welche bei einer Anlage in Obligationen in Aussicht stehen. Deshalb werden Realkapitalien, die nicht wenigstens den Zins des Geldes erwarten lassen, gar nicht erst geboren. Das wissen spätestens seit Keynes die ABC-Schützen der Volkswirtschaftslehre: Der Grenznutzen des Geldkapitals setzt den Standard für den Grenznutzen von Realkapital; der Zinsfuß begrenzt die Wachstumsrate von Realkapital.

Mit anderen Worten: Das Hindernis für eine Volkswirtschaft auf dem Weg in den *wirklichen* Reichtum ist der Zins des Geldes: Die Entstehung von *realen* Kapitalien, sei es in Form von Produktionsanlagen, sei es in Form von Kostbarkeiten, die als Kapitalanlage fungieren können, wird gebremst und verhindert, wenn und soweit sie sich nicht rentieren, – also die Konkurrenz mit dem Zins des Geldes nicht gewinnen können.

So verschieden also sieht die wirtschaftliche Welt aus, je nachdem, ob man sie durch die Marxsche oder die Proudhonsche Mehrwert-Brille betrachtet.

Nach allem bleibt immer noch die Frage: Worin liegt der ganz besondere Gebrauchswert des Geldes tatsächlich, für den der „Geldkapitalist“ den Zins fordern kann? Worin liegt er, wenn er nicht in der eigenartigen Fähigkeit von Realkapital liegen sollte, den Durchschnittsprofit zu erzeugen? – Seit *John Maynard Keynes* kennen wir auf diese Frage eine weitgehend akzeptierte Antwort, auf die später noch wiederholt zurückzukommen sein wird. Marx ist übrigens an dieser Antwort sehr nahe vorbeigegangen, als er in seiner „Episode“ über „Revenue and its Sources“ in etwas anderem Zusammenhang aus *Francis William Newman*, *Lectures on political economy*, London 1851, zitierte: „Der große Vorteil, der mit dem Besitz von Gold und Silber verbunden ist, da er die

Möglichkeit gibt, die günstigsten Momente des Kaufes auszuwählen (. . .).<sup>23</sup>“

Hinter der Überzeugung von Marx, daß der Mehrwert der Produktion entspringe und nicht der Zirkulation, steht zum einen der große Gedanke, den auch die Klassiker der Ökonomie z.T. vertraten: Der Mehrwert könne schwerlich an anderer Stelle entstehen als dort, wo überhaupt Werte produziert würden, und neue Werte könnten eben letztlich nur durch Arbeit geschaffen werden. Hinter der Überzeugung von Marx steht jedoch noch eine andere These, die die Logik des ersten Gedankens zu bestätigen scheint und die Überzeugungen von seiner Richtigkeit befestigte: Der Tausch schaffe keine wirtschaftlichen Werte, also auch keinen Mehrwert. „Man mag sich drehen und wenden, wie man will, das Fazit bleibt dasselbe. Werden Äquivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert, und werden Nicht-Äquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert. Die Zirkulation oder der Warentausch schaffen keinen Wert (Mehrwert).<sup>24</sup>“

Die Frage nach der Schöpfung des Mehrwertes, der ja keine „Schöpfung aus dem Nichts<sup>25</sup>“ sein könne, bereitete in der Tat den Ökonomen vor Marx sowie Marx selbst erhebliche Mühe: „Der Profit kann nicht aus der Produktion herkommen, sagt Torrens, denn sonst wäre er ja schon in den Kosten der Produktion enthalten, also kein Überschuß über diese Kosten. Der Profit kann nicht aus dem Warenaustausch herkommen, antwortet ihm Ramsay, wenn er nicht bereits im Warentausch vorhanden war. Die Wertsumme der ausgetauschten Produkte ändert sich offenbar nicht durch den Austausch der Produkte, deren Wertsumme sie ist. Sie bleibt dieselbe nach wie vor dem Austausch.<sup>26</sup>“ So muß er für Marx letztlich doch aus der Produktion kommen, wo der „Überschuß des Werts der Ware über ihren Kostenpreis“ entsteht, auch wenn dieser überschießende Wert erst in der austauschenden Zirkulation „realisiert“ werden kann.

Wenn aber der Mehrwert aus dem Überschuß des Werts der Ware über ihren Kostenpreis herrührt, dann sind es die niedrigen Lohnkosten, die den Ausschlag geben, und die wiederum sind bedingt durch den *Arbeitsmarkt*, so daß die Frage nach dem Mehrwert auch wieder von der Produktion hätte abgelenkt werden müssen auf den Markt: Woher kommt die Marktmacht des Kapitalisten, die ihn befähigt, am Markt mehr Arbeit einzukaufen, als er bezahlt? Offenbar werden auf dem Arbeitsmarkt doch keine Äquivalente ausgetauscht.

Für die weiteren Überlegungen wird es also darauf ankommen, die alles entscheidende Grundthese von Marx noch einmal zu überprüfen, daß im Warenaustausch kein Wert und daher auch kein Mehrwert entstehen könne und daß insbesondere beim Geldverleih kein Mehrwert

entspringe, sondern nur vorweggenommen werde. Immerhin ist auch denkbar, daß der Mehrwert gerade nicht (wie wirtschaftliche Werte sonst in den meisten Fällen durch Produktivität) *erzeugt*, sondern bei Gelegenheit ungleicher Tauschgeschäfte ohne äquivalente Gegenleistung einfach *abgezweigt* wird.

Da der Mehrwert von Marx selbst definiert wird als ein (wirtschaftlicher) Wert, für den kein Äquivalent eingesetzt worden ist: „surplus value“ als „value“, der kein Äquivalent gekostet hat<sup>27</sup>, scheint es, als lasse sich das Problem nur erklären, wenn man dem „Äquivalent“ auf den Grund geht. Auf welche Fragen man dabei stößt, läßt sich am besten mit einer kleinen Geschichte verdeutlichen, die auf moderne Ansätze zur Lösung der Probleme von „Wert und Preis“<sup>28</sup> zugeschnitten ist.

Max und Moritz wollten von verschiedenen Seiten durch die Wüste fahren und sich in einer bestimmten Oase treffen, um den Geburtstag von Wilhelm Busch zu feiern. Für ihre Safari bestens gerüstet, fragten sie zuletzt noch eine Seherin, was vielleicht noch zu tun sei. „Jeder von euch,“ sprach sie, „nehme noch ein Ersatzteil für sein Fahrzeug mit, und zwar ein solches, von dem man am wenigsten erwarten sollte, daß es unterwegs gebraucht wird!“ Sie taten, was ihnen die Seherin aufgetragen hatte, und brachen mit ihren beiden Geländefahrzeugen gleicher Bauart und mit je einem unnützen Teil an Bord auf.

Alles ließ sich vorzüglich an. Pünktlich zum Vorabend des geplanten Zusammentreffens konnte Max am Horizont schon eine Staubwolke sehen, die wohl von Moritz stammte, und Moritz sah ein Wölkchen, als dessen Urheber er seinen Freund Max vermutete. Dann aber hatte die wissenschaftliche Vorsehung für sie beide noch eine Panne eingeplant: Am Fahrzeug von Max fiel das Teil aus, das Moritz auf Anraten der Seherin noch mitgenommen hatte; und am Fahrzeug des Moritz versagte das Teil, welches Max noch eingepackt hatte. Beide machten sich nun zu Fuß auf den Weg zur Oase, um noch rechtzeitig zur Geburtstagsfeier zu kommen und um mit dem jeweils anderen weiterzufahren. Ich brauche die verdutzten Gesichter der beiden nicht zu beschreiben, die sie machten, als sie einander zu Fuß kommen sahen, auch nicht ihre Dankbarkeit gegenüber der Seherin, als sie sich von ihrem Pech berichteten und feststellten, daß die Ersatzteile paßten, wenn sie sie nur austauschten.

Als jedoch Max ganz vergnügt bemerkte, jetzt würden sie sogar jeder noch ein vorzügliches Tauschgeschäft machen, sah Moritz die Gelegenheit gekommen, seinem Freund eine Lehre zu erteilen. Max und Moritz nämlich hatten sich vor ihrer Reise schon nächtelang über den Mehrwert gestritten, und der gute Max hatte sich dabei als geschliffener Theoretiker der marxistischen Kritik der politischen Ökonomie erwiesen. Also sagte Moritz jetzt ebenso vergnügt und leichthin: „Tauschen willst du? Warum tauschen?“

Max, nichts ahnend, ließ sich auf das Spielchen ein: „Mein lieber Freund! Zwar ist schwer einzusehen, warum wir unsere Teile tauschen sollten, besonders für jemanden wie dich, der gerade einige Stunden

durch die Wüstensonne marschiert ist und der jetzt die eine oder andere Fata Morgana für eine Wirklichkeit und eine ökonomische Wirklichkeit bloß für eine Fata Morgana halten mag: Hast du nicht ein Ersatzteil, das für dich so gut wie wertlos, für mich aber sehr wertvoll ist? – und habe ich nicht ein Ersatzteil, das für mich so gut wie wertlos, für dich aber von außerordentlichem Nutzen ist? Wenn wir nun die Teile tauschen, stehen wir uns dann nicht beide um so viel besser, wie die Brauchbarkeit der eingetauschten Teile die vorherige Nutzlosigkeit der hinweggegebenen Teile übersteigt? Sollte ich mir also dieses Geschäft – solltest du also dir diesen Gewinn entgehen lassen?“

„Ich will ihn mir durchaus nicht entgehen lassen! Aber daß du, lieber Max, den ich als einen prinzipientreuen Menschen kennengelernt habe, mir jetzt einen Warentausch vorschlägst mit der Begründung, hinterher stünden wir uns offensichtlich besser und besäßen wertvollere Teile als vorher: das will mir nicht in den Kopf. Hast du mir nicht immer wieder eingehämmert: „Der Warentausch schafft keinen Wert, schafft keinen Mehrwert!“? Wenn du mit dieser These recht hast: Warum dann willst du jetzt tauschen? Was ist es, das der Warentausch in diesem Falle erzeugt und was dich zum Tauschen treibt? Und weiter: Wenn sich, wie du mir immer wieder versichert hast, die Wertsumme der ausgetauschten Produkte durch den Austausch der Produkte, deren Wertsumme sie ist, nicht ändert, – warum tauschen wir dann? Warum sollte sich jemand der Mühe des Tausches unterziehen und womöglich noch Transaktionskosten in Kauf nehmen, wenn er danach nicht wenigstens ein wenig reicher geworden ist? Und weil wir beide ganz offenbar durchaus tauschen wollen, um jeder hinterher nicht nur ein wenig, sondern ganz erheblich reicher zu sein, wächst dann nicht auch unser gemeinsamer Reichtum durch den Tausch nicht nur ein wenig, sondern ganz erheblich? Sagt nicht auch dein großer Marx, der Wert der Ware hänge nicht nur von der Arbeit ab, die der eine hineinsteckt, sondern auch von der Nützlichkeit, die sie für den anderen hat? Schafft dann nicht gerade der Tausch, wenn auch nicht gleich einen Mehrwert, so doch jedenfalls Werte, weil er jedem etwas gibt, das gerade ihm nützlicher ist als das, was er weggibt? Lassen sich Werte einfacher und vergnüglicher und sozialer und freiheitlicher ‚schaffen‘ als auf diesem Wege des Tausches? Warum, frage ich dich, stößt man nach erfolgreichem Vertragsabschluß nicht selten auf den Abschluß mit einem Glas Champagner an? Mir scheint, daß du mitten in der Wüste unseres praktischen Lebens sehr viel vernünftiger zu *handeln* wünschst, als du in den reinen Gefilden deiner Theorie *denken* darfst!“

Max merkte wohl, daß er in eine Falle gelaufen war. Moritz jedoch bohrte nicht weiter: Er setzte auf die stille und widerstandslosere Wirkung einmal bewußtgemachter und dadurch in Gang gebrachter innerer Widersprüche. Er beredete daher sofort, daß man zuerst das leichtere Ersatzteil aus seinem Fahrzeug holen und in das von Max einbauen sollte, um dann mit dessen Wagen zu seinem Wagen zu fahren . . .

Der gute Max aber konnte von Stund an seine Safari gar nicht mehr so richtig genießen. Denn in ihm rief *eine* Stimme beständig: „Der Waren-

tausch schafft keinen Wert, keinen Mehrwert!“ Und in ihm fragte eine *andere* Stimme ebenso beharrlich: „Warum hast du dann Waren getauscht?“ Zu allem Übel befahl den guten Max, kaum von der Reise zurück, auch noch ein böses Fieber. Jetzt wuchsen sich seine inneren Stimmen zu einem fürchterlichen Alptraum aus: Es schallte aus allen Radios, Fernsehgeräten und Lautsprechern, daß der Weg zum Mehrwert nicht über den Tausch führe, sondern durch die Produktion. Gleichzeitig tönten aus allen Radios, Fernsehgeräten und Lautsprechern die Stimmen verzweifelter Bürger und ihrer Makler, die bestimmte Waren gegen bestimmte Waren zu tauschen wünschten und nach Tauschpartnern suchten. Die unzufriedenen und daher aufrührerischen Tauschwilligen hatten dem armen Max schon eine Schlinge um den Hals gelegt und drohten, ihn zu lynchen, wenn er ihnen nicht sofort antwortete: Was schafft der Warentausch? Was schafft der Warentausch? Was schafft der Warentausch?

Diese kleine Geschichte zeigt: Der Tausch bringt für die Tauschpartner durchaus so etwas wie einen Mehrwert mit sich, nämlich insofern das, was sie bekommen, ihnen *mehr wert* ist als das, was sie hinweggeben. Diese Einsicht spielt eine entscheidende Rolle bei der Frage nach der Tauschgerechtigkeit; denn nur dann, wenn der Vorteil beider Tauschpartner etwa gleich groß ist, ist der Tausch gerecht. Aber zur unmittelbaren Erklärung des Mehrwertes, den Marx im Auge hatte, trägt die Einsicht noch nicht bei. Da bietet sich vielmehr ein zweiter, monetärer Einstieg und Ansatz an, der zum Kern des Problems hinführt: Wenn damit das Mehrwertproblem im folgenden Kapitel weitgehend geklärt sein wird, wird es auch leichter fallen, das Problem der Tauschgerechtigkeit bei Geschäften unter Verwendung von Geld im 3. Kapitel genauer zu fassen.

## 2. Kapitel

### Eine pfiffige Idee von besserem Geld

Von S. Gesell über J.M. Keynes  
zum Trick mit dem Greshamschen Gesetz

Nach Proudhon und Marx muß im Zusammenhang mit Fragen des Mehrwertes und des Geldes jetzt eines Außenseiters gedacht werden: *Silvio Gesell*<sup>29</sup> (1862–1930). Gesell ist mit Gedanken und Vorschlägen auf den Plan getreten, die ungewöhnlich, ja, auf den ersten Blick geradezu absurd anmuten. Was er herausgefunden und angeboten hat, schien und scheint allem so sehr zu widersprechen, was man sich als Laie

oder Fachmann unter Geld vorstellt, daß er sehr lange auf so gut wie gar keine Resonanz stieß. Schüler und Gefolgschaft fand er auch später eigentlich nur wiederum unter Außenseitern. Was aber können Außenseiter tun, um die Aufmerksamkeit des fachwissenschaftlichen Betriebes auf sich zu lenken? Sie brauchen einen Brückenkopf innerhalb dieses Betriebes. Deshalb möchte auch ich den Außenseiter Gesell hier durch die Augen von *John Maynard Keynes* (1883–1946) vorstellen, – wohl zum Überdruß einiger Fachökonomien, denen die folgenden Zitate von Gesellianern schon häufig – und eben stets erfolglos – vorgehalten worden sind. Keynes bietet sich hier aber auch deshalb an, weil im Folgenden bei Keynes angeknüpft werden wird, um die Unzulänglichkeit des Gesellschen Konzeptes zu erkennen und zu überwinden.

*Keynes* ist, neben *Irving Fisher* (1867–1947), der Gesells monetäre Vorschläge ausdrücklich übernommen hatte,<sup>30</sup> der einzige große Wirtschaftswissenschaftler, der Gesell ohne Scheu bemerkenswerte Anerkennung gezollt hat. *Keynes* hat bekanntlich selbst eine die eigenen Grundlagen erschütternde Wandlung durchgemacht, wie sie selten von Wissenschaftlern eingestanden wird. Mag auch die volkswirtschaftliche Theorie inzwischen über ihn hinausgegangen sein, ihn korrigiert und ihn ergänzt haben: Vieles von dem, was er damals in dem Buch ausgebreitet hat, aus dem ich jetzt zitieren möchte, gehört heute zu den ökonomischen Grundlagen und ist treffender, als es die geld- und fiskalpolitischen Folgerungen sind, die unter der Flagge „Keynesianismus“ laufen.

*Keynes*<sup>31</sup> nannte Gesell einen „seltsamen, zu Unrecht übersehenen Propheten (. . .), dessen Werk Einfälle tiefer Einsicht enthält und der nur gerade eben verfehlte, bis zum Kern der Sache vorzudringen.“ *Keynes* war auch überzeugt, „daß die Zukunft mehr lernen wird durch den Geist Gesells als durch den Geist von Marx.“ Er sagt:

„In den Nachkriegsjahren bombardierten mich seine Anhänger mit Exemplaren seiner Werke; aber wegen gewisser offenkundiger Mängel seiner Beweisführung verfehlte ich vollständig, ihre Vorzüge zu entdecken. Wie so oft im Falle unvollkommen analysierter Eingebungen wurde ihre Bedeutung erst augenscheinlich, nachdem ich meine eigenen Folgerungen auf meine eigene Art erreicht hatte. Wie andere akademische Ökonomen behandelte ich bis dahin seine tief originellen Bestrebungen als nichts Besseres als die eines Überspannten. Da die Bedeutung Gesells voraussichtlich wenigen Lesern dieses Buches sehr vertraut sein wird, will ich ihm einen sonst unverhältnismäßig großen Platz einräumen.“

Gesell war ein erfolgreicher deutscher Kaufmann in Buenos Aires, der durch die Krise der späten achtziger Jahre, die in Argentinien besonders heftig war, zur Erforschung der geldlichen Probleme geführt wurde. Sein erstes Buch, *Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat*, wurde 1891 in Buenos Aires veröffentlicht. (. . .) Das letzte

Jahrzehnt seines Lebens wurde in Berlin und in der Schweiz verbracht und der Propaganda gewidmet. Gesell zog die halbreligiöse Verehrung auf sich, die früher Henry George umgab, und wurde der verehrte Prophet eines Kultus mit Tausenden von Anhängern in der ganzen Welt. Die erste internationale Zusammenkunft des schweizerischen und deutschen Freiland-Freigeld-Bundes und ähnlicher Organisationen aus vielen Ländern wurde 1923 in Basel abgehalten. Nach seinem Tode 1930 wurde ein großer Teil der besonderen Art von Schwärmerei, die Doktrinen wie die seine hervorrufen können, auf andere (nach meiner Ansicht weniger bedeutende) Propheten gelenkt. Dr. Büchi ist der Führer der Bewegung in England, aber ihre Literatur scheint von San Antonio, Texas, verbreitet zu werden. Ihre Hauptstärke liegt heute in den Vereinigten Staaten, wo Professor Irving Fisher, als einziger unter den akademischen Ökonomen, ihre Bedeutung erkannt hat.“

Ohne von Proudhon zu wissen, hatte Gesell als tüchtiger Kaufmann ebenfalls bemerkt, daß sich Geld leichter unters Volk bringen läßt als angebotene Arbeit oder Ware. So war auch er in seiner im Selbstverlag in Buenos Aires 1891 erschienenen Erstschrift „Die Reformation im Münzwesen als Brücke zum sozialen Staat“ auf den Gedanken einer Tauschbank verfallen, hatte dabei jedoch ein Problem entdeckt: Wegen Lagerkosten, Alterung und Verderb würden die Waren einem Schwund unterliegen. Sollte die Rechnung aufgehen, so mußten also auch die für die Waren ausgegebenen Gutscheine einen entsprechenden Schwund erleiden, weil sonst bald mehr Gutscheine umlaufen würden, als Ware auf der Bank wäre. Den Tauschbank-Gedanken gab Gesell bald wieder auf, aber die Idee, das Geld den Waren anzunähern und anzugleichen durch einprogrammierten Schwund, behielt er bei: Herabstufung des Geldes auf die Ebene der Waren, „rostende Banknoten“.

Später erkannte Gesell, daß er mit seinen Überlegungen auf einen Weg gestoßen war, auf dem man die Mehrwertlehre von Karl Marx über den Haufen werfen konnte, und daß er, was die Analyse der Zirkulation betrifft, in Proudhon einen Vorkämpfer gehabt hatte, – einen Vorkämpfer, der im Sperrfeuer der verächtlichen Kritik von Marx fast untergegangen war. Wie Gesell seine Position im Verhältnis zu Marx und Proudhon sieht, dazu möge er sich – auch im Hinblick auf unsere bisherigen Überlegungen – am besten selbst äußern:

„Marx' Untersuchung des Kapitals schlägt von Anfang an den verkehrten Weg ein. Wie es der erste beste Bauer macht, so betrachtet auch Marx das Kapital als ein Sachgut. Für Proudhon dagegen ist der Mehrwert nicht Produkt eines Sachgutes, sondern Produkt eines wirtschaftlichen Zustandes, eines *Marktverhältnisses*. Marx sieht im Mehrwert einen Raub, die Frucht des Mißbrauches einer Macht, die der Besitz gibt. Für Proudhon unterliegt der Mehrwert dem Gesetz von Angebot und Nach-

frage. Für Marx ist der *positive* Mehrwert selbstverständlich, für Proudhon mußte auch die Möglichkeit eines *negativen* Mehrwertes in den Kreis der Betrachtung gezogen werden (positiv = der Mehrwert auf seiten des Angebots, d.i. der Kapitalisten, negativ = Mehrwert auf seiten der Nachfrage, d.i. der Arbeiter). Marx' Ausweg ist die durch Organisation zu schaffende Übermacht der Besitzlosen; Proudhons Ausweg ist die Beseitigung des Hindernisses, das uns von der vollen Entfaltung unserer Produktivkraft abhält.“ Auch sonst habe es an Versuchen, Zins und Mehrwert zu erfassen, nicht gefehlt. Sie seien aber fehlgeschlagen. „Der Grund dieses Fehlschlages liegt ( . . . ) einfach darin, daß der Kapitalzins ( . . . ) ein Geschöpf oder Nebenerzeugnis des herkömmlichen Geldes ist und darum auch nur mit Hilfe der Geldtheorie wissenschaftlich erklärt werden kann. ( . . . ) Ohne Einblick in das innere Wesen des Geldes ist es unmöglich, den Zins zu erklären. Die Lehre vom Zins kann nur von der Lehre vom Geld abgeleitet werden<sup>32</sup>.“

Gesell hatte ein doppeltes Problem vor sich: Erstens kämpfte er gegen (wissenschaftliche) Vorstellungen vom Geld an, nach denen Papiergeld und gar Papiergeld ohne Golddeckung so gut wie unvorstellbar war, weil, wie man z. B. glaubte, dem Papier der „innere Wert“ fehle. Gesell hat in diesem Punkte auf der ganzen Linie recht behalten gegenüber damaligen Repräsentanten der Wissenschaft vom Gelde. Hier belehrte der kaufmännische Praktiker die Theoretiker auf eine zwar außerordentliche scharfsinnige, für Wissenschaftler aber wohl zu anschauliche Art und Weise.

Zweitens kam es Gesell auf ein Geld an, das seine volkswirtschaftlichen Funktionen besser erfüllt als das bisherige. Es ging ihm, wie wir heute sagen würden, um eine „funktionale Optimierung“ des Geldes als eines Zirkulationsmittels. Die, wie Gesell sie nannte, „rohe Quantitätstheorie“ des Geldes, für deren präzisierete, modernisierte und differenzierte Version später *Milton Friedman* den Nobelpreis erhalten sollte, war dabei ein Durchgangsstadium seiner Überlegungen. Er verwarf sie als ungenügend, weil mit dem üblichen Geld die erstrebte Geldmengenregulierung nicht genau genug greifen und infolgedessen die erwünschten Ergebnisse auch nicht erbringen würde:

„Die Quantitätstheorie, die für alle Waren ohne Einschränkung als richtig anerkannt wird, hat man auch auf das Geld übertragen und richtig gesagt, daß der Preis des Geldes von dem Geldvorrat bestimmt wird; doch hat die Erfahrung gezeigt, daß das Geldangebot vom Geldvorrat nicht so beherrscht wird, wie für solche Quantitätstheorie vorausgesetzt wird ( . . . ). Gewiß, der Geldvorrat ist für das Geldangebot nicht gleichgültig, denn dieser Vorrat zieht dem Angebot nach oben eine Grenze. Aber ( . . . ) eine untere Grenze (ist) überhaupt nicht zu erkennen. Wenn aber das Geldangebot nicht regelmäßig und ausnahmslos dem Geldvorrat entspricht, so ist auch der Preis des Geldes vom Geld-

vorrat unabhängig, und die Übertragung der rohen Quantitätstheorie auf das Geld ist nicht statthaft<sup>33</sup>."

Was heißt „Quantitätstheorie“? Es geht um die mengenmäßige Erfassung und Beherrschung der volkswirtschaftlichen Zirkulation zwecks Prognose, Wachstums- und Konjunktursteuerung sowie Krisenmanagement. Dabei kann „das Angebot“ weitgehend gleichgesetzt werden mit der Summe aller Waren und sonstigen Leistungen, die am Markt „angeboten“ werden. Was aber ist „die Nachfrage“? Nur wenn „Angebot“ und „Nachfrage“ einigermaßen zusammenstimmen, kann der Austausch einigermaßen unter Bedingungen des Gleichgewichts vonstattengehen, kann die Zirkulation einigermaßen funktionieren. „Die Nachfrage“ also wurde nach der „Quantitätstheorie“ gleichgesetzt mit der Geldmenge. Denn das Geld tritt am Markt in der Hand der Nachfrager nach Waren und Dienstleistungen als „Nachfrage“ in Erscheinung. Wer die Geldmenge beeinflusst, beeinflusst die Nachfrage. Dabei ergibt sich noch eine Komplizierung daraus, daß das Geld von Hand zu Hand geht und mehrmals zum Tausch benutzt wird. Je häufiger der Geldschein im Jahr benutzt wird, desto häufiger tritt er als Nachfrage im obigen Sinne auf. Also ergibt sich die gesuchte Nachfrage nicht einfach aus der vorhandenen Geldmenge, sondern aus dieser Geldmenge, wenn man sie mit der mittleren Umlaufgeschwindigkeit des Geldes multipliziert.

Hält man sich diese wenigen Grundüberlegungen vor Augen, wird klar, was Gesell meint, wenn er sagt: Zwar werde durch die vorhandene Geldmenge die Nachfrage nach oben begrenzt; aber man wisse nie, wieviel Nachfrage wirklich an den Markt komme, weil Geld in den Sparstrümpfen und Kassen verschwinde, wenn es zurückgehalten, „gehörtet“ werde. Daher stimme die „rohe Quantitätstheorie“ der Geldnachfrage nicht, und da sie nicht stimme, könne sie nicht ohne zusätzliche Überlegungen mit praktisch befriedigenden Ergebnissen auf die wirtschaftliche Wirklichkeit angewendet werden.

Dabei hatte Gesell freilich eine Edelmetallwährung im Auge (oder ein Papiergeld, dessen Kaufkraft stabil ist): Reizt bei solchem Geld kein hinreichend hoher Zins den Besitzer dazu, sein schönes stabiles Geld aus der Hand zu geben, – oder fallen gar die Preise von Waren, so daß das Geld ohnehin im Werte steigt und man es schon aus spekulativen Gründen in der Kasse behalten muß, dann „zieht sich das Geld vom Markt zurück“ und die Zirkulation stagniert angesichts eines Loches in der Nachfrage. Solche Krisen, die durch Niedrigzins und Nachfrageausfall bei stabiler oder gar deflationärer Währung entstehen, hatte Gesell bei seinen Konzepten im Auge. Deshalb galt seine Kritik der Hortbar-

keit des Geldes: der Eigenschaft des Geldes als eines wertbeständigen „Sparmittels“.

Aus den genannten Gründen zielt Gesells Therapie darauf, dem Geld gewissermaßen Beine zu machen. Denn nur, wenn nicht Teilmengen des tatsächlichen Geldvorrats in einer unberechenbaren Weise gehortet (und ebenso unberechenbar wieder enthortet) werden, – wenn vielmehr die gesamte Geldmenge beständig im Verkehr ist und umläuft, nur dann bleibt die Nachfrage, die in der Form von Geldangeboten auftritt, ebenfalls einigermaßen stetig, berechenbar und kontrollierbar. Nur dann also lassen sich nach Gesell Krisen, wie er sie als Kaufmann und als Beobachter erlebt hatte, vermeiden. Mit anderen Worten: Durch einen monetären „Trick“ soll dafür gesorgt werden, daß die Geldmengensteuerung weder durch Puffer, die gehortetes Geld schlucken, absorbiert, noch durch unerwartete Entleerung dieser monetären Puffer überrascht und aus der Bahn geworfen wird. Man wird sich daher mit Sicherheit Gesells erinnern, wenn je wieder eine Wirtschaftskrise die gleichen Symptome aufweisen sollte wie jene, die Gesell zur Konzeption seines entpufferten Monetarismus geführt haben (Stagnation der Wirtschaft bei stabiler oder gar deflationärer Währung und niedrigem Zinssatz).

Heute haben wir ein Geld, dessen Kaufkraft ohnehin noch so deutlich abnimmt, daß es keiner „Peitsche“ bedarf, um es aus den Kassen, Kassetten und Sparstrümpfen zu treiben. Und heute haben wir auch einen Zins, der sein Übriges tut, um das Geld aus den Kassen, Kassetten und Sparstrümpfen zu locken. Die Peitsche der Inflation und das Zuckerbrot der Zinsen sorgen dafür, daß kein Geldscheinchen zu lange in der Tasche, daß kein Sichtguthaben unnötig groß gehalten wird. Gesells Probleme sind nicht unsere Probleme! Wozu also Gesell heute?

Erstens könnten sich Gesells theoretische Analysen und Diagnosen allgemein als treffend oder wenigstens anregend und richtungsanzeigend erweisen, wenn sie nämlich trotz der sehr bestimmten und konkreten Problemlagen, die die Herausforderung bildeten, allgemeingültigere Einsichten und Ansätze hervorgebracht hätten. Dafür spricht das Urteil von John Maynard Keynes.

Zweitens könnte auch Gesells praktischer Vorschlag trotz seiner Ausrichtung auf Deflationskrisen wiederum allgemeingültigere konstruktive Elemente aufweisen, die seinen Vorschlag z. B. zur Vermeidung und vielleicht zur Überwindung auch von solchen Krisen bedenkenswert machen, die durch Stagnation unter den Bedingungen einer schleichenden bis trabenden Inflation stattfinden.

Drittens – das ist für unser Thema entscheidend – hat Silvio Gesell das Problem des Mehrwertes behandelt, das hier vor lauter fruhem,

Gesellschem Monetarismus fast aus dem Blick geraten ist: „Das Geld ist als selbständiges Kapital entlarvt. Es ist kein vollkommenes Äquivalent. Es ist mehr. Und dieses Mehr schafft den Mehrwert<sup>34</sup>.“ –

Wie also erklärt Gesell den Zins und/oder den Mehrwert? Zunächst indem er zeigt: Der Mehrwert ist geldbedingt. Er ist nicht in erster Linie eine Eigenschaft der Sachkapitalien. Gesell erklärt das mit Hilfe einer Robinsonade so vergnüglich, daß es ein Frevel wäre, seine Erklärung hier nur in blasser indirekter Rede wiederzugeben. „Sein Zwiegespräch zwischen Robinson Crusoe und einem Fremden ist eine ganz ausgezeichnete wirtschaftliche Parabel – so gut wie nur irgendetwas dieser Art, was geschrieben wurde –, um diesen Punkt darzulegen,“ schreibt Keynes<sup>35</sup>. Diese Geschichte verdient auch insofern sehr genau gelesen zu werden, weil sie nicht nur einen Versuch darstellt, den Zins zu erklären, sondern vor allem deshalb, weil sie auch zeigt, was in einer Volkswirtschaft unter „Speicherung von Kaufkraft“ verstanden werden kann, und auf diese Frage wiederum wird es später sehr genau ankommen, wenn die Eigenschaften und Funktionen des Geldes näher untersucht werden. Und nun Gesells Robinsonade:<sup>36</sup>

Robinson baute einen Kanal und mußte sich also auf 3 Jahre, der Dauer der ganzen Arbeit, mit Vorräten versehen. Er schlachtete Schweine, bedeckte das Fleisch mit Salz, füllte ein Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er als Mottenscheuche noch eine Stinktierdrüse hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte nach seiner Ansicht gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun eine letzte Berechnung darüber anstellte, ob sein „Kapital“ für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er einen Menschen auf sich zuschreiten.

Hallo, rief der Fremdling, mein Kahn ist hier zerschellt, und so landete ich auf dieser Insel. Kannst du mir mit Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken Robinsons von seinen Vorräten zum Zins und zur Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Mein Glaube verbietet mir sowohl Zins zu nehmen, wie auch Zins zu geben.

R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir Vorräte aus meinen Beständen herleihen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?

Fr.: Aus Eigennutz, Robinson; auf Grund deines wohlverstandenen Vorteiles, weil du dabei gewinnst und sogar ziemlich viel.

R.: Das, Fremdling, mußst du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich davon haben kann, dir meine

Vorräte zinsfrei zu leihen.

Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehen zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?

R.: Die Kiste ist bis oben voll.

Fr.: Aber Robinson wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Hirschleder, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.

R.: Du hast recht, aber wie soll ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen; im Gegenteil, hier kommen Ratten und Mäuse noch zu den Motten hinzu.

Fr.: Oh! Auch in die Kiste würden die Ratten gedrungen sein, – sieh, da haben sie schon genagt!

R.: Wahrhaftig! Man weiß sich auch wirklich nicht davor zu retten!

Fr.: Du weißt dich nicht vor Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie Leute in deiner Lage sich bei uns gegen Mäuse, Ratten, Motten, Diebe, gegen Brüchigwerden, Staub und Schimmel schützen. Leihe mir diese Kleider, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. So bekommst du ebensoviele Kleider zurück, wie du mir geliehen hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein als diejenigen, die du später aus dieser Kiste ziehen würdest. Obendrein werden sie nicht mit Stinktieröl verpestet sein. Willst du das tun?

R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern abtreten, denn ich sehe ein, daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen.

Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche solchen sowohl zur Saat wie für Brot.

R.: Dort am Hügel habe ich ihn vergraben.

Fr.: Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?

R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts Besseres für die Aufbewahrung gefunden.

Fr.: Nun bück' dich mal! Siehst du die Käferchen an der Oberfläche herumspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.

R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesem Kapital! Wenn ich doch nur wüßte, wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungskräfte der Natur!

Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei



Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln das Ganze umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust an Güte und Gewicht nicht mehr als 10% beträgt.

R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!

Fr.: Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen muß. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischem Getreide zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzuschaukeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Kornes immer saftiges, frisches Brot. Willst du?

R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.

Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?

R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.

Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.

R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Maßgabe, daß du mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben brauchst?

Fr.: Ich danke, denn das hieße ja mit Zins arbeiten – zwar nicht mit aufschlagendem (positivem), sondern mit kürzendem (negativem) Zins –, und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber mein Glaube verbietet den Wucher, er verbietet auch den umgekehrten Zins. Ich mache dir aber den Vorschlag, deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht zu nehmen, den Schuppen zu bauen und alles Nötige zu besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei Sack als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder aber Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. Einverstanden!

Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen: einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Güte zurückzuerstatten: für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!

R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Schlamm bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort, so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen. Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. Wie freue ich mich, jetzt durch Verleihen die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten und Verlust für später verfügbar zu behalten.

Fr.: Also du erkennst es jetzt als einen Vorteil, mir die Vorräte zinsfrei zu überlassen?

R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?

Fr.: Die Erklärung mußst du im Gelde suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.

Gesells Robinsonade, die noch einen abschließenden Teil zur Mehrwertlehre von Karl Marx enthält, zeigt: Ohne das vermittelnde Zirkulationsmittel „Geld“ ist auf Kreditgeschäfte kein positiver, sondern eher ein negativer Zins zu erwarten. (Außerdem zeigt die Geschichte, daß „Speicherprobleme“, die ein Individuum kaum lösen kann, sich in einer Tauschwirtschaft im Idealfalle einfach dadurch erledigen, daß gar nicht mehr gespeichert, sondern nur über die Zeit hinweg getauscht wird, daß nämlich Freitag gegen die Überschüsse des Robinson von heute seine eigenen Überschüsse von morgen eintauscht.) Deutlicher läßt sich kaum zeigen, wie wenig Realkapital für sich allein eine „zinsschaffende Kraft“ hat. Die Robinsonade zeigt jedoch noch nicht, welche Eigenschaften des Geldes es sind, die seinen spezifischen Gebrauchswert ausmachen, für den der Geldgeber am Geldmarkt den Zins fordern kann. Erinnern wir uns, was Marx, ohne es aufzugreifen, von F.W. Newman zitiert hatte, daß nämlich der große Vorteil von Geld in der Chance liege, „die günstigen Momente des Kaufes auszuwählen“. Ganz genau so drückt es Gesell aus.<sup>37</sup>

Gesell war Kaufmann. Er hatte es in Fleisch und Blut, welche Möglichkeiten liquide Mittel bieten.<sup>38</sup> Erstens war ihm selbstverständlich klar, daß das Geld unbedingte Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung ist. Zweitens sah er: Das Geld hat die bemerkenswerte Eigenschaft, daß es sich unbegrenzt und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markt zurückhalten läßt, während die Warenbesitzer, die auf das Geld als Tauschvermittler unbedingt angewiesen sind, wegen der ständig wachsenden Verluste eine Zwangsnachfrage nach Geld halten. Drittens vermag der Kaufmann als Käufer (Anbieter von Geld), eben weil er nicht unter dem gleichen Druck steht wie der Verkäufer, den günstigsten Augenblick für ein Geschäft abzuwarten und eine besondere Vergütung dafür zu erzwingen, daß er den Austausch der Ware nicht länger hinauszögert oder verhindert. Dabei erscheint für Gesell – im Gegensatz zu Marx! – ein Kaufmann oder Unternehmer, der mit Waren handelt oder mit Realkapitalien produziert, die nur auf Kredit gekauft sind, im Hinblick auf den Zins nur als „Kassenbote seiner Geldgeber“. Gesell macht augenfällig, wie der Geldgeber es in der Hand hat, die vom Kaufmann bewegte Zirkulation kraft der Gewährung oder Vorenthaltung von Kredit unter Bedingung des Zinses zu speisen oder auszuhungern.

Wie Proudhon sagte, mit dem Geld sei statt eines Schlüssels ein Riegel zum Markt geschmiedet worden, so sagt Gesell: „Ist der Markt die Straße, auf der die Waren ausgetauscht werden, so ist das Geld der Schlagbaum, der nur nach Zahlung des Wegegeldes gehoben wird (. . .). Ohne diese Abgabe kein Tausch<sup>39</sup>.“ Zwar gebe es auch andere Straßen (Tauschhandel, kaufmännischer Wechsel), auf die ausgewichen werden könne, so daß der Zins nicht unbegrenzt steige, aber: „Die billigste und kürzeste Strecke kann der Geldbesitzer sperren, und gesetzmäßig gibt er sie nur frei, falls man ihm die Vorteile bezahlt, die das bare Geld als gerade Straße den krummen Straßen gegenüber ausweist<sup>40</sup>.“

Bevor die Marktteilnehmer die dem allgemeinen Güterverkehr gewidmete Zirkulationsbahn des Geldwesens benutzen dürfen, zahlen sie Eintritt an private Bahnbesitzer, die sich dank ihres Vermögens in das System haben einkaufen können: ein fast perfekt als markt- und leistungsgerecht getarntes und als solches erscheinendes System moderner Verkehrsfrüden. „Der König wie der Geldgeber tun im Grund nichts, sie sperren nur und erheben Zins. Der Urzins ist also, wie der Grenzzoll, eine Abgabe, nur mit dem Unterschied, daß der König mit dem Zoll Staatsausgaben bestreitet, während der Geldgeber den Urzins für sich verwendet. Wir bezahlen im Urzins also weiter nichts als die Tätigkeit des Kapitalisten, die darin besteht, dem Handel Steine in den Weg gewälzt zu haben<sup>41</sup>.“ Und wie der Zoll den Verkehr über die Grenzen, so bremst oder blockiert der Zins den wirtschaftlichen Austausch von Mensch zu Mensch und insbesondere die Produktivität derer, die von unternehmerischem Tatendurst strotzen, aber über die Realkapitalien nicht verfügen, die sie benötigen, um ihre Produktivität in die Volkswirtschaft einzubringen. So belastet das Geld, das eine effektive Marktwirtschaft überhaupt erst ermöglicht, eben die Marktwirtschaft zugleich durch das Zinsfrüdensystem, das dieses Geld mit sich bringt: eine sinnlose Kostenlast, die die Wirtschaft ständig mitschleppen muß.

Diese Erkenntnisse, die nicht mehr nur die Verderblichkeit der Waren im Verhältnis zum Geld ins Bewußtsein heben, sondern die spezifischen Vorzüge des Geldes veranschaulichen und als Ursache des Zinses in den Vordergrund rücken, sind nun in der Tat allgemeingültig und haben nichts mehr zu tun mit den besonderen Krisen, im Hinblick auf die Gesell seine Überlegungen angestellt hat. Seine Einsichten bedürfen allerdings der Präzisierung, Verfeinerung und Entwicklung, weil viele Nebenfaktoren noch bedacht werden müssen. Da es z. B. verschiedene Grade der Liquidität und verschiedene Grade von Durchhaltekosten bei den Wirtschaftsgütern überhaupt gibt, setzt Keynes mit seiner Definition des Eigenzinsfußes von Wirtschaftsgütern allgemeiner an, um dann den Sonderfall des Geldes hervortreten zu lassen: Der Eigenzins eines Wirt-

schaftsgutes wird definiert als Erträge minus Durchhaltekosten plus Liquiditätsvorteil<sup>42</sup>. Angewendet auf das Geld zeigt sich dann dessen Einzigartigkeit daran, daß die Erträge des Geldes null und die Durchhaltekosten verschwindend, daß jedoch die Liquiditätsprämie des Geldes erheblich ist. Gesell trifft also die wesentlichen Punkte. Nur begnügt er sich bei der Beschreibung der Gründe, warum der Zins positiv ist, mit weniger Motiven des Kassehalters für Liquidität als Keynes, und es fehlt ihm noch der zusammenfassende Begriff für die spezifischen Vorteile des Geldes, die am Markt mit Zins honoriert werden, nämlich der Begriff der „Liquidität“.

Im übrigen sagt Keynes sehr offen und konkret, was er an Gesells Überlegungen für originell und zutreffend (und mit seinen eigenen neueren Überlegungen übereinstimmend) einschätzt: Gesell unterscheidet deutlich zwischen dem Zinsfuß und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals, und er lege dar, daß es der Zinsfuß sei, welcher der Wachstumsrate des Realkapitals eine Grenze setze. Diese Einsichten gehören inzwischen zu den Binsenwahrheiten der Konjunkturtheorie. Auch habe Gesell richtig erkannt, daß die übrigen Formen von Reichtum, wie Vorräte von Waren, welche Durchhaltekosten bedingen, tatsächlich nur wegen des vom Geld gesetzten Standards einen Ertrag abwerfen.<sup>43</sup>

Wie aber sieht nun Gesells praktischer Vorschlag aus? Womit wartet er als dritter nach Marx, der die Eigentumsverhältnisse umstürzen, und Proudhon, der eine Tauschbank wollte, auf?

Gesell schlägt Geldnoten vor, die ihren Nennwert nur behalten, wenn sie von Zeit zu Zeit mit einer Wertmarke beklebt werden: „Freigeld“. Später wurde der Vorschlag abgewandelt: An die Stelle der Wertmarken kann Abstempelung gegen Gebühr treten. Der Entwertungssatz könnte dabei z. B. 5,2% p. a. betragen: also ein Promille wöchentlich.

Von dieser Entwertung, und das kann nicht genug betont werden, sind nur die *unlaufenden Geldscheine* betroffen und gerade nicht langfristige *Geldforderungen*, die auf die Zahlung von „Freigeld“ lauten. Das ist der Witz des ganzen Konzeptes! Die Währung bleibt stabil.

Nur wer Geld in der Tasche behält, verliert wöchentlich 1 Promille der Kaufkraft. Wer es zur Sparkasse trägt oder sonst nicht nur kurzfristig verleiht, – wer also sein „Freigeld“ in einen Geldanspruch auf Rückzahlung der gleichen Geldsumme verwandelt, vermeidet diesen Kaufkraftschwund.

Man kann das auch so ausdrücken: Während die *Geldscheine* (die Tauschmittel) künstlich inflationiert werden, bleibt die *Währung* (der Kaufkraft- und Schuldmaßstab) durchaus stabil. Die Währung bleibt um so viel stabiler, wie die *Geldscheine relativ zu ihr* an Kaufkraft einbüßen,

sofern sie nicht bestempelt oder beklebt werden. Die Folge dieses monetären Tricks ist, daß das Geld einem in der Tasche „heiß“ wird. Es wird kostspielig, „liquide“ zu sein. Es wird unsinnig, Geld zu horten.

Moderner ausgedrückt: „Kassehaltung“ (Liquidität) wird mit „Durchhaltekosten“ oder „Bestandhaltekosten“ belegt. Sonst nichts. Die Geldeinheit im Sinne eines Kaufkraftmaßstabes für Geldforderungen bleibt unangetastet. Sie wird von der monetär beherrschten und dosierten Inflationierung des umlaufenden Geldes gerade nicht mitgerissen. Die Geldeinheit als Maßstab für Kaufkraftschulden wird gegen das inflationsierte Tauschmittel abgesetzt und dadurch von der Inflation (relativ) freigehalten.

Den Durchhaltekosten, die die Kassehaltung dann verursacht, können sich die Wirtschaftssubjekte entziehen: entweder durch Begründung von Geldforderungen, also durch transtemporalen Kaufkraftaustausch (Eintausch gegenwärtiger in zukünftige Kaufkraft wie bei Sparbüchern und Obligationen); oder durch den Kauf von Aktien und anderen Realkapitalien oder schließlich durch den Erwerb von wertvollen Waren.

Wird das Geld sogleich gegen spätere Kaufkraft getauscht oder sonst ausgegeben, bleibt der volkswirtschaftliche Kreislauf geschlossen. Wer heute für den Gegenwert seiner soeben in die Volkswirtschaft eingeschossenen Werte, den er in Form von Geld in die Hand bekommt, noch keine Gegenleistungen haben möchte, z. B. weil er sich ein Polster für das Alter zulegen möchte, würde für die Dauer der Zurückhaltung seines Geldes im Sparstrumpf eine *Nachfrangelücke* hinterlassen und die volkswirtschaftliche Zirkulation unterbrechen, so daß es legitim erscheint, ihm entsprechende Durchhaltekosten aufzuerlegen. Er wird dann durch den sanften Druck dieser Durchhaltekosten dazu angehalten, sich jemanden zu suchen, der für ihn in die Nachfrangelücke einspringt und dafür sorgt, daß jetzt der Kreislauf geschlossen bleibt. Später, wenn er alt ist, muß sein Schuldner wieder eine Nachfrangelücke freimachen, in die der „Sparer“ dann hineinschlüpfen kann. So entsteht weder heute noch später ein Nachfrageausfall und so bleibt sowohl heute als auch morgen der volkswirtschaftliche Kreislauf geschlossen. Die „Speicherung von Kaufkraft“ wird ersetzt durch „transtemporalen Kaufkraftaustausch“ oder „transtemporalen Austausch monetärer Nachfragenischen“!

Heute würde man die Gebühr für die Stempelung der Geldscheine oder für die Wertmarken, die man darauf kleben muß, um ihren Wert zu erhalten, als eine „Abgabe“ kennzeichnen, die „Lenkungs-“ und „Antriebsfunktionen“ hat. Schaut man dann aber genauer hin, so zeigt sich, daß es sich in der Hauptsache um eine „Ausgleichsabgabe“ handelt, die an den Tatbestand der Liquidität anknüpft: Durch diese Ausgleichsabgabe wird der Vorteil ganz oder teilweise abgeschöpft, den die Liquidi-

tät bietet. Diese „Abschöpfung des wirtschaftlichen Vorteiles von Liquidität“ läuft – das wird sich später genauer erweisen – letztlich auf volle oder teilweise „Abschöpfung des Mehrwertes“ hinaus: Ein unverdienter Vorteil wird „ausgeglichen“. Das ist der sachliche Charakter der Abgabe. Daran hängen dann erst in zweiter Linie automatisch alle andern segensreichen Wirkungen, die die Abschöpfung des Mehrwertes auf die Volkswirtschaft hat, z. B. auch die, daß Nachfrangelücken vermieden werden und dadurch bedingten Krisen gegengesteuert wird. Weitere Lenkungseffekte, die die Abschöpfung des Mehrwertes hat, werden sich später noch zeigen.

Gesell wollte dem Geld, das als Nachfrage auftritt, den durchschnittlichen Wertschwund oder die durchschnittlichen Durchhaltekosten der anderen Tauschobjekte anheften: „rostende Banknoten“. Also wurde der Wertschwund des Zirkulationsmittels, der nur durch Stempelung oder Beklebung mit Marken aufzuhalten war, zum Kennzeichen, und das „Freigeld“ erhielt den fast diffamierenden Namen „Schwundgeld“, obwohl es im Grunde auf *Stabilisierung* der Geldeinheit durch relative Abkoppelung des Umlaufmittels hinausläuft.

Beiläufige Bemerkungen von Fachleuten, die es besser wissen müßten, zeigen, daß sie den *anti*-inflationären Pfiff von Gesells „Freigeld“ offenbar gerade nicht begriffen haben oder nicht eingestehen wollen. Wenn z. B. v. Hayek bemerkt, wir hätten heute ja längst das Gesellsche Schwundgeld, oder wenn ein Kenner wie *Wolfram Engels* schreibt, wir fütterten die Wirtschaft damit, so offenbaren beide bestenfalls,<sup>45</sup> daß sie es mit ihren Worten nicht so genau nehmen, eher jedoch, daß sie sich, ungeachtet der Hinweise von Keynes, mit Gesells „Freigeld“ noch nicht genau genug befaßt haben: Heute nämlich zieht die Inflation die Währung, mit der Kaufkraftschulden gemessen werden, in Mitleidenschaft; heute ändert auch die Inflation nichts daran, daß der Geldverleiher die volle Liquiditätsprämie einstreichen kann. Beides sind entscheidende Punkte, beides sieht nach dem Konzept von Gesell ganz anders aus. Insbesondere bleibt nach Gesell die Währung um den Prozentsatz gegenüber dem inflationsierten Umlaufmittel stabiler, um den das *Umlaufmittel* nominell gegenüber der ihm aufgedruckten *Geldeinheit* mit Durchhaltekosten belastet und dadurch *relativ* abgewertet wird.

Unsere heutigen Probleme rühren gerade daher, daß die Inflationierung des Umlaufmittels die Währung in Mitleidenschaft zieht und daß dadurch Ungerechtigkeit, Gläubigerverluste, Schuldnergewinne, hohe Zinsen und Wirtschaftskrisen mitverursacht werden. Bleibt jedoch die Währung stabil (oder wenigstens stabiler), dann stören die im Grund minimalen Kosten der Kassehaltung praktisch überhaupt nicht, gereichen aber der Volkswirtschaft womöglich zum Segen. – Haben wir

wirklich, wie v. Hayek meint, längst *Gesells* monetären Vorschlag verwirklicht? Füttern wir wirklich, wie Engels meint, unsere Wirtschaft mit „Silvio Gesell's Schwundgeld“?

Keynes<sup>46</sup> hielt den Gedanken hinter dem Stempelgeld für „gesund“: „Jene Reformer, die in der Erzeugung künstlicher Durchhaltekosten des Geldes ein Heilmittel gesucht haben ( . . . ), sind somit auf der richtigen Spur gewesen; und der praktische Wert ihrer Vorschläge verdient erwogen zu werden.“ Er hatte jedoch auch Vorbehalte und sah Schwierigkeiten: „Wenn den Banknoten somit durch das Stempelsystem ihre Liquiditätsprämie genommen würde, träte eine lange Reihe von Ersatzmitteln in ihre Fußstapfen: Bankgeld, täglich abrufbare Darlehen, ausländisches Geld, Juwelen und die Edelmetalle im allgemeinen usw.“ Sind diese Vorbehalte berechtigt?

Würde dem Geld die Liquiditätsprämie genommen? – Zunächst würde dem Geld jedenfalls nicht seine Liquidität genommen, sondern den nach wie vor liquiden Geldmitteln würden nur Durchhaltekosten (moderner: Bestandhaltekosten) angeheftet. Geld als Liquiditätsmittel ist kaum substituierbar; Keynes hielt die „Elastizität des Ersatzes“ von Geld für gleich oder fast gleich Null<sup>47</sup>. Dank des sanften Drucks, den die Bestandhaltekosten auf den Geldbesitzer ausüben würden, würde sein Geld eher noch liquider. Jedenfalls könnte er mit dem Geld nach wie vor jede Schuld begleichen, jede Ware kaufen, jede Leistung im Verhältnis zu jedermann eintauschen und sein Geld bereithalten, um im günstigen Augenblick kaufen zu können. Er müßte jedoch für alle diese Vorzüge von bereitgehaltener Liquidität zahlen, und zwar in Höhe der Durchhaltekosten, die dem Geld anhängen. Diese Kosten mindern für ihn den wirtschaftlichen Vorteil der Liquidität, den er vorher, vor Belastung mit den Durchhaltekosten, kostenlos und ungeschmälert genießen konnte. Die Durchhaltekosten, die dem Geld angeheftet werden, kompensieren also ganz oder teilweise die Vorteile, die mit Liquidität verbunden sind, ohne die Liquidität als solche zu beeinträchtigen. Liquidität wird nicht beseitigt. Sie wird nur kostspielig.

Wer *normales* Geld verleiht, verzichtet für eine bestimmte Zeitspanne auf seine Liquidität und bekommt vom Leiher dafür den Barwert der Liquidität: den Zins, sofern er Liquiditätsprämie ist. Hätte er sein Geld behalten (und keine anderen Vorteile aus seiner Liquidität gezogen), so hätte er nach Ablauf der Zeitspanne so viel wie vorher. Durch den Verleih realisiert er darüberhinaus den Barwert der Liquidität auf denkbar bequemste Weise. Um diesen Barwert der Liquidität steht er sich besser als bei Verwahrung seiner Geldnoten in der Kasse. Wenn nun dem Geld *Durchhaltekosten angeheftet* werden, dann ergibt sich Folgendes: Auch wer solches Geld verleiht, verzichtet für bestimmte Zeit auf

seine Liquidität. Hätte er sein Geld in der Kasse behalten, so hätte er nach Ablauf der Zeit einen Betrag, der um die Durchhaltekosten verringert wäre. Durch den Verleih aber erhält er womöglich eine Geldforderung, die sich im Werte nicht durch Bestandhaltekosten verringert. Er steht sich also auch in diesem Falle am Ende besser als dann, wenn er sein Geld in der Tasche behält. Das aber heißt: Auch für ihn bringt der Verzicht auf Liquidität Vorteile. Wenn man bei gegebenen Durchhaltekosten für Liquidität es dem freien Spiel der Marktkräfte überläßt, zu welchen Bedingungen der Geldverleih zustandekommt, dann dürfte sich der „Vorteil aus Geldverleih“ in der Nähe des Barwertes jener Liquidität einpendeln, auf die der Verleiher zugunsten des Leihers verzichtet. In dieser Form bleibt also die Liquiditätsprämie erhalten. Aber wegen der Durchhaltekosten schlägt sie sich beim Verleiher nicht mehr als Gewinn nieder, der den Bestand vermehrt, sondern nur noch als ein Vorteil, der die sonst drohenden Vermögenseinbußen verhindert.

Und wie steht es mit den Ersatzmitteln, die nach Keynes an die Stelle des Geldes treten? Es handelt sich dabei nicht um Liquiditätssurrogate, sondern um Anlagesurrogate. Denn das Geld bliebe ja liquide, und es bliebe das gesetzliche Zahlungsmittel. Man würde weiterhin mit Geld bezahlen. Nur die Bereitstellung von Geld um der Liquidität willen würde kostspielig, also erschwert. Vor allem aber das Aufbewahren von Geld zu Speicher- oder Spekulationszwecken würde in der Regel unrentabel. Die Flucht in Anlagesurrogate wie Edelsteine, Edelmetalle und Grundstücke mag sowohl unliebsame als auch durchaus willkommene Folgen haben; jedenfalls aber bliebe das Geld im Umlauf, und der Zins für geliehenes Geld würde deswegen nicht steigen. Also würde es sich dann auch schon bei relativ geringen Renditeaussichten lohnen, Realkapitalien zu erzeugen.

Die Flucht aus dem Bargeld hinein ins Bankgeld (Sichtguthaben, Giralgeld) bietet auch nur höchst bedingt einen Ausweg: Welche Bank würde Sichtgelder ohne Bestandhaltepreis zur Verfügung stellen, wenn die Bank auf Sicht mit Geld zur Hand sein muß, das in ihren eigenen Kassen Kosten verursacht? Allerdings verbleiben banktechnische Spielräume, um Sichtgelder mit wesentlich geringeren Bestandhaltekosten als das Bargeld zu ermöglichen. Aber die Möglichkeiten sind nicht unbegrenzt und mit bekannten Mitteln der Zentralbankpolitik kontrollierbar. Also liefert die Furcht vor einer Flucht ins Bankgeld keinen Grund dafür, den Vorschlag eines mit Bestandhaltekosten belasteten Geldes abzulehnen.

Wie aber steht es mit der Gefahr einer Geld- und Kapitalflucht ins Ausland, mit einer Flucht in ausländisches Geld? – Wer Geld in ausländisches Geld tauschen will, braucht einen Partner, und der wird

sich das mit Durchhaltekosten belastete Geld nur beschaffen, wenn er damit Schulden begleichen will, die auf inländische Zahlungseinheiten lauten, insbesondere, wenn er im Inland etwas kaufen will. Für promptes Recycling der Gelder wäre also gesorgt. Auch müßte, wer das wegen der Durchhaltekosten „heiße“ Geld in Dollar oder Franken tauschen möchte, ein Aufgeld zahlen, das ihm den Spaß ein wenig verderben würde. Freilich bleibt wohl das Problem, daß die Versuchung groß wäre, zwar nicht Geld, wohl aber Kapital in dem Sinne zu exportieren, daß das „heiße“ inländische Geld in ausländisches getauscht wird, um dieses dann zu günstigeren Bedingungen im Ausland zu investieren, oder daß direkt Kapitalgüter gekauft und exportiert werden, um draußen damit zu arbeiten und Profite zu machen, solange diese anderen Länder noch das Geld alter Art und Güte haben und gegen solcherlei Kapitalimport nichts unternehmen.

Die Folgen und Fernwirkungen einer nationalen Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität sind wohl auch für den Fachmann schwer abzuschätzen, so daß man nur behutsam vorgehen darf. Jedenfalls aber sind die Perspektiven, die sich mit dem „heißen“ Geld ergeben, zu komplex und zu vielversprechend, als daß man sie mit einem und einem halben Satz erledigen kann, wie dies Keynes getan hat.

Keynes hatte aber vor allem wohl auch Bedenken gegenüber der geldtechnischen Lösung, die Gesell für die Verwirklichung seines Konzeptes anbot: Gesell habe „seine Theorie ( . . . ) weit genug entwickelt, um zu einem praktischen Schluß zu kommen, der den Kern dessen in sich tragen mag, was notwendig ist, obschon er in der vorgeschlagenen Form nicht durchführbar ist.“<sup>48</sup> Inzwischen sind weitere Vorschläge vorgebracht worden, die zwar den Geldumlauf zu sichern versprechen, die aber hinwegführen von denjenigen Elementen des Gesellschen Denkens, die Keynes für besonders treffend hielt und weiterführend interpretierte, indem er davon sprach, daß das Geld mit „Durchhaltekosten“ belastet würde. Wenn man also jenen Gesell weiterverfolgen möchte, der vor den kritischen Augen von Keynes bestehen konnte, dann muß man auch die geldtechnische Lösung des Problems der Durchhaltekosten bei Gestaltungsmöglichkeiten suchen, mit denen dem zirkulierenden Geld eben jene für notwendig erachteten Durchhaltekosten angeheftet werden können, und zwar so direkt und so fein dosierbar wie möglich.

In der Tat bieten sich monetäre Gestaltungsmöglichkeiten, die bislang noch nicht systematisch konzipiert worden sind. Sie ergeben sich, wenn man sich hier des Greshamschen Gesetzes erinnert, das es erlaubt, im Geltungsbereich einer Währung mit *verschiedenen* Zahlungsmitteln in einer maßgeschneiderten Weise so zu operieren, daß die gewünschten Effekte eintreten.

Nach dem Greshamschen Gesetz verdrängt schlechtes Geld gutes Geld. Das hört sich zunächst absurd an, leuchtet jedoch bei näherem Hinsehen sofort ein. *Thomas Gresham* (1519–1579) verfaßte seinerzeit eine Denkschrift für die englische Regierung über Geldfragen, in der er zu dem Ergebnis kam, daß sich der Wert des Geldes nach der jeweils in Bezug auf Feingehalt und Gewicht minderwertigsten Münze richte; denn diese setze sich im Verkehr durch und verdränge die anderen, nach Feingehalt und Gewicht besseren. Das wird verständlich, wenn man sich vor Augen hält: Haben meine Golddukatens verschiedene Gewichte, so gebe ich die leichtesten zuerst weg. Habe ich Gold und Silber in der Kasse, und entwertet sich das Silber, so werde ich zusehen, mein Silber loszuwerden. Kurz: Das jeweils bessere Geld bleibt in der Schatulle, das schlechtere wandert in den Verkehr und zirkuliert. Auf dem Markt gibt dann das nach Gewicht und Feingehalt schlechteste Geld den Ton an.

Angenommen jetzt, die Zentralbank gäbe einen Teil des von ihr zur Verfügung gestellten Geldes nicht in der Form von Banknoten aus, sondern in der Form von Sichtgeldern. Angenommen weiter, als gesetzliche Zahlungsmittel würden nicht nur Banknoten und Münzen anerkannt, sondern auch Zahlungen vom Konto aufs Konto. Angenommen drittens, die Zentralbank würde dieses neuartige Kontogeld derart mit Durchhaltekosten belasten, daß auch die Banken diese Belastung nicht als Zinsen, sondern nur in Form von Durchhaltekosten für Liquidität auf ihre Kunden abwälzen dürfen. (Unterstellt werden kann schließlich, daß mit geeigneten währungspolitischen Mitteln wie Mindestreservesätzen einer unkontrollierten Ausweitung des Geldes auf Konten vorgebeugt wird). Dann wären zweierlei gesetzliche Zahlungsmittel im Umlauf: Die Banknoten und Münzen alter Art und Güte, und daneben das neue, mit Bestandhaltekosten belastete Giralgeld. Jeder müßte es sich gefallen lassen, daß man ihm Schulden mit dem „heißen“ Giralgeld statt mit den alten Noten und Münzen bezahlt. Dann würde jeder darauf achten, daß er sein „heißen“ Geld im Verkehr loswird, ehe er seine Bestände an Noten und Münzen angreift. Im Verkehr also würde sich mehr und mehr das „heiße“ Kontogeld durchsetzen, und wer mit diesem Geld Noten und Münzen kaufen will, müßte ein Aufgeld zahlen für den Vorzug, den diese alten Zahlungsmittel gegenüber dem neuen bieten, weil ihnen keine Durchhaltekosten angeheftet sind. Aber nach wie vor stünden die Noten und Münzen für besondere Zahlungszwecke zur Verfügung: Zur Bedienung von Automaten mit Münzen und zu Barzahlungen, die keine Spuren auf den Konten hinterlassen sollen.<sup>49</sup>

Nach dem Greshamschen Gesetz würde sich bei Konkurrenz von wertbeständigem Geld einerseits und mit Durchhaltekosten belastetem Geld andererseits das letztere durchsetzen und auf dem Markt „den Ton

angeben“: Bei Darlehen, bei Zahlungen, bei Tilgungen, also vor allem bei der Frage, zu welchen Bedingungen Kredit zu haben ist. Jeder würde mit dem Geld bezahlen, das er nicht haben will, und jeder müßte es als gesetzliches Zahlungsmittel akzeptieren. Keiner würde dieses Geld behalten wollen. Wie mit dem alten Geld, so wäre man auch beim „heißen“ Geld darauf aus, jemanden zu finden, der Liquidität braucht, um für die Überlassung der Liquidität die Liquiditätsprämie einzustreichen, freilich mit dem Ergebnis, daß die ins „heiße“ Geld einprogrammierten Durchhaltekosten dafür sorgen, daß sich diese Prämie kaum noch als zusätzlicher Gewinn mit Bestandsvermehrung niederschlägt, sondern nur noch als Wohltat in dem Sinne, daß der Verleiher dem vorprogrammierten Verlust entgeht.

Jeder würde das „heiße“ Geld bei jeder Gelegenheit dem Nächsten in die Tasche oder vielmehr aufs Konto schieben. Neben diesem „heißen“ Geld wäre auf dem Markt nicht mehr viel Platz für das alte. Die Marktteilnehmer würden tagtäglich über die Abschaffung des alten Geldes als Zirkulationsmittel abstimmen und sich die Münzen gegen Aufgeld nur noch und nur solange besorgen, wie sie sie z. B. für die Bedienung von Automaten brauchen. Die Durchhalte- oder Bestandhaltekosten, die dem „heißen“ Geld angeheftet sind, würden keine geldtechnischen Schwierigkeiten bereiten: Sie würden von den Kreditinstituten den Kunden auf den Konten belastet, so wie die Kreditinstitute von Seiten der Zentralbank damit belastet würden. Wer unbedingt mit altem Bargeld zahlen möchte, müßte es sich besorgen und für diesen Luxus mit einem Aufgeld zahlen, das mit davon abhängt, wie viel des alten Geldes noch zu haben ist.

Soweit das bisherige Geld nicht durch das „Geld ohne Mehrwert“ ersetzt würde, bliebe es äußerlich, was es heute ist. Es würde jedoch in andere monetäre Funktionen hineinwachsen: Während sich das „Geld ohne Mehrwert“ zu einem monetären Spezialisten für die Zirkulation entwickeln würde, hätte man es bei den weiterhin in den Kassen (nicht eigentlich „im Verkehr“!) befindlichen Zahlungsmitteln mit einem typischen Geld-in-Bereitschaft zu tun, — also mit einem monetären Spezialisten für Liquidität. Jedermann also könnte sich gegen ein entsprechendes Aufgeld die von ihm für nützlich erachtete Liquidität halten. Der Kaufpreis für diese Liquidität *neuer Art* wäre groß genug, um dafür zu sorgen, daß sie kaum für Zahlungszwecke verwendet, also weitgehend in der Liquiditätsfalle gefangen bliebe. Sie würde daher auch keine nennenswerten Zirkulations- und Allokationsprobleme auslösen, so daß die hier zur Abschöpfung von Liquiditätsvorteilen *im übrigen* angestellten Überlegungen auf den neuen monetären Spezialisten für die Liquiditätshaltung nicht zutreffen.

Wer jedoch zur Zeit weder Zahlungen leisten noch liquide sein will, der braucht keinen monetären Spezialisten für die Zirkulation. Dem ist auch das Aufgeld, das er für den monetären Spezialisten für Liquiditätshaltung zahlen müßte, nicht recht. Er kann und soll sein Geld daher in Form einer Geldforderung aufbewahren: Sparbuch, Hypothek, Obligation, Sparbrief. Diese und ähnliche Geldforderungen sind die auf jede Sparaufgabe zugeschnittenen monetären Spezialisten für Sparzwecke.

Wenn also das „Geld ohne Mehrwert“ in der hier erwogenen Form neben den alten Zahlungsmitteln eingeführt würde, dann würde die Geldordnung endlich mit funktionalen Differenzierungen den funktional unterschiedlichen Anforderungen Rechnung tragen, die die Wirtschaft an Geld und Währung stellt. —

Keiner würde, wie gesagt, mit altem Geld bezahlen, solange er mit dem neuen „heißen“ Geld bezahlen könnte, — auch kein Kapitalist von altem Schrot und Korne, der noch am schärfsten darauf bedacht sein könnte, Durchhaltekosten von sich abzuwenden. So würden die Wirtschaftssubjekte, die Kapitalisten und die anderen, in solidarischer Eintracht durch tägliche millionenfache Abstimmung am Markt für die Abschaffung des alten Geldes stimmen. Am alten Geld aber hing der Mehrwert und die Möglichkeit, diesen „kapitalistischen“ Mehrwert einzustreichen. Daher wird mit der MarktAbstimmung über die Abschaffung des alten Geldes als Zirkulationsmittel zugleich über die Abschaffung des Kapitalismus entschieden. Die Marktwirtschaft würde sich ganz sanft und nachhaltig durch ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus entledigen und sich zugleich von allen den Belastungen und Krisen befreien, die das alte Geld mit dem Mehrwert für die Marktwirtschaft mit sich bringt.

Die Ausgleichsabgabe nähme dem Geld nicht seine Liquidität, sondern schöpfe nur den Liquiditätsvorteil ab, bevor der Geldbesitzer ihn vermarkten und damit eine Vermögensmehrung herauswirtschaften kann. Wird unter den Bedingungen einer stabilen Währung und eines Marktzinssatzes von 5,2% p. a. eine Abgabe auf Liquidität in Höhe von 3% p. a. eingeführt, dann scheint es zunächst, als würde Kredit nunmehr zu etwa 2,2% p. a. zu haben sein. Wer Geld hat, steht dann unter Druck, und das Angebot an Geld steigt; der Zins sinkt. Sinkt der Zins, so steigt jedoch auch die Nachfrage nach Kredit. Das wiederum hat zur Folge, daß der Verleiher für seinen Liquiditätsverzicht eine etwas größere Liquiditätsverzichtsprämie heraushandeln kann, so daß per Saldo sein Effektivzins wieder steigt. Also bewirken Durchhaltekosten auf Liquidität in Höhe von z. B. 3% p. a. keine Senkung des Effektivzinssatzes in gleicher Höhe. Die Senkung bewegt sich vielmehr zwischen 0% und 3% p. a. Um einen Effektivzins anzunähern, bei dem die Durchhaltekosten

den Liquiditätsvorteil gerade aufzehren, so daß effektiv 0% Zins dabei herauskommen, muß der Satz der Durchhaltekosten mithin größer sein als die Höhe der Liquiditätsprämie vor Einführung der Durchhaltekosten.

Die Frage ist jedoch, ob die Effektivzinsen wirklich auf 0% heruntergefahren werden könnten: Steigt nicht die Nachfrage nach Kredit *ins Unendliche*, wenn Kredit *zum Nulltarif* zu haben ist? Nein:

- Erstens: Kredit muß zurückgezahlt werden, und die Rückzahlungskapazität der Wirtschaftssubjekte ist begrenzt.
- Zweitens: Kredit ist Vertrauenssache, und auch Vertrauen hat seine Grenzen. Mit der Höhe des Kredites steigen die Risiken und die vom Kreditnehmer zu tragende Risikoprämie.
- Drittens: Das entliehene Geld verursacht in der Kasse des Entleihers sofort Durchhaltekosten, so daß er sich hüten wird, Kredit nachzufragen, den er nicht wirklich braucht.
- Viertens: Die Realobjekte, die man sich auf Kredit erwirbt, verursachen, anders als Obligationen oder Aktien, ihrerseits Durchhaltekosten, nämlich Erhaltungs-, Sicherungs- und Unterhaltungsaufwendungen, die das Vergnügen daran begrenzen, sich Paläste zu bauen und Segeljachten in Mittelmeerhäfen zu legen.

Alles in allem: „Kredit an sich“ ist sinnlos. Steht Kredit, was die Liquiditäts(verzichts)prämie betrifft, kostenlos zur Verfügung, dann richtet sich die Nachfrage nach Kredit genau nach der Nachfrage nach Waren, Diensten oder Gütern, die man schon heute erwerben will (und unterhalten kann), für die man aber erst morgen zahlen, also einen Gegenwert opfern will, der mehr ist als die Übernahme einer Schuld.

Es lohnt sich, diese Gedanken weiter zu verfolgen. Sie erhellen wichtige Funktionen und Auswirkungen von Geld: In einer Naturalientauschwirtschaft werden die Leistungen in Natur ausgetauscht, und die Waren, Dienste und Güter müssen nicht mit einem zinstragenden allgemeinen Tauschmittel konkurrieren. Sie stehen nur untereinander im Wettbewerb. Damit fehlt sowohl in den Gewohnheiten als auch im Vorstellungsvermögen die Erfahrung mit dem Geldzins als Maßstab für Kredit, also für transtemporale Tauschgeschäfte unter Verwendung von Geld. Es stellt sich ein „natürliches“, vom Geld nicht verzerrtes Gleichgewicht am Markt zwischen vorweggenommener Nachfrage (Kreditnehmern) und aufgeschobener Nachfrage (Kreditgebern) ein. Wird Geld eingeführt, verändert sich dieses „natürliche“ Marktgleichgewicht: Das Geld ist dann als Tauschmittel der universellste und wendigste unter den Wettbewerbern, der Zugang zu allen anderen vermittelt, und es wird wegen dieser seiner Allverwendbarkeit selbst zu einem über seinen

Kaufkraftnenwert hinaus begehrten Wirtschaftsgut, für das Zins gezahlt wird. Von Stunde an müssen die sonst noch angebotenen Tauschobjekte mit der Lust des Geldbesitzers an seiner Liquidität oder mit seiner Lust am Zins konkurrieren. Waren, Dienste und Investitionsgüter, deren Nutzen mit dem Geldzins nicht mithalten können, haben dann eine schlechtere Wettbewerbsstellung. Das ist die Wettbewerbsverzerrung, die mit dem Geld in der Wirtschaft einhergeht.

Soll die monetäre Verzerrung, die das Geld für das Marktgleichgewicht zwischen vorweggenommener und aufgeschobener Nachfrage zugunsten der aufgeschobenen und zulasten der vorweggenommenen mit sich bringt, beseitigt werden, dann muß dafür gesorgt werden, daß die Naturalleistungen trotz der Verwendung von Geld als Tauschmittel wieder so miteinander konkurrieren, als ob es kein Geld gäbe. Das Geld darf in diesem Fall nur Tauschmittel, nicht auch ein Kreditinstrument sein, das die Gleichgewichtslagen auf den Märkten mit transtemporalen Tauschgeschäften stört. Geld genügt dieser Anforderung genau dann, wenn monetärer Kredit zum Nulltarif zur Verfügung steht. Dieses Ziel läßt sich, wie gesagt, mit Durchhaltekosten auf Liquidität annähern.

Beträgt der Zinssatz Null Prozent, dann leitet das Geld nur die Nachfrage nach den Naturalleistungen weiter, ohne selbst einen Standard für die Rentabilität von Realkapitalien zu setzen: Dann konkurrieren trotz Einführung der Geldwirtschaft wieder die Naturalleistungen untereinander, als ob es kein Geld gäbe. Das ist die Wirkung von Durchhaltekosten auf Liquidität: Geld würde endlich zum *neutralen* Tauschmittler, – eine Einsicht, auf die unten in ordnungspolitischem Zusammenhang noch genauer eingegangen werden wird.

Wird die Ausgleichsabgabe auf Liquidität eingeführt, so belastet sie genau immer nur diejenigen, die tatsächlich Liquidität beanspruchen, und zwar genau für die Zeitspanne, während derer sie liquide sind. Beim herkömmlichen Geld ist das ganz anders: Hier zahlt der Leiher dafür, daß er das geliehene Geld ein einziges Mal benutzen darf, gewissermaßen für eine einzige Sekunde seiner Liquidität, an den Verleiher während der ganzen Laufzeit des Darlehens den Zins. Das ist so absurd, daß man sich bisher wohl besser keine Gedanken darüber gemacht hat. Wird dagegen „Freigeld“ aus „Freigeld“-Darlehen schnell wieder ausgegeben, so hat der Leiher nur ein einziges Mal eine Belastung, und die bewegt sich in Größenordnungen von Promille. Diese Belastungen sind dann nicht wie bisher „Kapitalkosten“, sondern „Liquiditätskosten“, und jetzt sind auch Laufzeit der Liquidität und Laufzeit der Kosten funktionsgerecht miteinander korreliert, während beim herkömmlichen Geld jedes Kreditgeschäft, durch das der umlaufende Geldschein läuft, immer wieder neue, sehr langfristige „Kapitalkosten“ verursacht, die die Zirkulation

lation des Geldes erheblich bremsen und daher der Wirtschaft erheblichen Schaden zufügen.

Stimmt alles das wenigstens idealtypisch und der Richtung nach, dann ist das Mehrwertproblem geklärt und lösbar. Viel, sehr viel bleibt zu bedenken und durchzudenken: Nicht entfallen würde außerdem derjenige Teil des Zinses, den wir „Risikoprämie“ nennen. Mit Verbilligung des Kredites würde die Nachfrage und damit der Preis nach solchen Waren relativ stark steigen, die typischerweise mit Krediten finanziert werden. Mit sinkendem Zins würden aber auch die in den Preisen steckenden Zinskosten sinken und von daher das Preisniveau gerade auch der mit Kredit erzeugten Waren nach unten beeinflusst. Mit dem Zins würde die Rentabilität von Realkapitalien wie Produktionsmitteln begrenzt und herabgedrückt: Vielleicht käme es trotz des begrenzten Vorrates dieses Wirtschaftsgutes dazu, daß die Vermieter von Wohnraum froh wären, wenn sie als Miete die Instand- und Werterhaltung aushandeln könnten.

Das Geflecht der Folge- und Wechselwirkungen wäre außerordentlich komplex. Aber die Richtung wäre klar und wohl auch richtig vorgegeben: Der unverdiente Vorteil, der mit Liquidität verbunden ist und durch Verzicht auf sie am Geldmarkt realisiert werden kann, ließe sich abschöpfen. Dann würden aus den privaten Pfründen, die bei jeder Kreditvergabe in den Geldkreislauf eingebaut werden, schlichte Ausgleichsabgaben, die erhoben werden, bevor es zum Einbau der Pfründenvereinbarung in den Geldverkehr kommt. Diese Ausgleichsabgaben wären, absolut gemessen und verglichen mit den heute gezahlten riesigen Beträgen an Zins, unvergleichlich viel niedriger; denn sie würden nur für die Dauer der Liquidität bezahlt, nicht, wie beim Darlehen, für die Laufzeit der vielen, vielen Kredite, die innerhalb der Wirtschaft bestehen. Diese Ausgleichsabgaben würden die Zirkulation nicht bremsen, wie die Zinsen, sondern die Bremswirkung der Zinsen mindern, ganz beseitigen oder gar in positive Antriebskräfte wandeln.

Gesell erwartete, daß sein „Freigeld“ die Produktivkräfte geradezu entfesseln würde: „Man kann es sich einfach nicht vorstellen, daß das heute auf seiten des Besitzes liegende Übergewicht einfach dadurch auf die Besitzlosen (Arbeiter) übergehen kann, daß man den Besitzenden neben jedes Haus, jede Fabrik noch ein Haus, noch eine Fabrik baut<sup>50</sup>.“ Der Mehrwert fällt dann auf Null zu. Eine ähnliche Vision findet sich bei Keynes<sup>51</sup>:

„Ich bin überzeugt, daß die Nachfrage nach Kapital streng begrenzt ist, in dem Sinne, daß es nicht schwierig wäre, den Bestand an Kapital bis auf einen Punkt zu vermehren, auf dem seine Grenzleistungsfähigkeit auf

einen sehr niedrigen Stand gefallen wäre. Dies würde nicht bedeuten, daß die Benützung von Kapitalgütern sozusagen nichts kosten würde, sondern nur, daß der Ertrag aus ihnen nicht viel mehr als ihre Erschöpfung durch Wertminderung und Veralterung zusammen mit einer gewissen Spanne für das Risiko und die Ausübung von Geschicklichkeit und Urteilsvermögen, zu decken haben würde.“ Das bringe dann die Macht des Kapitalisten zum Verschwinden, „den Knappheitswert des Kapitals auszubeuten (. . .) Der Besitzer von Kapital kann Zinsen erhalten, weil Kapital knapp ist, gerade wie der Besitzer von Land einen Pachtzins erhalten kann, weil das Land knapp ist. (. . .) Ich betrachte daher die Rentnerseite des Kapitalismus als eine vorübergehende Phase (. . .) Es wird überdies ein großer Vorteil der Ereignisfolge sein, die ich befürworte, daß der sanfte Tod des Rentners, des funktionslosen Investors, nichts Plötzliches sein wird (. . .) Wir könnten somit in der Wirklichkeit auf eine Vermehrung der Menge des Kapitals zielen, bis es aufhört, knapp zu sein, so daß der funktionslose Investor nicht länger einen Bonus erhalten wird.“

Angenommen einmal, Keynes hätte recht: Der Bestand an Realkapitalien kommt zu einem Grade der Sättigung, daß von „Knappheit“ nicht mehr die Rede sein kann. Dann also soll „Kapital“ keine „Zinsen“ mehr bringen, nur weil es nicht mehr so knapp ist wie z. B. Grund und Boden. Keynes denkt hierbei wohl auch an den Zins von Geldkapital; denn *der Rentner* überhaupt soll ja eines sanften Todes sterben. Hat aber nicht gerade Keynes uns gelehrt<sup>52</sup>, wie sehr wir Geldzins und den Ertrag von Realkapitalien auseinanderhalten müssen und daß es der Geldzinssatz ist, der den Standard vorgibt? Wofür denn erhält der Rentner seine Zinsen: für „Kapital“ *an sich* oder für den Verzicht auf knappe *geldliche* Liquidität? Auch wenn die Realkapitalien bis zur Sättigung vermehrt werden, wird das Geld knapp bleiben, solange wir die Preise nicht explodieren lassen wollen. Das Geld wird auch seine charakteristische „Liquidität“ behalten. Wenn aber Geld „knappes Liquiditätsmittel“ bleibt, bleibt auch die Liquiditätsprämie und bleiben auch die Zinsen. Daran ist nicht zu rütteln.

Seien wir also im Punkte „Zins“ und „Kapitalertrag“ *konsequente* Keynesianer: Dann ist die Vermehrung von Realkapitalien ein geradezu untaugliches, ja krisenförderndes Mittel zur Beseitigung des *Geldzinses*. Man darf das Rentnerproblem nicht „von hinten her“ aufröhlen, sondern man muß es „von vorn her“ angehen: vom Geldzins in Richtung auf die Erträge der Realkapitalien, nämlich in jener Richtung, in der der Geldzins den Erträgen von Realkapitalien den Standard setzt. Genau das tut Gesell mit seinem „Freigeld“, und genau darin folgt ihm Keynes, wenn er die Idee von Durchhaltekosten für Liquidität als richtig und verfolgenswert erachtet. Welche Folgen diese Durchhaltekosten haben,



läßt sich aus der Formel ablesen, die Keynes für den Eigenzins eines Wirtschaftsgutes angegeben hat<sup>53</sup>:

$$\begin{aligned} \text{Eigenzins} &= \text{Erträge} \\ &\quad \text{plus Liquiditätsprämie} \\ &\quad \text{minus Durchhaltekosten} \end{aligned}$$

Da die sonstigen Erträge von Geld hier vernachlässigt werden können, verbleibt für das Geld einfach:

$$\begin{aligned} \text{Eigenzins} &= \text{Liquiditätsprämie} \\ &\quad \text{minus Durchhaltekosten} \end{aligned}$$

„Worauf es ankommt, ist die *Differenz* zwischen Liquiditätsprämie und Durchhaltekosten<sup>54</sup>.“ Die Durchhaltekosten verzehren die Vorteile der Liquidität. Dann sinkt der Eigenzinssatz von Geld. Geld wird billiger, obwohl die umlaufende Geldmenge nicht vergrößert wurde. Die Liquiditätsprämie verschwindet also auch nicht etwa. Man bekommt nur nicht mehr viel von ihr zu sehen: Die Durchhaltekosten zehren sie auf, bevor der Geldbesitzer Gelegenheit hat, sie beim Darlehensnehmer abzukassieren.

Beim Stempelgeld sind die Durchhaltekosten in die Geldscheine in Form des Kaufkraftschwundes einprogrammiert: z. B. 5,2% p. a., und wer 100 Mark solchen „Freigeldes“ für ein Jahr in der Tasche herumträgt, erleidet einen Verlust von 5,20 Mark. Verleiht er sein Geld aber, so vermeidet er den Verlust und verbucht einen Vorteil in Höhe von 5,20 Mark: Das ist die Prämie, die er für den Verzicht auf seine Liquidität bekommt. Diese Prämie ist im vorliegenden Beispiel gerade so hoch wie die in den Geldschein einprogrammierten Durchhaltekosten, so daß sich für den Zins nach der Formel „Liquiditätsprämie minus Durchhaltekosten“ der Satz von 0% p. a. ergibt.

Ob freilich jemand, der „Freigeld“ verleiht oder „Freigeld-Obligationen“ kauft, am Ende genau das zurückbekommt, was er hingegeben hat, oder ob er doch noch einen kleinen positiven Zins verbuchen kann, oder ob er gar einen negativen Zins einstecken muß, das hängt von den Umständen ab: davon nämlich, wie hoch die Durchhaltekosten sind, wie lang die Laufzeit des Darlehens ist und welche reale Liquiditätsprämie für Darlehen gerade dieser Art und Laufzeit am Geldmarkt gefordert und bezahlt wird. Der Geldmarkt nämlich bleibt bei Einführung der „marktkonformen“ Durchhaltekosten vollkommen in Funktion: Er sorgt dafür, daß die nach wie vor knappen Gelder dorthin fließen, wo sie nach der Formel: „Liquiditätsprämie minus Durchhaltekosten“, den relativ besten Ertrag bzw. den relativ geringsten Verlust einbringen. Welche Verschiebungen das für die Allokation mit sich bringt, darüber

wird weiter unten noch nachgedacht werden. Hier kommt es zunächst nur darauf an, den Wirkungsmechanismus von Durchhaltekosten isoliert zu betrachten und dadurch genau bewußt zu machen: zum einen, weil Gesell noch nicht so genau mit „Liquidität“ und „Durchhaltekosten“ hat arbeiten können wie Keynes und daher irreführende Sätze hinterlassen hat; und zum anderen, weil Keynes bei seiner Vision vom Verschwinden des Rentners seine eigenen Grundsätze wohl nicht ganz durchgehalten oder zumindest ebenfalls irreführende Formulierungen niedergeschrieben hat.

Beim herkömmlichen Geld kann der „Rentner“ seine Liquiditätsprämie auf den Nominalwert seiner Forderung draufschlagen, weil der Plafond, von dem er ausgeht, nominell keinen Schwund erleidet, sondern, bildlich ausgedrückt, „eben“ ist. Mit der Liquiditätsprämie wird seine Vermögensbahn dann „ansteigend“. Beim „Geld mit Durchhaltekosten“ ist das anders: Der Plafond, von dem der „Rentner“ ausgeht, wenn er sein Geld anlegen will, ist nicht mehr „eben“, sondern „abschüssig“, weil er ständig Durchhaltekosten abbuchen muß. Legt er sein Geld von dieser Ausgangsbasis kommend an, dann muß er froh sein, wenn er mit Hilfe der Liquiditätsprämie das Gefälle ausgleichen und wenigstens Bestandserhaltung erwirtschaften kann.

Auch dann also, wenn „Freigeld“ i. S. von Gesell oder eine andere Form von Durchhaltekosten für Liquidität eingeführt wird, wird es noch einen funktionierenden Geldmarkt mit Anlegern und Investoren geben. Diese Anleger aber werden es schwerer haben, weiterhin eine Bestandsvermehrung zu erwirtschaften; denn je höher die Durchhaltekosten sind, desto weniger können sie noch ein arbeitsloses Einkommen aus dem Markt und aus der Volkswirtschaft herausquetschen. Ihre sichere und vorteilhafte Ausgangsebene nämlich bekommt Gefälle und wird abschüssig. Um so leichter wird es für alle anderen, an Liquidität heranzukommen: Ein sanfter Druck auf Geldbesitzer, ihr Geld entweder selbst auszugeben oder es auszuleihen, und zwar entweder an Unternehmer, die investieren wollen, oder an Konsumenten, die einen Bedarf haben, aber nicht die Mittel, ihn schon jetzt zu befriedigen. So wird die Wirtschaft durch den sanften Druck auf die Geldbesitzer sowohl von der Nachfrageseite her als auch von der Angebotsseite her angekurbelt.

In dem Maß, wie Geldanlagen wegen der Durchhaltekosten auf Liquidität immer weniger „rentierlich“ werden, wird Geld für die anderen „billiger“: Sie kommen leichter an Geld heran. Für sie, die den Nutzen aus der Einführung von Durchhaltekosten auf Liquidität haben, werden Investitionen schon viel eher rentierlich als bisher; denn sie brauchen nur noch weniger abzuliefernden „surplus“ zu erwirtschaften. Die Vorgaben, die der Geldzins für den Grenznutzen ihrer Realkapita-

lien setzt, sind weniger hart. Zugleich können sie, trotz niedriger oder verschwindender Zinsen, damit rechnen, daß genügend Geld in Form von Nachfrage auf den Markt kommt, weil erstens Geld in Kassen und Sparstrümpfen an Kaufkraft verliere und weil zweitens ein Teil der bisher auf den Geld- und Kapitalmarkt drängenden Kaufkraft sich dem Erwerb anderer wertvoller und wertbeständiger Waren zuwenden dürfte. Das Nachsehen hätten nur die bisherigen Kapitalrentner.

Nach allem dürfen wir also leider nicht, wie Keynes, darauf hoffen, daß eine Vermehrung der Realkapitalien uns den sanften Tod des Rentners bringt. Diese Hoffnung widerspricht der monetären Ontologik des „Geldes mit dem Mehrwert“. Gesell hat das präziser erkannt als Keynes:

„Wir nehmen an, die Pest hätte drei Viertel der Menschheit dahingerafft. Dadurch würde das jetzt zwischen Proletariat und Realkapitalien bestehende Verhältnis auf den Kopf gestellt, und auf jeden Mieter kämen vier Wohnungen, auf jeden Bauernknecht vier Pflüge, auf jeden Arbeiterstamm 4 Fabriken. Unter solchen Verhältnissen würden Realkapitalien keinen Zins mehr abwerfen. (. . .) Unter solchen Verhältnissen würde nur mehr ein einziges Kapital fortbestehen, und zwar *das Geld* (. . .) *Die Erzeugnisse der zinsfreien Arbeitsmittel, die Waren*, müßten für ihren Austausch dem Geld fernerhin den gleichen Zins zahlen – als ob nichts geschehen wäre. Mit dieser Annahme wird die wahre Natur des Geldes und ihr Verhältnis zu den Realkapitalien sehr gut beleuchtet<sup>55</sup>.“

Man braucht allerdings nicht gleich die halbe Menschheit der Pest zum Opfer zu bringen: Realkapitalien, die keine Rendite mehr abwerfen, entstehen auch bei Stagnation und Depression der Wirtschaft. Dann stehen Fabrikhallen und Büros leer. Die Menschen sind dann nicht etwa arbeitslos, weil es diese Arbeits-Plätze gar nicht gibt, sondern weil es sich nicht mehr rentiert, die Menschen zu bezahlen, die auf den Plätzen arbeiten könnten. Es fehlt auch nicht an Bedarf in der Volkswirtschaft, wenn die Arbeitslosen hungern und nur das Nötigste kaufen können oder nicht einmal das. Es fehlt nur an der *monetären Vermittlung* zwischen Bedarf und Leistungsangebot: Es fehlt am Geld, und das Geld gibt es nur gegen Zins.

Doch an Stelle des keynesianischen Traumes vom sanften Tod des Rentners, der aus strukturellen Gründen jedenfalls für Geldkapitalien nicht in Erfüllung gehen kann, bietet sich uns als Ersatz eine sehr viel weniger aufwendige monetäre Strategie an, die mehr einbringt, als der Traum hoffen ließ: Wir haben es in der Hand, hier und heute schon den durchschnittlichen Zinssatz von Geldkapitalien und damit den durchschnittlichen Rentabilitätssatz von Realkapitalien mit Hilfe von Durchhaltekosten auf Liquidität wohldosiert herunterzufahren, und zwar z. B.

genau so weit, daß die durchschnittliche Liquiditätsprämie von den künstlichen Durchhaltekosten aufgezehrt wird nach der Formel von Keynes:

$$\text{Eigenzins von Geld} = \text{Liquiditätsprämie} \\ \text{minus Durchhaltekosten}$$

Dann beträgt der durchschnittliche Eigenzinssatz von Geld 0%.

Es ist klar, daß man das „Geld ohne Mehrwert“ nicht von heute auf morgen, ohne Übergangsphasen und ohne Übergangsregelungen, verwirklichen kann. Nicht zuletzt der bisherige Mangel an umfassender wirtschaftswissenschaftlicher Ausarbeitung ist Grund zu besonderer Bedachtsamkeit. Wenn aber die Analyse im wesentlichen stimmt, und wenn die praktische Richtung vorgezeichnet ist, gibt es keinen Grund mehr, dem allgegenwärtigen Mehrwert, seiner extremen Ungerechtigkeit und seinen volkswirtschaftlichen Folgen länger einfach zuzuschauen. Denn dann ist eine marktwirtschaftliche Geld- und Wirtschaftsordnung denkbar, in welcher der Mehrwert abgeschafft, nämlich in Form der Ausgleichsabgabe auf die Liquidität abgeschöpft wird. In dem Maße, wie beim Inhaber der Liquidität der Mehrwert abgeschöpft wird, wird zugleich dem Geldkapitalisten das Wasser abgegraben. Seine monetäre Kultur würde einfach austrocknen.

Fassen wir zusammen: Das, womit Gesell den Geldscheinen „Beine machen“ wollte, damit sie ihre Funktion im volkswirtschaftlichen Kreislauf bestens erfüllen, das leistet nicht nur, worum es damals ging, sondern es rührt an sehr viel allgemeinere volkswirtschaftliche Zusammenhänge. Und es greift durch bis in uralte und bislang ewig ungelöste Gerechtigkeitsprobleme des Geldwesens. Offenbar wird der *archimedische Punkt des monetären Systems* getroffen. Dann darf man sich nicht wundern, wenn allerhand in Bewegung gerät und am Horizont Möglichkeiten auftauchen, an die man vorher nicht denken konnte, weil sie Phantasie und Vorstellungsvermögen des kapitalistisch eintrainierten und entsprechend bornierten Geistes gesprengt hätten.

Gesells Probleme, nämlich die Art von Krisen, mit denen er seine Erfahrungen gesammelt hatte, mögen also unsere Probleme nicht sein. Aber der archimedische Punkt des monetären Geschehens, den er zu fassen bekam, der ist durchaus auch der archimedische Punkt unseres und jedes anderen monetären Systems auf der Welt. Was er im Hinblick auf seine Probleme konzipiert hat und was für diese damaligen Krisenkonstellationen funktionsgerecht war, das ist auch für die grundsätzliche Verbesserung des monetären Geschehens im allgemeinen bedenkenswert. Die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung ihrer Vorteile wirkt auf diesen archimedischen Punkt der Geldordnung ein. Man

kann sie daher als das „archimedische Knöpfchen“ bezeichnen, an dem die Geldordnungspolitiker nur ein klein wenig drehen müssen, um das Gesicht der monetären Welt in bisher kaum gekannter Weise zu verändern.

### 3. Kapitel

#### Wert, Preis und Tauschgerechtigkeit

Inzwischen wären wir also dem Mehrwert schon bis hin zu der praktischen Frage, wie man ihn abschaffen kann, auf die Spur gekommen. Doch was ein „gerechter Tausch“, was das „Äquivalent“ in Tauschverträgen „wirklich ist“, dazu wurde noch fast nichts gesagt. Das erübrigte sich, weil die Strategie, die den Überlegungen Gesells zugrundeliegt und der wir uns angeschlossen haben, nicht eigentlich positiv ist (Verwirklichung der Gerechtigkeit), sondern negativ (Verringerung von Ungerechtigkeit). Das ist eine Strategie, die *Karl Raimund Popper* für Verbesserungen in der menschlichen Gesellschaft ohnehin empfiehlt. Sie hat sich hier insofern bewährt, als eine Erscheinung im Wirtschaftsleben identifiziert werden konnte, die jemandem Vorteile verschafft, für die er keinerlei Leistung einzusetzen braucht. Der „Mehrwert“ hat sich als Negativposten in der Marktwirtschaft erwiesen und eine Strategie konnte angegeben werden, wie man ihn beseitigen kann. Durch Beseitigung des Mehrwertes würden die Tauschbedingungen durchaus nicht schon in jedem Falle gerecht, aber die innerhalb der Volkswirtschaft abgeschlossenen Tauschverträge würden im großen Umfange gerechter. Auch *Silvio Gesell* schließt den Kreis seiner Überlegungen mit dem Gedanken an die Gerechtigkeit ab: „Käufer und Verkäufer sind nun gleich schlecht gerüstet; beide sind gleichmäßig, unmittelbar, dringend am Zustandekommen des Handels beteiligt. Brauchen wir da noch zu erwähnen, daß darum auch die Tauschbedingungen gerecht sein werden?“<sup>56</sup>

Um der Frage nach der Tauschgerechtigkeit in Geschäften unter Verwendung von Geld jetzt auf den Grund zu gehen, muß die Geschichte von Max und Moritz mit ihrer Safari durch die Wüste wieder in Erinnerung gerufen und müssen Ansätze zu Hilfe genommen werden, die ich bei *Wolfgang Stütze*<sup>57</sup> gefunden habe: Schließen zwei Wirtschaftssubjekte einen Vertrag, etwa über den Kauf eines Fahrzeuges, so ist dem Käufer offenbar das Auto wichtiger („mehr wert“) als der Betrag, den er dafür bezahlt. Sonst tauschte er sein Geld nicht gegen das Auto. Und dem Verkäufer ist offenbar der bezahlte Geldbetrag wichtiger („mehr

wert“) als das Fahrzeug. Sonst tauschte er sein Auto nicht gegen das Geld. Gleich ist für beide der Preis, der in Form des Kaufpreises von Hand zu Hand geht.

Der Unterschied zwischen dem Preis und dem „Wert der Kaufsache für den Käufer“ ist die „Käuferrente“. Der Unterschied zwischen dem Preis und dem „Wert der Kaufsache für den Verkäufer“ ist die Verkäuferrente. Um ihretwillen wird der Vertrag von beiden Vertragspartnern geschlossen. Dabei kann der Vertrag und die Leistung für den einen lebenswichtig sein und für den anderen ein weiteres, verhältnismäßig unwichtiges Geschäft. Der eine kann dabei unter Druck stehen, während der andere mit ihm spielt. Einigen sie sich, so hat jeder am Ende doch nur zugestimmt, weil er das Herzgebende insgesamt im Moment geringer schätzt als das, was er erhält. Jeder gewinnt etwas hinzu. Steht der eine Partner unter Druck, weil er z. B. existenziell wichtige Güter eintauschen muß (Kontrahierungsdruck), dann kann der andere Partner das ausnutzen und die Vertragssituation ausreizen: bis zu der Grenze, wo der Käufer entweder trotz seiner Bedürfnisse den geforderten Geldbetrag höher wertzuschätzen beginnt als die begehrte Ware, oder wo der Käufer aufhören muß zu verhandeln, weil er den Preis wegen des Mangels an Geld schlicht nicht mehr bezahlen kann.

„So entscheiden die Differenzen zwischen Werten und Preisen in weiten Bereichen des sozialen Lebens darüber, inwieweit einzelne Personen von anderen konkreten einzelnen Personen wirtschaftlich abhängig sind. Diese Differenzen, abschätzbar als Geldbeträge, das jeweilige ‚konkrete Vertragsinteresse‘, messen den Grad des Angewiesenseins.“<sup>58</sup> Inwieweit eine Person „konkret“ gerade auf eine bestimmte andere Person angewiesen ist, bemißt sich dabei danach, wieviel sie mehr aufwenden müßte, wenn sie nicht mit dieser Person, sondern mit einer anderen abschließen würde, die als nächstgünstigster Anbieter am Markt auftritt: „konkretes Vertragsinteresse“. Doch auch bei Abschluß des günstigsten Geschäftes, das der Markt bietet, kann der eine unter Kontrahierungsdruck stehen, während der andere sehr viel freier ist, seinerseits die günstigste Alternative zu suchen oder zunächst ganz vom Geschäft abzusehen. Mit dem „konkreten“ Vertragsinteresse läßt sich mithin nur der *relative* Unterschied der Abhängigkeit von verschiedenen *konkreten* Partnern abschätzen, nicht aber auch messen, ob und inwiefern der eine unter *allgemein* stärkerem Kontrahierungsdruck gestanden hat und infolgedessen dem anderen eine besonders hohe Verkäuferrente hat und zugestehen müssen. Wie aber kann man nun feststellen, ob und unter welchen Bedingungen ein Tausch „gerecht“, also ausgeglichen war?

Wo die Antwort gesucht werden muß, liegt nach der Definition von Käufer- und Verkäuferrente auf der Hand: ein Kauf oder Tausch ist

offenbar im idealtypischen Falle ausgeglichen und gerecht, wenn die „Tauschrente“ des einen Tauschpartners gleich der „Tauschrente“ des anderen Tauschpartners ist. Dabei werden die Begriffe der „Käufer-“ und „Verkäuferrente“ entsprechend verallgemeinert und als die Differenz verstanden, die zwischen dem „Wert des Weggegebenen“ und dem „Wert des Erhaltenen“ auf jeder Seite der Tauschbeziehung ermittelt werden kann.

So einfach allem Anschein nach der Ansatz auch ist, so schwierig wird die Angelegenheit, wenn man ihr auf den Grund geht. Das zeigt sich schon, wenn man versucht, beim einfachsten Autokauf die Tauschrenten abzuschätzen, um sie miteinander zu vergleichen.

Denn schon beim Preis, der für beide Partner gleich hoch ist, wird die Sache sehr viel komplizierter, als es die Überlegungen zur bloßen Käufer- und Verkäuferrente haben ahnen lassen. Denn bei jenen Überlegungen wurde der Preis einfach als eine Größe behandelt und benutzt, die für beide Partner nicht nur nominell gleich ist, sondern auch für beide den gleichen „Wert“ bedeutet. Diese Vereinfachung steckt schon in den Definitionen:

$$\begin{aligned} \text{Käuferrente} &= \text{Wert des Fahrzeuges für den} \\ &\quad \text{Käufer abzüglich Preis} \\ \text{Verkäuferrente} &= \text{Preis} \\ &\quad \text{abzüglich Wert des Fahrzeuges} \\ &\quad \text{für den Verkäufer} \end{aligned}$$

Beim „Preis“ werden Käufer und Verkäufer über den gleichen Kamm geschoren. Sie werden so behandelt, *als ob* der „Preis“ in Form des Geldes den gleichen Wert habe sowohl „für den Käufer“ als auch „für den Verkäufer“. Diese Annahme ist falsch. Sie ist zumindest eine sehr, sehr grobe Vereinfachung, derer man sich bewußt sein muß, wenn man nachdenkt über Preis, Wert und Tauschgerechtigkeit. So falsch oder grob die Annahme freilich ist, — auf ihr beruht der gesamte monetäre Teil des Marktmechanismus. Umso wichtiger ist es, sie im Rahmen der theoretischen Analyse zu „hinterfragen“.<sup>99</sup>

Der Wert von 1.000 DM „für den einen“ ist so gut wie nie gleich dem Wert von 1.000 DM „für den anderen“. Der eine arbeitet dafür womöglich eine Woche lang von 6 Uhr in der Früh bis 2 Uhr Mittags, hat sonst kein Einkommen und ernährt davon seine Frau sowie 3 Kinder; der andere bekommt den Betrag für eine schwierige, gut ausgeführte Operation in der Klinik; der dritte merkt gar nicht, daß ein Posten Wertpapiere, den er unter vielen anderen Posten besitzt, in diesem Jahr 1.000 DM mehr an Ertrag eingebracht hat als im Vorjahr. Am Markt aber, wo das Geld den Vermittler spielt, wird auf alles das keine Rücksicht

genommen. Das Geld, der generalisierte Tauschmittler, nivelliert und schematisiert nicht nur alle Waren und Dienstleistungen und macht sie dadurch „vergleichbar“, sondern ebensosehr alle Nachfrager und Anbieter, also die Wirtschaftssubjekte. Diese Nivellierung und Schematisierung ist unerbittlich, hart und rücksichtslos. Sie ist der Preis für die extreme Vereinfachung des Tauschverkehrs, die das Geld mit sich bringt.

Fragt man aber nach der Tauschgerechtigkeit, dann muß wieder durchscheinen, was das schematisierende Geld zunächst verdeckt. Man muß nicht nur nach dem „Wert“ fragen, den der Kaufgegenstand jeweils „für den Käufer“ und „für den Verkäufer“ hat, sondern auch (und in bestimmten Zusammenhängen erst recht) nach dem „Wert“, den der „Kaufpreisbetrag für den Käufer“ und „für den Verkäufer“ hat.

Wie aber soll man diese Größen auch nur annähernd abschätzen? Wie soll man bemessen, welchen Wert ein Geldbetrag für den einen und welchen er für den anderen hat? In welcher Maßeinheit?

Über diese Probleme zerbrechen sich die Entscheidungswissenschaftler und Werttheoretiker den Kopf. Sie sind jedenfalls so weit gekommen, daß man bei der Antwort auf die einschlägigen Fragen sehr viele Faktoren berücksichtigen muß, deren Gewichtung zusätzlich fast unüberwindliche Probleme mit sich bringt. Dadurch wird die Frage nach der Tauschgerechtigkeit am einfachsten Kaufvertrag praktisch fast unlösbar. Wie viel unlösbarer erscheint dann erst das Problem der Tauschgerechtigkeit, wenn man es allgemein betrachtet oder im Zusammenhang mit den Funktionen und Wirkungen des Geldes aufwirft? ! Dieser Weg führt in bodenlose Abgründe von persönlichen Entscheidungsfeldern und subjektiven Wertschätzungen. Bleibt also keine Hoffnung auf Klärung, keine Aussicht auf brauchbare Urteile?

Konkrete persönliche Entscheidungsfelder und subjektive Wertschätzungen sind kaum kalkulierbar. Es lassen sich jedoch typische Vertragssituationen mit typischen Entscheidungsfragen und typischen Wertschätzungen beschreiben, wie sie im wirtschaftlichen Alltag durchaus vorkommen.

Schaut man z. B. einmal auf Geldeinkommen überhaupt, so lassen sie sich einteilen in solche, denen persönlicher Einsatz an Leistung, Risiko oder Weggabe von Waren zugrundeliegt, und in andere, hinter denen keine solche Leistung steht. Diese wiederum kann man unterteilen in Glücksfälle (Loggewinn) und solche, die *in der Struktur* der Markt-, Wirtschafts- und Geldordnung begründet sind. Zu den geldordnungsbedingten Einkommen, hinter denen keinerlei subjektive Leistung steht, gehören die Einkünfte aus Geldkapitalien. Schaut man jetzt auf das Geld, das aus diesen unterschiedlichen Quellen stammt, so wird man

typischerweise feststellen können: Wer sein Geld durch eigene Leistung „im Schweiß seines Angesichts“ erarbeitet hat, wird den Wert des Geldes anders einschätzen als jemand, der es nur typischerweise dafür erhält, daß er den Vorteil des von der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellten Geldes sich privat honorieren lassen kann.

So lange hinter dem Geld, das jemand in der Hand hat, am Markt gewertete persönliche Leistung steht, kann man als den gemeinsamen subjektiven Hintergrund für die Wertschätzung des Geldes den Aufwand ansehen, den jeder einzelne treiben muß, um eine am Markt als nützlich gewertete Leistung zustande zu bringen. Dieser Maßstab mag zwar grob sein, ist aber besser als gar keiner. Gemessen an diesem Maßstab aber fallen die „leistungslosen Einkommen“ vollkommen aus dem Rahmen. Sie sind nicht mehr stetig mit den übrigen Einkommen vergleichbar. Leistungslose Einkommen aus Glück und Zufall sind erträglich und sorgen für Abwechslung; anders jedoch ist es bei „leistungslosen Einkommen“, hinter denen nichts anderes steckt als die *Struktur der Geldordnung*.

Hinzu kommt folgende Überlegung: Der Vermögende verfügt typischerweise über Vermögensgegenstände, die für seine Lebensführung relativ unwichtig sind; sie haben für ihn nur „marginale“ Bedeutung und er kann sie ohne große Schmerzen verkaufen und „liquide“ machen (und zwar, um das Geld sofort wieder anzulegen, also in einen nicht liquiden Gegenstand seines Vermögens zurückzuverwandeln). Der Unvermögende jedoch muß „im Schweiß seines Angesichts“ arbeiten für den Lebensunterhalt. Er steht unter Kontrahierungsdruck. Das liefert ihn der „Ausbeutung“ durch den aus, der eine größere Tauschrente aushandeln kann. Diese Situation hatten die Sozialreformer und Revolutionäre vor Augen, wenn sie sich anschickten, die Welt zu verändern und zu verbessern, und sie haben sie insofern im wesentlichen zutreffend gedeutet. Ob man mit Geld tauscht oder ohne Geld: Der Vermögende hat den längeren Atem und verhandelt aus stärkerer Lage heraus. *Obendrein* kommen ihm die Vorteile der Liquidität zugute, die seine Position noch verstärken. Nur die Mindestbedingungen, unter denen sich die Armen reproduzieren können, die mußte man ihnen zugestehen, bis sie sich mit Hilfe von Gewerkschaften mehr erstreiten konnten. Bis dahin konnte der Geldkapitalist, wegen seines längeren Hebels, alles, was darüberhinaus an Werten geschaffen wurde, als „Mehrwert“ auf sich abzweigen. Insoweit hatte Marx im wesentlichen recht.

Das Geld verschärft den ohnehin vorhandenen Vorteil des Vermögenden vor dem Unvermögenden am Markt, weil der Reiche durch „Liquidierung“ entbehrlicher (marginaler) Güter sich das Tauschmittel „Geld“ bequem verschaffen kann, das auch die Unvermögenden, die es sich

mühevoll verdienen müssen, als Tauschmittel brauchen, wenn sie sich am Markt mit dem Lebensnotwendigen versorgen wollen. Will man nun die Auswirkungen des Geldes auf die Tauschgerechtigkeit in Reinform erkennen, also ohne Verfälschung durch Unterschiede im Vermögen, so muß man von Partnern ausgehen, die, was Reichtum und Vermögen betrifft, einander ebenbürtig sind, und die sich nur darin unterscheiden, daß der eine sein Vermögen in Form liquider Mittel hat, während der andere es in Gegenständen „ruhen“ hat, die nicht liquide sind. Nur wenn zu Zwecken der theoretischen Überlegung Vermögensgleichheit hergestellt wird, wird die Ungleichheit als solche evident, die das Geld in die Situation hineinbringt. Da die Vermögen in Wirklichkeit unterschiedlich sind, empfiehlt es sich wieder, eine Geschichte zu erzählen, die das anschaulich macht, worum es geht.

Nachdem Max und Moritz von ihrer Safari zurückgekehrt und Max auch von seinem Fieber genesen war, erhielten sie beide Post. Ein Verehrer des großen Wilhelm Busch war gestorben, und zwar nicht ohne ein Testament zu hinterlassen, in welchem er verfügt hatte: „Mein Vermögen gehe an meine gesetzlichen Erben. Für meine besonders geschätzten Freunde Max und Moritz jedoch ordne ich folgende Vermächtnisse an: Moritz erhält die von mir gesammelten Originalmöbel aus dem Hause Busch und die von mir zusammengetragenen Originalmanuskripte, Zeichnungen und Skizzen von Wilhelm Busch. Max erhält den Betrag in barem Gelde ausgezahlt, der dem Wert entspricht, den Möbel, Manuskripte, Zeichnungen und Skizzen zu dem Zeitpunkt haben, in dem die beiden ihr Vermächtnis gleichzeitig ausgehändigt und übertragen erhalten.“ Da Max und Moritz vorher arm waren wie Kirchenmäuse, weil ihre Safari sie alles gekostet hatte, was sie besaßen, waren sie nun gleich vermögend. Jeder hatte außerdem seine Arbeit, die ihm gerade das Notwendige einbrachte.

Und wieder wollte es die wissenschaftliche Vorsehung, daß in der Nähe gerade zwei Grundstücke angeboten wurden von gleicher Größe und Güte, auf denen Max und Moritz ihren Traum verwirklichen konnten, Haus an Haus zu bauen und zu wohnen. Haus und Grundstück, so rechneten sie durch, würden für jeden von ihnen auf etwa die Hälfte dessen kommen, was jeder von ihnen jetzt Dank der Vermächtnisse an Vermögen besaß. Max kaufte daher sogleich eines der Grundstücke und bot Moritz an, ihm den anderen Teil seines Barvermögens zu borgen. Da er wisse, daß Moritz sich nichts schenken lassen wolle, sei er leider auch gehalten, von ihm den Zins zu fordern, den er, Max, sonst anderweit für die Verleihung seines Geldes bekommen würde. Auch Moritz sah ein, daß man – Zins und Mehrwert hin, Zins und Mehrwert her – nicht im Einzelfall und zu Lasten ausgerechnet eines Freundes so handeln könne, als sei die Welt des Geldes anders als sie ist. Also ließ er, wie es sich gehört, auf dem anderen Grundstück, das er mit einem Teil des geborgten Geldes erwarb, zugunsten von Max eine Hypothek zur Sicherung des Darlehens eintragen, baute wie Max sein Haus und zahlte monatlich

seinen Zins an Max. Obwohl die 100%ige Belastung des Grundstücks von Moritz nur eine knappe Sicherheit bot, war Max zufrieden; an eine Risikoprämie haben die beiden nicht gedacht.

Nach einigen Monaten aber fingen sie an, über die Veränderungen nachzudenken, die sich in ihrem Vermögensbestande abzuzeichnen begannen: Moritz nämlich hätte die ersten Originalzeichnungen verkaufen müssen, um seine Zinsen an Max zu zahlen. Da man jedoch unter Freunden war und Busch-Originale nicht Dritten überlassen wollte, übertrug er sie unter Verrechnung ihres Marktwertes auf Max. So war vor auszusehen, wann Max alle Originalmöbel, Manuskripte, Zeichnungen und Skizzen besitzen würde. Diese Aussicht kam beiden eigenartig vor, vor allem, wenn sie noch weiterdachten und voraussahen, daß Moritz nicht einmal auf sein Grundstück würde zurückgreifen können, weil dessen Wert in Form der Hypothek dem Max ja schon für die Zeit übertragen worden war, während derer Moritz das Darlehen in Anspruch nahm. Dem Werte nach gehörte das Grundstück also ohnehin schon dem Max. Am Ende, das wurde ihnen eben bewußt, würde Max die Gegenstände besitzen, die Moritz vermacht worden waren, er würde sein Grundstück und sein Haus haben und er würde das Grundstück von Moritz samt dessen Haus besitzen, weil Moritz ihm zur Tilgung seiner Schuld sein Haus und Grundstück auch noch formal würde übertragen müssen. Am Ende würde Moritz bei Max zur Miete wohnen. Darüber kamen die beiden wieder auf Zins und Mehrwert ins Gespräch: ein Thema, das Max seit der Safari gemieden hatte, und auf das auch Moritz nicht zurückgekommen war, um Max nicht wieder in Alpträume zu stürzen.

Max, der inzwischen fast selbst ungewollt zum „Geldkapitalisten“ geworden war, versuchte gar nicht mehr, die These von der „zinsschaffenden Kraft des Realkapitals“ vorzutragen: Zu sehr hatte ihn die Praxis darüber belehrt, daß sein Freund Moritz aus den ererbten Realwerten nur dann hätte Profit schlagen können, wenn er mit ihnen gearbeitet, wenn er also selbst etwas geleistet hätte, etwa, indem er sie gegen Entgelt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hätte. Dazu jedoch hatte Moritz, der sich ja anderweitig durch seine Arbeit gerade das Notwendige verdiente, keine Arbeitskraft frei. Ihm, Max, jedoch war es anders ergangen. Zwar verdiente auch er sich anderweitig das Notwendige. Aber für ihn arbeitete ohne sein Zutun die „zinsschaffende Kraft“ seines Geldes, und zwar mit dem Ergebnis, daß Max am Ende nicht nur Moritzens Realgüter besitzen, sondern Moritz ihm auch noch regelmäßige Miete zahlen würde. „Ein perfides Spiel,“ rutschte es Max heraus, „ein Spiel, das unsere Freundschaft zersetzen würde, wenn wir es nicht abrechnen.“ Also regelten sie ihre beiderseitige Lage in fairer, freundschaftlicher Weise, und Max, der sich durch Marx inzwischen genarrt vorkam, sann darüber nach, wie er ihre Erfahrungen verwerten und in möglichst verständlicher Form anderen würde vermitteln können. Max und Moritz, nun in Sachen Mehrwert auf der gleichen Spur oder wenigstens in der gleichen Richtung geistig unterwegs, kamen wieder nächstmal ins Gespräch. Wie sie aber den ganz besonderen Gebrauchswert des

Geldes im Tauschverkehr so plastisch darstellen könnten, daß die daraus folgenden Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ebenso evident wären wie die Schwerkraft, wenn der Apfel fällt: Dazu fiel ihnen zunächst nichts ein. Wie sollte man die Erkenntnis, daß das Geld in der Zirkulation gerade nicht neutral wirkt, sondern ungleich, asymmetrisch und unfair, so darstellen, daß nicht nur Laien und Außenseiter, sondern sogar professionelle Ökonomen sie würden erkennen können?

An einem schönen Sonntagnachmittag, als die Sonne die Welt hell und klar bestrahlte und unsere beiden Freunde mit weiteren beim Kartenspiel saßen, schien Max auf einmal völlig abwesend, spielte wirr und war nicht einmal ansprechbar. Dann rief er plötzlich: „Heureka!“ – „Was?“ riefen die anderen. „Ich hab's! Ich hab's: Das Geld ist der Joker unter den Waren. Das Geld ist der Joker!“

Daß ein anderer Mitspieler verwundert einwandte, man spiele doch gar nicht um Geld, hörte Max nicht; wohl aber Moritz, denn bei ihm fiel der Groschen sofort, und er war mit seinen Gedanken schon eine Stufe weiter: „Ja, sagte er, spielen wir doch um Geld! Nein: erfinden wir ein monetäres Kartenspiel! – ein Kartenspiel, in dem viele Joker wie eine Art Geld verwendet werden. Es muß dem Marktspiel so ähnlich sein, daß wir damit in spielerischer Verfremdung die gar nicht spielerischen Eigenschaften des wirklichen monetären Marktspiels spielerisch durchschauen und spielerisch zu modifizieren und zu rekonstruieren lernen!“ – Bislang hat man noch nicht erfahren, ob ihnen der Entwurf ihres monetären Kartenspiels, in dem man die Abschaffung des Mehrwertes durchspielen könnte, gelungen ist.

Das Geld ist der allgemeine (generalisierte) Repräsentant aller Tauschobjekte. Als solcher ist es *der Joker* unter den Waren, Diensten und Risiken, die im Marktspiel gehandelt werden: So wie der Joker im Kartenspiel jede andere Karte aussieht, so paßt das Geld im Marktspiel beim Tausch zu jeder Ware, zu jedem Dienst, zu jedem Risiko. So wie im Kartenspiel der Joker in dieser Runde gezogen werden kann oder in der nächsten oder erst in der übernächsten, je nach Bedarf und Chance, so kann auch das Geld heute, morgen oder erst übermorgen die günstigste Chance am Markt wahrnehmen. So wie der Joker im Kartenspiel gegenüber diesem oder gegenüber jenem Spieler ausgespielt werden kann, so kann auch das Geld gegenüber diesem oder jenem Marktteilnehmer als Nachfrage auftreten. Und so wie schließlich im Kartenspiel eine bestimmte andere Karte, und sei sie noch so gut, gerade nicht in jeder Runde gleich gut ausgespielt werden kann, gerade nicht gegenüber jeder anderen Karte paßt und gerade nicht gegenüber jedem Mitspieler gleich schlagend gezogen werden kann, so paßt auch eine konkrete Ware, die bei mir auf Lager liegt, ein bestimmter Dienst, den ich erlernt habe, oder ein eigenartiges Risiko, das zu übernehmen ich bereit bin, gerade nicht in jede Marktsituation. Wie der Joker Dimensionen der Spielfreiheit eröff-

net, so eröffnet das Geld sämtliche sachlichen, sozialen und – vor allem – zeitlichen Dimensionen des Marktspiels. Es eröffnet sie demjenigen, der „Kasse hält“. So veranschaulicht der Joker den vielgerühmten Vorteil der Liquidität, den sonst schwerverständlichen Vorzug des Geldes gegenüber anderen Tauschobjekten, und er veranschaulicht ihn durch den Vergleich mit dem Kartenspiel so, daß es den Spieltheoretikern unter den Ökonomen wiederum ein Leichtes sein müßte, die monetäre Problematik nun auch spieltheoretisch exakt „durchzuspielen“.

Fassen wir also den Marktvorteil des Geldes analog dem des Jokers auf. Nennen wir ihn daher den „Joker-Vorteil“ des Geldes. Dann ist die Prämie, die man für den zeitweiligen Verzicht auf den Jokervorteil erhält und die bislang durchaus zutreffend als Liquiditätsprämie bezeichnet wurde, die „Jokerprämie“. Der Zins ist genau genommen freilich keine „Liquiditätsprämie“, sondern eine „Liquiditätsverzichts-Prämie“. Also sollte man eigentlich auch nicht von der „Jokerprämie“, sondern von der „Jokerverzichts-Prämie“ sprechen.

Wem verdanken wir den Jokervorteil des Geldes? Wer hat diesen wirtschaftlich wertvollen und wirtschaftlich mit Zins honorierten Vorteil geschaffen, so daß er auch verdient, den Gewinn einzustreichen, der daraus resultiert? Wer ist der Wertschöpfer des Gebrauchsvorteils, den das Geld bietet, sodaß er berechtigt ist, die Wertschöpfungsprämie einzustreichen? Wer ist legitimiert, den Mehrwert auf sein Konto zu buchen, den das Geld durch seine wirtschaftliche Nützlichkeit erzeugt? – Wir wissen, wo die Quelle des Mehrwertes liegt. Wir wissen auch, warum sie sprudelt. Wir fragen jetzt, wer daraus trinken soll und darf.

Ist der Jokervorteil des Geldes Verdienst irgend eines Kapitalisten? Nein, der Jokervorteil kommt von dem, der das Spiel so einrichtet, daß es den Geldjoker mit seinen nützlichen ökonomischen Freiheitsdimensionen überhaupt gibt. Es liegt, wenn man so will, im Wesen oder in der Natur des Marktspiels, wenn Geld darin als Tausch- und Zirkulationsmittel fungiert. Also ist *die Volkswirtschaft*, ist *das Gemeinwesen*, welches das Geld ermöglicht und das Geldwesen einrichtet, legitimer Empfänger der wirtschaftlichen Vorteile, die damit einhergehen. Der Mehrwert stammt nicht aus „produktiver Arbeit“, sondern aus der Einrichtung des Mediums „Geld“ zur Erleichterung des Wirtschaftsverkehrs. Also gehört dieser Mehrwert *nicht* den „Werk tätigen“. Er gehört erst recht *nicht* den „Kapitalisten“. Er gehört der Allgemeinheit; und die Allgemeinheit, das freilich sind wir alle, das sind auch die Werk tätigen und die Geldbesitzer, aber nicht in ihren spezifischen Funktionen und Rollen, sondern als Mitglieder des Gemeinwesens, in dem sie leben. –

Ein Spiel, in dem die Reichen den Geldjoker spielen und die Jokerprä-

mie kassieren dürfen, die anderen aber nur die einfachen Waren- und Dienstleistungskarten: ein solches Spiel ist extrem ungleich und unfair. Es prämiert den ohnehin vorhandenen Vorteil der Vermögenden und bestraft den ohnehin vorhandenen Nachteil der anderen. Es widerspricht den elementarsten Prinzipien von Fairneß und Gerechtigkeit. Der Fehler läßt sich jedoch nicht dadurch beheben, daß man das Vermögen umverteilt; denn der Jokervorteil bliebe erhalten. Der Fehler läßt sich auch nicht dadurch beseitigen, daß man den Joker abschafft oder vergeblich versucht, alle anderen Karten zu Jokern zu machen. Den Joker abzuschaffen, das hieße, das Kind mit dem Bade ausschütten. Die Sache ist viel einfacher: Da das Marktspiel die wirtschaftlichen Vorteile des Marktspiels jemandem in die Hand spielt, der sie nicht verdient, muß man sie abschöpfen und demjenigen zufließen lassen, der am ehesten legitimiert ist, den wirtschaftlichen Gegenwert des Jokervorteils zu empfangen.

Es geht nach allem, wenn man es sehr genau nimmt, also nicht darum, dem Geld, wie Gesell meinte, seine Hortbarkeit zu nehmen und es dadurch den Waren gleichzumachen, sondern es geht darum, den Jokervorteil zu kompensieren. Diese Beschreibung des Konzeptes trägt den Differenzierungen Rechnung, die Keynes in die Diskussion um Liquidität, Zins und Durchhaltekosten eingebracht hat. Im Ergebnis freilich läuft das durchaus darauf hinaus, daß Geld aus wirtschaftlichen Gründen seine Hortbarkeit verliert; denn als „Wertspeicher“ erweist sich dann das Geld im Vergleich mit dem transtemporalen Kaufkrafttausch als ein relativ kostspieliges Verfahren: so kostspielig für den, der es anwendet, wie es für die Volkswirtschaft dysfunktional ist. Das kostspielige Verfahren für die *Bereithaltung* von Kaufkraft durch die *Zeit* hindurch (Liquidität) ist funktional nur sinnvoll und sollte sich daher auch nur dann rentieren, wenn es genutzt wird, um kraft Liquidität „aus der Hüfte zu schießen“, sei es, daß z. B. unerwartete Verbindlichkeiten getilgt werden müssen, sei es, daß z. B. auf günstige Geschäftsabschlüsse spekuliert wird.

Wenn der Jokervorteil liquider Geldmittel abgeschöpft wird, so wird damit noch keine einzige Deutsche Mark an ungleich verteiltem Vermögen zurückverteilt. Jeder behält, was er hat! Nur die Möglichkeit, die größeren unter den ungleichen Vermögen weiterhin ohne Hinzufügen eigener Leistung zu vergrößern oder davon ohne Hinzufügen eigener Leistung zu leben, ohne sie allmählich aufzuzehren: nur diese Möglichkeit, nach Maßgabe der Verteilung des *Volkvermögens* auch schon überproportional teilzuhaben am *Volkswirtschaftsprodukt*, würde geschmälert und im idealtypischen Modellfall beseitigt. Kein Tüchtiger

wäre gehindert, sein kleines oder großes Vermögen durch den Ertrag von eigener Leistung zu vergrößern. Kein Vermögender wäre gehindert, seinen mehr oder weniger unverdienten Reichtum zu genießen und zu verzehren. Kein Fauler wäre gehindert, sich mit dem Ertrag der wenigen Arbeit, zu der er sich aufraffen kann, zu ernähren und zu erhalten. Und selbstverständlich müßte für Hilfsbedürftige ein soziales Netz vorhanden sein wie bisher.

Wenn der Jokervorteil liquider Mittel abgeschöpft wird, dann wird freilich der Tüchtige eine bessere Chance erhalten als bisher, sich die Mittel zu borgen, die er braucht, um alle seine Tüchtigkeit günstigst in volkswirtschaftliche Leistung umzusetzen. Der Vermögende steht zwar nach wie vor nicht unter dem gleichen Kontrahierungsdruck wie der Unvermögende, aber er muß etwas leisten, wenn er nicht von der Substanz leben und sein Vermögen allmählich dahinschwinden sehen will, so daß auch er mehr oder weniger stark unter Kontrahierungsdruck gerät. Er erfährt, wie es normalen Menschen ergeht. Er kommt ihnen näher, lernt sie besser verstehen. Der gemeinsame Maßstab in allen ihren Geschäften, die Geldeinheit, wird dann von ihm trotz aller Unterschiede etwas ähnlicher eingeschätzt. Oben hatte sich gezeigt, wie unterschiedlich ein und derselbe Geldbetrag von verschiedenen Personen je nach Entscheidungsfeld und subjektiver Wertschätzung als „wertvoll für den Betroffenen“ eingeschätzt wird, vor allem, weil die einen wirklich etwas dafür leisten müssen, während er anderen womöglich dank der Geldordnung einfach zugespielt wird. Das wird anders, wenn jemand die Geldbeträge, die er ausgibt, entweder selbst durch Leistung verdienen muß oder doch, soweit er noch über Vermögen verfügt, aus der Substanz finanzieren muß. Dann schätzen zwar durchaus noch nicht alle den gleichen Geldbetrag subjektiv gleich wert, aber die Extreme nähern sich einander an.<sup>60</sup> Das Geld als gemeinsamer Maßstab in wechselseitigen Verkehrsgeschäften tritt in etwas gerechterer Weise in Funktion. Die Unterschiede, die dieser Maßstab fast brutal nivelliert, sind nicht mehr ganz so groß wie unter den Bedingungen einer Geldordnung, in der der liquide Geldbesitzer den Vorteil, den ihm die Geldordnung verschafft, in eine private Pfründe verwandeln kann. Und dieser „kleine“ Fortschritt ist ein gewaltiger Fortschritt, ein Fortschritt in Gleichheit und Gerechtigkeit übrigens, der nirgends und in keiner Weise auf Kosten der Freiheit geht, der vielmehr die Freiheit ausschließlich erweitert und vergrößert. Wenn man allerdings Pfründen als Freiheiten definiert und ihre Beseitigung als Freiheitsentzug auffassen will, dann wird in der Tat bei der Abschaffung des Mehrwertes in solche „Pfründen-Freiheiten“ „eingegriffen“. Aber Pfründen sind keine Freiheiten, sondern Vorrechte und Privilegien, die zu beseitigen die wirkliche Freiheit nicht beschränkt,

sondern erweitert: So wie die Beseitigung von Brückenzöllen den Verkehr von Hindernissen befreit.

Wenn der ökonomische Vorteil aus der Liquidität des Geldes abgeschöpft wird, dann nähert sich der Kredit dem schlichten Tausch. Proudhons Forderung wird erfüllt: „Macht den Kredit zum Tausch!“ Getauscht wird gegenwärtige Tauschkraft gegen zukünftige, und zukünftige gegen gegenwärtige. Wer heute nicht kaufen will, obwohl er liquide ist, muß jemanden finden, der's heute schon für ihn tut und morgen erst die gleiche Tauschmacht zurückgibt. Wer heute schon tauschen will oder muß, Mittel aber erst morgen erwartet, muß sich jemanden suchen, der heute schon Mittel hat, die er erst morgen braucht. —

Trifft die „Mehrwert-Diagnose“ im wesentlichen zu, die hier mit Hilfe anderer erarbeitet worden ist, dann müßten sich die Auswirkungen der monetären Asymmetrie geschichtlich in den Institutionen des Wirtschaftslebens niedergeschlagen haben und daran aufzeigen lassen. In den Formen, die sich z. B. für wirtschaftliche Unternehmen gebildet haben, sei es durch vertragliche Gestaltung, sei es durch gesetzliche Ausformung, müßte sich zweierlei niedergeschlagen und ausgedrückt haben, so daß man es jetzt daran ablesen kann:

Erstens müßten sich die Formen und Verfassungen der wirtschaftlichen Unternehmungen interpretieren lassen als vertragliche und gesetzliche, jedenfalls rechtliche Erscheinungsformen, Konkretisierungen und Versteinerungen des allgegenwärtigen Marktvorteils, den das Geldkapital dank der überlieferten Geldordnung fast immer hatte und noch hat. Die Marktvorteile des Geldkapitals müßten sich niedergeschlagen und ausgedrückt haben in Entscheidungsvorrechten in den Unternehmen und so als normativ versteinerte Denkmäler der Marktungleichheit Zeugnis ablegen für die Richtigkeit der Mehrwertanalyse.

Und als Entsprechung dazu müßten sich zweitens die Spuren der politischen, rechtlich-normativen Versuche verfolgen lassen, die jeweils darauf zielten, den geldordnungsbedingten und insoweit scheinbar rein faktisch-machtmäßig vorgegebenen Tauschvorteilen am Markt sowie den daraus resultierenden Entscheidungsvorrechten in den Institutionen gegenzusteuern, um Ausgeglichenheit und Gerechtigkeit wenigstens anzunähern durch mehr oder weniger komplizierte Behelfe, Ausgleichsvorschriften und Kompensationsmechanismen.

Drittens müßten sich auch radikalere Versuche, das Mehrwertproblem durch Revolution oder sonstige Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zu lösen, sowie das Gelingen dieser radikalen Versuche oder ihr Scheitern lesen lassen als Abdrücke gigantischer Kämpfe um die Beseitigung eines Mangels, den die Kämpfer an der falschen Stelle geortet, also an der falschen Stelle und mit falschen Mitteln bekämpft haben.



Es ist zu erwarten, daß die meisten dieser Spuren als Zeugnisse dafür gedeutet werden können, daß die Kritik der monetären Welt, die hier versucht wurde, so falsch nicht ist. —

Der Teil des Buches, der mit diesem Kapitel schließt, trägt den Titel „Streit um den Mehrwert“. Er soll nicht enden ohne eine klare, kurze, definitive und präzise, also auch gut angreifbare und kritisierbare Antwort auf die Streitfrage: eine genaue Antwort, an die später dann immer wieder angeknüpft werden kann. Um eine genaue Antwort auf die Mehrwertfrage zu formulieren, ist noch einmal zu bedenken: Geld hat zum einen eine Tauschkraft in Höhe seines Nennwertes. Diese Tauschkraft hat es in dem Augenblick, in dem es „angewendet“ wird. Geld bietet jedoch darüber hinaus *bis* zum Augenblick seiner Verwendung die *Chance*, in allen sachlichen, sozialen und zeitlichen Dimensionen des Marktes nach der günstigsten Verwendungsmöglichkeit zu suchen: Liquidität. Wer, wie wir so einfach zu sagen pflegen, „Geld verleiht“, der verleiht in Wahrheit *nicht* die Kaufkraft seines Geldes. Das scheint nur so. Die Kaufkraft *behält* er vielmehr in der Hand, und zwar in der juristischen Gestalt seiner Rückforderung aus dem Darlehensvertrag oder aus der Obligation. Der Wert des Geldes, den er aus der Hand gibt, wird ihm sofort ersetzt durch einen anderen Wertgegenstand, der genau so viel wert ist. Vorsichtshalber verlangt der Geldgeber meistens noch „Sicherheiten“ dafür, daß er, der Geldgeber, auf jeden Fall *seine Kaufkraft* behält: Bürgschaften, Pfänder, Hypotheken. Genügen die Sicherheiten dem Geldgeber nicht, bleibt vielmehr doch noch ein Restrisiko, dann läßt er sich auch dieses Risiko zusätzlich vergüten durch einen Zinsaufschlag, die Risikoprämie, wie etwa bei nachrangigen Hypotheken. Wer Geld verleiht, *verleiht* also *nicht Kaufkraft*, sondern er *verkauft Liquidität*. Deshalb müßte man den Geldkapitalmarkt eigentlich „Liquiditätsmarkt“ nennen.

Erst wenn man sich klarmacht, daß der Geldgeber gar nicht die Kaufkraft seines Geldes verleiht, sondern nur Liquidität verkauft, wird wirklich evident, daß das Geld außer dem Wert, den es z. B. als Tausch- und Schuldtilgungsmittel seinem *Nennwert* gemäß hat, noch einen *zusätzlichen Wert* als Liquiditätsmittel besitzt. Diesen zusätzlichen Wert des Geldes kann der Geldbesitzer am Geldmarkt in Form von Zinsen realisieren. *Dies ist der Mehrwert*, den der Geldkapitalist aus den volkswirtschaftlichen Geldströmen auf sich abzweigen kann.

Der Mehrwert des Geldes ist daher exakt faßbar als die Differenz zwischen dem bloßen Kaufkraft-Nennwert des Geldes, wenn man es für Waren und Dienstleistungen ausgibt, und dem Kaufkraft-Nennwert, vergrößert um den Verzinsungsfaktor des Geldes, das auf dem Geldmarkt verliehen wird.

Wer das Geld als Tauschmittel benutzt, für den ist der Geldschein nur genau so viel wert wie der Betrag, auf den er lautet. Dem aber, der das Geld zur Zeit (oder überhaupt, weil er davon zu viel hat) nicht braucht und nicht zum normalen Tausch verwendet, bietet sich die *zusätzliche* Möglichkeit, zwar nicht die Kaufkraft seines Geldes, die er behält, wohl aber dessen Liquidität isoliert pro Zeitablauf zu verkaufen. Für ihn also ist das Geld um den Mehrwert mehr wert als der Nennbetrag des Geldes.

Für den anderen aber, der z. Zt. zwar Güter, aber keine liquiden Güter hat, z. B. Familienschmuck, so daß er sich Liquidität am Geldmarkt erst noch kaufen muß, für den sind seine Güter um den „Minderwert“ weniger wert als liquides Vermögen. Kauft jemand, wie Max in der Geschichte mit dem Vermächtnis, von Moritz ein Grundstück auf Kredit, dann kostet ihn dieses Grundstück um den Zins mehr (Bestandhaltepreis), als es wert ist (Kaufpreis); und der Geldgeber kann für sein Geld einen höheren Preis (Zins, Bestandhaltepreis), als den bloßen Nennwert (Kaufkraftwert des Geldes) verlangen.

Man muß also, sollen die Maßeinheiten in der Definition des Mehrwertes kommensurabel und die gemessenen Beträge direkt vergleichbar sein, die Mehrwertdefinition noch einmal präzisieren: Der Mehrwert des Geldes ist gleich dem kapitalisierten Preis seiner Liquidität. Dann gilt, frei nach *Wolfgang Stützel*<sup>61</sup>: „Die Differenzen zwischen Werten und Preisen (entscheiden nicht nur) in weiten Bereichen des sozialen Lebens darüber, inwieweit einzelne Personen von anderen konkreten einzelnen Personen wirtschaftlich abhängig sind,“ sondern sie entscheiden erst recht auch in der gesamten monetären Zirkulationssphäre darüber, daß und wie sehr die Besitzer und Erzeuger von Werten, die nur einen Kaufwert haben, von den anderen abhängig sind, die über Vermögensgegenstände verfügen, die sie von Zeit zu Zeit in liquides Geld verwandeln können, um jeweils den Mehrwert abzuschöpfen. Mit der Ausgleichsabgabe auf Liquidität würde diese Abhängigkeit herabgesetzt, je nach Höhe der künstlichen Bestandhaltekosten für Liquidität. Auch insoweit würde sich die Ausgleichsabgabe auf Liquidität als das archimedische Knöpfchen erweisen, an dem man nur ein bißchen drehen muß, um den Kapitalismus aus den Angeln zu heben, die Abhängigkeit der Arbeitenden und Warenbesitzer von den Geldkapitalisten herabzusetzen und etwas mehr strukturelle Gerechtigkeit in die Ordnung der Marktwirtschaft hineinzubringen.

Jetzt, da exakt definiert ist, was der geheimnisvolle Mehrwert des Geldes ist, nämlich der kapitalisierte Preis seiner Liquidität, wird ebenso genau bestimmbar, worauf die „Ausgleichsabgabe auf Liquidität“ hinausläuft: sie schöpft eben diese Differenz (ganz oder teilweise) ab, die zwischen dem bloßen Kaufkraft-Nennwert des Geldes und dem vollen

Wert des Geldes besteht, der sich daraus ergibt, daß das Geld nicht nur Tauschmittel, sondern auch Liquiditätsmittel ist. Mit der Liquiditätsabgabe wird der Mehrwert abgeschöpft. —

## II. Teil

### Unser tägliches Geld

#### 4. Kapitel

#### Eigenschaften und Funktionen des Geldes

Bevor die heutige Geldordnung nach der geschichtlichen Rückbesinnung auf den Streit um den Mehrwert einer wirtschafts- und ordnungspolitischen sowie einer juristisch-normativen Kritik unterzogen werden kann, muß man sich in der heutigen Geldtheorie und Geldlehre umsehen und sich einigermaßen auf den Stand der Sprache und der Gespräche bringen. Dabei kann einerseits nicht auch nur erhofft werden, daß hier die in der Fachwissenschaft zu einzelnen Fragen erreichte Feinheit und Ausführlichkeit erreicht wird. Andererseits beklagt ein ausgesprochener Kenner des Geldwesens selbst, daß in seiner Disziplin nicht alles zum besten bestellt sei:

„Gängige Lehrbücher begnügen sich gewöhnlich damit, als das, was mit Währungsnamen (wie ‚Mark‘, ‚Dollar‘, ‚Franken‘) bezeichnet wird, in einer kurzen Liste aufzuführen:

1. Allgemeines Tauschmittel im Sinne eines Instrumentes, durch dessen allgemeine Bedeutung dem Publikum die gräßlich kostspieligen Umständlichkeiten des bloßen Direkttauschs von Sachgütern und Dienstleistungen erspart bleiben.
2. Allgemeine Recheneinheit im Sinne des Instruments, durch das das Publikum das Vergleichen von Werten und Preisen ungemein erleichtert wird; die Theorie spricht insoweit von Geld als sogenanntem ‚numéraire‘.
3. Zahlungsmittel, im Deutsch des Fachs also ‚means of payments‘.
4. Maßstab zur Bestimmung des Umfangs von Geldschulden, kurz ‚Schuldmaßstab‘, im Hausjargon ‚standard of deferred payments‘.
5. Wertaufbewahrungsmittel, also Instrument, Vermögen aus einer Periode in künftige Zeiten hinein zu transportieren, im Jargon: ‚store of value‘.

Des weiteren wird in diesem Typus Lehrbüchern, indem sie die genannte kleine Liste als eine Liste von Funktionen des Geldes schlechthin vorführen, von vornherein der fälschliche Eindruck erweckt, als gebe es einen bestimmten, in sich einheitlichen Gegenstand, genannt Geld, der im Regelfalle alle diese fünf Funktionen,

- Tauschmittel
- Recheneinheit
- Zahlungsmittel
- Schulmaßstab und
- Wertspeicher

zu sein, gleichzeitig erfüllt. Begnügt man sich am Anfang der Geldtheorie mit einer solchen losen Enumeration und ist man unvorsichtig genug, sie auch noch als eine Liste von Funktionen ‚des Geldes‘ zu bezeichnen, so genügt das bereits, ( . . . ) ein heilloser Durcheinander zu fabrizieren.<sup>62</sup>

So erfahren wir also, welche Eigenschaften und Funktionen des Geldes schulmäßig gelehrt werden, und dazu braucht die Liste der Geldeigenschaften nicht auch noch erläutert zu werden; sie spricht für sich selbst. Und wir erfahren, daß solche Listen unzulänglich, nämlich bar jeder Systematik sind. Verfehlt nämlich werde die primitivste Eingangsorientierung darüber, daß mit dem Währungsamen zwei elementar verschiedene Klassen von Erscheinungen bezeichnet werden, nämlich Maßeinheiten auf der einen und zu messende Gegenstände auf der anderen Seite. Tauschobjekte z. B. seien zu messende *Gegenstände*, und insofern sei das Geld ein zu messender Gegenstand: *Tauschmittel*, gemessen in der jeweiligen Währungseinheit, die dem Geldschein aufgedruckt ist. Die „Deutsche Mark“ als Recheneinheit dagegen sei *Maßeinheit*. Die gleiche Funktion habe sie, wenn Kaufkraftschulden nicht nach durchschnittlichen Beamtengehältern, Warenkörben oder sonstigen Vergleichsmaßstäben bemessen werden, sondern nach „Deutscher Mark“, wie es unser Währungsgesetz befiehlt. Wird Geld einerseits als Maßstab, andererseits als einer der vielen Gegenstände selbst begriffen, die in der jeweiligen Geldeinheit gemessen werden, läßt sich ein systematisch ausgerichteter, aber sicher auch noch lange nicht vollkommener und erschöpfender Katalog von Erscheinungen aufstellen, die mit Geld oder mit dem Währungsamen bezeichnet werden oder engstens damit verknüpft sind:

1. Anwendungen der Geldeinheit („Deutsche Mark“, „Dollar“) als Maßeinheit:
  - Bemessung des allgemeinen Tauschmittels (Nennwert von Banknoten, Münzen, Giralgeld)
  - Bemessung des allgemeinen Liquiditätsmittels
  - Bemessung einfacher Kaufpreise und andere in Kaufkräfteinheiten bemessener Leistungen wie gegenwärtige oder zukünftige Schadenersatz- oder Unterhaltsleistungen, Gebühren oder Steuern
  - Bemessung von „Bestandhalte-Preisen“: das sind Preise pro Gegenstand und Zeitspanne wie Mieten, Pachten und – Zinsen (Die Einheit für einfache Preise unterscheidet sich von der Einheit

für Bestandhaltepreise genau so, wie sich das Längenmaß „Kilometer“ vom Geschwindigkeitsmaß „Kilometer pro Stunde“ unterscheidet.)

- Bemessung von Vermögensgegenständen und Vermögen zu Zwecken des Vergleichs, der Aufteilung oder der Feststellung von Veränderungen
  - Bemessung von wirtschaftlichen Risiken, seien es persönliche, sachliche oder betriebswirtschaftlich-unternehmerische
  - Bemessung insbesondere in allen bereits genannten Fällen auch solcher Gegenstände, die zurückliegen oder in der Zukunft liegen: von Leistungen in Verträgen mit zeitversetztem (asynchronem) Leistungsaustausch, von zukünftigen Kaufkraftschulden, von zukünftigen Vermögensbeständen zum Vergleich mit gegenwärtigen oder vergangenen usw.
2. Gegenstände und auch „Mittel“, die als Geld oder mit dem Währungsamen bezeichnet werden, in ihrer Funktion:
    - a) Aus der Sicht des Inhabers von Geld:
      - allgemeines Tauschmittel (Banknoten, Münzen, Giralgeld)
      - allgemeines Teilhabemittel
      - Schuldtilgungsmittel (zugleich Leistungserfüllungsmittel)
      - Liquiditätsmittel (Geld in seiner Funktion als Joker, „Kassehaltung“), und damit aufs engste verbunden:
      - Zinsbegründungsmittel (Mittel zur marktmäßigen Aushandlung und Begründung von Zinszahlungsansprüchen)
      - Spekulationsmittel (Geld, das bei Deflation zurückgehalten oder am Devisenmarkt erworben wird, um aus Kursschwankungen Gewinn zu ziehen)
      - Wertspeicher, „Schatzbildner“ (Geldhortung)
    - b) Aus der Sicht des Gemeinwesens und der Volkswirtschaft:
      - allgemeines Zirkulationsmittel zur marktmäßigen Bewegung und Lenkung der Waren, Risiken und Dienstleistungen
      - allgemeines Transfermittel für nicht marktmäßige Bewegung und Zuteilung von Kaufkraft
      - allgemeines (markt- oder nicht marktmäßiges) Verteilungs- und Umverteilungsmittel für Teile des Volkswirtschaftsvermögens und vor allem des Sozialprodukts
      - allgemeines Ausgleichs- und Entschädigungsmittel bei der Ausgestaltung und Abwicklung von Rechtsverhältnissen zwischen Privaten, zwischen Privaten und dem Staat sowie zwischen staatlichen Stellen.

Man sieht, daß das „allgemeine Tauschmittel“ in beiden Rubriken vorkommt, – wie überhaupt jeder „Gegenstand“, der den Währungsamen trägt, auch irgendwie zu tun hat mit der Währungseinheit als dem Maßstab, der darauf angewendet oder in dem er gemessen wird. Thematische und funktionale Verwandtschaften bestehen z. B. auch zwischen dem Geld als „Wertspeicher und Schatzbildner“ hier und der Geldein-

heit zur Bemessung von Guthaben auf Sparbüchern. Soll Verwirrung vermieden werden, gilt es diese beiden Phänomene sehr genau auseinanderzuhalten. „Spargelder“ im Sparstrumpf, in der Kasse oder im Geldschrank sind „Gelder“, die als Mittel dazu verwendet werden, Kaufkraft von heute zurückzuhalten und erst als Kaufkraft von morgen auszugeben. „Spargelder“ auf dem Sparbuch sind nicht mehr „Geld“, sondern haben die Gestalt eines Rechtsverhältnisses angenommen (Darlehen), kraft dessen die Sparkasse verpflichtet ist, nebst etwa vereinbarten Zinsen das Empfangene zu einem späteren Zeitpunkt oder nach näher bestimmten Abrufmodalitäten zurückzuzahlen.

Verwirrend ist, daß beim „allgemeinen Tauschmittel“ die beiden Systematisierungskategorien „Maßeinheit“ und „Gegenstand“ sozusagen „eine Einheit“ miteinander bilden, nämlich insofern, wie das Geld zum einen nach Maßgabe der Währungseinheit gestückelt und insofern „bemessen“ ist, während es „zugleich“ als Tauschmittel „Ware“ schlechthin, nämlich Kaufkraftrepräsentant ist; denn es verkörpert also eine spezifische Form von Wertpapier „zugleich“ die ihm aufgedruckte (insofern „gemessene“) Menge Kaufkraft. Das Geld als Mittel zu Tausch und Tilgung trägt seine Maßeinheit mit sich herum. –

Ein kritischer Leser wird spätestens hier einwenden: von Eigenschaften und Funktionen des Geldes sei die Rede gewesen, aber was das Geld denn nun wirklich sei, das hätte ihm noch immer niemand verraten. Für ihn sei das Geld Macht überhaupt. Geld sei Kaufkraft, Einfluß, Beweglichkeit, Freiheit. Und mit Recht kommt dieser Einwand. Zwar hat es hier keinen Sinn, über die Macht und den Einfluß im allgemeinen zu reden, die Geld verschafft. Auch haben Wissenschaftler oft keine guten Erfahrungen gemacht, wenn sie bei so nüchternen und handfesten Dingen wie dem Geld nach seiner „Substanz“ oder seinem „Wesen“ gesucht haben. Die Frage aber, was denn neben allen Eigenschaften und Funktionen, die das Geld habe, Geld selbst „sei“, lohnt wenigstens das Nachdenken. Womöglich lassen sich die Eigenschaften und Funktionen des Geldes noch besser verstehen, und vielleicht lassen sich die Eigenschaften des Geldes für seine verschiedenen Funktionen besser „optimieren“, wenn man genauer weiß, was das Geld seiner Konstruktion, seinen Funktionen und seinen Erscheinungsformen nach „ist“. Gerade die verschiedenen Erscheinungsformen von Geld: Noten und Münzen einerseits, Girogeld in der Form von Sichtguthaben bei Kreditinstituten andererseits, dürften erst richtig durchschaubar werden, wenn ihr gemeinsamer konstruktiver Nenner gefunden, benannt und beschrieben ist.

Bei der Frage danach, was das Geld sei, taucht jedoch ein Problem auf, das bislang zwar auch schon im Untergrund der Betrachtung mit-

schwung, das aber noch nicht bis zum Tageslicht bewußter Auseinandersetzung aufgetaucht ist: Es geht hier nämlich nicht nur darum, was das Geld „ist“, sondern es geht auch darum, was das Geld „sein soll“. Soll Geld z. B., wie in den gängigen Listen unbewußt und unausgesprochen gefordert oder doch vorausgesetzt wird, *zugleich* Mittel der Liquidität, des Tausches *und* der Schatzbildung sein: extrem flüssig und „sprungbereit“, extrem hart, beständig und seßhaft zugleich? Soll Geld in Form von Liquidität, Tauschmacht und Tauschkraftspeicher stets und immer eine Einheit bilden, oder soll wie beim Stempelgeld die Kaufkraft des Tauschmittels gegenüber der ihm aufgedruckten Nennwert-Kaufkraft schwinden? Soll oder soll gerade nicht Geld durch Gold gedeckt sein? Soll Geld aufgefaßt werden als eine Anwartschaft auf einen Anteil am Sozialprodukt, der dem Teil entspricht, den man selbst zum Sozialprodukt beigetragen hat? Kurz: wer danach fragt, was Geld sei, fragt, ob er will oder nicht, auch danach, wie Geld sein soll. Er hat ein Konzept von Geld, das er noch so sehr der wirtschaftlichen Wirklichkeit abgeschaut haben mag: – schon, indem er Funktionen benennt, kommen verzwickte zweckrationale Zweck-Mittel-Zusammenhänge oder systemrationale Funktionszusammenhänge ins Spiel, die teleologische, wertende, ordnende und normierende Effekte mit sich führen.

Man muß also erwarten, daß auch die Antwort auf die Frage danach, was das Geld denn nun wirklich sei, normative Elemente enthält, die sich bei noch so streng „empirischer“ Ausrichtung der Frage nicht vermeiden lassen. „Normativ“ sind z. B. schon die gesetzlichen Regeln des Währungsgesetzes,<sup>63</sup> denen wir Namen, Einheit und wichtige Grundzüge unserer Geldordnung und damit unseres Geldes verdanken. Normativ sind die Wirkungen, die Geld hat, wenn man mit Geld „Schulden“ tilgt und „Forderungen“ erfüllt. Normative Maßstabswirkung entfaltet die Geldeinheit, wenn ein Schuldner sich zur Zahlung verpflichtet. Und normativ durchgeformt sind die Bereiche, in denen das Geld wirkt: Im Gemeinwesen, in seiner Wirtschaft sollen Freiheit und Eigentum geschützt und die Gleichheit vor dem Gesetz geachtet werden. Und ethisch-normativ waren auch die Bedenken, die sich im Verlaufe der Geschichte immer wieder an Zins und Wucher entzündet haben. So viel Normativität mahnt zur Vorsicht und Zurückhaltung, aber auch zur Klarheit in der Erwartung, daß man mit der Frage nach dem Geld mitten hineinstößt in normativ durchgebildete und normativ durchwirkte Gefilde. Alte Diskussionen um das Wesen des Geldes tauchen dabei aus der Erinnerung auf, sollen aber nicht weiter hervorgezogen werden. –

Im Kauf wird Ware gegen Geld „getauscht“. Genau genommen geht es nach deutschem Bürgerlichen Recht sogar noch etwas komplizierter zu: „Der Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer den vereinbarten Kauf-

preis zu zahlen und die gekaufte Sache abzunehmen.“ (§ 433 Absatz 2 BGB) Zahlt der Käufer den Kaufpreis an den Verkäufer, so tilgt er seine Kaufkraftschuld. Er verwendet also auch beim Kauf das Geld, rechtlich exakt betrachtet, nicht als „Tauschmittel“, sondern als „Schuldmaßstab“ und als „Schuldtilgungsmittel“. Die Bezeichnung „Tauschmittel“ beschreibt daher einen rechtlich komplizierten Vorgang wirtschaftlich grob und typisierend und hebt dadurch etwas hervor, was im rechtstechnischen Kleinkram unterginge, wenn man es immer zu genau nähme. Will man jedoch wissen, was Geld „ist“, muß man es vorübergehend auch juristisch einmal genauer nehmen, z.B. wie hier am Modellfall des Kaufes.

Der Kaufvertrag schafft ein „Rechtsverhältnis“ zwischen den Partnern: ein Geflecht rechtlicher Beziehungen. Leistet der Verkäufer, so übergibt er den verkauften Gegenstand. Leistet der Käufer, so „zahlt“ er. Die gekaufte Sache mag ein handfester Gegenstand sein: z.B. ein Tisch. Da weiß man, was man vor sich hat. Die Zahlung aber ist ein eigenartiger Vorgang. Werden Banknoten überreicht, bekommt der Verkäufer Papier, das an sich wertlos ist, aber Papier, das wegen seines Aufdrucks schon ein ganz besonderes Papier ist. Die Übereignung dieses Papiers befreit ihn mit rechtlicher Wirkung und Verbindlichkeit von seiner Käuferschuld zur Zahlung des Kaufpreises. Insofern verkörpert und vermittelt das Geld eine *Rechtsposition*, deren Übertragung schuld-befreiende Wirkung hat.

Eine „Rechtsposition“ verkörpert und vermittelt das Geld, weil es als solches zwar keine körperliche Sache ist, aber ein vom Recht anerkannter und vom Recht auch eingerichteter und ausgestatteter, mithin „rechtlicher“ Gegenstand ist: und zwar ein rechtliches Kunstgebilde, das seinem Inhaber eine Position verschafft, mit deren Hilfe er sich seiner von Rechts wegen bestehenden Zahlungsverbindlichkeiten von Rechts wegen entledigen kann. Kurz: Seiner Technik und Konstruktion nach ist das Notengeld ein rechtliches Kunstgebilde, – ein „Papier“, das seinem Inhaber eine ihm persönlich zustehende Rechtsposition verschafft, die (insbesondere) zur Schuldtilgung geeignet ist.

So wie die Schuld, die getilgt wird, vom Schuldner als etwas Belastendes erfahren wird und bei ihm „negativ“ zu Buche schlägt, so erscheint ihm und anderen das Geld, mit dem man sich seiner Schulden entledigen kann, als das genaue Gegenteil dazu: Es wird als etwas erfahren, das erfreuliche Möglichkeiten eröffnet und „positiv“ zu Buche schlägt. Es ist sozusagen das positive juristische Konstrukt, das in die negativen Räume paßt, als welche sich Geldschulden aus Rechtsverhältnissen einmal auffassen lassen. Und dies gilt dann von allen Geldschulden, nicht nur von Geldschulden aus tauschartigen Rechtsgeschäften.

Warum aber sagen wir dann kompliziert: Die Banknote vermittelt eine „Rechtsposition“, statt ganz einfach: Die Banknote vermittelt ein Recht wie andere Rechte auch, nämlich ein sogenanntes „subjektives Recht“, das einem bestimmten Berechtigten zusteht wie ein Anspruch auf Schadenersatz oder der Anspruch des Käufers gegen den Verkäufer auf das Auto, das er gekauft hat? Warum tun sich sogar und gerade die Juristen so schwer und sprechen z. B. von „abstrakter Vermögensmacht“? Die Antwort ergibt sich aus den Unterschieden, die sich abzeichnen, wenn man die „Rechtsposition“, die durch den Geldschein vermittelt wird, mit anderen, vergleichbaren „subjektiven Rechten“ einzelner gegen andere vergleicht.

Ein typisches „subjektives Recht“ von der Art, wie es hier zum Vergleich in Betracht kommt, etwa der Anspruch auf Übereignung der Kaufsache, steht einem genau bestimmten Berechtigten (Käufer) im Verhältnis zu einem genau bestimmten Verpflichteten (Verkäufer) zu; es bezieht sich auf einen nach Art, Qualität und Beschaffenheit bestimmten Gegenstand; es ist nicht irgendwo zu erfüllen und nicht irgendwann, sondern an einem näher umrissenen Ort und zu einer näher umrissenen Zeit. Das typische „subjektive Recht“ ist mithin in allen drei Dimensionen des Wirtschaftsleben konkretisiert: in der Sozialdimension (wer gegen wen?), in der Sachdimension (was, wo, wie?) und in der Zeitdimension (wann?). Die sozial-personellen, sachlichen und zeitlichen Variablen bleiben nicht offen, bleiben nicht „variabel“, sondern sind in bezug auf konkrete Situationen festgelegt, „konstantgesetzt“. Von diesem Idealtyp eines „subjektiven Rechts“ gibt es selbstverständlich vielerlei Abweichungen, die jede der genannten Dimensionen betreffen können. Subjektive Rechte „aus Inhaberpapieren“ lauten z. B. „auf den Inhaber“, stehen also dem jeweiligen Inhaber zu. Bei diesen Rechten ist die Variable des „Berechtigten“ offen geblieben wegen der Leervokabel „Inhaber“. Der Berechtigte wird erst mit jedem Inhaber neu bestimmt, der das Papier in einer von der Rechtsordnung anerkannten Weise erworben hat. Das „Recht aus dem Papier“ folgt dem Eigentum „an dem Papier“. Auch die Rechtsposition aus dem Geldschein wandert offenbar mit dem Geldschein von Hand zu Hand. Auch beim Geldschein folgt die „Rechtsposition“ aus dem Papier dem „Recht an dem Papier“. Aber bei der „Rechtsposition aus dem Geldschein“ fehlt sonst fast alles, was zu einem typischen bürgerlichen „subjektiven Recht“ gehört: Berechtigter ist der Inhaber, aber wem gegenüber? Wozu? Wann? Wo, Wie?

Die Banknote ist also allenfalls eine sehr „unvollkommene“ subjektive Rechtsstellung, bei der man zunächst nur weiß, daß sie dem Inhaber der Banknote zusteht, und von der nur feststeht, daß sie eine bestimmte Menge „Kaufkraft“ oder „Geldschuldtilgungs-Berechtigung“ verkör-

pert. Solche unvollkommenen subjektiven Berechtigungen heißen in der Sprache der Rechtswissenschaft „Anwartschaften“. Also können wir feststellen: Die Banknote als Geld „ist“ ein eigenartiges Inhaberpapier, das seinem Inhaber eine Anwartschaft vermittelt, die ihrerseits noch näher zu bestimmender monetärer Art ist, nämlich (wirtschaftlich) Tauschmacht und (juristisch) Geldschuldtilgungs-Berechtigung darstellt. Das „eigenartige Inhaberpapier“ ist die rechtstechnische Form des Geldscheines, – die „eigenartige Anwartschaft“ ist eine allgemeine juristische Kennzeichnung der „Rechtsposition“, die in der juristischen Form verkörpert ist. Zusammen handelt es sich um eine auf den Rechtsverkehr zugeschnittene rechtstechnische Konstruktion für die *rechtl*ich verbindliche und exakte Verrechnung der *ökonomisch-tatsächlichen* Tauschmacht, die bei Geschäften unter Verwendung von Geld im Spiel ist.

Schärfer hebt sich die rechtliche Struktur des Geldes ab, wenn man es noch genauer vergleicht mit denjenigen Wertpapieren, die ihm am nächsten verwandt sind, nämlich etwa mit Scheck, Wechsel und Konnossement. Diese Wertpapiere nämlich werden ebenfalls im Zusammenhang mit Schuldbegründungs- und Schuldtilgungsvorgängen verwendet und sie vertreten (verkörpern, repräsentieren) dabei für den Rechtsverkehr Waren, Leistungen oder Kaufkraft, so wie das Geld abstrakte Ware und Leistung, die wir psychisch-physisch als Tausch- und Kaufmacht erleben, in geeigneter Stückelung repräsentiert.

Mit den wertpapierrechtlichen Konstruktionen wie Scheck und Wechsel hat das Geld gemein, daß es eine „abstrakte“ Rechtsposition vermittelt, nämlich „abstrakt“ im Verhältnis zu den Rechtsverhältnissen („Valutaverhältnissen“), im Zusammenhang mit denen Scheck und Wechsel benutzt werden. Das Geld abstrahiert nun von sämtlichen denkbaren Valutaverhältnissen und den daran beteiligten Personen; denn es soll in allen denkbaren unterschiedlichsten Rechtsbeziehungen als verkehrsgünstiges Verrechnungsmittel fungieren können. Deshalb müssen sämtliche Personenvariablen, Sachvariablen und Zeitvariablen, die die jeweiligen Valutaverhältnisse konkretisieren und kennzeichnen, offen bleiben. Nur der Geldbetrag, der (zwischen wem auch immer, wie auch immer, wann auch immer und für was auch immer) zur Verrechnung kommt, ist dem Geldschein aufgedruckt. Anders ist es beim Wechsel, dessen Unterschied zum Geld Silvio Gesell mit exaktem Sinn für die monetären Freiheitsdimensionen des Geldes beschreibt<sup>66</sup>: „Der Wechsel kommt nur von einer Vertrauenshand in die andere. Er ist nicht teilbar genug für die Bedürfnisse des Kleinhandels. Er ist an bestimmte Gesetze, an bestimmte Zeiten und Orte gebunden. Das alles beschränkt seine Umlaufbahn auf einen sehr kleinen Durchmesser.“

Die konkreten Rechtsbeziehungen (Valutaverhältnisse) im Hintergrund bilden gleichwohl die gesamten rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Hingaben und für die Annahmen des Inhaberpapiers „Banknote“. Um an Banknoten heranzukommen, muß man – in Anlehnung an die Sprache des Wertpapierrechts: – in konkreten „Valutaverhältnissen“ (etwa Dienstverträgen, Werkverträgen, Kaufverträgen) seine Verpflichtungen eingegangen und sie oft auch schon erfüllt haben, bevor man das Geld dafür in die Hand bekommt: das „abstrakte“ Verrechnungsmittel, welches dann dem Betroffenen seinerseits als eine Verrechnungsanwartschaft zur Verfügung steht.

Der Geldschein in der Hand dokumentiert also, daß der Inhaber in irgendwelchen solchen „Valutaverhältnissen“ das Erforderliche getan hat, um nicht nur formal, sondern auch sachlich legitimer Tauschwartschafter zu sein. Wer Geld in die Hand bekommt, hat typischerweise seiner „Obliegenheit“ genügt, dafür ein rechtfertigendes Rechtsverhältnis im Hintergrund zu haben, in welchem er seine Pflicht getan hat oder noch tun wird, wenn es sich nicht um einen Schenkungsvertrag oder um eine Erbschaft handelt, wobei dann die Schenkung oder die Erbschaft als legitimierender Grund auftritt.

„Obliegenheit“ ist dabei wiederum der rechtswissenschaftliche Fachausdruck für eine unvollkommene, nicht in allen Einzelheiten fixierte und/oder nicht erzwingbare Verpflichtung, deren Nichterfüllung mit Nachteilen oder mit dem Ausbleiben von Vorteilen verbunden ist. So stehen wir zwar fast alle unter ständigem Kontrahierungsdruck, weil wir getrieben werden, uns unser tägliches Geld zu verdienen; aber wir sind dazu nicht im strengen rechtstechnischen Sinne „verpflichtet“. Es „obliegt“ uns nur, und wenn wir die Obliegenheit nicht erfüllen, bleibt das Geld aus. So erscheint das Geld schließlich, wenn man die Beschreibung ein wenig formelmäßig typisiert und vereinfacht, als „Tauschwartschafter aus erfüllter Tauschobliegenheit“.

„Obliegenheiten“ muß nicht nur erfüllen, wer sich Geld verschaffen will. Eine Obliegenheit belastet auch den Gläubiger, dem der Geldschuldner seine Banknoten anbietet, um damit seine Geldschuld zu tilgen: Auch dieser Gläubiger ist nämlich in der Regel nicht im strengen Sinne „verpflichtet“, das Geld anzunehmen; aber er tut gut daran, es anzunehmen, weil es das gesetzliche Zahlungsmittel ist. Sonst kommt er in „Annahmeverzug“ und hat die Nachteile zu tragen, die die Rechtsordnung an den „Annahmeverzug“ knüpft. Insofern trifft den Geldgläubiger die unvollkommene Verpflichtung, sich die Verrechnung von Tauschmacht in der Form einer Übereignung von Banknoten gefallen zu lassen und damit auch die Tilgung und das Erlöschen seiner Forderung hinzunehmen. Insofern wird er durch die Rechtsordnung „angewiesen“,

die Banknote zur Verrechnung auf die Geldforderung zu akzeptieren. Hält man sich dies vor Augen, so wird die „Rechtsposition aus der Banknote“, die sich sachlich-rechtlich als Anwartschaft erwiesen hatte, noch deutlicher als bisher.

Den Wertpapieren „Scheck“ und „Wechsel“ ähnelt die Banknote auch in ihrer Struktur als Anweisung: Begünstigter dieser Anweisung ist der Inhaber der Banknote. Angewiesener ist der, dem der Inhaber den Geldschein anbietet: Er wird (in der Regel bei Strafe von Nachteilen aus Annahmeverzug) angewiesen, den Geldschein zum Nennwert als Kaufkraftäquivalent anzunehmen und auf die Kaufkraftschuld anzurechnen, um die es dabei gerade geht. Anweisender ist, wer seinerseits dem Inhaber den Geldschein in die Hand gedrückt hatte. So gesehen erscheint die Banknote als eine Anweisung von dem, den es angeht; zugunsten des Inhabers, den es angeht; an den, den es angeht; gerichtet darauf, daß der Angewiesene in dem Rechtsverhältnis zwischen denen, die es angeht, diese Note akzeptiere und verrechne.

Weiter läßt sich die Abstraktion der Anweisung von den Valutaverhältnissen, um die es jeweils geht, wirklich nicht vorantreiben. Sie ist als Banknote so weit von den vertrauten Fixpunkten des typischen juristischen Anweisungsverhältnisses abstrahiert, daß man darin die Anweisung nur noch mit Mühe wiedererkennt. Anschaulich wird die Anweisungsstruktur dieser Rechtsposition erst wieder, wenn man sie in zwar juristisch ungenauerer, wirtschaftlich aber anschaulicherer Form formuliert: Geld ist eine Anweisung auf einen Teil des Sozialprodukts, ein für allemal ausgestellt von der Notenbank, akzeptiert von Inhabern, die durch Valutaverhältnisse legitimiert sind, und gerichtet an diejenigen, denen die Inhaber die Banknoten in die Hand drücken („Anweisungstheorie“ des Geldes).

Und wie immer man sich ausdrückt, man bekommt nicht nur eine empirisch-beschreibende, nicht einmal eine rein rechtstechnische Beschreibung der Banknoten als Geld, sondern auch eine wertende, ausrichtende, idealisierende Beschreibung, die zu der sachlichen Frage hin tendiert, ob das Geld auch als eine solche Anweisung auf einen Teil des Volkswirtschaftsprodukts konzipiert und ausgerichtet werden soll.

Geld kommt nun aber nicht nur in der Gestalt von Banknoten vor, sondern auch in anderer juristischer Verkleidung: gleichartiger ökonomischer Gehalt in anderer rechtlicher Gestalt. Wenn die obige Deutung der Banknoten als juristisch-formale Verkörperung einer Rechtsposition verstanden werden muß, die sachlich als Anwartschaft und als eigenartige Anweisung charakterisiert werden kann, dann müßte bei Geld in anderer juristischer Gestalt dieser Gehalt gleichbleiben, während die rechtstechnische Verkehrsform wechselt. Münzen bedürfen dabei keiner

besonderen Betrachtung. Sie sind, soweit sie nicht mehr aus Edelmetall bestehen und keinen „inneren Wert“ mehr haben, sozusagen Inhaberpapiere, die aus Metall hergestellt sind. Wohl aber wird es Zeit, das Giralgeld, das schon mehrfach erwähnt wurde, kurz zu betrachten. Dieses Geld gewinnt insbesondere in dem Ausmaß an Bedeutung, wie der „elektronische Zahlungsverkehr“ zunimmt und am Ende vielleicht dazu führt, daß Banknoten und Münzen zur Ausnahme für besondere, atypische Zahlungsvorgänge werden oder ganz verschwinden.

Giralgeld erscheint in Form von Guthaben oder Überziehungsspielräumen auf Girokonten bei Geldinstituten, über die jederzeit verfügt werden kann. Dabei tritt die Rechtsform „Anweisung“ deutlicher hervor als bei Banknoten. Der Kontoinhaber „weist“ sein Geldinstitut buchstäblich „an“, einen dort verfügbaren Kaufkraftbetrag zu „überweisen“. Die Konfiguration von Beteiligten freilich ist etwas anders und sie entspricht der gewandelten Konstellation: Anders als bei der Banknote stehen nämlich einige der beteiligten Personen schon fest, insbesondere die Bank und der Kontoinhaber. Das sind Abweichungen von dem gewohnten Bild des anonymen Geldes. Dafür treten andere „Wesensmerkmale“ des Geldes deutlicher hervor: Keine körperliche Sache wie der Schein und das Papier oder die Münzen suggerieren noch die ferne Erinnerung an Gold und Silber. Sie versperren nicht mehr den Blick darauf, daß das Geld ein ganz typisches Verrechnungsmittel ist. Am Giralgeld zeigt sich z. B., wie sich die Belastungs- und Begünstigungswirkungen (Obliegenheits- und Anwartschaftseffekte) in einem einzigen Akt vollziehen. Beim Konto treten sie in der evidenten Gestalt von Buchungen auf der Aktiv- oder Passivseite auf: Des einen Gutschrift ist des anderen Lastschrift<sup>66</sup>.

Am Girokonto läßt sich z. B. auch sehr schön veranschaulichen, wie sehr Geld, das man schon ausgibt, ohne es zu haben, auf dem Konto „negativ“ zu Buche schlägt, und dann nicht nur eine unvollkommene „Obliegenheit“ begründet, sondern die strenge Rechtspflicht, etwas zu tun, um das Konto wieder auszugleichen. Außerdem stellt das Guthaben auf dem Konto wiederum eine Rechtsposition dar, mit der jederzeit Kaufkraftschulden getilgt werden können: Schuldtilgungs-Anwartschaft auf Warteposition wie Geld in der Kasse, mit dem Vorteil gegenüber der „Kasse“, daß man aus dem Girokonto auch noch Liquidität „herausnehmen“ kann, wenn es „leer“ oder sein Inhalt ohnehin schon „negativ“ ist, vorausgesetzt, man hat einen Überziehungsspielraum. Daran wird deutlich, wie Liquidität etwas anderes ist als die Form, in der der zugrundeliegende Kaufkraftnennwert erscheint: sei es als Guthaben auf der Aktivseite (Forderung gegen die Bank) oder als Posten auf der Passivseite (Forderung der Bank gegen den Kontoinhaber).

Die besondere rechtstechnische Form des Giralgeldes bringt freilich auch gewisse Abweichungen in den Verwendungsmöglichkeiten mit sich, wenn man es mit Notengeld vergleicht. Jeder Gläubiger einer Geldforderung muß Geldscheine als Schuldtilgungsmittel annehmen, wenn er nicht in Verzug geraten will; aber nicht jeder Gläubiger hat ein Girokonto und ist bereit, statt des Bargeldes bloß girales Verrechnungsgeld zu akzeptieren. Vor allem ist er von Rechts wegen dazu nicht verpflichtet. Giralgeld ist also, was die sozial-personale Dimension betrifft, nicht ganz so offen und generalisiert wie Notengeld. Da es jedoch jederzeit in Bargeld verwandelt und im übrigen wie Geld zur Erfüllung von Kaufkraftverbindlichkeiten aus X-beliebigen Rechtsverhältnissen verwendet werden kann, hat es die typischen Jokereigenschaften des Geldes und wird daher mit Fug und Recht dem Bargeld weitgehend als äquivalent erachtet.

Während Giralgeld stets seine Spuren in den Büchern oder auf den elektronischen Speichermedien der Kreditinstitute und ihrer Kunden hinterläßt, sein Weg durch die Wirtschaft also gut verfolgt werden kann, geht das Bargeld von Hand zu Hand, ohne Spuren zu hinterlassen. So eröffnet Bargeld die Möglichkeit, „dunkle Geschäfte“ abzuwickeln, ohne verhängliche buchungstechnische Fußstapfen zu hinterlassen: von der Hehlerei über Bestechung, Schwarzarbeit und Transaktionen, die dem Steuerfiskus nicht bekannt werden sollen, bis hin zur Zahlung des Liebeslohns im Eros-Zentrum. Geld bietet insofern Schutz der Kriminalosphäre, es bietet aber auch Schutz der Intim- und Privatsphäre des Bürgers, der mit dem Geld umgeht. Wenn das Bargeld durch elektronischen Zahlungsverkehr<sup>67</sup> ersetzt werden soll, so müßte Sorge dafür getragen werden, daß schutzwürdige Belange auch ihren Schutz finden.

Bei Einführung des vollelektronischen Zahlungsverkehrs stünde auch der Einführung einer Ausgleichsabgabe auf Liquidität kein geldtechnisches Problem mehr im Wege: die Stempelgebühr wäre keine Stempelgebühr mehr, sondern würde gebucht wie Soll- und Habenzinsen. Die Ausgleichsabgabe auf Liquidität wäre schlicht ein weiterer Posten von der Art der Bestandhaltepreise auf dem Konto. Die Abschöpfung des Mehrwertes und damit die Abschaffung des Geldkapitalismus wäre nicht einmal ein Problem der Programmierung der Buchungsprogramme, sondern nur eine Aufgabe derjenigen, die die Buchungsdaten eingeben. Die alten Programme würden das schon schaffen.

Man stelle sich einmal vor, der vollelektronische Zahlungsverkehr wäre verwirklicht. Dann erweise sich das Geld in reinster Form als das, was es ist, nämlich als eine rechtsverbindliche *Verrechnungstechnik für Tauschmacht*. Auch der Kapitalismus zeigte sein symbolisch-syntaktisches Gesicht als Struktur von monetären Verrechnungs- und Anrech-

nungsmodalitäten. Wenn dann die Ausgleichsabgabe auf Liquidität den Konten belastet wird, dann wird der Mehrwert abgeschöpft und so der Kapitalismus gleich mit vom Konto abgebucht.

## 5. Kapitel

### Geldmenge, Geldumlauf, Geldpolitik

Mehr als jedes andere Kapitel in diesem Buch sollte dieses von einem professionellen Volkswirt und Kenner des Geldwesens verfaßt werden, nicht von einem juristischen „Außenseiter“. Doch bei dem Versuch, Material für dieses Kapitel zusammenzustellen, stieß ich auf einen Befund, der dem ähnelt, was Wolfgang Stützel über die Lehrbücher in bezug auf die Geldtheorie geschrieben hat: Wer z. B. die Geldströme nicht nur schön abstrakt mit Formeln erklärt bekommen will, sondern z. B. fragt, wie denn die besonders aufschlußreichen Arme des volkswirtschaftlichen Geldstromes verlaufen, nämlich die Ströme der Zinsen von Geldkapitalien und die der Erträge von Realkapitalien, sucht weitgehend vergeblich, und zwar nicht nur, wenn er in den Lehrbüchern nachschlägt, sondern auch, wenn er sich direkt um empirische Daten bemüht. Der Mehrwert ist auch insofern kein Thema. Den Mehrwert gibt es nicht. Aber zu den Geldmengen und zum Geldumlauf läßt sich einiges sehr allgemein sagen, ohne das der Überblick über das Geldwesen zu lückenhaft wäre, als daß er einen hinreichenden Hintergrund abgeben könnte zu den Überlegungen, die oben zum Zins, zum Mehrwert und zur Geldordnung angestellt wurden und unten noch angestellt werden.

Steckte man allen Bürgern plötzlich die gleiche Menge Geld, die im Umlauf ist, noch einmal in die Tasche, dann liefen sie zum Markt und fragten Waren und Dienstleistungen nach. Jedem würde schon etwas einfallen, das er noch gebrauchen kann oder auch einmal genießen möchte, und wer das zusätzliche Geld sparen wollte, fände schon eine Sparkasse, die es ihm abnähme und jemandem anderen gäbe, der immer noch nicht genug kaufen konnte. Kurz: Die Nachfrage würde ganz erheblich steigen. Bis aber auch das Angebot an Waren und Dienstleistungen sich auf die brausende Nachfrage hin langsam vermehrt hätte, bliebe das Angebot an Waren und Dienstleistungen ziemlich träge und fast gleich. Also würden die Preise drastisch steigen. So wirkt sich die „Geldmenge“ auf die Nachfrage und auf die Preise aus.

Umgekehrt gilt Ähnliches: Solange sich Geld nur vermehren ließ, wenn das Gold oder das Silber vermehrt wurde, aus dem das Geld war,



konnte die Nachfrage nicht nur keine Sprünge machen, sondern konnte nicht einmal angemessen wachsen. Wuchs das Angebot trotzdem, weil die Wirtschaft sich ausdehnte, so mußte die größere Menge an Waren und Dienstleistungen mit der gleichen Menge Gold oder Silber umgeschlagen und bezahlt werden. Die Preise gingen zurück. Das hatte dann zur Folge, daß das Geld, mit dem man nicht das Notwendige kaufen mußte, in der Hoffnung auf noch günstigere Preise, also aus spekulativen Gründen, gar nicht mehr ausgegeben wurde und die Nachfrage fast ganz zum Erliegen kam. Das ist die Art von Krisen, die Silvio Gesell als Kaufmann erlebt hatte und deretwegen er erstens für vermehrbares Papiergeld und zweitens für nicht hortbares Stempelgeld kämpfte; denn er wußte, daß man die Geldmenge genau kontrollieren muß, wenn sich die Wirtschaft und die Preise stabil entwickeln sollen, und dazu brauchte man ein Geld, dessen Menge nicht von Umständen abhing, die mit dem wirklichen Bedarf an Geld in der Volkswirtschaft nichts zu tun hatten.

Heute sind die Gedanken, die für Gesell nur die Grundlage und den Ausgangspunkt für seine *weiteren* Überlegungen bildeten, eine Selbstverständlichkeit der Währungspolitik. Der Streit geht fast nur noch um die Abgrenzung von Geldmengen und insgesamt um Feinheiten der Steuerung, vor allem um die Frage, ob es besser ist, die Geldmenge gewissermaßen vorprogrammiert und fast „blind“ langsam und stetig zu vermehren, oder ob die Geldmenge unter Ausrichtung an jeweiligen wirtschaftlichen Lagen gesteuert werden soll. Börsentendenzen folgen prompt der Bekanntgabe von Veränderungen in den Geldmengen.

In den Augen der Gesellianer und Freiwirtschaftler ist der heutige Monetarismus nach wie vor nur ein halber Monetarismus (polemisch: „naiver Monetarismus“), und zwar deshalb, weil zur Geldmengenkontrolle gehöre, daß auch wirklich alles Geld im Umlauf sei und sich nicht hier oder dort durch Hortung und Enthortung jene Störungen ergeben, die oben als Abpufferung und als Entleerung der monetären Puffer schon beschrieben worden waren. „Konsequenter Monetarismus“ laufe daher auf eine Geldpolitik oder besser auf eine Geldordnungspolitik hinaus, bei der durch „Umlaufzwang“ (besser: Umlaufdruck) dafür gesorgt werde, daß die Geldmengenpolitik nicht durch monetäre Puffer verzerrt und gestört wird.<sup>66</sup> Diese Argumentation vermag jedoch zu Zeiten relativ hoher Inflation und satter Zinsen nicht zu überzeugen, selbst wenn relativ große, unkontrollierte Geldmengen in „dunklen“, sprich: illegalen oder halblegalen, Sphären auf unberechenbare Art und Weise herumvagabundieren, verschwinden und wieder auftauchen (Schattenwirtschaft). Womit der heutige Monetarismus in der wirtschaftlichen Wirklichkeit seine Probleme hat, das dürften in erster Linie nicht Schwierigkeiten des Geldumlaufes sein, sondern Schwierigkeiten

der Geldlenkung und die Probleme, die das „Geld mit Mehrwert“ für die (mit Keynes gesprochen:) „wirksame Nachfrage“ mit sich bringt. Die Fachökonomten mußten sich der Frage sehr viel eindringlicher zuwenden, welche Wirkungen es zeitigen würde, wenn man den Gedanken weiter verfolgte, den Keynes für gesund hielt und zur Weiterverfolgung empfahl: Durchhaltekosten für Liquidität. Diesen Gedanken zu verfolgen, bedeutete jedoch für die zünftige Fachökonomie, daß man einem Außenseiter, den man jahrzehntelang beharrlich und trotz vielfacher Hinweise ignoriert hat, die Reverenz erweisen müßte.

Der neue Monetarismus hat betont quantitativen Charakter. Als Quantitätstheorie des Geldes begreift er sich in erster Linie als eine Theorie der Geldnachfrage und insofern wieder als spezielle Thematik der Kapitaltheorie. Das prägt die Perspektiven, aus denen heraus Milton Friedman die Quantitätstheorie als einen *kapitalistischen* Monetarismus par excellence reformuliert hat. Auf den Spuren der Geldnachfrage geht dieser Monetarismus der Kassehaltung auf den Grund. Dabei bemüht er sich um strenge Begrenzung der in das theoretische Modell aufgenommenen Variablen, weil er den empirischen Gehalt des Modells nicht aufs Spiel setzen will. Was wegen dieser strengen Reduzierung der Variablen nicht ins Modell aufgenommen wird, kann daher nur dann und insoweit bedacht und berücksichtigt werden, wie es sich als „externe Größe“ auf die Geldmengenprobleme auswirkt. Einer der vom Modell vernachlässigten Unterschiede betrifft genau den Punkt, der im Zentrum dieser Untersuchung steht:

„Es ist vielleicht der Mühe wert, explizit anzumerken, daß das Modell nicht die Unterscheidung zwischen 'aktiver Kasse' und 'toter Kasse' oder die eng verbundene Unterscheidung zwischen 'Transaktionskasse' und 'Spekulationskasse', die in der Literatur so breite Verwendung findet, benutzt. Die Unterscheidung zwischen der Geldhaltung der letzten Vermögensinhaber und der Unternehmungen ist auf diese Unterscheidung, aber nur entfernt, bezogen. Von jeder dieser Kategorien der Geldbesitzer kann gesagt werden, daß sie Geld teilweise aus 'Transaktions'-Motiven, teilweise aus 'Spekulations'- oder 'Vermögens'-Motiven nachfragen, aber das Geld in Form von Dollar unterscheidet sich nicht danach, ob die Dollar etwa für den einen oder anderen Zweck gehalten werden.“<sup>67</sup>

Friedman bewegt sich hier, wo es um den grundlegenden Ansatz für seine Modellkonstruktion geht, vorbehaltlos auf der Linie der dem Geld klassischerweise zugeschriebenen Funktion: Das Geld erscheint auch als Vermögensgegenstand im Sinne der Wertspeichervorstellungen, ohne daß über die volkswirtschaftlichen Funktionen und Dysfunktionen eines so einfach hingenommenen Sollkonzeptes vom Geld nachgedacht wird.

Daher geht das Geld in das rekonstruierte Modell der Quantitätstheorie des Geldes mit seinen widersprüchlichen Funktionen als Mittel zur *Zirkulation* und als Mittel zur *Unterbrechung* der Zirkulation ein: „Das Geld in der Form von Dollar unterscheidet nicht danach, ob etwa die Dollar für den einen Zweck oder für den anderen Zweck gehalten werden“: zum Zwecke ihrer *Verwendung in der Zirkulation* oder zum Zwecke ihrer (langfristigen) *Entfernung aus der Zirkulation*. Insofern kann man von einem Monetarismus *ohne Funktionstheorie des Geldes* sprechen.

In der „aktiven“ Kasse z. B. des Unternehmers oder Kaufmannes gleicht das Geld einem Pfeil auf *gespanntem* Bogen. Die Kosten der Liquidität (insbesondere in Form der Zinsen, die dem entgehen, der Geld „nicht anlegt“) sorgen dafür, daß dieses „gespannte System“ der Liquidität in Grenzen gehalten wird. In der „toten“ Kasse (z. B. Sparstrumpf oder gehortete Banknoten andernorts) jedoch verwandeln sich die volkswirtschaftlichen Vorteile der Liquidität in bloße Nachteile: Geldhortung reißt Lücken in den Kreislauf, Enthortung führt dazu, daß sich Nachfrage an den Markt drängt, wo sonst gerade keiner eine Nachfragerlücke freimachen will. Zwar bedenkt Friedman in anderen Zusammenhängen selbstverständlich das Problem der „Liquiditätsfalle“, die den Ökonomen seit Keynes vertraut ist: daß nämlich die Vorliebe für eine volle Kasse sprunghaft steigen kann, wenn etwa die Preise fallen, mit der Folge, daß viel Geld in den Kassen verschwindet wie in einer Falle. Doch genau daran, daß dieses Problem nicht schon im Grundkonzept bedacht wird, zeigt sich, welchen relativ niedrigen Rang Friedman dem Unterschied zwischen aktiver und toter Kasse beimißt, also dem Unterschied zwischen Geld als legitimen Liquiditätsmittel einerseits und problematischen Sparmittel andererseits.

Ein Unterschied oder Funktionswiderspruch, der im Modell nicht repräsentiert wird, wird leicht auch psychologisch verdrängt und unterschätzt, so wie schon seine relative Geringschätzung zu seiner Vernachlässigung im Modell führt. Er hat daher auch nur geringe Chancen, bei der praktischen Anwendung des Modells die ihm gebührende Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

In diese Tendenz schon des monetaristischen Modellansatzes fügen sich weitere Konsequenzen ein, die sich dann aus dem Modell ergeben: Erstens werden für den optimalen Fall sinkende Produktpreise erstrebt und dabei wiederum die Gefahren der Liquiditätsfalle geringgeschätzt; nur wegen erwarteter Übergangskosten (Aufwand beim Übergang von der Inflation zur leichten Deflation) wird von diesem Optimum Abstand genommen. Zweitens entstehen nach dem Modell gewisse Unausgeglichheiten, die dann, konsequent auf der Linie eines kapitalistischen

Monetarismus, dadurch kompensiert werden sollen, daß die Kosten der Kassehaltung durch Zinsen auf liquide Mittel ausgeglichen werden, z. B. in Form der wachsenden Kaufkraft des Geldes: vergleichbar dem Aktiegeld von Wolfram Engels, auf das sogleich ebenfalls noch näher eingegangen werden soll. Keynes dagegen hatte nicht an die *Prämierung* von Liquidität, sondern an die *Belastung* von Liquidität mit Durchhaltekosten gedacht, diesen Gedanken jedoch nicht zu Ende geführt, sondern eine langfristig verhängnisvolle fiskalische Konjunkturpolitik empfohlen. Friedman setzt sich zwar von diesen fiskalpolitischen Überlegungen ab, sieht jedoch offenbar keinen Grund, wegen der Einsichten der *übrigen* „Allgemeinen Theorie“ von Keynes an den Konsequenzen seines Ansatzes zu zweifeln. Drittens spielt Friedman die Folgen einer *erwarteten* Deflation oder Inflation herunter, weil bei erwarteten Kaufkraftveränderungen der Währung ein entsprechender Ausgleich schon durch niedrigere oder höhere Zinsen geschaffen werde. Daß die höheren Zinsen jedoch die verhängnisvollen Brems- und Fehlallokationseffekte, mit denen Keynes sich beschäftigt hatte, drastisch verschärfen, wird in diesem grundlegenden Zusammenhang wiederum nicht bedacht.

Bei dem Unterschied zwischen aktiver und toter Kasse handelt es sich im übrigen nur um einen Teilaspekt des monetären Mehrwertsyndroms: also jenes Gesamtkrankheitsbildes der Volkswirtschaft, dessen verschiedene charakteristische Symptome (Ungerechtigkeiten, Belastungseffekte, Fehlallokationen, Nachfrageschwächen, Arbeitslosigkeit, usw.) zusammenlaufen bei dem Problem des Mehrwertes. Wie dieser Unterschied zwischen der aktiven und toten Kasse, so wird auch das Mehrwertsyndrom insgesamt im Modell nicht repräsentiert. Daher ist zu erwarten, daß Friedmans Monetarismus seine Bewährungsprobe bei Problemen erfahren wird, die mit dem Mehrwertsyndrom zusammenhängen, und daß er genau daran scheitern wird. Unsere derzeitigen Probleme sind weitgehend Probleme des Mehrwertsyndroms. Da der Monetarismus der kapitalistischen Wirtschaft auf den Leib geschneidert ist, vermag man sich mit seiner Hilfe in dieser Welt ganz gut zurechtzufinden. Aber die strukturtypischen Probleme dieser Welt vermag er nicht zu lösen, weil er dann die Veränderung der Strukturen ins Auge fassen müßte, die die kapitalistische Wirtschaft ebenso wie *ihren* Monetarismus konstituieren.

Im übrigen hätte gerade bei einem quantitätstheoretischen Ansatz die bloße Denkmöglichkeit von Zinseszinsseffekten zu erhöhter Wachsamkeit führen müssen: Angenommen z. B. ein Ingenieur wäre dafür verantwortlich, daß ein ihm anvertrautes, sehr komplexes technisches Großsystem *stetig* funktioniert und die von ihm erwarteten lebenswichtigen

Leistungen *stetig* erbringt. Angenommen weiter, dieser Ingenieur entdeckt bei seinen theoretischen Überlegungen und Berechnungen, daß eine der kritischen Größen seines Systems unter durchaus wahrscheinlichen Randbedingungen zu einem *exponentiellen* Wachstum kommen kann: z. B. eine Temperatur, ein Druck, eine Spannung, eine Flußstärke oder sonst eine physikalische Erscheinung in dem System. Dann würden im Kopf dieses Ingenieurs sofort sämtliche Alarmglocken schrillen: Ein exponentielles Wachstum bei einer kritischen Größe reißt über kurz oder lang das System auseinander, oder es verursacht zumindest ganz erheblichen Entschärfungs-, Entlastungs- oder Kompensationsaufwand. Bei Ökonomen und Wirtschaftspolitikern jedoch, die für den stetigen Ablauf der Wirtschaft theoretisch und praktisch verantwortlich zeichnen, hat es den Anschein, als klingelte nicht einmal leise ein kleines Glöckchen, wenn sie mit dem Gedanken an Zinseszins konfrontiert werden: Geld und Zins gab es schon immer. Kommt Zeit, kommt Rat. Kommt die Krise, wird man sie schon bewältigen . . .

Ein Monetarismus, der das Mehrwertsyndrom nicht nur nicht gründlich behandelt, sondern die Fragen, die zu seiner Erhellung beitragen könnten, schon im Modellansatz abschneidet, lebt mit einem ihm selbst nicht bewußten, eingebauten Zeitbombeneffekt. Um den Blick darauf freizubekommen, muß man endlich die Fiktion vom monetären „Wertspeicher“ aus den Vorstellungsroutinen tilgen und dem Außenseiter Silvio Gesell zugestehen, daß er der Geldtheorie und Geldlehre mit seinen Diagnosen nun bald ein Jahrhundert voraus war. Dem stehen jedoch die soziologischen Routinen des Wissenschaftsbetriebes entgegen: Der Wissenschafts-Wissenschaftler *Thomas S. Kuhn*<sup>70</sup> ist der Frage nachgegangen, wie es zu wissenschaftlichen Erneuerungen und Durchbrüchen in der Fachwelt kommt. Er hat beobachtet und festgestellt, daß es in der Regel nicht die versierten Könner ihres Faches sind, die diejenigen neuen Gedanken („Paradigmata“) ausbrüten und anbieten, mit deren Hilfe der Wissenschaft in größerem Stile die Augen geöffnet, die alten Paradoxien geklärt und unerwartete Problemlösungen auf den Tisch gelegt werden. Es sind vielmehr Außenseiter oder besonders junge Wissenschaftler. Ihre Sehgewohnheiten und Sprechweisen sind noch nicht so tief eingeschliffen und verhärtet. Sie haben noch die Chance, alte Fragen ganz anders zu stellen und alte Wirklichkeiten grundlegend neu zu sehen. Die gestandenen Wissenschaftler jedoch wehren typischerweise ab. Sie bekämpfen das neue „Paradigma“, das ihnen ihre mühsam erarbeiteten Orientierungsmuster untergräbt. Wenn das alles für die Naturwissenschaftler gilt, wo Thomas S. Kuhn es beobachtet hat, wie viel mehr trifft es dann zu für die weniger exakten Wissenschaften, die die Welt noch viel stärker durch die Brille ihrer jeweiligen Theorie

sehen, – bei denen sogar die Theorie mitbestimmt, wie die Wirklichkeit selbst gestaltet wird<sup>71</sup>.

Schaut man auf die gegenwärtigen währungspolitischen Möglichkeiten („Aktionsparameter“), dann zeigt sich eine ganze Reihe von sehr fragwürdigen Befunden oder Zusammenhängen. Obwohl man auf Grund allgemeiner theoretischer und besonderer konjunkturtheoretischer Kenntnisse weiß, daß hohe Zinsen auf die Wirtschaft lähmend wirken, war die Deutsche Bundesbank z. B. darauf angewiesen, das Instrument der Hochzinspolitik einzusetzen, um den Geldwert stabil zu halten. Viele Faktoren spielen dabei eine Rolle, entscheidend jedoch ist, daß man das erforderliche Geldkapital mit dem Zuckerbrot hoher Zinsen umwerben muß, damit es nicht davonläuft. Es gibt kein Mittel, Geldkapital „hart anzufassen“, ohne mit den Marktgesetzen in Konflikt zu geraten, denen man sich verpflichtet fühlt. Das wäre anders, wenn als weiterer währungspolitischer Aktionsparameter die „Ausgleichsabgabe auf Liquidität“ angewendet werden könnte.

Während das Kindergeld gekürzt wurde, konnten die Besitzer von Geldvermögen bei uns Zinseinkommen mit Zinssätzen einstreichen, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht hatten, aber als belebende Nachfrage ist dieses Einkommen am Markt der Waren und Dienstleistungen nicht angekommen. Während diskutiert wird, daß alle Lohn- und Gehaltsempfänger und auch die Besoldungsempfänger, also die Arbeitenden, eine Arbeitsmarktabgabe zahlen sollen für die Arbeitslosen, darf man auch nicht nur daran denken, diejenigen, die ohne irgendwelche eigene Arbeit Einkommen aus fremder Arbeit verbuchen, mit einer wenigstens entsprechenden Abgabe zu belegen. Das Geldkapital könnte davonlaufen, und man würde ohnehin nur einen kleinen Bruchteil der Zinseinkommen erfassen, weil sie sich dem Blick des Fiskus in Größenordnungen mehrerer Milliarden mit Erfolg zu verbergen wissen: Das bequemste und unverdienteste aller Einkommen ist auch das steuerfreieste Einkommen. Diese Befunde sind paradox.

Jeden anderen kann man hart anfassen, und fast alle anderen müssen den Gürtel enger schnallen, aber die Besitzer von Geldkapitalien kann man nur mit Prämien umschmeicheln, vor ihnen kann in solchen Zeiten auch der Staat und die Bundesbank nur buckeln. Ein großer Teil der Staatseinnahmen fließt heute fast direkt aus den Taschen der Steuerzahler in die Taschen von Zinsempfängern. Dabei geht es bei den Geldbesitzern typischerweise um marginalere, bei den Arbeitenden typischerweise um existenziellere Opfer; aber opfern müssen diejenigen, die es existenzieller trifft, nicht die Empfänger von Einkommen aus Geldkapitalien: Sie könnten Verärgerung zeigen und psychologisch ungünstig reagieren. Alles dies muß gesehen werden vor dem Hintergrund, daß der

Zins (soweit er nicht Risikoprämie oder Inflationsausgleich ist) nichts, aber auch wirklich nichts anderes ist als ein Einkommen aus dem Verzicht auf Jokervorteile des Geldes, für die der Geldbesitzer nichts kann und keinen Finger zu krümmen braucht, die er vielmehr einzig und allein der Tatsache zu verdanken hat, daß die staatliche Rechtsordnung ein Geld vorsieht, das es ihm ermöglicht, die Zirkulation zu sperren, bis man ihm den Zins zahlt. Das ist paradox.

Paradox sind schließlich die Folgen hoher Zinsen auf die Zahl der Arbeitslosen, wenn nicht gleichzeitig die Geldmenge entsprechend vermehrt und wiederum die Inflation angeheizt wird. Vom Ergebnis her kann man, auch wenn dadurch zugegebenermaßen die Zusammenhänge zu brutal vereinfacht werden, sagen: Es ist doch ganz logisch, daß die Gelder, die an die *freiwillig* arbeitslosen Kapitalrentner gezahlt werden, nicht mehr da sind, um die *unfreiwillig* arbeitslosen Sozialrentner statt mit mäßigem Arbeitslosengeld oder mit Sozialhilfe wieder mit satten Löhnen zu bezahlen, die auch wirklich als Nachfrage nach Lebensgütern auf den Warenmarkt kommen, statt mit der Nachfrage nach neuen Zinsen auf den Kapitalmarkt. Und für die Arbeitslosenversicherung kommen wiederum diejenigen auf, die arbeiten oder gearbeitet haben, nicht auch diejenigen, die Einkommen aus fremder Arbeit beziehen: Was hat der Empfänger von Zinseinkommen auch für Gründe zur Solidarität mit den Arbeitenden oder sogar mit unfreiwillig Arbeitslosen? Er lebt ja nur auf ihre Kosten.

Wenn aber die Geldordnung durch die Liquiditätsabgabe so rekonstruiert würde, daß Geldbesitzer auch einmal unter Druck geraten, weil sie froh sein müßten, wenn sie durch Verleihen ihres Geldes Verluste vermeiden können, sähe das Bild anders aus. Die Paradoxien oder vielmehr Schizophrenien, die unsere Zins- und Währungspolitik heute auszeichnen, würden abgeschwächt oder entfielen weitgehend. Man würde diejenigen zumindest auch zu Opfern zwingen, die es am wenigsten, nämlich typischerweise nur marginal drückt und die zugleich diejenigen sind, die am stärksten von der Struktur der Geldordnung profitieren, die uns die Probleme einbrockt, die wir heute haben. Aber die überlieferte Ordnung sitzt uns allen so tief in den Gliedern und Gewohnheiten, daß wir uns längst damit abgefunden haben, und wenn jemand, um die Abschöpfung des Liquiditätsvorteils zu bekämpfen und den Mehrwert zu retten, scheinheilig die Sparguthaben oder die Obligationen beschwören würde, die ja auch der „kleine Fabrikarbeiter“ besitze und deren Zinsen ihm genommen werden sollen: Man färbe das sicher allgemein überzeugend. Die Heuchelei muß nur groß genug sein, dann wird sie auch geglaubt. Und wer lange den Rücken gekrümmt hat, fühlt

sich in seiner Freiheit beschränkt, wenn man ihn vor die Aussicht stellt, er dürfe sich aufrichten.

Man darf freilich den Geldkapitalisten als solchen keinen Vorwurf machen, bloß weil sie den Mehrwert fordern! Sie verhalten sich nur so, wie der Markt, die Eigenschaften des Geldes und die derzeitige Geldordnung es von ihm verlangen. Sie tun nur, was in der „Natur der Sache“ angelegt ist und was sich bis zur Selbstverständlichkeit eines ökonomischen Naturgesetzes in unser aller Gewohnheiten sowie in den wissenschaftlichen Denkweisen eingeschliffen hat. Nicht der (Geld-)Kapitalist, sondern die Geldordnung ist dafür verantwortlich, daß der im Geld eingebaute Mehrwert auf alle, die ein bißchen oder viel Geld übrig haben, seinen unwiderstehlichen monetären Magnetismus ausübt. Es ist dieser Sog, mit dem der Mehrwert des Geldes marginale Liquidität anzieht, der die Geldbesitzer zu Geldkapitalisten macht und auf diese Weise sein schwer zu begreifendes „Unwesen“ treiben muß.

Wen es gelüftet, Vorwürfe zu erheben und seiner Empörung Luft zu machen, muß sie also gegen die Geldordnung richten. Seine Auseinandersetzung aber muß denen gelten, die für die wissenschaftliche Durchdringung des Geldwesens und für die politisch-praktische Ausgestaltung der Geldordnung kompetent und verantwortlich sind. Dazu würden dann freilich auch alle diejenigen gehören, die sich der wissenschaftlichen Durchdringung, der nüchternen Beurteilung und schließlich der für richtig erkannten Rekonstruktion der Geldordnung mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln widersetzen, sowie alle anderen, die ihnen dabei mit Geist, Tat und Geld zu Diensten sind.

Betrachtet man vor dem Hintergrund der vorstehenden kritischen Überlegungen die zwei nach Gesell weitreichendsten Vorschläge zur Sanierung des Geldwesens, die mir begegnet sind, dann zeigt sich: Der eine, von *Friedrich A. Hayek*, ändert am Mehrwert des Geldes gar nichts; und der zweite, von *Wolfram Engels*, würde die mit dem Mehrwert zusammenhängenden Probleme geradezu verdoppeln oder ins Quadrat erheben.

Werden Banknoten, wie Hayek<sup>72</sup> es vorschlägt, nicht mehr vom Staat, sondern wieder von Banken ausgegeben, die miteinander konkurrieren, so fällt die erste Rate des Mehrwertes der Bank zu, die das Geld ausgibt, und jede weitere Rate, die fällig wird, sobald das Geld auf dem Weg seines Umlaufes nicht zur Bezahlung eingesetzt, sondern „verliehen“ wird, geht an den jeweiligen Geldkapitalisten wie bisher. Insoweit bliebe alles beim alten. Worum es Hayek geht, ist denn auch allein das monetäre Ideal vom stabilen Geld, dem er durch konkurrierende Emission der Noten nahekommen will. Das ist der uralte, seit Thomas Gresham vor mehr als vierhundert Jahren als fragwürdig erkennbare

Ansatz, bei dem das Geld nur aus Sicht desjenigen und für denjenigen verbessert werden soll, der es besitzt, und nicht aus der Sicht aller anderen, die es nachfragen. Wie vor Gericht beide Seiten gehört werden müssen, so soll man auch beim Geld als einem Tauschmittel an beide Seiten denken: Je vollkommener das Geld den Wünschen und Sehnsüchten derer auf den Leib geschneidert wird, die es haben, darüber verfügen und behalten wollen, desto mehr wächst es ihnen ans Herz, desto zögernder geben sie es aus und desto zähflüssiger wird die monetäre Zirkulation.

Was wir brauchen, ist sicherlich eine stabile *Geldeinheit*: einen stabilen Währungsmaßstab zur Bemessung von Kaufkraftschulden und zur Kalkulation, der sich im Verlaufe der Zeit so wenig wie möglich verformt. Das ist richtig. Das bestreitet niemand. Denn die *Geldeinheit* als Maßstab dient dazu, den Kaufkraftaustausch über Zeitspannen hinweg gerecht abzuwickeln, und jede Verformung pro Zeiteinheit schlägt wegen der Länge der Zeitspannen ganz erheblich zu Buche. Eine *Geldeinheit*, deren Tauschkraft sich, wenn sie gespeichert wird, vergrößert oder verringert, erfüllt nicht die ohne weiteres einsichtigen Mindestanforderungen, die an sie zu stellen sind.

So sehr wir auch eine stabile *Geldeinheit* brauchen, so sehr ist zweifelhaft, ob wir auch kostenlose Liquidität brauchen. Diese kostenlose Liquidität erzeugt den Mehrwert und seine ebenso funktionswidrige wie ungerechte Auszahlung an den Geldkapitalisten. Das Mehrwertproblem mit allen seinen volkswirtschaftlichen Implikationen bleibt auf dem Tisch, wenn man Hayeks Vorschlag realisiert. Es wird bei Hayek nicht einmal angesprochen.

Was schließlich *Wolfram Engels*<sup>73</sup> zur Optimierung des Geldes vorschlägt, ist bestechend. Wer schon immer irgendetwas am Zins auszusetzen hatte, kann begeistert sein: Der Zins verschwindet! Oder genauer: Der Nominalzins strebt, jedenfalls im theoretischen Konzept, dem Werte Null zu. Also gilt auch und vor allem, was *Wolfram Engels* besonders betont: „Gemessen in diesen *Geldeinheiten* beträgt der Anteil des Einkommens aus Arbeit am Volkseinkommen 100%.“ Der Mehrwert wäre abgeschafft: zwar auf eine nicht ganz so einfache Weise wie bei *Gesell* und *Keynes* durch eine Ausgleichsabgabe auf die Liquidität, aber immerhin. Es gäbe kein arbeitsloses Einkommen mehr. Hier wird allem Anschein nach noch eine Lösung des Problems angeboten, die den außerordentlichen Vorzug besitzt, in Gestalt modernster ökonomischer Theorie formuliert zu sein.

Wie die Banknoten bei den Ausgabebanken früher gegen Gold eingetauscht werden konnten, so sollen die Banknoten des *Engels-Geldes* bei den Banken, die das Geld ausgeben, gegen Realkapitalien in der Form

von Aktien eingetauscht werden können. Bei der Ausgabe der Banknoten sollen, ja müssen die Banken konkurrieren. Die Einheit der Währung jedoch wird einheitlich bestimmt als Bruchteil des „Marktportefeuilles“, also als ein Bruchteil der Gesamtheit aller Besitztitel für Produktionsunternehmen, die am Markt gehandelt werden.

Die Formel, nach der das *Engelsche* Aktiengeld monetär optimiert wird, lautet: „Geld ist optimal, wenn man es in Einheiten des Marktwertes von Realkapitalien, das ist in Einheiten des Wertes des Marktportefeuilles, definiert und die Rate des Nominalzinses Null ist. Die Preise fallen dann nach Maßgabe der Rate der Grenzproduktivität des Kapitals.“

Zwar möchte *Engels* durchaus alle „drei klassischen Funktionen des Geldes“ optimieren: Tauschmittelfunktion, Wertspeicherfunktion, Kalkulationsfunktion der Recheneinheit, – und er formuliert ausdrücklich: „Im Hinblick auf die Leichtigkeit des Tausches ist Geld um so besser, – je bereitwilliger es angenommen wird, – je weniger Geldarten im Umlauf sind und – je ausgedehnter der Bereich ist, in dem das Geld freiwillig akzeptiert wird.“

Daß das Geld freiwillig *angenommen* wird, erscheint besonders wichtig, weil es ja um konkurrierende Emission von Banknoten durch verschiedene Banken geht. Doch gerade diese Perspektive lenkt den Blick einseitig in eine bestimmte Richtung, so daß *Engels* sein Geld ohne Rücksicht auf die Nachfrage konzipiert, seine Rechnung also gewissermaßen ohne den Wirt gemacht hat, der seine Mahlzeiten und Getränke anbietet und dabei Geld nachfragt und Mühe hat, es seinem Gast *aus der Tasche zu ziehen*, wenn dieses Geld so sehr optimiert wird, daß jeder es am liebsten behält.

Für den Tausch und für die Zirkulation kommt es nicht darauf an, das Geld noch besser zu machen als Gold, sondern darauf, es eher schlechter zu machen. *Engels* erwähnt nur die Akzeptabilität des Geldes: also die ganz besondere Anziehungskraft, die es auf die Menschen ausübt. In seiner Liste fehlt jedoch eine andere Eigenschaft des Geldes, die für seine Zirkulation und für die Erfüllung seiner volkswirtschaftlichen Funktionen noch wichtiger ist und die ich einmal als „Alienabilität“ des Geldes bezeichnen will: also eine eher abstoßende Beschaffenheit des Geldes, die die Menschen dazu motiviert, es nicht lange zurückzuhalten, sondern auszugeben und anderen in die Hand zu drücken (lateinisch: *alienare*).

Soll der Tausch weder gebremst werden durch zu große Akzeptabilität des Geldes, noch über die Maßen erzwungen werden durch zu große Alienabilität des Geldes, dann muß die Akzeptabilität etwa genau so

groß sein wie seine Alienabilität. Das ist zur Zeit nicht der Fall, weil der Liquiditätsvorteil des Geldes dafür sorgt, daß man es lieber hat als die nicht so liquiden Gegenstände, die man dafür bekommen kann, es sei denn, diese Gegenstände „rentieren“ sich so sehr, daß das Vergnügen an der Rendite das Vergnügen an der Liquidität übersteigt.

Wolfram Engels optimiert sein Geld asymmetrisch unter Bevorzugung des Aspekts der Akzeptabilität. Deshalb kommen ihm keine Bedenken, wenn er, wohl in Anlehnung an Optimalkriterien der monetaristischen Schule, ein Geld mit eingebauter Rendite konzipiert und empfiehlt, – ein Geld, das Aktien repräsentiert und daher kurz „Aktiengeld“ genannt werden kann. Die Rendite dieses Geldes verschwindet nominell im Kaufkraftgewinn, den es als Repräsentant rentierlicher Kapitalien mit sich bringen soll.

Dieses Aktien- und Renditegeld ist seinem Konzept nach wahrhaft wunderbar: Es versteckt das peinliche arbeitslose Einkommen nominell im Kaufkraftgewinn, und die Tarnung ist so gut, daß Engels sich nicht scheut, von diesem seinem Gelde zu sagen, der Anteil des Arbeitseinkommens am Volkseinkommen betrage – in Einheiten dieses Geldes gemessen – 100%. Das Aktiengeld erspart dem Geldkapitalisten auch das beschwerliche Couponschneiden und/oder die Gebühren, die seine Bank für die Besorgung dieser lästigen Arbeit oder für die sonstige Abrechnung von Zinsen und Ausschüttungen in der Form von Depotgebühren erhebt.

Dieses Geld ist nicht nur wertbeständig, sondern steigt von Jahr zu Jahr im Wert. Es ist dazu geschaffen, in privaten Tresoren zu verschwinden. Wer es einmal hat, wird lange überlegen, ob er es wieder ausgeben soll. Er braucht nicht einmal seinen Tresor vergrößern, wenn er den Zuwachs seines Geldvermögens sicher verwahren will; denn nicht die Scheine vermehren sich, sondern nur die Geldeinheit verformt sich und wächst und wächst, vergleichbar einem Metermaßstab, der von Jahr zu Jahr länger wird, oder einem Kilogramm, das von Jahr zu Jahr schwerer wird, so daß man nach einem Jahr mehr Stoff ausgemessen oder mehr Kartoffeln zugewogen bekommt als zu Beginn des Jahres. Nur von Zeit zu Zeit, wenn die Geldeinheit durch ihren Kaufkraftgewinn zu groß und unhandlich geworden ist, müßte sie wohl gestückelt werden, und dann würde der Zuwachs des Geldvermögens auch in Form von mehr Papier und größeren Zahlen sichtbar.

Das Aktiengeld verkörpert schon in sich selbst nicht nur Kaufkraft, sondern auch schon den Mehrwert. Erst dieses Geld ist das wahre, das kapitalistische Geld in Reinform. Es versteckt den Mehrwert im Wertzuwachs des Geldes. Es repräsentiert nicht mehr, wie nach alten Theorien, Waren und Dienstleistungen, sondern Realkapitalien (soll aber, wenn

ich Wolfram Engels richtig verstehe, nach wie vor auch der Zirkulation sowie der transtemporalen Kalkulation auch der Waren und Dienstleistungen dienen, denen es nicht mehr gleicht).

Auch für Engels gilt nach allem in potenziertem Maße, was über andere Geldverbesserer schon gesagt worden und von Keynes bestätigt worden ist, daß nämlich, was man für besonders gut hielt, sich als der „Kern des Übels“<sup>74</sup> erwiesen habe: „daß die güterschaffende Kraft des Geldes so gering ist, liegt daran, daß man das Geld zu sehr *verbessert* hat, nämlich verbessert vom einseitigen Standpunkt des Inhabers. Man hat bei der Wahl des Geldstoffes ganz allein an den Käufer gedacht, nicht an die *Nachfrage*. (. . .) Man hat durch die Wahl des Geldstoffes aus der Nachfrage eine Willenssache der Geldbesitzer gemacht, (. . .) und dabei (. . .) völlig außer Acht gelassen, daß das Angebot wegen seiner stofflichen Natur diesem Willen gegenüber ganz schutzlos ist“<sup>75</sup>.

Das Engelsche Aktiengeld besitzt zu allen seinen Qualitäten, die es für die Hortung und Schatzbildung prädestinieren, selbstverständlich auch noch die Eigenschaft, die es überhaupt erst zu Geld macht: Es ist *liquide*. Auch das Aktiengeld fungiert daher als Joker unter den Waren und Dienstleistungen. Es bietet neben seiner anwachsenden Kaufkraft noch den Vorteil der Liquidität, von dem wir seit Keynes wissen, daß am Markt dafür die Liquiditätsverzichts-Prämie gezahlt wird. Kaum etwas spricht dafür, daß sich die Besitzer von Aktiengeld, weil die Kaufkraft ihres Geldes sich ohnehin schon um den Mehrwert vermehrt, auf diese Prämie verzichten würden, die sie obendrein bekommen können, wenn sie ihre Liquidität verkaufen. Die Besitzer von Aktiengeld erhielten dann einen Mehrwert zweiter Ordnung auf den schon ins Geld hinein konstruierten Mehrwert erster Ordnung: Mehrwert im Quadrat!

Also wird auch dieses Aktiengeld noch nicht ganz in den Tresoren verschwinden. Es wird immerhin noch auf den Markt kommen, soweit es darum geht, daß man sich das Lebensnotwendige nicht ohne das Tauschmittel verschaffen kann. Aber es wird auch noch dann auf dem Markt erscheinen, und zwar auf dem Geldmarkt, wenn sich die Chance bietet, für die Liquidität den Mehrwert zweiten Grades auszuhandeln. Welche Waren außer denjenigen, die die Menschen unbedingt zum Leben brauchen, könnten mit einem solchen Geld noch konkurrieren?

Zwar vermutet Engels richtig, daß die Wirtschaftssubjekte, gäbe es sein Geld, gewissermaßen in Liquidität baden könnten wie Kleopatra in Eselsmilch oder wie Onkel Dagobert in seinen Geldspeichern („satiated with money“ nach *Paul A. Samuelson*); denn die Wirtschaftssubjekte könnten alles Kapitalvermögen in Geldform bei sich haben und „Kasse halten“, ohne daß ihnen dabei die Rendite ersten Grades entginge. Aber wegen dieser Sättigung der Liquiditätsbedürfnisse verschwände noch

nicht die Liquiditätsverzichts-Prämie aus der Welt. Sie würde nur nicht praktisch werden, weil sich die Besitzer von Aktiengeld verhalten würden ganz ähnlich den Besitzern von Goldgeld zur Zeit fallender Preise; sie würden abwarten. Die Anbieter von Waren und Dienstleistungen hätten das Nachsehen.

Für die volkswirtschaftliche Zirkulation ist daher kaum ein schlechteres Geld als das Aktiengeld denkbar. Wenn Wolfram Engels allerdings die ganze Geldtheorie und Geldlehre auf die Schippe nehmen wollte, um zu zeigen, was dort alles möglich ist, und eine solche Eulenspiegelerei ist ihm durchaus zuzutrauen: Welch ein Schelmenstreich, Welch ein köstliches Vergnügen!

Dank gebührt Wolfram Engels aber auch insofern, als er mit seiner monetären Eulenspiegelerei allen, die es wissen wollen, sowie allen, die es nicht so gerne wissen wollen, die wirklichen *Kriterien eines optimalen Geldes* endlich wieder bewußt gemacht hat:

- Zinssatz: 0%,
- Anteil des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt: 100%.

Außerdem hat er gezeigt, daß es in der Geldtheorie nicht undenkbar erscheint, wachsende Kaufkraft, wie sie bei angelegten Geld- und Realkapitalien auftritt, in Form einer selbst *anschwellenden Kaufkraft* auszudrücken. Das erleichtert es, auch die derzeitigen „Speicherprobleme“ mit der Kaufkraft weiter unten exakt zu behandeln. Daß Engels den Wert des *Zirkulationsmittels* an die Realkapitalien bindet, die *nicht* zirkulieren, und daß er auf diese Weise in Kauf genommen hat, daß man bei den alltäglichen Kalkulationen unternehmerischer Dispositionen mit einem *flexiblen* Maßstab für die Bewertung von Waren und Diensten arbeiten muß, der sich ebenso sehr ausdehnt, wie er heute schrumpft: das ist der listige Sarkasmus, mit dem er seinen Lesern *per argumentum ad absurdum* klarmacht, auf welchem Wege optimales Geld *nicht* zu finden ist.

So muß man Engels Vorschlag am Ende vergnügt lesen als eine listige, nämlich unausgesprochene Herausforderung an seine Leser, eifrig selbst nach den *anderen* Wegen zu suchen, an deren Ende man das von ihm aufgestellte Ziel erreichen und mit einem Schild markieren kann, auf dem zu lesen ist:

- Der Zinssatz beträgt durchschnittlich 0%, und zwar nicht nur nominell, sondern auch real;
- der Anteil des Arbeitseinkommens am Sozialprodukt beläuft sich auf 100%,  
und zwar nicht nur nominell, sondern auch real;

- der Mehrwert ist abgeschafft, und zwar nicht nur nominell, sondern auch real.

Einer der Wege, die zu diesem Ziel führen, vermutlich der einzige, ist der Weg, auf dem der wirtschaftliche Vorteil der Liquidität durch eine entsprechende Ausgleichsabgabe auf Liquidität abgeschöpft wird.

### III. Teil

## Kritik und Rekonstruktion der Geldordnung

### 6. Kapitel

#### Ordnungspolitische Kritik der Geldordnung

Um den ordnungspolitischen Konstruktionsfehler der monetären Ordnung genau zu erfassen<sup>76</sup>, empfiehlt es sich, den Typ von Krisen in Erinnerung zu rufen, mit dem Gesell es zu tun hatte und im Hinblick auf die er sein „Freigeld“ als Stempelgeld erfunden hatte; denn offenbar zeigt sich der gesuchte ordnungspolitische Konstruktionsfehler in solchen Krisen mit stabilem oder deflationärem Geld und niedrigen Zinsen besonders deutlich: Mit der Goldwährung ging die volkswirtschaftliche Gefahr einher, daß das Geld sich der Zirkulation entzog und damit die Nachfrage zusammenbrach.

Die Volkswirtschaft ging also bei der Goldwährung schwanger mit einem Risiko der Hortung und Enthortung von Geld. Über den Schaden, den die Verwirklichung dieses Risikos mit sich brachte, braucht man hier kein Wort zu verlieren. Diesen Schaden von Wirtschaftskrisen hat die gesamte Volkswirtschaft, hat das gesamte Gemeinwesen zu tragen, und einige mag es dabei besonders hart treffen, am wenigsten aber jene, die genügend Geld hatten, es zu horten, und die durch ihr Horten die Krise ausgelöst und dann beschleunigt haben.

Hortbares Geld birgt also unter bestimmten Bedingungen ein volkswirtschaftliches Risiko, dessen Folgen nicht der trägt, der es verkörpert und auslöst, sondern – etwas vereinfacht ausgedrückt – die Volkswirtschaft.

Ordnungspolitisch ergibt sich daraus: Entweder man beseitigt das Risiko oder man versucht, demjenigen den Schaden aufzubürden, der es verkörpert oder der vielleicht sogar noch seinen Nutzen aus denjenigen Eigenschaften des Geldes zieht, die für das Risiko verantwortlich sind.

Der erste Weg ist verschlossen: Das Risiko, daß Geld zurückgehalten wird, resultiert aus seiner Liquidität; und die Liquidität ist unverzichtbare Eigenschaft von Geld. Geld muß „Joker“ unter den Waren bleiben und „jederzeit“ einsetzbar sein, wenn es seine Funktionen im volkswirtschaftlichen Kreislauf optimal erfüllen soll. Mit der Liquidität aber ist

untrennbar verbunden die Gefahr, daß Geld zurückgehalten und daß zurückgehaltenes Geld plötzlich ausgegeben wird.

Also scheint nur der zweite Weg zu bleiben. Wer den Nutzen aus der Liquidität hat, muß auch mit den Kosten belastet werden, die damit einhergehen. Diese Kosten sind aber zunächst nur in der Gestalt von Krisen der Volkswirtschaft faßbar und können als solche schlecht jemandem aufgebürdet werden. Da wir jedoch schon Gesells Vorschlag kennen, scheint es einen dritten ordnungspolitischen Ausweg zu geben: „Durchhalte-“ oder „Bestandhaltekosten“ für geldliche Liquidität. Dabei wird dem Geld seine volle Liquidität belassen. Kostspieligkeit dieser Liquidität sorgt jedoch mit der Unerbittlichkeit des ökonomischen Kalküls dafür, daß die Kassehaltung sich nicht zur Hortung und Schatzbildung ausweitet. Auf diese Weise wird das Risiko der Nachfrageschwankungen durch Hortung und Enthortung so gut wie ausgeschaltet.

Schaut man sich dann Gesells Lösung im Hinblick auf den ordnungspolitischen Ausgangspunkt noch einmal genauer an, so zeigt sich, daß sie letztlich doch ganz auf der Linie des zweiten Weges liegt: Der Inhaber von Liquidität wird mit den Kosten des Risikos belastet, das er für den Markt darstellt. Gibt er sein Geld sofort weiter, entsteht für die Volkswirtschaft praktisch keine Nachfragerücke und für den Geldbesitzer entstehen praktisch keine Kosten. Hält jemand, aus welchen Gründen auch immer, viel Geld in der Kasse, dann entsteht für die Volkswirtschaft ein Nachfragerloch und besteht für die Volkswirtschaft die Gefahr eines plötzlichen Nachfrageimpulses, und dann entstehen auch dem, der das Geld in der Kasse hält, erste nennenswerte Kosten. Das motiviert ihn, seine Kassehaltung entsprechend zu optimieren mit der Folge, daß für die Volkswirtschaft praktisch kein Risiko und für ihn wieder kaum nennenswerte Kosten anfallen.

Man kann die Frage nach dem Risiko, das Kassehaltung für die Volkswirtschaft bedeutet, auch noch anders erläutern: Wenn ein Arzt, dessen Wagen in der Werkstatt ist, für Notfalleinsätze einen Taxifahrer bittet, den ganzen Tag vor seinem Haus bereitzustehen, so wird der Taxifahrer in seine Vergütung Bereitstellungskosten mit einkalkulieren und an die Chancen denken, die ihm an diesem Tage womöglich entgegenfallen. Daß ein Taxi auf Abruf bereitstehen soll, hat seinen Grund in der Sphäre des Arztes: Er will jederzeit einsatzbereit sein. Also soll er auch die Kosten dafür tragen und sie gegebenenfalls an seine Patienten weitergeben, die den Nutzen davon haben. So ähnlich ist es mit dem Geldbesitzer, der Kasse hält, um jederzeit zahlungsfähig zu sein, und den Produzenten in der Volkswirtschaft, die bereit stehen, um auf Abruf zu liefern. Den Vorteil daraus, daß alle anderen bereitstehen und auf Nachfrage warten, hat der Geldanbieter, der Kasse hält. Die Kosten



dagegen tragen die anderen. Es gilt aber in der Marktwirtschaft der fundamentale ordnungspolitische Grundsatz: wer den Nutzen hat, soll auch den Schaden tragen.

Also ist es ordnungspolitisch geboten, den Nutznießer der Liquidität zugunsten der anderen mit entsprechenden Kosten zu belegen. Diesem Ziel kommt man mit einer Abgabe auf Liquidität, die der Allgemeinheit zufließt, sehr nahe. Diese Abgabe fließt der Allgemeinheit zu, die mit der Einrichtung einer funktionierenden Geldordnung ja auch die Liquidität organisiert und zur Verfügung stellt, deren Chancen und Vorteile der liquide Geldbesitzer als wirtschaftlichen Vorteil genießt. Kurz: So wie alle Wege nach Rom führen, so führen hier alle Überlegungen zu der Folgerung, daß monetäre Liquidität mit einer Ausgleichsabgabe belegt werden muß, deren Höhe ungefähr die ökonomischen Vorteile der Liquidität abschöpft. Auch ordnungspolitisch erweist sich diese Ausgleichsabgabe also als das „archimedische Knöpfchen“, an dem gedreht werden muß.

Das Risiko der Geldhortung und -enthaltung wird freilich ohnehin nur aktuell, wenn nicht schon Inflation oder hinreichend hohe Zinsen oder beides dafür sorgen, daß kein Geld gehortet wird; sonst nämlich bewirken diese *pathologischen Symptome* des Geldgeschehens (Inflation, hohe Zinsen), daß das *pathologische Horten* von Geld unterbleibt: Eine Krankheit wirkt für ihre Dauer der anderen entgegen.

Nachdem sich jedoch „Bestandhalterkosten für Liquidität“ für eine Wirtschaft mit stabilem Geld und mäßigen Zinsen als ordnungspolitisch geboten empfohlen haben, um bestimmten typischen Risiken und Krisen gegenzusteuern, ist zu erwarten, daß ein Konstruktionselement, das sich für eine gesunde Geldwirtschaft unbedingt empfiehlt, von so allgemeiner Struktur und Wirkung ist, daß von ihm noch ganz andere volkswirtschaftliche Probleme und Möglichkeiten der Problemvermeidung abhängen als die, die beim Studium bloß einer „Hortungskrise“ sichtbar werden. Um welche Probleme es sich dabei handelt, dies herauszufinden, liefern die Überlegungen im ersten und zweiten Teil dieses Buches vielerlei Anhaltspunkte, und der Ansatz für analytische Diagnostik liegt auf der Hand: Wenn das bisherige Geld dem „Geldkapitalisten“ die Möglichkeit bietet, den Mehrwert, den das Geld kraft seiner Jokereigenschaften erzeugt, auf seine Konten „abzuzweigen“, ohne dafür eine Leistung in die Volkswirtschaft einzubringen außer der, die von ihm gespart in die Liquidität des allgemeinen Tauschmittels für den Tausch wieder freizugeben, dann liegt der Konstruktionsfehler in dieser Abzweigmöglichkeit; und dann muß man die volkswirtschaftlichen Probleme, die mit dem Konstruktionsfehler verbunden sein dürften, dort suchen, *wo der Strom der mit dem Zins abgezweigten Kaufkraft hinströmt* (Fehlallokation).

Wenn die Zinsen und Zinseszinsen typischerweise immer wieder dorthin fließen, wo ohnehin Geld verliehen und wieder angelegt wird, weil marginale Beträge übrig sind, so muß dem gegengesteuert werden, um – grob nach Keynes – den Nachfrageausfall für diejenigen Waren zu vermeiden, mit deren Absatz die Profite gemacht werden müssen, die die Anleger erwarten.

Das ist das Problem eines *Recycling des Mehrwertes*: Werden monetäre Anwartschaften auf das Sozialprodukt laufend in falsche Kassen geleitet, und zwar durch geldordnungsbedingte Marktprozesse, dann müssen diese Mittel um des Ausgleichs und des Gleichgewichts willen unter großem Aufwand wieder zurückgepumpt werden: Lohnkämpfe mit Streik und Aussperrung; Vermögensumverteilung; „sozialstaatliche“ Ausgleichs- und Hilfsleistungen in den unterschiedlichsten Formen obrigkeitlicher Transfersysteme; Staatsverschuldung, Zwangsanleihen, Konsumentenkredite; Geldvermehrung und Geldentwertung; – jeweils nebst den Folgen und Fernwirkungen. Was die Geldordnung dem Gemeinwesen an Fehlallokationen frei Haus liefert, das muß der Staat mit nicht marktmäßigen Mitteln mehr schlecht als recht wieder etwas richtiger „allokalisieren“: mit allen unvermeidlichen Begleiterscheinungen des eingreifenden Staates und des gnädig austeilenden Staates. Die Ausgleichsabgabe auf Liquidität jedoch setzt bei der Ursache an. Sie korrigiert den Fehler an der Wurzel, statt bloß die Symptome zu mildern.

Einem scheinbar plausibelen, in Wahrheit jedoch eher wirtschaftlich unsinnigen Einwand gegen monetäre Reformen in Richtung auf Abschöpfung des Mehrwertes muß in diesem Zusammenhang noch einmal Rechnung getragen werden: „Wenn Geld zu wenig oder keine Zinsen mehr erbringt, dann wird nicht mehr genügend gespart, und wo nicht gespart wird, fehlen die Mittel für die Investitionen.“ Selbst in Zeiten ganz erheblicher *nicht ausgelasteter* wirtschaftlicher Produktionskapazitäten erwartet man kraft kapitalistischer Glaubensgrundsätze das Heil für Wirtschaft und Konjunktur von der Schaffung *zusätzlicher* Kapazitäten durch neue Investitionen: „Das Kapital schafft die Arbeitsplätze“, lautet das kurzsichtige Vorurteil. Dieses Vorurteil ist zwar unter den heutigen monetären Bedingungen und sehr kurzfristig betrachtet gar nicht einmal ganz falsch. Denn heute können wir uns einfach kaum anderes vorstellen als dies, daß die in einer Stagnation feststehende Wirtschaft „angeschoben“ werden muß von enthaltsamen Sparern, Rentnern und anderen tugendsamen Geldanlegern, die den Gürtel enger schnallen. Zwar „schieben“ diese monetären Herren über Konjunktur und Wirtschaft gar nicht wirklich, sondern sie geben gegen Zins oder Rendite nur Liquidität frei in diese oder eine andere Richtung: z. B. in Richtung Staatsanleihen oder in Richtung unternehmerischer Investitio-

nen. Aber daß ihre Entscheidungen von Effekt sind, je nachdem, wie sie ausfallen, springt in die Augen. Woran wir aber kaum noch denken können, das ist, daß die in der Stagnation festgefahrene Wirtschaft auf eine langfristig sehr viel wirksamere und gesündere Art und Weise wieder flott kommt, wenn sie nicht durch *Rentnerdispositionen* mehr „entsperrt“ als „angeschoben“, sondern vielmehr *durch Nachfrage* auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten aus der Stagnation „freigeschleppt“, „angezogen“ und wieder in Fahrt gebracht wird. Gewinne auf den *Umweg* über den Kapitalisten zu leiten, der sie sperren kann oder falsch lenkt: Das verursacht jene Recycling-Kosten in Form der Zinsen, die so überflüssig sind wie ein Kropf oder ein Krebsgeschwür.

Wenn nun durch eine wohldosierte Ausgleichsabgabe auf Liquidität der Zinssatz gesenkt wird, so hat das zunächst eine Folge, die auch für jene, die noch ganz in der Vorstellungswelt des „Investitionskapitalismus“ leben, erstens nicht zu bestreiten ist und zweitens konjunkturell erfreuliche Aussichten bietet: Realkapitalien können bei niedrigem Zinssatz die Konkurrenz mit Geldkapitalien eher gewinnen. Die Investitionen nehmen also zu. So lange und so weit die Zinsen für *Geldkapital* nämlich *hoch* bleiben, gilt nach den theoretischen Erkenntnissen seit Keynes und in der anschaulichen Sprache von Gesell für *Realkapital*: „Was den Zins des Geldes nicht einbringt, bleibt ungeboren.“

Die volkswirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten kümmern sich nicht um die Alltagsdummheit von der Förderung des allgemeinen Wohlstandes durch Enthaltensamkeit und Sparsamkeit ausgerechnet von Kapitalrentnern und denen, die gern Kapitalrentner werden wollen. Sinkende Zinsen bremsen die Investitionen und den Konsum nicht, sondern lockern die Bremsen für beide, und des einen luxuriöse Ausgabe ist des anderen Einnahme.

Sinkende Zinsen haben aber noch einen anderen Effekt, auf den weiter unten noch sehr viel ausführlicher eingegangen werden wird: In dem Maße, wie die Zinsen sinken, kommen die „kapitalistischen“ Rentner und Anleger in Versuchung, nicht mehr tugendsam um ihrer Renditen willen zu „sparen“, sondern zu „Verrätern“ an ihren Märkten zu werden, nämlich ihr Geld nicht mehr nur auf den Kapitalmärkten unterzubringen, sondern auch andere Märkte in Betracht zu ziehen, auf denen wertvolle und wertbeständige Waren angeboten werden. Ihre Neigung wächst, von den Sparern und Anlegern zu den Nachfragern und Konsumenten überzulaufen: also von denen, die durch ihre Entscheidungen über die Frage „*Geldkapitalanlage* oder *Realkapitalanlage*?“ die Wirtschaft – vielleicht! – „anschieben“, zu denen, die sie durch ihre Nachfrage – zuverlässig! – „anziehen“. Diese Überläufer gesellen sich den Heerscharen derer hinzu, deren Nachfrage für beständigen Absatz

der Produkte sorgt, und zwar gerade deshalb, weil sie *nicht* sparen, sondern *realen* Reichtum nachfragen. Die Unternehmer wiederum, die *diese* Nachfrage nach hochwertigen Waren bedienen wollen, können, dank niedriger Zinsen und dank schnell erwirtschafteter Gewinne, ihrerseits die erforderlichen Investitionen mit Eigenkapital vornehmen. Alles das liegt auf der Linie einer alten Erkenntnis: Die Enthaltensamkeit und „Sparsamkeit“ der Reichen fördert den allgemeinen Reichtum nicht nur nicht, sondern sie behindert ihn<sup>77</sup>.

Gegen das Gesellsche Freigeld und gegen jede andere Form von „Durchhaltekosten auf Liquidität“ gibt es nach allem keinen dümmen und einfältigeren Einwand als den, daß die angeblich tugendhafte Neigung von Rentnern und Kapitalisten zur profitorientierten Askese Schaden erleiden könnte, so daß sie an ihren lebenspendenden Investitionen gehindert würden. – Anders sieht es freilich aus, wenn man die Sache vom Standpunkt des Kapitalisten und Rentners selbst betrachtet; denn *für ihn* gibt es keinen besseren Einwand gegen die Abschöpfung des Mehrwertes als das Schreckgespenst des nicht mehr spendenden Kapitalrentners: Erstens hat der Einwand den Schein von Plausibilität, so daß naive und leichtgläubige Politiker, Gewerkschaftler oder auch einfache Bürger schnell und leicht darauf hereinfallen. Zweitens täuscht der Einwand jeden, der auf ihn hereinfällt, darüber, daß die Figur und Funktion des „enthaltensamen Rentners und Kapitalisten“ wirtschaftlich auf die Dauer so gut wie nur schädlich ist. Drittens suggeriert er die Unentbehrlichkeit des „enthaltensamen Rentners und Kapitalisten“ beim „Anschieben“ der Konjunktur, läßt also den eigentlichen Störer im Heiligenschein des Heilsbringers erscheinen. Kurz: Das Schreckgespenst der bei niedrigen Zinsen sinkenden Sparrate ist wie kein anderer Einwand dazu geeignet, gerade alle diejenigen irrezuführen, zu täuschen und für dumm zu verkaufen, die am meisten davon gewinnen, wenn sie sich nicht länger verdummen lassen.

Nach wie vor scheint es das Ideal der Geldlehre zu sein, „alle drei klassischen Funktionen“ des Geldes gleichzeitig zu optimieren: seine Tauschmittelfunktion, seine Wertspeicherfunktion und seine Funktion als Recheneinheit. An die zwar auch klassische, aber erst von Keynes auf den Begriff gebrachte Liquiditätsfunktion wird dabei meist gar nicht erst gedacht. Warum aber soll es eigentlich nicht genügen, die *Geldscheine* als *Tauschmittel* und die *Geldeinheit* für Zwecke zuverlässiger transtemporaler *Kaufkraftmessungen* zu optimieren? Dann kann der Besitzer von Geldscheinen seine Kaufkraft in verformungsfesten, teils staatlich garantierten Geldschulden „anlegen“ und „abspeichern“. Das wäre dann die Optimierung der „Wertspeicherfunktion des Geldes“. Sofern diese Optimierung des monetären Speicherproblems erleichtert oder überhaupt

erst strukturell dauerhaft ermöglicht wird dadurch, daß man Liquidität durch eine Ausgleichsabgabe belastet, erfordert die Optimierung der Funktionen von Geld bei der Abspeicherung, daß Kaufkraft, die in Form von Tauschmitteln gehalten wird, belastet wird. Anders ausgedrückt: Die *Geldeinheit* als der verformungsfeste *Geldmaßstab* wird geldtechnisch dadurch gegen Inflation abgesichert, daß man sie davor bewahrt, in den Strudel der Inflation mit hineingerissen zu werden: in den Strudel der Inflation, in die das Tauschmittel offenbar fast mit wirtschaftlicher Naturgesetzmäßigkeit hineingerät.

Bei der Tendenz zur Unstabilität der Währung (früher auch Deflation, heute Inflation) auf der einen Seite und bei den vergeblichen Bemühungen, ihr gegenzusteuern, auf der anderen Seite, handelt es sich am Ende wirklich um eine ökonomische Unausweichlichkeit, die in den Eigenschaften des Geldes angelegt ist und nur *geldordnungspolitisch* behoben werden kann. Das zu erklären und einzusehen, ist nicht leicht, zumal Erkenntnisgewohnheiten den Weg versperren. Wir hatten gesehen, daß das Geld für den, der es als Tauschmittel ausgibt, einen anderen Wert hat, als für den, der die Valuta in der Hand behält und nur die Liquidität verkauft. Geld hat zweierlei Wert. Geld ist ein Widerspruch in sich.

Diese Zwiespältigkeit des Geldes (sowie der Idealvorstellungen von diesem Geld) zeigt sich beim Ablauf von Zeit und hat mit „Bestandhaltengrößen“ zu tun: Bei dieser Zwiespältigkeit sind nämlich zwei verschiedene monetäre Maßeinheiten im Spiel, die einerseits in der Zeit auf praktische Divergenz programmiert sind, die aber andererseits durch das überlieferte Geld mit dem nur scheinbar realisierten Ideal der Zweieinigkeit von Tauschmittel und Sparmittel „gewaltsam“ und durch die Zeit hindurch zusammengehalten werden. Wird der Unterschied nicht durch die Ausgleichsabgabe auf Liquidität abgeschöpft, so daß dann endlich Geld so viel wert ist (und in der Zeit bleibt) wie Geld, dann erzeugt dieser Unterschied notwendigerweise die Spannungen im System, mit denen man nicht fertig wird. Ich will versuchen, diese Thesen zu erläutern und dabei Ansätze für die formal-exakte Erörterung der einschlägigen Probleme zu bieten.

Der Widerspruch, der in die Geldordnung hineinkonstruiert ist und von der Geldlehre weitgehend mitgemacht wird, erscheint in der *Doppelgesichtigkeit des Geldes*: Geld hat einen Kaufkraft-Nennwert auf den Waren- und Dienstleistungsmärkten einerseits, und es hat einen Preis auf dem Kapitalmarkt andererseits, der in einer anderen Einheit gemessen wird, nämlich in Kaufkraft *pro Zeiteinheit*. Denn Liquidität ist ein Gut *pro Zeiteinheit*.

Diese Zweigesichtigkeit des Geldes spiegelt sich dann in einer Widersprüchlichkeit und Unentschlossenheit der Wirtschaftssubjekte sowie

der Geldtheoretiker, die den Wirtschaftssubjekten ein Geld zugestehen, das ihnen diese Widersprüchlichkeit und Unentschlossenheit durchgehen läßt: Die Wirtschaftssubjekte möchten *liquide* sein, um auf allen Märkten „aus der Hüfte schießen“ zu können. Das ist die eine Sache. Zugleich möchten sie gerade nicht jetzt und jederzeit „aus der Hüfte schießen“ können, sondern ihre monetäre Waffe „Kaufkraft“ sorgfältig so *speichern*, daß ihr nichts geschieht und daß die Kaufkraft von morgen, die sie dem Speicher wieder entnehmen werden, genau dem Betrag entspricht, den sie heute hineingelegt haben. Das ist die zweite Sache. Wenn sich die Wirtschaftssubjekte dann aber wirklich *zur Speicherung entschließen* und ihr angeblich schon selbst als Speichermedium geeignetes und als Speichermedium zu konstruierendes Geld *wirklich* einmal speichern wollen: sei es in eine Geldforderung, sei es in Aktien oder in sonstige rentable Objekte, dann verlangen sie obendrein und selbstverständlich, daß sie dem Speicher am Ende der Speicherzeit nicht etwa nur die eingespeicherte Kaufkraft entnehmen können, sondern *mehr*, nämlich Kaufkraft, die sich mit einer Zuwachsrate *pro Zeiteinheit* während der Speicherzeit vergrößert hat. Das ist die dritte Sache: die Speicherung des Speichermittels, oder die „Speicherung im Quadrat“ mit dem Wachstumskoeffizienten.

Um die Widersprüchlichkeit sowohl des Geldes, wie auch der Motive seiner Nutzer (und der Theoretiker, die das mitmachen) zu verdeutlichen, empfiehlt es sich, die Motive des Geldbesitzers einmal wortwörtlich auszusprechen: „Ich will jederzeit zahlen können, also *liquide* sein. Nein, ich will nicht *liquide* sein, sondern die Kaufkraft, die ich in mein Geld einspeichere, erst in ein paar Jahren verwenden. Nein, ich will sowohl *liquide* sein als auch meine Kaufkraft speichern. Bei der Speicherung darf sich aber die Kaufkraft nicht etwa verändern! Aber im Grunde möchte ich meine Kaufkraft doch lieber nicht im Geld speichern, sondern woanders, wo sie wächst. Ich will halt alles gleichzeitig.“ So spricht der Geldbesitzer. Und der Geldtheoretiker erwidert: „Deine Wünsche sind uns Befehl! Dein praktisches Wollen sei unser theoretisches Sollen. Wie du dir das Geld erträumst, so soll es auch sein!“ Dementsprechend ist die Praxis dieser Theorie.

Theoretische Konzepte, die in sich widersprüchlich sind, führen, wenn man sie in die Praxis umsetzt, im günstigsten Fall zu Reibungsverlusten, im übrigen zu Streit oder zur Störung. Hat etwa ein Kutscher die Theorie, er fahre schneller, wenn er eines seiner beiden Pferde hinten an den Karren spannt, darf er sich nicht wundern, wenn er praktisch nicht richtig vorwärtskommt. Wer sich darüber hinaus im zwischenmenschlichen Verkehr widersprüchlich verhält, tut das in der Regel zu Lasten der anderen, die sich darauf einlassen oder damit abfinden müssen. Deshalb

verbietet die Rechtsordnung in der Regel widersprüchliches Verhalten oder belegt es mit Nachteilen. Die Juristen sagen: Wer sich widersprüchlich verhält, verwirkt sein Recht. Oder lateinisch: Es gilt ein Verbot des „venire contra factum proprium“. Widersprüchliche Motive und widersprüchliches Verhalten von Geldbesitzern werden von der Rechtsordnung jedoch geldtechnisch geradezu einprogrammiert. Die Geldtheorie segnet das ab. Und wirtschaftlich werden die Geldbesitzer für ihre Widersprüchlichkeit noch mit Zinsen prämiert.

Man darf sich bei den theoretischen Überlegungen also weder von der tatsächlichen Erscheinungsform des bisherigen Geldes im Geiste fesseln noch sich von den Gewohnheiten, Wünschen und Schizophrenien seiner bisherigen Benutzer das Sollkonzept vom Geld vorgeben lassen. Man muß vielmehr von den Funktionen ausgehen, die Geld in einer geordneten Marktwirtschaft logischerweise gleichzeitig haben kann. Theoretisch konsistent und logisch schlüssig ist dann einzig und allein: Wer liquide sein will, soll „Kasse halten“, sei es in bar, sei es auf dem Girokonto. Wer Kaufkraft „speichern“ will, sei es das Wirtschaftssubjekt, das jetzt über entbehrliche Liquidität verfügt, sei es der Geldtheoretiker, der über die Lösung des Problems nachdenkt, der möge mit sich selbst ins reine kommen! Er möge sich darüber klar werden und *sich entschließen*, welches die geeignete Form für die Abspeicherung seiner monetären Kaufkraft ist: Er mag an Gold, Silber, Juwelen und Diamanten, an Obligationen, Aktien und Hypotheken, oder an alles sonstige denken, was er auch immer für einen guten Speicher halten mag. Legt er sein Geld in Waren an, die ihm für Speichierzwecke gut dünken, – er möge es tun! Das Geld bleibt im Umlauf. Legt er sein Geld aufs Sparbuch oder in Obligationen an, er möge es tun! Das Geld bleibt im Umlauf.

„Gespeichert“ wird Kaufkraft dabei freilich überhaupt nicht. Bringt jemand sein Geld zur Sparkasse, so springt ein anderer in die Lücke, die der Speicherer im Geldkreislauf hinterläßt, und der andere macht die Lücke wieder frei, wenn der Speicherer, wie vereinbart, wieder hineinspringen will. „Speichermittel“ oder „Wertaufbewahrungsmittel“ ist dabei, wenn überhaupt, der andere, der Leiher, oder besser: die Volkswirtschaft, die diesen transtemporalen Kaufkraftaustausch ermöglicht.

Kaufkraftspeicherung *im Geld* ist, wenn man sie strengen Sinnes durchdenkt, ein geldtheoretisch unsinniger Begriff. Man kann dem monetären Kreislauf zwar Kaufkraft *entziehen* und eine Lücke reißen (Sparstrumpf) und man kann womöglich versuchen, sich in den Kreislauf *hineinzuzwängen*, auch wenn an sich niemand verpflichtet ist, eine Lücke freizumachen (z. B. mit zusätzlich in den Kreislauf eingeschleustem oder ihm durch Hortung zunächst entzogenem und später durch Enthortung wieder zugeführtem Geld). Aber Kaufkraft *in Geld* als

solchem zu „speichern“, das heißt, den monetär vermittelten Doppeltausch Ware gegen Geld und Geld gegen Ware in der Mitte auseinanderzureißen: ein Abbruch des Geschäftes oder eine Art Leistungsverzug in einer gestuften Tauschbeziehung. Der Widerspruch wird deutlicher, wenn man den Befund etwas anders formuliert. Nach klassischer Lehre soll das Geld sein: sowohl Tauschmittel, also *Zirkulationsmittel*, als auch Speichermittel, also Mittel zur *Unterbrechung* der Zirkulation. Denn wenn das Geld *als solches* verwendet wird als „Speichermittel“, so wird es der Zirkulation entzogen, und dieser Entzug ist zugleich ein Mittel zur Unterbrechung der Zirkulation. Die klassische Lehre vom Geld läuft also darauf hinaus, daß das Geld sowohl Zirkulationsmittel als auch das Gegenteil seiner selbst sein soll.

Wird das Geld als solches zum Speichermedium verwendet, obwohl dadurch nur die Zirkulation in der Volkswirtschaft unterbrochen wird, so läuft das auch auf die Absurdität hinaus, daß die Volkswirtschaft, die später die „gespeicherte“ Kaufkraft honorieren soll, als Vorleistung dafür erst einmal in ihrer Zirkulation unterbrochen wird. Angesichts solcher theoretischer Ungereimtheiten darf man sich nicht wundern, wenn die praktische Realisierung des Konzeptes Schwierigkeiten in der Zirkulation verursacht.

Staunen muß man allenfalls darüber, daß die Zirkulation trotz allem ganz gut funktioniert. Doch das liegt einfach daran, daß kein erfolgreicher Unternehmer oder Banker jemals die *komische Theorie* vom Geld als Speichermittel in größerem Stile *ernst* nimmt: In der wirtschaftlichen Praxis ist man vernünftig genug, das Geld als Tauschmittel und als Mittel zur Liquidität zu verwenden, und man trägt Sorge dafür, daß jede nicht für Zwecke der Liquidität erforderliche Kaufkraft *anderweit* gespeichert wird, nur nicht in Geld.

Die Geldtheoretiker also, die das Geld unbedingt zum Speichermittel ausbauen und als solches erhalten wollen, befassen sich mit einem *Phantom*. Die monetäre Praxis verläuft anders; und nur weil sie anders verläuft, funktioniert sie. Sobald die Wirtschaftssubjekte im größeren Stil den Unsinn der „Kaufkraftspeicherung“ mitmachten, den die Geldtheorie ihnen ansinn, bräche die Zirkulation zusammen. Zum Glück ist die Praxis wenigstens etwas klüger als die Theorie.

Die wirtschaftliche Praxis stört sich auch nicht daran, daß die Speicherung eines Speichermittels ein theoretischer Unfug ist. Sie speichert nicht das Speichermittel, sondern sie speichert die Kaufkraft, oder genauer, sie wählt als funktionales Äquivalent für die Speicherung den transtemporalen Kaufkraftaustausch.

Die bisher beschriebenen Widersprüchlichkeiten lassen sich bis hinein in die Definition des Geldes verfolgen und dort bei den verwendeten

Maßeinheiten exakt erfassen. Man erinnere sich, daß mit der Bezeichnung „Geld“ oder mit dem Währungsnamen „DM“ oder z. B. „Dollar“ zwei verschiedene Maßeinheiten bezeichnet werden, nämlich erstens eine Maßeinheit für einfache Kaufkraft, zweitens eine Maßeinheit für Bestandhaltepreise und -kosten. Diese beiden Maßeinheiten unterscheiden sich genau so, wie sich das Streckenmaß „Kilometer“ von dem Geschwindigkeitsmaß „Kilometer pro Stunde“ unterscheidet. Schaut man genauer hin, dann bekommt man im Bereiche unseres Geldes sogar noch eine dritte Erscheinung zu Gesicht, die, wenn sie gemessen werden sollte, eigentlich mit einer monetären Einheit gemessen werden müßte, die sich zu den Maßeinheiten für Bestandhaltepreise einerseits und für einfache Kaufpreise andererseits genau so verhält, wie sich die Maßeinheit für *Beschleunigung* zu den Maßeinheiten für bloße Geschwindigkeit einerseits und einfache Streckenmessungen andererseits verhält. Es gibt zwar keine solche monetäre Maßeinheit für die Beschleunigung der Zunahme von Kaufkraft, aber es gibt den Befund, der damit zu messen wäre: nämlich die beschleunigte Zunahme der Kaufkraft von gespeichertem Geldkapital, dessen Zinsen jeweils zu der verzinnten Forderung hinzugerechnet werden.

Angenommen also, die drei klassischen Funktionen des Geldes sollen optimiert werden, dann läuft das insbesondere darauf hinaus, daß die Maßeinheit für die gespeicherte Kaufkraft sich nicht verformt (weder Deflation noch Inflation). Dabei soll sowohl in der Sphäre der einfachen Preise (Tauschsphäre) als auch in der Sphäre der Speicherung (Bestandhaltenssphäre) ein und dieselbe Maßeinheit („DM“ oder „Dollar“) gelten. Weiter wird gefordert, daß das Tauschmittel, das Liquiditätsmittel und das Speichermittel rigide miteinander verknüpft und identisch sind wie beim Geldschein: Der Geldschein ist Tauschmittel und Tauschmaß, Liquiditätsmittel und Liquiditätsmaß, und er soll sein Speichermittel und Speichermaß *in einem*: ein Tausch-, Liquiditäts- und Speichermittel *mit aufgedrucktem Maß* sowohl für den Tausch, als auch für die Liquidität, als auch für die Speicherung. Dabei sollen Maß und Gemessenes, nämlich Nennwert und Kaufkraft nominell und real zeitstabil sein. – Angesichts dieses Bündels von Anforderungen wird jeder Logiker zunächst sagen, sie seien *logisch unerfüllbar*; denn man habe es, wie schon umschrieben, mit wenigstens zweierlei Maßeinheiten zu tun: mit einer einfachen Maßeinheit sowie mit der gleichen Maßeinheit pro Zeiteinheit. Die erstrebte „Einheit“ der Funktionen von Geld beim Tauschen und beim Speichern kann also nicht auch in einer Einheit sowohl der Mittel als auch der aufgedruckten Maßstäbe schlechthin gesucht werden. Sie muß von anderer Art sein; sie muß differenzierter definiert werden.

Worum geht es? Die Maßeinheit für einfache Kaufkraft soll sich, wenn man sie zu unterschiedlichem Zeitpunkt anwendet, nicht vergrößern und nicht verkleinern. Sie soll durch die Zeit hindurch gleich bleiben, und zwar nominell und real, so wie bei einem idealen, kaufkraftstabilen Geld 100 DM von heute genau 100 DM von morgen und von übermorgen „sein sollen“. Dann kann Kaufkraft optimal „gespeichert“ werden. Es soll also gleichgültig sein, ob man die 100 DM ausgibt oder „speichert“, – sie sollen beim idealen Tausch- und Spargeld real und nominell heute den gleichen Wert haben wie nach einer beliebig langen „Speicherung“. Das setzt voraus, daß der Maßstab, mit dem das gespeicherte Geld gemessen wird, sich weder nominell noch real verformt, so daß die gespeicherte Kaufkraft am Ende der Speicherzeit nominell und real die gleiche ist wie vorher: weder Deflation noch Inflation. Dies ist genau dann der Fall, wenn die Veränderung der gespeicherten Kaufkraft pro Zeiteinheit gleich Null ist. Dann ist ein Geldschein oder ein Schuldversprechen, das heute in der Währungseinheit begründet wird, nach Ablauf der „Speicherzeit“ genau so viel wert wie am Anfang, und zwar nominell und real.

Wie aber ist es nun bei unserer monetären Kaufkraft und ihrer Abspeicherung im Geld? Sobald sich der Geldinhaber noch in Ausübung der Kompetenzen aus der Liquidität zur Speicherung wirklich entschließt und statt der Liquidität die Funktion des Geldes bei der Speicherung von Kaufkraft nutzen will, passiert folgendes: Entweder er steckt sein Geld in den Sparstrumpf. Dann „speichert“ er im Grunde noch nicht, sondern *bleibt liquide* und „sperrt“ nur seine Kaufkraft. Er weiß immer noch nicht, was er wirklich will. Er hat sich noch nicht entschieden. „Liquide zu sein“, umfaßt die Möglichkeit, entweder liquide zu bleiben, oder von der Liquidität *zum* Tausch oder *zur* Speicherung *überzugehen*. Geht der Betroffene nicht zur Speicherung über, sondern behält liquides Geld, dann hat er sich *nur scheinbar* zur Speicherung entschlossen. Er verhält sich widersprüchlich. Diese Widersprüchlichkeit vermag die Geldtheorie nicht länger mitzumachen. Also bleibt nur der Fall, daß der Betroffene seine Kaufkraft wirklich „speichert“, also einen transtemporalen Kaufkraftaustausch bewerkstelligt. Dabei verwendet er das Geld in der einzig legitimen Funktion, die es im Zusammenhang mit einem solchen Vorgang haben kann, nämlich als stabilen, verformungsfesten *Maßstab* für diesen transtemporalen Kaufkraftaustausch, der „für ihn“ als „Speicherung“ erscheint und von ihm daher als funktionales Äquivalent für die Kaufkraft*speicherung* eingesetzt wird. Dann freilich erlebt er sein (und mit ihm die Geldtheorie ihr) kapitalistisches Wunder: Die Kaufkraft der 100 DM, die er jetzt für ein Jahr in den *wirklichen* Speichervorgang einspeichert, bleibt nicht etwa gleich, sondern sie – wächst! Am Ende der Speicherzeit hat er mehr als vorher.

Seine gespeicherte Kaufkraft wächst der ursprünglichen Einheit aus dem Rahmen.

Die Kaufkraft, die also nicht nur *unter dem Schein der Liquidität*, sondern *wirklich* „gespeichert“, nämlich in einen transtemporalen Kaufkraftaustausch eingebracht wird, wächst der eingespeicherten Kaufkraft davon. Damit ist der Traum, daß die Kaufkraftveränderung bei Zeitablauf Null betragen müsse, ausgeträumt. Ein für den Geldbesitzer sehr viel schönerer Traum gewinnt Wirklichkeit: das monetäre perpetuum mobile. Die „gespeicherte“ Kaufkraft verhält sich nicht zeitstabil, sondern deflationär. Der Deflationssatz pro Zeiteinheit beträgt nicht Null, wie für die Funktion des Geldes beim Speichern von Kaufkraft gefordert wird, sondern er beträgt z. B. 5 oder 6 oder 10 oder 12% der Ausgangseinheit pro Jahr. So öffnet sich eine monetäre Schere zwischen einfacher Kaufkraft einerseits und Kaufkraft-nach-Zeitablauf andererseits. Was also tun, damit nicht auffällt, daß das monetäre Ideal des Geldes als eines einheitlichen Gebildes mit optimierten Tausch- und Speicherfunktionen für den Fall der *wirklichen* Speicherungsprobleme gar nicht erfüllt ist? Die witzigste Lösung dafür hat Wolfram Engels gegeben, nämlich in der Form, daß er eine wachsende Geldeinheit eingeführt hat. Dann aber ist das klassische Ideal aufgegeben, daß die Geldeinheit sich weder nominell noch real im Verlaufe der Zeit verformen soll. Bei dem gegenwärtigen Geld hält die Geldtheorie an dieser Forderung fest, beklagt, wenn die Geldeinheit an Kaufkraft verliert, und mißt den Kaufkraftgewinn von gespeicherter Kaufkraft einfach in der Form, daß die Kaufkrafteinheit angewendet wird, die bei Beginn der Speicherung angewendet wurde. Dann braucht man die eingespeicherte Kaufkraft nur mit dem Kaufkraftveränderungs-Faktor zu multiplizieren, und schon kann man messen, wie groß die Kaufkraft-nach-Zeitablauf geworden ist, die aus ihrer ursprünglichen Maßeinheit herausgewachsen ist.

Doch das ist noch nicht alles: Nach dem ersten Jahr wird der Kaufkraftzuwachs der schon abgespeicherten Kaufkraft hinzugerechnet und mitverzinst. Das gleiche geschieht nach dem zweiten Jahr, nach dem dritten usw. Die gespeicherte Kaufkraft wächst also der ursprünglichen Kaufkraft nicht nur linear wachsend davon, sondern beschleunigt. Die monetäre Schere zwischen der einfachen Kaufkraft einerseits und der Kaufkraft-nach-Zeitablauf öffnet sich nicht nur mit geraden Schneiden, sondern mit einer nach oben exponentiell verbogenen Schneide für die Kaufkraft-nach-Zeitablauf. Das alles erscheint, auf der Grundlage der gewohnten Vorstellungen, als selbstverständlich. Auch den beschleunigten Zuwachs kann man messen und ausdrücken, indem man die Maßeinheit verwendet, die zur Zeit des Beginns des Speichervorganges galt.

Die „klassische“ Forderung, daß das Geld ein stabiler Kaufkraftspei-

cher sei und als solcher zu dienen habe, ist also ein Unsinn: Sie wird aufgestellt für den *Phantom-Fall*, der gar kein Speicherfall ist, sondern ein Fall der Liquidität und des Sperrens von Kaufkraft; und für den Fall der *wirklichen* „Speicherung“ (transtemporaler Kaufkraftaustausch) wird sie nicht nur nicht erfüllt, sondern es wird für selbstverständlich erachtet, daß sie nicht erfüllt wird.

Dazu also bringen es die Geldtheoretiker, die das Tausch- und Liquiditätsmittel Geld unbedingt selbst zum Speichermittel machen wollen: daß ihnen die *wirklichen* Speicherfälle in geradezu exponentiell explodierender Form aus der Einheit platzen, – daß ihnen also genau das passiert, was sie beim Geld selbst mit allen Mitteln zu verhindern suchen, nämlich extreme und gefährliche Kaufkraftveränderungen in der Zeit. Weil die Geldtheoretiker sich dagegen wehren, funktionsgerechte monetäre Spezialisten für die Zirkulation, für die Liquidität und fürs Sparen zu entwickeln, dürfen sie sich nicht wundern, wenn ihnen bei ihrem plump-einheitlichen monetären Allerweltsmittel funktionswidrige Scheren-, Allokations- und Bremseffekte frei Haus beschert werden.

Wer also als Geldtheoretiker die klassische Vorstellung und Forderung wirklich ernst nimmt, daß das Geld beim Tauschen *und* beim „Speichern“ eine funktionale Einheit bilden müsse, die man nicht in „Tauschgeld“ und „Spargeld“ mit unterschiedlicher Stabilität der Maßstäbe auseinanderreißen darf, der muß sich sehr genau Gedanken darüber machen, wie denn dieser Forderung überhaupt wenigstens theoretisch zu genügen sei. Die landläufigen Vorstellungen dazu sind, sehr milde gesagt, zu undifferenziert, als daß man mit ihnen noch arbeiten dürfte. Erstens kommt zum *Tauschmittel* und *Speicherproblem* noch das *Liquiditätsmittel* hinzu. Präzisiert werden müßte aber zweitens vor allem das, was man sich unter „Speicherung“ (im Gegensatz zum üblichen Tausch und im Gegensatz zur Liquidität) ökonomisch genau vorstellen möchte. Es wird Zeit, sich von Bezeichnungen und den damit verbundenen Assoziationen zu lösen, die noch erinnern an das Korn auf dem Speicher im Dachstuhl oder an das angehäufte Gold in den Hochbunkern von Onkel Dagobert: Diese Erinnerung verklebt die theoretischen Vorstellungen und hindert sie daran, die ökonomischen und monetären Zusammenhänge in klarem Licht zu erkennen.

Bezeichnungen wie „Speichermittel“ und „Wertaufbewahrungsmittel“ sollten also aus dem monetären Wortschatz verschwinden. Mit dieser Sprachbereinigung für die Theorie verschwände freilich für die Wirtschaftssubjekte nicht im geringsten die Möglichkeit, Kaufkraft fürs Alter zu „speichern“! Denn „für sie“ ist das, was ökonomisch ein „transtemporaler Kaufkraftaustausch“ ist, durchaus etwas, was sie als „Speicherung“ sehen und erleben. Das hängt ganz von der Perspektive

ab, von der man es betrachtet, und die Geldtheoretiker sind bisher viel zu sehr in den Geldbesitzer hineingeschlüpft, wenn sie das Wort „Speichermittel“ ausgesprochen oder niedergeschrieben haben. Der andere, der bei dem „transtemporalen Kaufkraftaustausch“ den Tauschpartner spielt und sich Geld leiht, sieht es ganz anders: Was für den Verleiher als ein Spar- und Speichervorgang erscheint, das ist für ihn vorweggenommene Kaufmöglichkeit. Er sieht es eher so, als schöpfe er aus einem Speicher, der voll ist, bevor er ihn gefüllt hat. Was ist das für ein komischer Speicher, der speichert, ohne zu speichern, und der Kaufkraft hergibt, bevor er gefüllt ist? Es ist die Volkswirtschaft. Es empfiehlt sich, in diesem Zusammenhang noch einmal die Robinsonade von Silvio Gesell zu lesen, diesmal nicht im Hinblick auf das Zinsproblem, sondern im Hinblick auf das, was man in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unter „Speicherung von Kaufkraft“ sinnvollerweise verstehen darf.

Der langen Kritik kurzer Sinn: Das Ideal der monetären Dreieinigkeit von Tausch-, Liquiditäts- und Speichermittel ist nicht falsch. Es muß nur erst mal genauer und theoretisch konsistent definiert werden. Um es praktisch zu verwirklichen, muß der Vorteil aus der Liquidität, der über den Zins zur Realverformung gespeicherter Kaufkraft in der Zeit führt, durch eine Ausgleichsabgabe abgeschöpft werden. Dann wird der Schereffekt vermieden, der damit verbunden ist, daß „Geld mehr wert ist als Geld“. Wer also das klassische monetäre Ideal in theoretisch schlüssiger Weise definiert und dann in einer auch praktisch widerspruchsfreier Weise verwirklichen möchte, der drehe auch hier wieder nur am „archimedischen Knöpfchen“ der Ausgleichsabgabe auf Liquidität. Dann kommt er seinem Ziel näher.

Worum es dabei geht, läßt sich auch formaler darstellen: In der Physik und sonst im Leben werden Maßeinheiten wie das Meter oder das Kilogramm möglichst unabhängig von den zu messenden Größen definiert und festgesetzt: das Meter verändert sich nicht, wenn mit einem Metermaßstab eine Strecke gemessen wird. Bei Geld und Währung ist das anders: Die Währungseinheit wird nicht definiert und festgesetzt (wie scheinbar noch zu Zeiten, als der Münzgesetzgeber das Münzgewicht bestimmte). Sie ergibt sich heute vielmehr aus der Verwendung des Geldes, das auf die Währungseinheit lautet, im wirtschaftlichen Verkehr. Das Geld ist insoweit eine Art Maßstab, bei dem sich die Größe der Maßeinheit beim Messen mit dem Maßstab herausbildet.

Die Währungseinheit  $E$  ergibt sich mithin als eine Funktion  $f$  des Geldgebrauchs  $G_E$ , wobei der Index  $E$  bei  $G$  anzeigt, daß es sich um den Gebrauch eines Geldes handelt, das gestückelt ist in Bruchstücken und Vielfachen der Währungseinheit, um deren Bestimmung es geht:

(1)  $E = f(G_E)$  (Die tatsächliche Einheit von Kaufkraft der Währung ist eine Funktion des Gebrauchs des auf sie lautenden Zahlungsmittels.)

So einfach bleibt die Sache jedoch nicht; denn Geld wird in wenigstens zweierlei grundverschiedenen, einander voraussetzenden, aber auch ausschließenden Weisen verwendet: einerseits als Tausch- und Tilgungsmittel  $T_E$  und andererseits als Liquiditätsmittel  $L_E$ . Also kann (1) auch geschrieben werden als:

$$(2) E = f(T_E, L_E)$$

Tatsächlich kommen in der monetären Wirklichkeit folgende funktionale Verknüpfungen, also Aufspaltungen von (2) vor:

(3)  $E_1 = f_1(T_E)$  (Die Währungseinheit ist eine Funktion des Gebrauchs von Geld als Tauschmittel)

(4)  $E_2 = f_2(L_E)$  (Die Währungseinheit ist auch eine Funktion des Gebrauchs von Geld als Liquiditätsmittel.)

Bei (3) hat man es mit dem Gebrauch von Geld *zum Zeitpunkt* der Zahlung und zum Nennwert zu tun ( $T_E$ ). Bei (4) hingegen geht es um diejenige Geld- und Währungseinheit, die als Liquiditätsmittel und -maßstab fungiert, also *pro Zeitspanne* genutzt wird und einen wirtschaftlichen Vorteil ebenfalls *pro Zeitspanne* abwirft ( $L_E$ ).

Unterstellt jetzt,  $E_1$  sei stabil im Sinne einer „stabilen Währung“. Dann ändert sich  $E_1$  nicht: Die Ableitung der Funktion  $f_1(T_E)$  nach der Zeit hat den Wert 0. Tatsächlich jedoch kommt bei stabiler  $E_1$  in der Wirtschaft eine Ableitung der allgemeinen Währungsfunktion  $E = f(G_E)$  nach der Zeit vor, die nicht den Wert 0 ergibt, sondern einen positiven Wert: nämlich jene Funktion, die den wirtschaftlichen Nutzen von Geld angibt, das als Liquiditätsmittel verwendet wird. Das ist bei  $E_2$  der Fall. Wenn aber die Ableitung der Funktion  $E_2 = f_2(L_E)$  nicht den Wert Null, sondern eine positive Änderungsgeschwindigkeit ergibt, dann heißt das nichts anderes, als daß  $E_2$  wächst (relativ zu  $E_1$  und gemessen in  $E_1$ ). Wir können uns das nicht recht vorstellen, weil  $E_2$  im Geld faktisch mit  $E_1$  zur Identität verkoppelt ist, so daß  $E_1$  nominell den Ton angibt und sich das Anschwellen von  $E_2$  nicht in der Ausdehnung der Einheit selbst zeigt, sondern an der wachsenden Zahl von  $E_1$ , die man braucht, um  $E_2$  nach Zeitablauf zu messen. (Man erinnere sich an das Aktiengeld von Wolfram Engels: Bei diesem Geld wird umgekehrt die Rente in einer nominell gleichbleibenden, faktisch aber anschwellenden Währungseinheit versteckt.)

Wir haben also ein Geld und eine Währung mit einer *zwiespältigen* Währungsfunktion, die uns eine „gespaltene Währung“ beschert derart, daß bei stabiler Tauscheinheit die Liquiditätseinheit anschwillt (monetäre Schere). Wer das Geld „stabilisieren“ will, muß also nicht nur  $E_1$  konstant halten, sondern  $E_2$  und  $E_1$  „unitarisieren“, damit es keine Ableitung der Währungsfunktion nach der Zeit mehr gibt, der eine veränderliche Währungseinheit zugrundeliegt. Die Ableitung von  $f_2(L_E)$  nach der Zeit ergibt faktisch jedenfalls dann den Wert 0, wenn der Gebrauch von Geld als Liquiditätsmittel keinen positiven oder negativen wirtschaftlichen Vorteil, meßbar in  $E_1$  pro Zeiteinheit, mehr mit sich führt. Das ist wiederum jedenfalls dann der Fall, wenn die wirtschaftlichen Vorteile des Gebrauchs von Geld als Liquiditätsmittel  $L_E$  durch eine Liquiditätsausgleichsabgabe abgeschöpft werden.

Man verlangt, unter ordnungspolitischem Aspekt, schließlich noch, daß das Geld in der Volkswirtschaft als „neutrales Tauschmittel“ fungieren solle. Es soll die Austauschbeziehungen nicht beeinflussen: Der Gütertausch soll sich so vollziehen, als wäre die betroffene Volkswirtschaft eine Naturalwirtschaft, bei der man sich lediglich des Geldes bedient, um den Tausch zu erleichtern<sup>78</sup>.

Neben diesem *allgemeinen* Neutralitätspostulat, das auf die Auswirkungen der *Einführung* von Geld auf die Preise, auf die Lenkungs-, Allokations- und Verteilungsprozesse zielt, kennt man die „Neutralität von Geld“ auch im *quantitätstheoretisch verengten* Sinne mit der Fragestellung, wie sich Veränderungen der *Geldmenge* auf das Preisgefüge und auf die Preishöhe auswirken. Im Folgenden ist „Neutralität“ im umfassenden, vor allem funktionalen Sinne gemeint: Wirkt die Einführung von Geld auf den Austausch der Naturalleistungen (Waren, Dienstleistungen, Investitionsgütern, Risiken usw.) neutral? Oder mischt sich das Geld als unlauterer Wettbewerber unruhe- und krisenstiftend in die Marktvorgänge ein, weil es nicht nur als Tausch- und Tilgungsmittel ein monetäres Passepartout auf den Märkten ist, sondern wegen seiner Eigenschaften als Liquiditätsmittel zugleich ein profitables Wirtschaftsgut mit besonderen Vorzügen, die aus seinem Passepartout-Charakter resultieren?

Hält man sich angesichts des allgemeinen Neutralitätspostulats noch einmal Silvio Gesells lehrreiche Robinsonade als Modell für transtemporale Austauschvorgänge *ohne* Geld vor Augen, drängen sich erhebliche Zweifel daran auf, ob das Geld heute wirklich „neutral“ wirkt. Nimmt man hinzu, daß das Geld unter allen Tauschobjekten eine eigenartige, „generalisierte“ Stellung einnimmt, die *als solche* einen wirtschaftlichen Vorteil bietet: nämlich den Liquiditäts- oder Jokervorteil des Geldes, verdichten sich diese Zweifel: Ein Joker ist keine „neutrale“ Karte! Wenn dann gar der Zins des Geldes eine Marge setzt für den Grenznutzen und die Vermehrung von Realkapital, dann ist nur noch schwer einzusehen, inwiefern man trotz aller dieser Befunde weiterhin an der Illusion von der Neutralität des Geldes festhalten kann. Viel eher handelt es sich bei der Neutralität des Geldes um eine kontrafaktische Fiktion, an die man zur Entlastung des Gewissens um so hartnäckiger glaubt, je unrichtiger sie ist.

Wie aber läßt sich genau identifizieren, inwiefern das Geld *nicht* neutral ist? Welche Preisgefüge bringt es aus dem Gleichgewicht? Die Antwort liegt auf der Hand: Geld hat, wie wir gesehen haben, zweierlei Wert, nämlich seinen Kaufkraft-Nennwert zum einen und seinen Zinspreis zum anderen. Geld hat also einen nach Märkten „gespaltenen Wert“, und der „Spalt“ zwischen den beiden Werten ist der Mehrwert.

Mit dem Ablauf von Zeit wächst die transtemporal getauschte Kaufkraft der einfachen Kaufkraft davon, womöglich mit exponentiell wachsender Geschwindigkeit. Jener Jokervorteil des Geldes bei einfachen Tauschgeschäften, der als „Liquidität“ am Geldmarkt vermarktet werden kann, schlägt sich also vor allem auch darin nieder, daß die transtemporalen Preisgefüge auseinandergerissen werden. Diese „monetäre Schere“ öffnet sich um so weiter, je länger die Zeitspannen sind, um die es dabei geht. Soll Geld bei transtemporalen Tauschvorgängen, insbesondere bei transtemporalem Kaufkraftaustausch, „neutral“ wirken, dann darf es keinen „gespaltenen Wert“ haben, keinen „Mehrwert“.

Die Nicht-Neutralität, um die es dabei geht, läßt sich wie folgt veranschaulichen: Durch die Verformung des Preisgefüges in der Zeit, die das Geld mit sich bringt, wird das Alter vor der Jugend privilegiert; der Erbe vor dem Nichterben; der Reiche vor dem Armen; der besitzende Nichtstuer vor dem Arbeitswilligen, dem die Mittel fehlen; usw. Alle Unstimmigkeiten, Absurditäten und Ungerechtigkeiten, die von Menschen mit empfindlichem Gerechtigkeitssinn seit jeher im Zusammenhang mit Geld und Zins beschrieben und kritisiert worden sind, können hier als Symptom dafür angeführt werden, daß das Geld *nicht neutral* wirkt.

Die *kapitalistische Parteilichkeit* unseres Geldes ist so allgegenwärtig und übermächtig, seine Nicht-Neutralität so himmelschreiend, daß Praxis und Theorie darauf inzwischen reagieren wie alte Leute, die eine gefährliche verkehrsreiche Straße überqueren: Statt wach und bewußt alle beängstigenden Informationen und Symptome aufzunehmen und für die praktischen Entscheidungen auszuwerten, schließen sie die Augen. Im Innern tragen sie mit sich herum die Fiktion vom neutralen Geld. Die gibt ihnen eine autonome, scheinbare Orientierungssicherheit, bis die Volkswirtschaft wegen der ausgeblendeten und verdrängten Asymmetrie andernorts aus dem Gleichgewicht gerät. Dann schlägt man sich mit den Symptomen herum und wundert sich, daß man die Probleme nicht in den Griff bekommt.

Schon der Begriff der Neutralität wirft Probleme auf: Wie soll die Neutralität des Tauschmittels „Geld“ gemessen werden an dem fingierten Zustand einer Naturalientauschwirtschaft, die durch Einführung des Tauschmittels „Geld“ in signifikanter Weise verändert wird? Dabei besteht die Gefahr, daß gerade das Wichtigste übersehen wird: Mit der Einführung des Geldes als allgemeinem Tauschmittel wird ein neues Tauschobjekt eingeführt, das wegen seiner Eigenschaft, ein Joker unter den Tauschobjekten zu sein, etwas „wertvoller“ ist als die typischen anderen Tauschobjekte. Dadurch wird ausgerechnet das Geld, um dessen Neutralität es geht, selbst zum bevorzugten Lieblingskind aller Tauschenden.



Wenn man also in einer Wirtschaft, die durch das „künstliche“ Geld dem als ausgeglichen definierten Naturzustand entfremdet worden ist, „Neutralität“ definieren will, so muß sie selbstständig definiert werden, und zwar so, daß Funktionen und Wirkungen des „neuen“ generalisierten Tauschobjektes „Geld“ mit denen der anderen verglichen werden können: z. B. in Anlehnung an Vorstellungen vom fairen Spiel. Dann springt die kapitalistische Parteilichkeit des Geldes sofort ins Auge.

Oben, anlässlich der Kritik am Geldkonzept von Wolfram Engels, war als Komplementärbegriff zur „Akzeptabilität“ des Geldes der Begriff der „Alienabilität“ eingeführt worden: für Eigenschaften des Geldes, die dazu motivieren, es anderen weiterzugeben. Vermutlich läßt sich die Neutralität des Geldes als der Zustand von Geld definieren, bei dem seine Akzeptabilität und seine Alienabilität gleich sind. Das ist nicht der Fall, wenn Geld Liquiditätsvorteile bietet, die sich vermarkten lassen, und auch nicht, wenn sich dabei der „natürliche“ Zins erwirtschaften läßt: So lange nämlich Geld einen (durchschnittlichen) Liquiditätsvorteil gegenüber anderen Tauschobjekten bietet, bleibt es als Geld ein *Wirtschaftsgut*, ein Kapital, und nimmt dadurch gewissermaßen Partei für Investitionsgüter und gegen den Konsum von Waren und Dienstleistungen und gegen andere wertvolle Tauschobjekte, die als Anlage in Frage kommen. Wenn Geld aber ein neutrales Tauschmittel sein soll, das den Wettbewerb der Waren, Dienstleistungen, Kostbarkeiten und Investitionsgüter untereinander nicht verfälscht, dann darf das Tauschmittel nicht selbst Kapital sein: Es darf nicht selbst zusätzlich zu seinem Tauschkraft-Nennwert wirtschaftliche Vorteile bieten, die es per Saldo rentierlich machen. Also müssen die Liquiditätsvorteile, die das Geld zusätzlich zum Tauschwert bietet, mit Hilfe von Durchhaltekosten im wahrsten Sinne des „neutralen Geldes“ *neutralisiert* werden. Dann erst leitet das Geld die Nachfrage nach Waren, Dienstleistungen, Kostbarkeiten und Investitionsgütern: also die Nachfrage nach Naturalleistungen, „neutral“ weiter, ohne sich selbst als ein privilegierter und daher unlauterer Wettbewerber in die Konkurrenz dadurch einzumischen, daß es mit den höchst eigenen Liquiditätsvorteilen „winkt“. Anders ausgedrückt: Die Eigenschaft des Geldes als des generalisierten Tauschmittels darf nicht dazu führen, daß eben diese allgemeine Eigenschaft des Geldes privat ausgebeutet und genau dadurch das Tauschmittel zum Kapital verfremdet wird. Bei „natürlichem“ Zins mag das Geld *unter Kapitalien* ein „neutrales“ Kapital sein; neutrales *Tauschmittel* ist es jedoch nur, wenn der Zinssatz gleich Null ist.

Weil das derzeitige Geld nicht neutral wirkt, hat es zur Folge, daß monetäre Anwartschaften aufs Sozialprodukt in falsche Kassen fließen, wo sie sich typischerweise als entbehrliches (marginales) Vermögen

niederschlagen, das wieder nur Zinsen und Renditen sucht, statt Waren und Dienstleistungen oder Kostbarkeiten nachzufragen. Wegen des langfristigen Nachfrageausfalls führt das u. a. zu *konjunkturpolitischen Recycling-Problemen*: Wie können die fehlgeleiteten Mittel wieder der Nachfrage von Letztverbrauchern zugeführt werden? Über Staatsverschuldung und Konsumentenkredite! Die freilich machen das Problem, das sie kurzfristig entschärfen, langfristig um so brisanter, weil die Nachfrage dieser Letztverbraucher durch den Zins mehr und mehr gebremst wird und weil diese Zinsen jene ordnungspolitisch unsinnigen Vermögensmassen nur noch weiter aufblasen, die den Nachfrageausfall verursachen und das Recycling-Problem auslösen.

Wird die ordnungspolitische Problematik noch eine Stufe weiter abstrahiert, so ergibt sich folgender, sehr einfacher und sehr weittragender Befund: Weil der Vorteil von Liquidität kein Verdienst dessen ist, der Geld in die Hand bekommt, fließt mit der Liquiditäts(verzichts)prämie zu ihm ein Einkommensstrom hin, den er nicht verdient. Diese Fehlallokation hat zur Folge, daß monetäre Nachfragekapazität an einer Stelle aufgebaut wird, wo sie nicht hingehört. Insbesondere handelt es sich nicht um einen Unternehmerlohn, den verdient, wer geschickt einen volkswirtschaftlichen Bedarf mit entsprechenden Leistungen deckt. Durch die Zinsen (und für Renditen gilt Entsprechendes, soweit sie „Verzinsung des eingesetzten Kapitals“ enthalten) wird also monetäre Nachfragekapazität an falsche Stellen verschoben, und zwar an Stellen, an denen weder der Bedarf nach Verbrauch noch der Bedarf an eigenen Investitionen besteht, jedenfalls nicht in dem Umfang, daß von einer richtigen, marktmäßigen Allokation die Rede sein könnte. Infolgedessen entwickeln sich auseinander: einerseits der Bedarf an Leistungen der Volkswirtschaft und andererseits die Zuordnung monetärer Kaufkraftkapazität.

Am Ende also fehlt dem Bedarf zur Nachfrage das Geld, und dem Geld fehlt zur Nachfrage der Bedarf, so daß weder der Bedarf allein noch das Geld allein zur wirksamen Nachfrage werden können. Erst wenn beide wieder zusammengeführt werden, wenn also das Geld zum Bedarf hin zurücktransferiert wird, kommt wieder Nachfrage von Investoren nach Investitionsgütern und Nachfrage von Letztverbrauchern nach Konsumgütern und Dienstleistungen zustande. Das ist der Umweg, den das fehlgeleitete Geld einschlagen muß. Das ist das Recycling, von dem die Rede war. Aber der Umweg und das Recycling sind mit Kosten verbunden: mit den Zinsen und dem Zinsanteil von Renditen.

Bei dem Recycling der Gelder aus den „Kassen mit Geld ohne Bedarf“ in die „Kassen ohne Geld mit Bedarf“ durch Kredite handelt es sich um *Transaktionen im monetären Bereich*. Daher handelt es sich auch bei den

Zinsen um *monetäre Transaktionskosten*, die das monetäre Recycling und damit auch die Marktwirtschaft überhaupt belasten und hemmen. Werden die Recyclingkosten gesenkt oder abgeschafft, so wird zugleich die Marktwirtschaft entlastet von verhängnisvollen monetären Transaktionskosten.

Ordnungspolitisch gesehen handelt es sich bei den Zinsen und Renditen also schlicht um die *Kosten eines Recycling*, das wegen vorhergegangener Fehlallokation erforderlich wird, um die Faktoren wieder zusammenzubringen, aus denen Nachfrage hervorgeht. Weil mit steigenden Fehlallokationen auch der Recycling-Bedarf steigt, nährt sich der verhängnisvolle Prozeß selbst. Und weil die Zinsen und Renditen dorthin fließen, wo schon die ausgezahlten Mittel nicht hingehörten, ernährt sich der Prozeß nicht nur selbst, sondern er verstärkt sich auch selbst. So kommt es zu einer Wirtschaft mit eingebauter Krisenautomatik und mit eingebauter Selbstzerstörung.

Wohlgemerkt: Nicht der Bedarf nach Verschiebung von monetärer Nachfragekapazität an sich und seine Befriedigung durch Kredite ist pathologisch. Nur die Transaktionskosten des Recycling sind Gift. Jede Rückführung von Geld, um einem Bedarf wieder zur Nachfrage zu verhelfen, belastet die Volkswirtschaft mit Kosten vom Typ der Bestandhaltungskosten, also mit „Kosten pro Zeiteinheit“. Das System ist geldordnungspolitisch darauf programmiert, daß es dabei langfristig so gut wie kein Zurück gibt, sondern immer nur ein Vorwärts: kein Fallen der gesamten monetären Recycling-Kosten, sondern nur ein Wachsen. So entstehen jene wahnwitzig aufgeblähten Ballons von Vermögen in der Form von Kredit- und Zinsforderungen, die eines schönen Tages platzen müssen, wenn nicht durch drastische Inflation der Druck abgelassen oder auf eine andere Weise Abhilfe geschaffen wird. Langfristig hilft nur die Abschöpfung des Mehrwertes von Geld durch die Ausgleichsabgabe auf Liquidität: die Entlastung der Marktwirtschaft von dysfunktionalen monetären Transaktionskosten.

Bei den Geldern, die sich in den Kassen ohne realen Bedarf befinden, handelt es sich im übrigen um Gelder, die funktional nicht dazu prädestiniert sind, ein sicheres Zinseinkommen zu ermöglichen, sondern dazu, *Risiko* zu tragen: Es handelt sich der Tendenz nach um marginales Vermögen, das nicht für existentielle Zwecke gebraucht wird. Also steht es als „Spielmasse“ zur Verfügung, bei der ein „Spielverlust“ den „Spieler“ nicht existentiell, sondern nur marginal trifft. Solange jedoch die Gelder ohne realen Bedarf ein sicheres Zinseinkommen ermöglichen, verringert das die Neigung der Anleger, um eines möglichen Gewinnes willen ein Risiko einzugehen. Kann aber der Anleger „Mehrwert“ nur noch erhoffen, wenn er etwas riskiert, wächst seine Neigung, Risikokapi-

tal zur Verfügung zu stellen. Und wenn er jetzt einen Gewinn macht, so ist dieser Gewinn nicht mehr unverdient und fehlallokalisiert, sondern legitime Risikoprämie, die denjenigen mit noch mehr risikobereiter Liquidität versorgt, der Risiken offenbar richtig einzuschätzen weiß. Das „Geld ohne Mehrwert“ würde also nicht das Ende der Bereitschaft darstellen, Risikokapital zur Verfügung zu stellen, sondern diese Bereitschaft fördern. Zugleich würden die marginalen Vermögensbestände funktional optimal als Risikopuffer, statt zur reinen Abzweigung von „Mehrwert“ eingesetzt.

## 7. Kapitel

### Verfassungsrechtliche Kritik der Geldordnung

Über Zinswucher und Kapitalknechtschaft ist in der Geschichte schon oft geschimpft worden. Diese alten Lieder sollen hier bei der normativen Bewertung und Kritik der Geldordnung nicht wieder angestimmt werden. Was können denn auch die armen Zinsnehmer und Kapitalisten dafür, daß die Geldordnung sie zu dem macht, was sie sind? An die Stelle moralischer Entrüstung über Menschen hat die Kritik an der Struktur der Geldordnung zu treten. Diese Kritik soll außerdem von denjenigen verbindlichen Maßstäben ausgehen, die unsere Verfassung für die Ordnung in unserem Gemeinwesen mit dem besonderen Rang des Verfassungsrechts aufgestellt hat. So lange im Gemeinwesen keine solchen höherrangigen Maßstäbe positiven Rechts gegolten haben, bewegten sich die Juristen bei der Beurteilung ihres Rechts in unverbindlicheren Räumen naturrechtlichen Denkens: Sie konnten zwar Rechtsnormen und Fallentscheidungen im Hinblick auf die Gerechtigkeit kritisieren, hatten aber keine verbindlichen Maßstäbe, auf die sie hätten zurückgreifen können, um die Normen des einfachen Rechts daran zu messen. Heute ermöglicht das Verfassungsrecht als höherrangiges Recht eine sehr viel schneidigere und verbindlichere Kritik des einfachen Rechts als früher die bloße Berufung auf die allgemeine Gerechtigkeit, auf Billigkeit oder Sitte.

Das Grundgesetz verbürgt Grundrechte und mit den Grundrechten Erscheinungsformen von Freiheit und Gleichheit. Es postuliert einen „sozialen Rechtsstaat“, der, stark vereinfacht, ein Gemeinwesen verlangt, in dem Freiheit und Geselligkeit, Freiheit und Sozialität oder Solidarität zugleich verwirklicht sind. Die Geldordnung an diesen Maßstäben zu messen, ist ein ungewohntes Unterfangen und verlangt einen großen Aufwand an juristisch-dogmatischer Feinarbeit. Die kann im

Folgenden nicht geleistet werden. Es geht vielmehr darum, Angriffspunkte für die Argumentation aufzuzeigen und Hauptlinien der Argumentation zu skizzieren<sup>79</sup>.

Die Geldordnung bietet einen sehr ungewohnten Gegenstand verfassungsrechtlicher Kritik: Bislang haben so gut wie nur solche verfassungsrechtliche Fragen eine Rolle gespielt, die entweder Rechtsfolgen der Inflation, also eine pathologische Erscheinung, oder Probleme der Geldpolitik, z. B. Kompetenzen und Spielräume der Bundesbank, betrafen. Jetzt und hier dagegen geht es darum, wie weit Freiheit, Eigentum und Gleichheit und wie weit der „soziale Rechtsstaat“ Maßstäbe in sich tragen, an denen die *Geldordnung* gemessen werden kann und die zugleich die Richtung angeben, in der eine etwaige Rekonstruktion und Verbesserung der Geldordnung ihren Weg zu nehmen hätte. Auch der verfassungsrechtliche Begriff des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts muß dabei als Maßstab herangezogen werden.

I. Daß das Geld und die verfassungsrechtlich geschützte *Freiheit* miteinander etwas zu tun haben, drängt sich auf: Das Geld ist z. B. nach *Friedrich A. Hayek* eines der „großartigsten Werkzeuge zur Freiheit, die der Mensch je erfunden hat“<sup>80</sup>. Hayek hat recht. Man muß aber den Vorbehalt hinzufügen, daß sich das Geld auch als das raffinierteste und undurchschaubarste Instrument zur Erzeugung von Ungerechtigkeit, Ungleichheit, Abhängigkeit und Herrschaft zwischen den Menschen erwiesen hat. Woran diese verhängnisvolle Verkoppelung von Segen und Fluch des Geldes liegen, das hat sich oben schon geklärt: Sie hat ihren Grund im Mehrwert.

Um sich die Funktion des Geldes für die Freiheit der Menschen im Gemeinwesen vorzustellen, muß man es sich aus der Wirtschaft hinwegdenken: Dann hätte auch der Reichste seine Schwierigkeiten beim Abschluß der Geschäfte für den alltäglichen Bedarf, vor allem, wenn er irgendwo auftritt, wo man ihn nicht kennt. Wenn die Ökonomen die klassische Funktion des Geldes als eines Tauschmittels anführen, so heißt das juristisch, daß das Geld ein klassisches Mittel der *Tauschfreiheit* ist.

Gäbe es kein Geld, es müßte um der Erweiterung und Vereinfachung der *Tauschfreiheit* erfunden werden! Der Tausch wiederum ist juristisch ein Rechtsgeschäft, ein „Vertrag“. Also ist das Geld vor allem ein Medium, ohne das die *Vertragsfreiheit* von der praktischen Seite her erheblich eingeschränkt und ihre Ausübung erheblich erschwert wäre. Geld in einer Wirtschaft einzuführen, das bedeutet also zugleich, der *Vertragsfreiheit* Dimensionen des bequemen „Sich-Vertragens“ zu öffnen, die sonst verschlossen blieben. Schon hier wird auch deutlich, daß

eine durch und durch *soziale* Freiheit im Spiel ist: eine Freiheit, die leerläuft, wenn es keine Vertrags-, keine Tausch-, keine Freiheitspartner zur Ausübung dieser Freiheit gibt! Geld ist ein Medium der *zwischenmenschlichen* Freiheit der Menschen *durch andere Menschen*<sup>81</sup>.

Verfassungsrechtlicher „Sitz“ der hier vor allem betroffenen *Vertragsfreiheit* sind die Grundrechte, die jeweils „thematisch einschlägig“ sind, mag dabei unter Juristen auch noch manches zu klären sein: So wie der Eheschluß ein Vertrag ist, der „thematisch“ zum Grundrecht von Ehe und Familie in Art. 6 GG gehört, so fallen Verträge, die das Eigentum, den Beruf oder eine Gesellschaft betreffen, in den Schutzbereich der Grundrechte, die das Eigentum als ein Freiheitsrecht, die die Berufswahl und Berufsausübung als Freiheitsrechte oder die die Vereinigungsfreiheit schützen. Keine dieser Freiheiten darf ohne Grund eingeschränkt werden, und selbst wenn Gründe vorhanden sind, dürfen sie nicht willkürlich sein, und die durch sie gerechtfertigte Einschränkung der Freiheit darf nicht übermäßig sein.

Das Geld, hatten wir gesehen, erschließt der *Vertragsfreiheit* sonst verschlossene Räume bequemen und verkehrsgünstigen *Sich-Vertragens*. Doch geht mit dem bisherigen Geld die verhängnisvolle Eigenschaft einher, daß es in seiner Funktion als Katalysator der *Vertragsfreiheit* mit monetärer Notwendigkeit dazu führt, daß bei sonst gleicher Ausgangslage und bei sonst gleichen Bedingungen der Partner, der konkrete Gegenstände gegen Geld zu tauschen wünscht, von dem anderen, der Geld gegen konkrete Gegenstände tauschen will, oder Geld überhaupt nur für Tauschzwecke verleiht, abhängig wird: So wie es am Modellfall der gleichen Vermächtnisse in der Geschichte von Max und Moritz oben demonstriert worden ist.

Die gleiche Abhängigkeit zeigt sich noch deutlicher, wenn man den Fall nimmt, daß Moritz sich die Mittel für den Grundstückskauf und für den Hausbau nicht von Max, sondern von einem Dritten beschafft hätte: Max wäre von Zinsverpflichtungen freigeblieben, weil er „liquide“ war, Moritz jedoch ginge belastet aus der Geschichte hervor und schösse von seinem übrigen Vermögen zu, müßte also die Originale, die er geerbt hat, verkaufen, ohne damit schon die Valuta seiner Schuld zu verringern. Geld macht zwar frei zum Abschluß von Verträgen, aber es macht auch unfrei durch die in die Geldordnung hineinkonstruierten, dem überlieferten Geld anhängenden Eigenschaften, von denen sich gezeigt hat, daß sie mit dem Mehrwert-Syndrom zusammenhängen.

Wenn nunmehr eine Geldordnung eingerichtet werden kann, in welcher der Mehrwert durch eine Ausgleichsabgabe auf Liquidität abgeschöpft wird mit der Folge, daß die mit dem Mehrwert-Syndrom verknüpften Abhängigkeiten verschwinden, das Geld jedoch im übrigen

seine Funktionen bei dem Abschluß von Verträgen so gut erfüllt wie eh und je: Dann enthält die heutige Geldordnung eine durch keinen Grund gerechtfertigte Einschränkung der Vertragsfreiheit von Vermögenden mit illiquiden Gütern. Eine solche durch keinen Grund gerechtfertigte Freiheitsbeschränkung ist in jedem Falle auch übermäßig und verfassungswidrig.

Dabei geht es um strukturelle Unfreiheiten, nicht um Einzeleingriffe in persönliche Freiheitsphären. Zur Debatte stehen Freiheitsbeschränkungen „im Großen“, die immer gleich alle typischen Fälle treffen, also um so unerträglicher sind. Außerdem läuft das, was vereinfacht als „Freiheitsbeschränkung“ beschrieben wurde, nicht nur auf Schrankenziehung in dem Sinne hinaus, daß die Betroffenen in ihrem Spielraum als einzelne bloß eingeengt würden. Vielmehr erscheint die „Beschränkung“ als „Abhängigkeit“ einzelner von anderen einzelnen; denn man hat es ja zu tun mit einer Freiheit, die nur in der Sozialdimension existiert, so daß auch das Gegenteil dieser Freiheit nicht bloß eine „Beschränkung“ ist, sondern sogar eine Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit ist, wenn man sie von der anderen Seite dessen betrachtet, von dem der „Beschränkte“ abhängig ist, eine Macht: eine von der Geldordnung anerkannte, aber durch keinen tragenden Grund gerechtfertigte Macht und Herrschaft dessen, der die Fäden hält, an denen der Abhängige hängt. Die Geldordnung erzeugt ständig neu solche Fäden, an denen die Besitzer von Geldvermögen die anderen hängen lassen können: *ein allgegenwärtiger monetärer Generator von Unfreiheit* in Form von zwischenmenschlicher Abhängigkeit und Herrschaft.

Sobald dieser monetäre Generator von Unfreiheit identifiziert ist und beseitigt werden kann, muß er als verfassungswidriges Element aus der Geldordnung herausoperiert werden. Dann erst gilt: Das Geld ist eines der großartigsten Werkzeuge zur Freiheit, die der Mensch je erfunden hat. Dann erst wird aus dem monetären Instrument der Vertragsfreiheit ein Medium des Sich-Vertragens, in das nicht schon strukturell ein Prozeß einprogrammiert ist, der in die einseitige Abhängigkeit hineinführt, die die Wirtschaftssubjekte stärker, als in der menschlichen Natur ohnehin angelegt ist, gegeneinander aufbringt, voneinander entzweit und einander entfremdet.

Sollte sich nach allem die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwertes nach eingehender Prüfung als gangbares und praktikables Mittel erweisen, die strukturellen Mängel der Geldordnung, die die Vertragsfreiheit einschränken, zu verringern oder gar zu beseitigen, dann *muß* diese Ausgleichsabgabe eingeführt werden, um die Mängel so weit wie irgend möglich aus der Geldordnung herauszuoperieren.

II. Daß unser Geld auch mit der *Gleichheit* der Menschen zu tun hat, braucht nach den Überlegungen nicht mehr hervorgehoben zu werden, die oben insbesondere im Zusammenhang mit der Deutung des Wirtschaftsspiels nach Analogie eines Kartenspiels angestellt worden sind und wo sich herausgestellt hat, daß das Geld mit dem Joker vergleichbar ist. Es liegt auf der Hand, daß ein allgemeines Spiel, an dem alle teilnehmen müssen und in dem es um existenziell wichtige Güter geht, dann extrem unfair ist, wenn diejenigen, die ohnehin schon viel haben, immer mit den Jokern einsteigen können. Verfassungsrechtlich jedoch ist die Sache etwas schwieriger zu fassen.

Art. 3 Absatz 1 des GG lautet: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ Das gilt auch von den Menschen vor denjenigen Gesetzen, die die Geldordnung so ausformen und einrichten, wie sie ist, oder auch anders ausformen und einrichten könnten, z. B. so, daß der Mehrwert mit Hilfe einer Ausgleichsabgabe auf Liquidität abgeschöpft wird.

Nach „herrschender Meinung“ in der juristischen Lehre und Praxis verbürgt der Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG allerdings gar nicht das, was sein Wortlaut verspricht: „Gleichheit“, sondern er enthält nur ein „Willkürverbot“. Die juristische Formel, mit welcher der zum Willkürverbot entkräftete Gleichheitssatz praktikabel gemacht wird, lautet: „Wesentlich Gleiches darf nicht willkürlich ungleich, wesentlich Ungleiches darf nicht willkürlich gleich behandelt werden.“ Diese Frage ist jeweils „unter ständiger Orientierung an Gerechtigkeitsgedanken“ zu prüfen. Außerdem dürfen Entscheidungen, die das Grundgesetz getroffen hat, wie etwa die für den Schutz der Familie, bei der Willkürprüfung nicht mißachtet werden.

Ich bin zwar der Meinung, daß diese Maßstäbe nicht genügen, um die allgemeine Abhängigkeitsproblematik der Menschen untereinander genau genug zu erfassen, aber ich kann mich hier durchaus auf die anerkannten Kriterien der „herrschenden Meinung“ beschränken. Sobald man nämlich die Zusammenhänge innerhalb der Geldordnung einmal einigermaßen durchschaut hat, sind die Ungerechtigkeit, die Ungleichheit, die Willkür schlicht so evident, daß kaum noch Zweifel bei der verfassungsrechtlichen Analyse und Diagnose des Mehrwert-Syndroms im Hinblick auf den Gleichheitssatz möglich sind.

Evident willkürlich und ungerecht ist die monetäre Privilegierung, die der Besitzer von flüssigem Vermögen gegenüber dem Besitzer bloß von konkreten Waren und eigener Arbeitskraft dank des in die Geldordnung hineinkonstruierten Mehrwertes genießt: Den Mehrwert kann vor allem auf sich abzweigen, wer über große Vermögensmassen verfügt. Er kann am Rande dieser seiner Vermögensmassen auf konkrete Lebensgüter verzichten. Er kann sie „versilbern“ und mit ihnen „Mehrwert“ machen.

Den Mehrwert haben durch ihre Arbeit vor allem aufzubringen und an den Mehrwertbezieher auf teils direkten, teils verschlungenen Wegen abzuführen diejenigen, deren Vermögen so klein ist, daß sie selbst am Rande ihrer Habe noch Lebensgüter hinzukaufen wollen, für die sie die Mittel erst später haben. Die Geldordnung privilegiert also typisch und nachhaltig die Vermögenden zu Lasten der weniger Vermögenden, und zwar nicht in dem Sinne, daß ihnen nur ihre ungleichen *Besitzstände* garantiert würden, sondern so, daß sie aus dieser Ungleichheit auch noch buchstäblich „Kapital schlagen“ und Teile des Sozialprodukts abschöpfen, das die weniger Vermögenden erarbeiten. Auf den Reichtum wird durch die Geldordnung noch eine Pfründe draufgepropft, die um so größer ist und um so stärker zu Lasten der anderen geht, je größer der Vermögensunterbau der Pfründe ist. Das ist nicht nur willkürlich, nicht nur evident ungerecht, sondern ebenso evident unsozial und daher unvereinbar mit dem „sozialen“ Rechtsstaat. Dieser grundgesetzliche Maßstab, daß unser Gemeinwesen auch „sozial“ sein muß, wird verletzt, so daß auch nicht mehr von einer Regelung die Rede sein kann, die eine noch vertretbare, vernünftige Differenzierung im Sinne des „Willkürverbotes“ wäre.

Man wird einwenden: Auch Liquidität sei doch ein Wert, und wenn der Geldinhaber bereit sei, darauf zu verzichten und sein Geld zu verleihen, so sei das ein Opfer; und es sei nicht nur vertretbar, sondern sogar geboten, daß ihm dafür ein Ausgleich geboten werde. Nun: Das sind die Vorstellungen und Überzeugungen und Gewohnheiten, die uns seit Menschengedenken so tief in den Gliedern sitzen und im Kopf stecken, daß sie zu unserer zweiten, wirtschaftlichen und monetären Natur gehören. Und doch sind diese Vorstellungen, Überzeugungen und Gewohnheiten falsch; denn die Liquidität ist keinerlei Verdienst des Geldverleihers, sondern einzig und allein ein Vorteil, den die Geldordnung verursacht. Die Geldordnung spielt dem Geldbesitzer die Vorteile der Liquidität zu. Er wiederum kann sie anderen vorenthalten, bis sie ihm die Liquiditätsverzichtsprämie zahlen. Er kann sie ihnen vorenthalten, obwohl er sich genau dadurch zirkulationswidrig verhält und eigentlich durch die Geldordnung als Störer in die Pflicht gerufen, also mit Vorenhaltungskosten belastet, statt mit Zinsen prämiert werden sollte.

Alles, was bisher zum Mehrwert erkannt wurde, kann hier als Beweis und Begründung dafür angeführt werden, daß der Zins (soweit er Liquiditätsverzichtsprämie ist), zwar in der Logik unseres bisherigen Geldes angelegt ist, daß jedoch hinter dieser Logik keine Rechtfertigung steckt, also auch nicht hinter dem Zins. Die Prämie, die der Geldverleiher einstreichen kann, ist keine Gegenleistung für einen verdienten Vorteil, sondern eine reine private Geldverkehrsteuer, also eine private

**Besteuerung** des Wirtschaftsverkehrs überhaupt, soweit er unter **Zuhilfenahme** von Geld abgewickelt wird. Diese Steuer hat zudem die absurde **Wirkung**, daß sie zwar anlässlich eines Liquiditätsverzichts erhoben wird, **jedoch** vom Entleiher auch weiterbezahlt werden muß, wenn er die **Liquidität** längst weitergegeben hat.

Man wird mit oder ohne Erinnerung an längst überholte Zinstheorien, **vorbringen**: Der Geldgeber ermögliche dem Geldleiher, schon heute **sich** Wünsche zu erfüllen, auf deren Erfüllung er sonst noch warten müsse, und das sei ein hinreichender Grund für die Legitimierung einer Geldordnung mit eingebautem Mehrwert für den Verleiher. Darauf ist zu sagen: Der Geldleiher ermöglicht dem Geldgeber, sein Geld nicht schon heute ausgeben zu müssen, sondern sich die Wünsche, die er z. B. im Alter haben wird, erst übermorgen zu erfüllen; rechtfertigte das nicht eine Geldordnung mit eingebautem Mehrwert für den Entleiher, der die Kaufkraft so lange aufbewahrt? Man lese hierzu noch einmal die Robinsonade von Gesell, um zu begreifen, welche Leistungen der Leiher von Geld und welche Leistungen mit ihm die Volkswirtschaft jemandem erbringt, dem Kaufkraft über Jahre hinweg ungeschmälert erhalten bleibt! Der Verleiher muß seinem Partner dankbar dafür sein, daß er ihm seine gegenwärtige Kaufkraft in zukünftige Kaufkraft tauscht, ohne dafür einen Abschlag zu verlangen; denn der Tausch hat für ihn die Wirkung, als würde seine Kaufkraft so lange gespeichert und wohl aufbewahrt, obwohl sie in Wahrheit gar nicht gespeichert und aufbewahrt, sondern jetzt anderweitig verwendet und später aus anderen Beständen rückvergütet wird.

In Wahrheit springt, wie schon ausgeführt, der Geldleiher nur in die Lücke, die der Verleiher in der volkswirtschaftlichen Zirkulation hinterlassen würde, wenn er sein Geld zurückbehielte. Volkswirtschaftlich gesehen befreit der Geldleiher den Geldverleiher aus der Verlegenheit, daß er, wenn er seine Kaufkraft zurückbehält, ein „Störer“ der Zirkulation wird. Nachher, nach der Rückzahlung des Darlehens, ist es umgekehrt: jetzt springt der ehemalige Geldverleiher in die andere Lücke im Zirkulationsprozeß, die der ehemalige Geldleiher hinterlassen muß, weil er, was er damals empfangen hat, nunmehr pünktlich und ohne Schmälerung zurückgeben muß.

Müßte sich der Geldgeber an Stelle des lebendigen Darlehenspartners einen anderen „Wertspeicher“ suchen: Gold, Diamanten, Briefmarken oder Antiquitäten, so müßte er sie verwahren, sichern, pflegen und liefe obendrein das Risiko von Preisschwankungen. Er fährt also gut, wenn er sein Geld zum vollen Kaufkraftwert zurückbekommt. Wozu also noch Zinsen? Zinsen sind nicht gerechtfertigt. Sie sind ein verfassungsrechtlich in dem Augenblick untragbares Zufallsprodukt der Geldordnung, in

dem diese Geldordnung realistischerweise rekonstruiert werden kann.

Die ganze Gleichheitsproblematik läßt sich stark verdichten, wenn man beim Begriff des Mehrwertes ansetzt: Der Mehrwert des Geldes ist gleich dem kapitalisierten Preis seiner Liquidität. Der Mehrwert zeigt sich auf dem Liquiditätsmarkt; der bloße Kaufkraft-Nennwert des Geldes zeigt sich auf den Märkten für Konsumgüter, Dienstleistungen und Kostbarkeiten. Geld hat also einen unterschiedlichen Wert, je nachdem man damit auf diese oder jene Märkte geht. An den *Mehrwert* des Geldes aber kommt nur heran, wer es (zur Zeit oder auf Dauer) *übrig* hat.

Der Gesetzgeber hat, ohne es zu wollen, ein *ungleiches Geld* geschaffen und beibehalten: Dieses Geld ist für den, der ohnehin reich ist, mehr wert als für den, der es dringender braucht. Diese *kapitalistische Parteilichkeit* unseres Geldes ist historisch gewachsen. Sie mag uns auch als eine Art Schicksal, gegen das sich aufzulehnen sinnlos erschien, zur zweiten monetären Natur geworden sein. Aber seit 1891 ist sie im wesentlichen erklärt, geklärt und veränderbar<sup>82</sup>. Erst recht ist sie heute nicht länger ein verhängnisvolles Schicksal, mit dem wir für die Segnungen einer monetär organisierten Marktwirtschaft zahlen bis in alle Ewigkeit, sondern nur noch ein Konstruktionsfehler der bisherigen monetären Liquidität: ein leicht behebbarer Konstruktionsfehler zudem.

Die kapitalistische Parteilichkeit des Geldes privilegiert reiche Nichtstuer vor ärmeren Arbeitern und Angestellten. Sie privilegiert die Anbieter des anonymen, persönlichkeitsferneren Geldes vor den Anbietern von eigener Arbeit und Leistung. Sie ist willkürlich, unsozial und volkswirtschaftlich schädlich, weil sie Krisen vorprogrammiert. Sie ist menschenunwürdig, weil sie widersinnige Abhängigkeiten und Machtpositionen erzeugt. Es gibt, bei genauerem Hinsehen und langfristige gesehen, so gut wie keinen Grund, der für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Parteilichkeit unseres Geldes spricht. Aber es gibt unzählige Gründe dafür, endlich gleichzeitig sowohl die Freiheit, als auch die Gleichheit, als auch die Sozialität in unserem Gemeinwesen durch ein *neutrales Geld* zu vergrößern. Der Weg zu diesem neutralen Geld führt über die Ausgleichsabgabe auf die Liquidität.

III. Am *Eigentum* als dem dritten Grundrecht, das hier als Maßstab herangezogen werden soll, zeigen sich die Überlegungen, die oben zur Freiheit im allgemeinen angestellt wurden, paradigmatisch konkret und anschaulich; denn das Eigentum ist selbst ein Freiheitsgrundrecht.

Wer auf Kredit Eigentum erwerben will, weil er nicht liquide ist, sondern z. B. nur Familienschmuck und Bilder besitzt, die er nicht versilbern möchte, oder seine Arbeitskraft, die er erst noch verkaufen muß, gerät in Abhängigkeit derjenigen, die sich sozusagen auf liquider

Güter, idealtypisch verkörpert im *Geld*, spezialisiert haben: Der *konkrete* Mensch und Eigentümer gerät in die Abhängigkeit vom *abstrakten* Mensch und Eigentümer, und die Zinsforderung wirkt wie ein Hindernis zum Eigentum. Ein Hindernis ist freilich auch der Kaufpreis selbst, den der Käufer gestern, heute oder morgen heranschaffen mußte oder muß. Es geht hier um das *zusätzliche* Hindernis, das im Mehrwert seine Ursache hat. Die Geldordnung ist danach Ursache für eine dauernde Behinderung derjenigen, die Eigentum erwerben wollen, durch diejenigen, die dafür eine private Eigentumsverkehrssteuer verlangen, bevor sie die von ihnen gesperrte Liquidität freigeben wie Zöllner die Straße, wenn sie den Schlagbaum heben.

Wer hier einwenden will, der Kreditnehmer erhalte ja nicht nur Liquidität, sondern Kaufkraft in Form des Geldes, sei an das erinnert, was zum Kredit schon ausgeführt wurde: Was die konkreten Kaufkräfte angeht, findet nur ein Tausch statt. Der Verleiher erhält sofort den Rückzahlungsanspruch (einen nicht liquiden, weil nicht fälligen Vermögenswert), der oft noch durch Hypotheken, Pfandrechte oder Bürgschaften gesichert wird, damit der Verleiher sichergehen kann, daß sich sein Vermögen nicht mindert. Für den Nennbetrag des Darlehens erhält der Verleiher also sofort einen Gegenwert: „Rückzahlungsanspruch, fällig am . . .“. Wofür er den Zins erhält und was er dem Leihverkaufter, ist einzig und ausschließlich die Liquidität, und die hat er nur der Tatsache zu verdanken, daß der Staat das Zahlungsmittel zur Verfügung stellt, so daß er marginale Vermögensgegenstände vorübergehend liquide machen kann, um sie sofort wieder in dem Darlehensverhältnis in Form des Rückzahlungsanspruchs „einzufrieren“.

Die Geldordnung führt jedoch noch zu viel schärferen „Eingriffen“ ins Eigentum, die wir nur deshalb nicht als solche wahrnehmen, weil wir davon ausgehen, daß „Zins“ etwas ganz Normales sei. Erkennt man jedoch, daß der Zins im Grunde eine monetäre Paradoxie ist, die nicht nur alle sonstigen Prinzipien des Rechts und der Gerechtigkeit verkehrt, sondern auch abgeschafft werden kann, dann sieht die Welt anders aus: Hohe Zinsen können z. B. dazu führen, daß ein Häuslebauer, der vor ein paar Jahren einigermaßen günstig hat finanzieren können, durch Umschuldung unter ungünstigen Bedingungen gezwungen wird, sein Haus zu verkaufen. Das ist dann eine geldordnungsbedingte Enteignung eines Privaten durch einen oder mehrere andere Private. Der Zins erscheint dabei nicht mehr nur als Verkehrshindernis, das den Zugang zu Eigentum erschwert, sondern auch als Hebel, mit dem Eigentümer von ihrem Eigentum getrennt werden können, sei es freiwillig (wie in der Geschichte von Max und Moritz mit ihren Vermächtnissen), sei es unfreiwillig wie bei der Zwangsvollstreckung und im Konkurs. Und wen

der Häuslebauer zu sehr an Gartenzwerge erinnert, der denke z. B. an Pleiten in der Wirtschaft und an die Kredite, wie sie an Polen oder an die Entwicklungsländer gegeben werden. Dann kann er ermessen, worum es geht, wenn am archimedischen Punkt der monetären Welt angesetzt wird, um den Mehrwert abzuschöpfen.

Das Eigentum an vermögenswerten Gegenständen umfaßt vielerlei verfassungsrechtlich mitgeschützte Möglichkeiten: Sachgebrauch, Verfügungsrechte, aber auch der „Wert“ ist wenigstens insofern geschützt, wie im Falle einer Enteignung Entschädigung geleistet werden muß. Zu den Rechten und Möglichkeiten, die das Eigentum vermittelt, gehören auch die Kompetenzen aus der Liquidität, welche Geld vermittelt. Zwar streiten sich im Bereiche der Jurisprudenz die Praxis und die Lehre darum, ob die Eigentumsgarantie des Art. 14 GG auch gegen die Auferlegung ungerechtfertigter Geldleistungspflichten schützt; – daß jedoch die Möglichkeiten etwa betrieblicher Liquidität „Freiheitskomponenten“ des Eigentums sind, wird man kaum in Abrede stellen können. Insofern gilt auch und gerade für diese „Freiheitskomponente“ des Eigentums, die in den Kompetenzen aus der Liquidität steckt, der verfassungsrechtliche Grundsatz, daß mit Freiheitsrechten und Dispositionsbefugnissen auch Verantwortung einhergeht („Konnexität von Freiheit und Verantwortung<sup>834</sup>“), – ein Grundsatz der in großen Zügen dem entspricht, was in der Organisationslehre und in der ordnungspolitischen Diskussion unter Stichworten wie „Zusammenhang zwischen Kompetenz und Verantwortung“ oder „Zusammenhang zwischen Nutzen und Schaden“ läuft. Dieses Prinzip der Konnexität von Freiheit und Verantwortung beim verfassungsrechtlichen Eigentum ist vielgestaltig, je nach Art der Freiheit und je nach Art der Folgen und Wirkungen, die die Wahrnehmung der Freiheit auslöst.

Schaut man dann auf die Kompetenzen aus der Liquidität, so zeigt sich, daß unsere Geldordnung keinen Zusammenhang herstellt zwischen den Freiheiten (Kompetenzen), die die Liquidität in allen Dimensionen wirtschaftlicher Tätigkeit vermittelt, und den Risiken und Folgen, die damit einhergehen. Den Inhaber von Liquidität trifft keinerlei Verantwortung für die Vorhaltekosten und Risiken, die Liquidität für die Volkswirtschaft mit sich bringt. Er kann „ungestraft“ die Zirkulation unterbrechen und sein liquides Geld zu Speicher- oder anderen Zwecken „mißbrauchen“. Ebenso wenig trifft es ihn, wenn er durch seine Geldanlage dafür sorgt, daß womöglich keine optimale Allokation volkswirtschaftlicher Mittel stattfindet. Wohl aber genießt der Inhaber alle Vorteile der Liquidität, und wenn er auf sie verzichtet, bekommt er in Form von Zinsen den Gegenwert der Vorteile vergütet.

Soll daher der Grundsatz gewahrt bleiben, daß Freiheit und Verantwortung beim verfassungsrechtlichen Eigentum konnex sind, dann muß derjenige, der über Liquidität verfügt, in einer Weise an den Kosten und Risiken, die er verursacht, beteiligt werden, die diesen Kosten und Risiken irgendwie entsprechen. Also gebietet nicht zuletzt der Grundsatz der Konnexität von Freiheit und Verantwortung, eine Ausgleichsabgabe auf Liquidität einzuführen. Was im Hinblick auf diesen Grundsatz geradezu absurd erscheint und verhindert werden muß, ist, daß sich der Inhaber der Liquidität durch die Struktur der monetären Ordnung für Verhaltensweisen noch prämiieren lassen kann, die diesem Grundsatz zuwiderlaufen.

IV. Unter dem Aspekt des *sozialen Rechtsstaates* gewinnt die Geldordnung vor allem als Verteilungsordnung Bedeutung: Mit Hilfe von Geld werden die Leistungen gemessen und vergütet, die die Wirtschaftssubjekte über den Markt in die Volkswirtschaft einbringen; mit Hilfe von Geld werden auch die Leistungen bemessen und ausgetauscht, die die Wirtschaftssubjekte aus dem Sozialprodukt über den Markt wieder entgegennehmen. Deshalb ist das Geld zugleich *das* Medium des marktwirtschaftlichen Verteilungssystems, dessen nähere Ordnung und Ausgestaltung über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sowie über den sozialen und unsozialen Charakter des Verteilungssystems entscheidet. Geld erscheint dabei nicht mehr, wie aus der grundrechtlich-rechtsstaatlichen Perspektive, nur als Freiheitsmedium, sondern auch als Teilhabe-medium: Hier wird die Teilhabe zur Freiheit und die Freiheit wird nur möglich über die Teilhabe.

Wenn nun in die Geldordnung monetäre Schleusen eingebaut sind, über die Teile des Sozialprodukts auf Wirtschaftssubjekte geleitet werden, die keinen eigenen Beitrag geleistet haben, so ist das ungerecht. Fließen die Summen dorthin, wo ohnehin so viel ist, daß typischerweise marginale Vermögensgegenstände in Geldvermögen verwandelt und in Form von Kapitalien angelegt werden können, dann ist dieses Verteilungssystem mit den Prinzipien eines sozialen Rechtsstaates unvereinbar: Der „soziale Rechtsstaat“ gebietet *nicht*, was die Geldordnung bewirkt: die Privilegierung typischerweise Vermögender durch die Möglichkeit, private Liquiditätssteuern zu erheben; er gebietet *mindestens* Neutralität des Zirkulationsmittels, wenn nicht gar wohldosierte Kompensation. Da unsere derzeitige Geldordnung in der Tat den rein monetär bedingten Mehrwert in solche Vermögen hineinlenkt, in die er jedenfalls nicht hineingehört, widerspricht sie insoweit dem Grundgesetz. Sie muß, sobald und soweit wie irgend praktisch möglich, in Richtung auf einen sozial-gerechteren Markt umgestaltet werden: Das

Geld darf nicht länger ausgerechnet für die, die davon *übrig* haben, um es anzulegen, *mehr wert* sein als für die, die sich damit konkrete Waren und Dienstleistungen kaufen müssen. Die heutige Geldordnung ist nicht bloß „nicht sozial“, sie ist das Gegenteil von sozial. Um so dringender das Gebot, sie zu ändern: durch die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwertes, bevor er in der Volkswirtschaft seinen unsozialen Schaden anrichten kann.

V. Nach Art. 109 Abs. 2 GG haben Bund und Länder bei ihrer Haushaltswirtschaft „den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen“. Zu diesem *gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht* gehört u. a. Ausgeglichenheit von Angebot und Nachfrage. Dazu gehört auch, daß nicht schon in der Struktur der Wirtschaftsordnung Unausgeglichene vorprogrammiert sind. Durch die Geldordnung mit ihrer derzeit (nominell) kostenlosen Liquidität wird jedoch wirtschaftliche Unausgeglichene vorprogrammiert: Das nicht-neutrale Geld bewirkt den Transfer von monetären Mitteln in große Vermögensmassen, wo sie als marginales Vermögen angesammelt werden, das Zinsen und Renditen sucht, statt funktionsgerecht als Tauschmittel Waren und Dienstleistungen nachzufragen. Dieser Funktion fließen die Mittel erst zu, wenn die Kreditbedingungen des „Kapitalisten“ erfüllt, wenn das Kapital bedient wird. So vergrößert sich das Fehlallokationsproblem von Mal zu Mal, und so vergrößert sich von Mal zu Mal die wirtschaftliche Unausgeglichene der Kaufkraftallokationen. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gerät mehr und mehr ins Wanken.

Nun ist die Geldordnung als solche freilich kein Problem der „Haushaltswirtschaft“, also auch nicht direkt von dem Gebot des Art. 109 Abs. 2 GG betroffen. Das *Mittel* jedoch, mit dem die Geldordnung von ihren vorprogrammierten Mängeln befreit werden kann, ist eine *Ausgleichsabgabe* auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwertes und zur richtigen Lenkung und Allokation der monetären Zirkulationsströme. Insofern kann das Ziel, das *geldordnungspolitisch* um des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts willen geboten ist, mit *haushaltswirtschaftlichen* Mitteln erreicht werden. Also *muß* es wegen Art. 109 Abs. 2 GG auch mit diesen Mitteln verfolgt werden. Es gibt wahrscheinlich kein gründlicheres und langfristiger wirksames Mittel zur Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts mit allen seinen Gleichgewichtskomponenten als die Ausgleichsabgabe auf Liquidität zur Abschöpfung des Mehrwertes. Also erweist sich zu guter Letzt diese Abgabe auch stabilitätspolitisch als das „archimedische Knöpfchen“, an dem die Stabilitätspolitiker wegen Art. 109 Abs. 2 GG zu drehen verpflichtet sind. Sie sind dazu um so mehr verpflichtet, als das „gesamtwirtschaftliche Gleichge-

wicht“ am Ende doch nicht nur ein haushaltswirtschaftliches Verfassungsprinzip ist, sondern ein allgemeines, konstituierendes Prinzip der Wirtschaftsverfassung, das sowohl im finanzverfassungsrechtlichen Teil des Grundgesetzes als auch in Art. 104 a Abs. 4 Satz 1 GG angesprochen und vorausgesetzt wird.

## 8. Kapitel

### Die Entwertung der Liquidität als Aufwertung der Kultur

Der kleine, unscheinbare, harmlose, monetäre Trick mit der Ausgleichsabgabe auf Liquidität hat weitreichende Folgen. Die Kosten, die diese Abgabe verursachen würde, sind zunächst schlichte Buchungs- und Rechnungsposten in der Kalkulation. Das Geld im übrigen wäre liquide wie eh und je, und mit dem Mehrwert würde auch der Geldkapitalismus von den Konten abgebucht. Die Kosten beeinflussen jedoch darüber hinaus noch die wirtschaftlichen Überlegungen und Entscheidungen. Und auf diesem Weg einer Beeinflussung der Motive hat die Ausgleichsabgabe auf Liquidität noch eine Reihe von bemerkenswerten Auswirkungen, die über das hinausführen, was bis zu dieser Stelle schon angedeutet worden ist.

Die Ausgleichsabgabe auf Liquidität hat zur Folge, daß die Liquidität *entwertet* wird.

Was heißt: „Entwertung von Liquidität“? – Soweit die wirtschaftlichen Vorteile aus der Liquidität schon durch die Ausgleichsabgabe abgeschöpft werden, kann der Anbieter von Liquidität sie nicht mehr vom Nachfrager nach Geld vergütet verlangen. Die Abwertung der Liquidität am Geldmarkt läuft also auf eine Abwertung des Geldes als eines Investitionsmediums überhaupt hinaus. Weil die Grenzleistungsfähigkeit von Geldkapital die Grenzleistungsfähigkeit der Realkapitalien nach unten begrenzt, würden von der Abwertung der Geldkapitalien auch die Realkapitalien betroffen. Kurz: Die Verwandlung von Geld in Geld- oder Realkapitalien wird uninteressanter, weil sie sich weniger rentieren oder weil vielleicht sogar Negativrenditen in Kauf genommen werden müssen.

Die Abwertung der Liquidität durch die Ausgleichsabgabe hat daher wegen der Interdependenz der Märkte den Effekt, daß Investitionssurrogate aufgewertet werden. Die Abwertung der Liquidität bewirkt eine Aufwertung alles dessen, was auf den *übrigen* Märkten außerhalb des Kapitalmarktes angeboten wird, und zwar bevorzugt Substitute für die



relativ uninteressant werdenden Geld- und Realkapitalien. Für den Geldanleger wird die Obligation immer langweiliger, wertvolle andere Güter um so interessanter. Kann er gelegentlich seiner Geldanlage den Mehrwert nicht mehr fordern, fragt er um so eher wertvolle Güter (Kostbarkeiten) nach, in die er seine Kaufkraft stilllegen kann, bis er sie wieder braucht.

Erinnern wir uns wieder der Vermächtnisse, die Max und Moritz zugefallen waren: Zwar war das Testament wort- und sinngerecht ausgeführt und an Max genau so viel Bargeld ausgezahlt worden, wie die Originalmöbel, Manuskripte, Zeichnungen und Skizzen wert waren, die Moritz bekommen hatte. Und doch hatte Max mehr bekommen als Moritz: nämlich zunächst den Wert der Erbstücke von Moritz in Form geldlicher Kaufkraft, außerdem jedoch den Wert der Liquidität. Die Folgen dieser Ungleichheit zeigten sich. Wenn jedoch die Liquidität, die Max erbt, mit einer Ausgleichsabgabe belegt ist, so daß ihr Vorteil abgeschöpft wird, dann sinkt der Mehrwert, den Max gegenüber Moritz besaß, entsprechend und verschwindet womöglich ganz. Nur unter dieser Bedingung können die Vermächtnisse an Max und Moritz vollzogen werden mit der Wirkung, daß sie wirklich gleich viel bekommen. Dann endlich sind die Originale: – die Möbel, Manuskripte, Zeichnungen und Skizzen nicht mehr „weniger wert“ als der „schnöde“ Geldbetrag, der ihrem Tauschwert entspricht. Unsere Geschichte zeigt also: Die Abwertung der Liquidität ist zugleich und unmittelbar eine Aufwertung z. B. von Möbeln, Manuskripten, Zeichnungen und Skizzen. Wer Liquidität abwertet, wertet Sammlerstücke und Kunstwerke auf! Das ist die Umwertung der Werte, von der in der Überschrift dieses Kapitels die Rede ist.

Für Geld kann man fast alles bekommen. Deshalb sind von der Abwertung der Liquidität auch alle Waren und Dienstleistungen betroffen, die, bei gleichzeitiger Nachfrage nach Geld, am Markt angeboten werden. Wer dann etwas bieten kann, was dem enttäuschten und frustrierten ehemaligen Geldkapitalisten als annehmbarer Ersatz für die unrentierlich gewordenen Geldanlagen tauglich erscheint, ist jedoch besonders gut heraus: z. B. wer aus beständigen Materialien zeitlos schöne und/oder nützliche Gegenstände herstellt, seien es gediegene und ansprechende Gebrauchsgegenstände, seien es solide und besonders schöne Häuser, seien es Werke der bildenden Künste, Juwelen und dergleichen mehr.

Bislang müssen solche besonders gediegenen Gegenstände, wenn sie die Konkurrenz mit Geldkapitalanlagen bestehen sollen, sich durch Aussicht auf Wertzuwachs „rentieren“. Wird der Mehrwert des Geldes jedoch durch die Ausgleichsabgabe abgeschöpft, dann genügt auch bei

den anderen Gegenständen ihre voraussichtliche Wertbeständigkeit, um als Anlagesubstitut in Betracht zu kommen. Wenn dann Wertbeständigkeit nur noch mit Wertbeständigkeit konkurriert, dann mag die Überlegung hinzutreten, daß das *schöne Bild an der Wand* mehr Nutzen und Freude bietet als die *abstrakte Obligation im Geldschrank*, im Schließfach oder im Depot.

Die Abwertung der Liquidität bewirkt also die Aufwertung aller anderen Lebensgüter, die am Markt zu haben sind oder auch nur mit ökonomischem Aufwand gepflegt und erhalten werden müssen. Mit der Aufwertung dieser Güter am Markt steigt aber auch ihre gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber dem Geld, und im gleichen Umfang sinkt die gesellschaftliche Wertschätzung des Geldes. Unsere übrigen Zivilisations- und Kulturgüter, vor allem die gediegenen, beständigen und nicht nur modischen unter ihnen, erfahren im Verhältnis zum Geld eine Aufwertung. Sie werden nachgefragt. Sie werden durch die Nachfrage hervorgerufen. Sie werden wegen der Nachfrage produziert und sie vermehren sich durch die Nachfrage stärker als heute. So führt die Abwertung der Liquidität zu einer Vermehrung der durch Gediegenheit und Zeitlosigkeit kostbaren und begehrten Kulturgüter: Wird mit dem Mehrwert der Kapitalismus von den Konten abgebucht, rückt an seine Stelle die Kultur in die Lücke vor, die er im übrigen Leben hinterläßt.

Der heutige Geldkapitalist verlangt für sein überschüssiges Geld, das er anlegen will, nicht gediegene und wertvolle Waren am Warenmarkt, sondern möglichst satte Zinsen am Kapitalmarkt. Wie aber kann heute der Unternehmer die Zinsen am besten erwirtschaften, die er an den Geldkapitalisten (und sei er es selbst) abführen muß? Sicher auch, indem er gute, gediegene Waren produziert, die ihm abgekauft werden und mit denen er Gewinn macht. Halten die Waren aber zu lange, dann ist der Markt bald verstopft. Damit sich die Investitionen rentieren, muß, wenn sich keine neuen Märkte mehr erschließen lassen, für Verschleiß und Wertschwund gesorgt werden: z. B. durch hektischen modischen Wandel, durch Produktion von Verschleißgütern, durch Zerstörung im Krieg. Je kurzlebiger die Güter, desto rentabler die Kapitalien. So gehen der Geldkapitalismus und die Verschleißgesellschaft Hand in Hand.

Wer dagegen nicht Konsum- und Verschleißgüter bietet, sondern Waren, die eher Anlageobjekte sind, findet heute kaum Abnehmer. Eine Geldanlage rentiert sich meist doch noch besser als die kostbarste, gediegendste und beständigste Ware, sobald die Ware keinen zusätzlichen Spekulationsgewinn erhoffen läßt. Die Kaufkraft, die aus marginalen Vermögenszonen stammt und den notwendigen Bedarf übersteigt, fließt also heute über den Sog und Druck des Geldmarktes in eine Richtung, die die Produktion von Verschleißgütern vorprogrammiert.

Das liegt schlicht daran, daß das Geld auf dem Geldmarkt mehr wert ist als auf den anderen Märkten, so daß es dorthin abgesogen wird. Hat es aber erst einmal seinen Weg zum investierten Kapital gefunden, beeinflußt es von seiner Eigengesetzlichkeit her die Angebotsseite des Warenmarktes in Richtung auf die Verschwendungs- und Verschleißgesellschaft.

Kann aber der Geldkapitalist keine satten Zinsen am Geldmarkt mehr erhoffen, verwandelt er sich notgedrungen in einen Anleger, der auf den Warenmarkt auszuweichen geneigt ist und dort zunehmend Anlagesurrogate nachfragt: Ersatzgüter für die vormals rentierlichen Geldforderungen, die auf möglichst kleinem Raum möglichst viel und möglichst beständigen Wert verkörpern. Wie kann man auf möglichst kleinem Raum möglichst beständigen Wert unterbringen? Da bieten sich zunächst seltene Güter wie Edelmetalle und kostbare Steine an. Aber Kostbarkeit läßt sich auch dadurch erreichen, daß in einzelne Gegenstände möglichst viel menschliche Arbeit und Könnerschaft hineinsteckt wird. Dann steigt gewissermaßen der „spezifische Wert“ dieser Gegenstände im Sinne der angedeuteten Verdichtung von ökonomischem Wert auf kleinstem Volumen. So tritt an die Stelle der Nachfrage nach dem imaginären Reichtum, der in Form von bloßen juristischen Kunstgebilden wie Darlehensforderungen existiert und sich durch Zinsen und Zinseszinsen gespenstisch aufblähen kann, die Nachfrage nach wirklichen Werten und wirklichem Reichtum. Der wirkliche Reichtum einer solchen Marktgesellschaft zeigt sich dann nicht auf den Konten und in den Depots, sondern in Form von Werken und Gütern, die ihren Wert in sich tragen in Form von gediegensten Materialien, die in anspruchsvollster und vollendetster menschlicher Könnerschaft und Kunstfertigkeit verarbeitet sind und die auf diese Weise von der Kunst des Menschen zeugen. Die Abwertung der Liquidität ist eine Aufwertung der Kunst.

Keynes hatte befürchtet und gegen Gesells Stempelgeld eingewendet: In die Fußstapfen des Geldes würde eine lange Reihe von Ersatzmitteln treten, z. B. Juwelen, Edelmetalle und dergleichen. Das sind jedoch keine Liquiditätssurrogate, sondern Anlagesurrogate. Keynes hat selbstverständlich recht:

Nach Ersatzmitteln für *rentierliche* Geldforderungen, Aktien und dergleichen würde man sich durchaus umsehen und dabei neben schlichten (kaum noch rentierlichen) Geldforderungen alles schätzen lernen, was wegen seiner Seltenheit oder wegen seiner Schönheit, Brauchbarkeit und Gediegenheit bei gleichzeitiger Beständigkeit die menschliche Wertschätzung genießt. Was Keynes *befürchtete*, das ist also höchst willkommen; wir sollten es *erhoffen*“.

Gesell und Proudhon erhofften sich jeder auf seine Art noch eine Entfesselung der Produktivkräfte überhaupt. Auch nach konjunkturtheoretischen Einsichten müßte die Zinssenkung, die mit der Besteuerung von Liquidität einhergeht, „entfesselnd“ wirken. Ist also zu befürchten, daß unsere Welt dann endgültig unter die Räder einer entfesselten Industrie gerät? – unter die Räder einer durch ihre endgültige Befreiung fürchterlichen menschlichen Produktivität? Ist zu befürchten, daß die Umwelt durch noch mehr Industrie, durch noch mehr Kraftwerke, Straßen und Beton ebenso endgültig und fürchterlich zerstört wird? – Der erste Anschein spricht fast dafür: Nach wie vor würden tüchtige Unternehmer auf Profit aus sein, und zwar mit mehr Vergnügen als bisher, weil der Tüchtige weniger gebremst würde durch die Abhängigkeit von zinsforderndem Kapital. Weniger abhängig vom Geldkapital wären aber auch alle, die billiges Geld brauchen, das sich nicht gleich rentieren muß, sondern z. B. „nur“ für den Umweltschutz gebraucht wird. Und wer heute kein Geld locker macht für bloße „Erhaltung“, weil er jede Investition an der traumhaften „zinsschaffenden Kraft“ seines Geldes mißt, der würde sich auch eher zu bloß erhaltenden Investitionen entschließen, wenn das als Kredit vergebene Geld sich ohnehin nicht rentieren würde, sondern nur erhalten. Die Umwelt hätte dabei wohl bessere Chancen als heute; denn sie wäre ja auch mitbegünstigt von der Umwertung der Werte. Auch sie gewänne an Wertschätzung im Verhältnis zum Geld; denn sie ist oder kann wenigstens sein etwas vom Schönsten, Nützlichsten, Beständigsten, das die Menschen besitzen.

Suchen und finden die Gelder, die die Vermögenden übrig haben (marginale Gelder), weniger als bisher Profit und Mehrwert, dafür aber stärker wirklichen Reichtum, dann läuft das auf eine entsprechende Umorientierung der Anbieter und der Märkte hinaus: hinweg von der *extensiven* Profitwirtschaft samt ihrer vorprogrammierten Tendenz zu Verschleißgütern hin in Richtung auf *intensive* Wertschöpfungsprozesse mit vorprogrammierter Tendenz zur Erzeugung arbeitsintensiver Kostbarkeiten. –

Das Geld unterscheidet sich nicht nur dem Grade nach von anderen einfachen Waren und Dienstleistungen, die am Markt zu haben sind, sondern es stellt eine *andere Qualität* von „Angebot“ und „Nachfrage“ dar. Proudhon sprach vom „König“ Geld, Gesell beschrieb seine Vorzüge. Marx und andere haben es mit Gott verglichen. Hier in diesem Buche wurde seine Jokereigenschaft gepriesen, die am Geldmarkt mit Zins honoriert wird.

Die nicht nur andere Quantität, sondern Qualität des Geldes liegt darin, daß es die Eigenschaft hat, nur durch Überlassung der Liquidität,

ohne Verlust der „Valuta“, also ohne Einsatz eigener Leistung, wiederum Geld einzubringen, mit dem der Geldkapitalist dann sehr wohl an den wirklichen Leistungen anderer teilhaben kann. Dabei gilt für die Nachfrage nach dem Mehrwert nicht das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen: Mehrwert macht nicht immer satter, sondern Mehrwert macht eher süchtig nach mehr Mehrwert. Also fehlt auf diesem Markt ein wichtiger Dämpfungs- und Begrenzungsfaktor.

Da sich also das „Geld mit Mehrwert“ vom „Geld ohne Mehrwert“ nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ unterscheidet, bringt der Übergang vom kapitalistischen zum nicht-kapitalistischen Geld auch nicht nur eine graduelle, sondern eine qualitative Veränderung mit sich: Es verschwinden nicht nur ein paar Prozent Zinsen vom Markt, sondern es verschwindet die suchtbildende Lebenshaltung, zu der das alte Geld erzieht: jene Haltung, bei der es als selbstverständliches und honoriges Bestreben gilt, so viel Vermögen anzusammeln, daß man nicht nur von den Erträgen leben kann, sondern es sich noch „von selbst“ vermehrt. Es verschwindet ein gespenstisch wirklich gewordener Traum vom Schlaraffenland, in dem man nichts mehr zu tun braucht, sondern nur noch auf Kosten anderer konsumieren kann. Deshalb greift die Umwertung der Werte, die mit der Abschaffung des Mehrwertes verbunden ist, voraussichtlich sehr viel tiefer, als es der harmlose monetäre Trick erwarten läßt, mit dem die Umwertung in Gang gesetzt wird.

Die Umwertung der Werte durch die Liquiditätsabgabe läßt sich auf eine kurze treffende Formel bringen: Wir stoßen den Götzen Mammon vom Sockel. Wir machen unseren Götzen Mammon zu unserem gehorsamen Diener: Mammon, den Götzen, dem wir dadurch verfallen, daß er uns durch seine fast alles andere ausstechenden Jokerkräfte und die ihnen entspringende zinsschaffende Kraft süchtig macht nach immer mehr Mammon. Mit der Ausgleichsabgabe auf die Liquidität würde auch sein verführerisches Götzentum vom Konto abgebucht: sanft, leise und unauffällig, aber mit der ganzen Konsequenz und Macht des Marktes. Einmal vom Thron geholt, dient er uns im wirtschaftlichen Kreislauf, ohne uns länger zur Asozialität zu verführen: Umlaufen muß er; er wird auf Trab gehalten. Wer ihn hat, muß zusehen, daß er ihn ohne Verlust wieder los wird: ein Diener, der uns am liebsten ist, wenn wir ihn wieder gegen ein anderes Gut getauscht und dem nächsten in die Tasche gesteckt haben, – ein wendiger und emsiger Knecht aller unser anderen Zwecke und Werte, nicht mehr länger der Götze, dem wir alle unsere anderen Zwecke und Werte auf dem Altar seines Mehrwertes opfern.

Sicher bringt die Entthronung Mammons nicht das Paradies auf Erden. Jede Vision, die eine bestimmte Sache betrifft, schießt über die mögliche Wirklichkeit hinaus, denn sie wird noch nicht gebremst durch

die in der Zukunft schlummernden Probleme, die sich erst noch zeigen müssen. Mit dem „Geld ohne Mehrwert“ verschwände nur das „Geld mit Mehrwert“ vom Markt, nicht aber alle anderen Monopole oder monopolartigen Güter, die entsprechende Marktpositionen vermitteln. Aber so viel ist doch schon sicher: Mammons Entgötzung wird an uns nicht spurlos vorbeigehen.

## Nachwort

Berge von Büchern hätte ich studieren müssen, hätte ich meinen Gegenstand nach den Regeln der Kunst behandeln und alle angemessenen bedenken wollen, die schon zur Sache beigetragen und mir den Weg bereitet haben. Wo ich mir bewußt war, durch andere angeregt worden zu sein oder von anderen gelernt zu haben, habe ich mich um genaue Nachweise bemüht. Diese Nachweise haben jedoch eine Lücke: Hätten nicht Außenseiter in unermüdlicher Geduld und mit unerschütterlicher Beharrlichkeit das Erbe Silvio Gesells gepflegt und wachgehalten, dann wäre schon der Anstoß unterblieben, der mich dazu getrieben hat, mich wieder einmal, und diesmal gründlicher, mit dem Geld zu befassen. Also gilt mein Dank hier dem *Seminar für freiheitliche Ordnung*, Boll, und anderen<sup>85</sup>, die in Publikationen und Veranstaltungen Gesells „Freigeld“-Idee weitergetragen haben. Zwar beschreibe ich die Sache anders und setze andere Schwerpunkte als Gesell und seine Schüler: Im Zentrum steht die Abschöpfung des Mehrwertes. Die Umlaufsicherung und andere Folgen sind nur willkommene Nebeneffekte einer allgemeineren ordnungspolitischen Maßnahme. Aber die Grundidee stammt von Silvio Gesell.

Danken muß ich auch den Herren Dr. Alfred Bosch vom Walter Eucken Institut, Freiburg, und Prof. Dr. Joachim Starbatty von der Ruhr-Universität Bochum, jetzt in Tübingen, für ihren kritischen Widerstand gegenüber den Gedanken, die ich im Sommer 1981 in Herrsching vorgetragen hatte. Ohne die Vorarbeiten von Prof. Dr. Wolfgang Stützel, Saarbrücken, wäre ich nicht weit gekommen, und ohne seine kritische Bestärkung anlässlich jener ersten öffentlichen Vorstellung meiner Überlegungen in Herrsching hätte ich mich nicht so schnell und nicht so weit vorgewagt wie in diesem Buch. Geholfen haben mir auch die Teilnehmer an meinen Seminaren hier in Augsburg 1981 und 1982 durch ihre Referate und ihre bohrenden Fragen. Viele kritische und nützliche Anmerkungen erhielt ich von einigen, die das Manuskript zum vorlie-

genden Buch gelesen haben. Hätten darüberhinaus die zahlreichen Fachökonomien und Praktiker des Geldwesens, denen ich das Manuskript geschickt oder gegeben hatte, sich zu einer Kritik oder gar Stellungnahme bereitgefunden, so hätte ich sicher manchen kleinen oder größeren Fehler berichtigen und manche in den Augen der Volkswirtschaftslehre unbeholfene Formulierung verbessern können.

Jobst von Heynitz schließlich gab mir vor noch gar nicht langer Zeit Nachhilfeunterricht in Sachen Geld. Er hat den damals abwehrend skeptischen Anfänger gleich zu Beginn der Sitzung auf diejenigen Aussichten einer Geldreform hingewiesen, mit denen dieses Buch schließt: auf die Aufwertung der Kultur gegenüber dem Kapital.

Einer ganzen Reihe von Hinweisen und vielen Fragen, die mit meinem Thema zusammenhängen, bin ich noch nicht im einzelnen nachgegangen. Vier Punkte aber müssen hier noch kurz angesprochen werden.

*Erstens* gibt es in der Geschichte des Geldwesens wenigstens eine Epoche, die ein Feld für sehr aufschlußreiche Modellstudien sowohl zum Thema „Durchhaltekosten für Liquidität“ als auch für das Nebeneinander verschiedener Geldarten abgibt, weil ihr Münzwesen entsprechend ausgestaltet war. Es handelt sich um die Zeit der Brakteaten (12.-15. Jh). Die Brakteaten waren Kleingeldmünzen, über die man sich vielfältig beklagte, weil sie ein wahrhaft schlechtes Geld für seine Besitzer waren. Allem Anschein nach aber haben sich die Brakteaten auf die Volkswirtschaft und auf die Kultur außerordentlich segensreich ausgewirkt. Man müßte den Auswirkungen dieser Münzordnung bis hinein in die Bedingungen von Rechtsgeschäften, von Darlehensverträgen und von sonstigen Institutionen wie Zünften und Vereinigungen oder Gesellschaften einmal gründlich nachgehen. Auch Irving Fisher hielt die Brakteaten für aufschlußreich und erwähnenswert im Zusammenhang mit der Frage nach einer Stabilisierung des Geldwertes:

„Das Hauptmerkmal dieses Brechgeldes war jedoch ihre von Zeit zu Zeit stattfindende Umprägung. Durchschnittlich rief der Münzherr alle umlaufenden Münzen zwei- bis dreimal im Jahre zum Umtausch auf und erhob ca. 25% Schlagschatz (. . .) Ein Vorteil des Brechgeldes war, daß es zum ersten Male in der Geschichte Mitteleuropas ein Tauschmittel von kleiner Stückelung darstellte. Die umlaufenden Gold- und Silbermünzen besaßen zu großen Wert, um dem allgemeinen Umlauf dienen zu können. Deshalb ermöglichte das Brechgeld größere Arbeitsteilung.

Diese eigenartige Besteuerung durch Schlagschatzerhebung hatte aber eine andere wichtige Bedeutung. Da das Brechgeld der Umprägung und einem 25%igen Schlagschatz nach etwa 5 Monaten unterlag, entstand ein Verlust von einem Viertel des Münzwertes; dieser Verlust verteilte sich über die ganzen 5 Monate (. . .) Niemand mochte Münzen mit einem monatlichen Verlust von 5% durchschnittlich behalten. Man

bevorzugte es, die Münzen sogleich in Ware umzusetzen. Man sagt, daß dies eine Zeit des Bargeldverkehrs war und daß Handel, Gewerbe und Künste einen Auftrieb vom Bestreben der Menschen erhielten, ihr Geld loszuwerden. Doch weist man darauf hin, daß irgend eine größere Inflation der Warenpreise vermieden wurde.<sup>86</sup>“

*Karl Walker* sieht die Auswirkungen der Münzordnung, bei der die Münzen jeweils zurückgerufen wurden (*renovatio monetarum, revocationes, innovationes, mutationes monetarum*) noch günstiger:

„Von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis zur Mitte des 15. Jahrhunderts herrschte eine fast ununterbrochene Zeit der Wirtschaftsblüte. Wohl gab es in diesen drei Jahrhunderten auch Krieg und Wirrmis; in diese Epoche fiel die kaiserlose Zeit, das Faustrecht der Raubritter, die Herrschaft der Feme, und der Schwarze Tod zog über Europa. Aber gerade deshalb ist es um so höher zu bewerten, was Gewerbefleiß, Künste und Kultur aus der unerschöpflichen Schaffenskraft der Menschen heraus in dieser Epoche gestaltet haben. In diesen Zeiten entstanden die Stadsiedlungen von Dinkelsbühl, Hildesheim, Nördlingen und viele andere, die wir heute noch bewundern; in diesen Zeiten wuchsen die Dome der Gotik in den Himmel; in diesen Zeiten hatte man Geld und gab es auch aus für den Bau wundervoller Kathedralen, Rathäuser, Patrizierpaläste, Gildenhallen, Brücken und Brunnen. Und in diesen Zeiten wurde auch die gewaltige Leistung der Entwicklung und Neugründung von Städten östlich der Elbe und an der Küste der Ostsee vollbracht. Berlin, Breslau, Oppeln, Marienburg, Memel, Thorn, Kulm, Riga – das alles waren unerhörte „Investitionen“, wie die Nationalökonomien heute sagen würden. Aber finanziert wurden diese Investitionen aus dem rastlosen Zirkulieren eines Geldes, das sich nirgends zur Ruhe und Untätigkeit niederschlagen und als gewichtiger Schatz die Zeiten überdauern konnte.“<sup>87</sup>“

*Walker* berichtet auch von einer Studie der soziologischen Abteilung der Harvard-Universität, in welcher das frühe Mittelalter als eine der harmonischsten und glücklichsten Epochen der Menschheit bezeichnet und die Wirtschaftsblüte mit der eigenartigen Münzordnung in Zusammenhang gebracht wird<sup>88</sup>. Ihr Ende fand diese Blütezeit, wenn die mir vorliegenden Hinweise zutreffen, mit der Einführung des „ewigen Pfennigs“, also eines für den Inhaber wieder „besseren“ Geldes, das zur Schatzbildung taugte, wieder „Mehrwert“ erzeugte und damit dem Zinswesen und -unwesen Tür und Tor öffnete.

*Zweitens* wurde Geld, wie *Gesell* es vorgeschlagen hatte, schon im kleineren Rahmen erprobt:

„Hans Timm war der erste Anhänger *Gesells*, der Stempelgeld als privates Ersatzzahlungsmittel zur praktischen Verwendung brachte. Dies war in Deutschland in der kleinen Bergarbeitergemeinde Schwa-

nenkirchen, in den Jahren 1930 bis 1931, wo der Besitzer eines Kohlenbergwerks namens Hebecker es mit Hilfe von Stempelgeld („Wära“ genannt) nicht nur fertig brachte, sein Bergwerk wieder zu eröffnen, sondern es auch trotz fortschreitender Deflation von 1931 an in Betrieb hielt. Dieser Versuch erregte großes Aufsehen, und die österreichische Stadt Wörgl begann im Jahre 1932 ähnliches Stempelnotgeld auszugeben, um die Arbeitslosigkeit zu lindern und öffentliche Arbeiten zu fördern. In Deutschland wurde die Ausgabe der Wära durch die Regierung Brüning untersagt, und später wurde ein ähnliches Verbot in Österreich auf Betreiben der Österreichischen Nationalbank verordnet. Trotzdem waren beide Versuche von Erfolg gekrönt gewesen.“<sup>89</sup>“

Auch in den Vereinigten Staaten gab es in den dreißiger Jahren eine Welle von Versuchen und Experimenten, die *Irving Fisher* angeregt hat und über die er uns berichtet<sup>90</sup>.

*Drittens* verdient neben *Silvio Gesell* auch noch *N.A.L.J. Johannsen* erwähnt zu werden. Er hat ähnliche Ideen verfolgt und veröffentlicht<sup>91</sup>. Auch *Johannsen* fand kaum ein Echo in der Fachwelt. Neben ein paar weniger Bedeutenden war wiederum nur *Keynes* aufgeschlossen genug zur Aufnahme auch dieser fruchtbaren Anregungen von außerhalb der professionellen Ökonomie<sup>92</sup>. Bei uns hat *Johannsen* erst durch *Erich Schneider* und *Hans W. Schnack* eine späte Würdigung erfahren<sup>93</sup>, die jedoch auch wiederum nicht dazu geführt hat, daß die Fachwelt *Johannsens* Idee einer „Steuer der Zukunft“ auf Geldbesitz aufgegriffen hätte.

*Viertens* und *letztes* hat man mich wiederholt gefragt, ob das Ziel einer stabilen Währung einerseits und eines inflationierten Tausch- und Zahlungsmittels andererseits nicht auch auf dem Wege erreichbar sei, daß man unsere Inflation im wesentlichen weiterlaufen läßt, wie sie läuft, zur Stabilisierung von *Geldforderungen* jedoch eine gesetzliche Indexbindung einführt, die dafür sorgt, daß Darlehen ihre Kaufkraft behalten.

Selbst wenn alle wirtschaftlichen Folgen, die mit einem „Geld ohne Mehrwert“ erzielt werden können, auch auf die soeben angedeutete Weise einer lückenlosen Indexbindung für *Geldforderungen* ausgelöst werden könnten, was ich bezweifle, bleiben wenigstens zwei durchschlagende Einwände:

Zunächst fragt sich, warum die geldtechnisch und rechtlich sehr viel kompliziertere Lösung einer einfacheren und klareren vorgezogen werden soll. Bisher wurde das Nominalwertprinzip bei uns unter sehr viel widerlicheren Bedingungen der Inflation verteidigt, – angesichts der Aussicht jedoch, endlich Mittel in die Hand zu bekommen, die Währung zu stabilisieren, wird erwogen, es aufzugeben. Einfachheit und Klarheit, Offenkundigkeit und kalkulatorische Praktikabilität sprechen eindeutig für das „Geld ohne Mehrwert“, also für eine *stabile Währungseinheit* bei gleichzeitiger Verwendung eines monetären Verrechnungsmittels, das

auf dieselbe stabile Währungseinheit lautet, aber mit Durchhaltekosten belastet ist. Dabei spielt auch der psychologische Effekt eine Rolle: Dank der expliziten Durchhaltekosten beim „Geld ohne Mehrwert“ trägt dieses Geld seinen Charakter als monetärer Spezialist für die Zirkulation auf der Stirn. Es erscheint auch äußerlich als das, was es nach den geldtheoretischen Erkenntnissen und nach den Grundsätzen von Recht und Gerechtigkeit sein soll. Die Indexbindung von Forderungen bei gleichzeitiger allgemeiner Inflation dagegen ist geradezu die Verkörperung der monetären Flickschusterei, zu der diese „Lösung“ des Problems zwingt.

Außerdem steht bei dem „Geld ohne Mehrwert“ der Zentralbank ein währungspolitischer Aktionsparameter zur Verfügung, auf den sie sonst verzichten müßte: der Parameter der präzise dosierbaren Durchhaltekosten auf Liquidität. Will man dagegen, bei gesetzlicher Indexsicherung für Geldforderungen, die Wirtschaft und ihre Konjunktoren über eine allgemeine Inflation steuern, die auch die Währungseinheit erfaßt, dann versagt die Währungseinheit als Maßstab für transtemporale Kaufkraftmessungen und Kalkulationen, und zur direkten Steuerung der gewollten Inflation steht nur die Manipulation der Geldmenge zur Verfügung. Mit den Durchhaltekosten jedoch läßt sich die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und damit der Geldstrom als solcher direkter beeinflussen und das Repertoire währungspolitischer Maßnahmen kann dank größerer Differenziertheit flexibler gehandhabt werden.

Die Währung ist ein Maßstab für Kaufkraft und Tauschvermögen, so wie der Meter ein Maßstab für Längen, das Kilogramm ein Maßstab für Massen und der Liter ein Maß für Rauminhalte sind. Die gleichen Gründe, die für einheitliche und zeitstabile Längen-, Massen- und Raummaßenheiten sprechen, gelten auch für ein einheitliches und zeitstabiles Maß für Tauschvermögen. Die Geldordnungs- und Geldpolitik muß daher alles daran setzen, die Währungseinheit zu stabilisieren. Das gelingt nur, wenn das Tauschmittel so mit der Maßeinheit der Währung verknüpft wird, daß eine Entwertung des Tauschmittels durch welche Ursachen auch immer nicht auf die Währungseinheit durchschlägt. Wenn also – zur Vermeidung monetärer Schereneffekte und ihrer Auswirkungen – die Entwertung des Zahlungsmittels unvermeidbar ist, dann muß sie geldordnungspolitisch miteingeplant und geldtechnisch eingerichtet werden: durch Vorgabe einer stabilen Währungseinheit und durch Ausgabe von Zahlungsmitteln mit Durchhaltekosten, wobei die Durchhaltekosten währungspolitisch so zu dosieren sind, daß sie zur Stabilisierung der Währungseinheit beitragen.

## Anmerkungen

- 1 Zum praktischen Idealismus des dialektischen Materialismus: *Dieter Suhr*, Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung, Berlin 1975, S. 63-214.
- 2 *Karl Marx/Friedrich Engels*, Werke, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (im Folgenden: MEW), Bd. 1, S. 488.
- 3 MEW Bd. 4, S. 98 ff., und *John F. Bray*, Labour's Wrongs and Labour's Remedy – Or the Age of Might and the Age of Right, Leeds 1839, Neudruck London 1968.
- 4 Ein Plagiat dürfte kaum vorliegen; dazu *Karl Diehl*, Pierre Joseph Proudhon, Sein Leben und sein Werk, Neudruck der Ausgaben Jena 1888-1896, Aalen 1968, 2. Abteilung, S. 268-278.
- 5 MEW Bd. 13, S. 66 ff.
- 6 *John Gray*, The Social System. A Treatise on the Principle of Exchange, Edinburgh 1831 (Neudruck New York 1972); *ders.*, Lectures on the Nature and Use of Money, Edinburgh 1848 (Neudruck New Jersey 1972).
- 7 Siehe *K. Diehl*, oben Anm. 4.
- 8 MEW Bd. 25, S. 357-369; Bd. 26, 3. Teilband, S. 512-521.
- 9 MEW Bd. 26, 3. Teilband, S. 512.
- 10 MEW Bd. 4, S. 479.
- 11 MEW Bd. 4, S. 507.
- 12 z. B. *Pierre Joseph Proudhon*, Ausgewählte Schriften, hrsg. von *A. Ruge* und *A. Darimon*, Leipzig 1851, Neudruck 1973, 3. Band, S. 200 („König“), 279 (der Zirkulation auferlegter Zoll).
- 13 *P.J. Proudhon*, oben Anm. 12, S. 100; *S. Gesell*, unten Anm. 32, 1949, S. 237, 190, 202.
- 14 MEW Bd. 25, S. 53.
- 15 MEW Bd. 4, S. 105.
- 16 MEW Bd. 4, S. 105.
- 17 MEW Bd. 4, S. 72.
- 18 MEW Bd. 4, S. 75.
- 19 MEW Bd. 1, S. 86.
- 20 MEW Bd. 23, S. 49 ff.
- 21 MEW Bd. 25, S. 360; ähnlich Bd. 26, 3. Teilband, S. 513.
- 22 MEW Bd. 25, S. 363 f.; anders Bd. 13, S. 82: Gebrauchswert des Geldes als „Zirkulationsmittel“.
- 23 MEW Bd. 26, 3. Teilband, S. 525.
- 24 MEW Bd. 25, S. 49.
- 25 MEW Bd. 25, S. 48.
- 26 MEW Bd. 25, S. 49.
- 27 MEW Bd. 26, 3. Teilband, S. 512.
- 28 *Wolfgang Stützel*, Artikel „Wert und Preis“, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. Aufl., Stuttgart 1975, Sp. 4404-4425.

- 29 *Wolfgang Stützel*, Artikel „Gesell, Silvio“, in: *Evangelisches Soziallexikon*, 7. Aufl., Stuttgart, Berlin, 1980, Sp. 662-671; *Werner Schmid*, Silvio Gesell – Die Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954.
- 30 *Irving Fisher*, *Feste Währung – Zur Entwicklungsgeschichte der Idee*, Uchtdorf, Weimar und Leipzig, 1937, S. 117 mit Anm. 65; *ders.*, Stamp Scrip, New York 1933.
- 31 *John Maynard Keynes*, *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes*, Berlin 1936, S. 298-302, 313.
- 32 *Silvio Gesell*, *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld*, 9. Aufl., Lauf bei Nürnberg, 1949, S. 34, 127. Ausführlicher *ders.*, *Die Ausbeutung und ihre Bekämpfung*, 1922, Neudruck Hamburg o.J. (FSU-Verlag).
- 33 *S. Gesell*, oben Anm. 32 (1949), S. 212.
- 34 *S. Gesell*, oben Anm. 32 (1922), S. 10.
- 35 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 301.
- 36 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 309-311.
- 37 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 237.
- 38 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 313 ff.
- 39 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 190.
- 40 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 322.
- 41 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 322.
- 42 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 188 ff.
- 43 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 300 f.
- 44 Zu den „Bestandhaltepreisen“ im Zusammenhang mit Geld im allgemeinen: *Wolfgang Stützel*, *Über einige Währungstheorien*, Tübingen 1969, S. 11 ff.
- 45 *Friedrich A. Hayek*, *Entnationalisierung des Geldes*, Tübingen 1977, S. XI, wo Silvio Gesell sogar als eine Art geistiger Vater der Geldverschlechterung durch Geldvermehrung erscheint. *Wolfram Engels*, *Schwundgeld*, in: *Capital*, Heft 7, Juli 1982, S. 127, mit ähnlicher Tendenz.
- 46 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 302, 196.
- 47 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 193, 196.
- 48 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 301.
- 49 In Wörgl hat das Gesellsche Freigeld sich neben der offiziellen Währung auch ohne gesetzliche Sanktionierung ausgebreitet: *Friedrich Schwarz*, *Das Experiment von Wörgl*, Bern 1951, S. 71. Vgl. auch *Irving Fisher*, *Stamp Scrip*, New York 1933, S. 108 f.
- 50 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 33.
- 51 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 316-318.
- 52 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 186 ff., 192: „(. . .) die gleichen Schwierigkeiten, solange irgendein Vermögensbestand weiterbesteht, dessen Eigenzinsfuß sich bei einer Zunahme der Produktion einer Senkung widersetzt,“ und S. 192 ff.: das Geld als ein solcher Bestand.
- 53 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 188 ff.
- 54 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 198.
- 55 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 329, in Übereinstimmung mit den allgemeinen Überlegungen von *Keynes*, oben Anm. 31. S. 192 ff.
- 56 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 249.
- 57 *W. Stützel*, oben Anm. 28.
- 58 *W. Stützel*, oben Anm. 28, Sp. 4416.
- 59 Überlegungen hierzu bei *Bernhard Schlink*, *Das Spiel um den Nachlaß*, in: *Adalbert Podlech* (Hrsg.), *Rechnen und Entscheiden*, Berlin 1977, mit Hinweis auf R. Duncan Luce/Howard Raiffa, *Games and Decision*, New York, London, Sydney, 1957, Neudruck 1967, S. 128 ff.
- 60 Diese Überlegungen trug Frau stud. iur. *Carmen Ateschrang* in einem Seminarreferat vor.
- 61 *W. Stützel*, oben Anm. 28, Sp. 4416.
- 62 *Wolfgang Stützel*, *Das Mark-gleich-Mark-Prinzip und unsere Wirtschaftsordnung*, Baden-Baden 1979, S. 12 f.
- 63 Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Währungsgesetz), als Gesetz Nr. 61 der amerikanischen (Amtsblatt, Ausgabe J, S. 6) und britischen (Amtsblatt Nr. 25, S. 848) Militärregierung vom 20.6.1948, Verordnung Nr. 158 der französischen Militärregierung (Journal Officiel Nr. 173, S. 1506) vom 18.6.1948.
- 64 z. B. *Spiros Simitis*, *Bemerkungen zur rechtlichen Sonderstellung des Geldes*, in: *Archiv für die civilistische Praxis*, Bd. 159 (1960), S. 406-466.
- 65 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 319.
- 66 Anspielung auf *Wolfgang Stützel*, *Volkswirtschaftliche Saldenmechanik*, 2. Aufl., Tübingen 1978, insbesondere S. X.
- 67 *Hugo T.G. Godschalk*, *Computergeld – Entwicklungen und ordnungspolitische Probleme des elektronischen Zahlungsverkehrsystems*, Frankfurt/M. 1983.
- 68 z. B. in Beiträgen der Zeitschrift für Sozialökonomie, Mensch, Technik, Gesellschaft (mtg), insbesondere *Felix G. Binn*, *Konsequenter Monetarismus*, Heft Oktober 1976; *ders.*, *Arbeit, Geldordnung, Staatsfinanzen*, Hann. Münden 1983.
- 69 Grundkonzept: *Milton Friedman*, *Die optimale Geldmenge und andere Essays*, München 1970, S. 90/91. Auch die anderen Auseinandersetzungen oben im Text gelten Thesen in den programmatischen Aufsätzen dieses Sammelbandes.
- 70 *Thomas S. Kuhn*, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, 5. Auflage, Frankfurt 1981.
- 71 Zu den erkenntnistheoretischen und praxeologischen Fragen dieses Phänomens im allgemeinen (self-fulfilling prophecy): *Dieter Suhr*, *Die kognitiv-praktische Situation*, Berlin 1977, und *ders.*, *Bewußtseinsverfassung und Gesellschaftsverfassung*, Berlin 1975, S. 226-243.
- 72 *F.A. Hayek*, oben Anm. 45.
- 73 *Wolfram Engels*, *The Optimal Monetary Unit*, Frankfurt/New York 1981.
- 74 *J.M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 29.
- 75 *S. Gesell*, oben Anm. 32, S. 237.
- 76 Dank der Aufforderung und Herausforderung, einen Vortrag zu halten über „Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht“, wurde ich auf die Fragen gestoßen, auf die dieses Buch den Versuch einer etwas größer angelegten Antwort darstellt. Der Vortrag ist publiziert in: *Joachim Starbatty* (Hrsg.), *Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft*, Walter Eucken Institut Freiburg i.Br., *Wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftsrechtliche Untersuchungen*, Heft 18, Tübingen 1982, S. 91-116.

- 77 Statt vieler *J. M. Keynes*, oben Anm. 31, S. 315.
- 78 z.B. *Erich Carell*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 14. Aufl., Heidelberg 1972, S. 497 ff. Zur Diskussion: *Friedrich A. Lutz*, On Neutral Money, in: Roads to Freedom, Essays in Honor of *F.A. von Hayek*, London 1969, S. 105-116; *Jürg Niehans*, Theorie des Geldes, 1980, S. 18 ff., 122 ff.
- 79 Etwas ausführlicher: *D. Suhr*, oben Anm. 76.
- 80 *F.A. Hayek*, Der Weg zur Knechtschaft, Zürich o.J., S. 120 f.; ähnlich mit weiteren Nachweisen *S. Simiitis*, oben Anm. 64, S. 428 f.
- 81 Zu dieser Daseinsform von Freiheit allgemein: *Dieter Suhr*, Die Entfaltung der Menschen durch die Menschen, Berlin 1976, sowie *Pierre Joseph Proudhon*, Bekenntnisse eines Revolutionärs (von 1848), hrsg. von *G. Salomon*, Berlin 1923, S. 275.
- 82 In diesem Jahr erschien *Silvio Gesell*, Die Reformation des Münzwesens als Brücke zum sozialen Staat. Gesell entwickelte seine Gedanken weiter in den beiden Fortsetzungen zu dieser Erstschrift: *Nervus Rerum* (1891) und *Die Verstaatlichung des Geldes* (1892, – alle im Selbstverlag, Buenos Aires).
- 83 Bundesverfassungsgericht, Mitbestimmungsurteil vom 1. März 1979, BVerfGE Bd. 50, S. 290, 342 f.; *Dieter Suhr*, Eigentumsinstitut und Aktieneigentum, Hamburg 1966, S. 46 ff., 60 ff.; *ders.*, oben Anm. 81 (1976), S. 195 ff.
- 84 Hierher gehört wiederum *Keynes*, oben Anm. 31, S. 109-112, 184: „Zwei Pyramiden, zwei Steinhäufen für die Toten, sind doppelt so gut wie einer, aber nicht so zwei Eisenbahnen von London nach York.“ „Soweit Millionäre ihre Befriedigung darin finden, mächtige Paläste zur Beherbergung ihrer Leiber während ihres Lebens und Pyramiden zu ihrer Bergung nach dem Tode zu errichten, oder in Bereuung ihrer Sünden Kathedralen erbauen und Klöster oder Missionen beschenken, kann der Tag, an dem die Fülle des Kapitals auf die Fülle der Produktion störend einwirkt, aufgeschoben werden.“
- 85 z.B. Stiftung für persönliche Freiheit und soziale Sicherheit, Hamburg; Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e. V. Hamburg, mit der Zeitschrift mtg (oben Anm. 68). – *Ernst Winkler*, Freiheit – Oder? Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“, Sonderdruck „Fragen der Freiheit“, Seminar für freiheitliche Ordnung, Bad Boll; *ders.*, Theorie der natürlichen Wirtschaftsordnung, Heidelberg-Ziegelhausen, 1952.
- 86 *I. Fisher*, oben Anm. 30 (1937), S. 13 f.
- 87 *Karl Walker*, Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg-Ziegelhausen, 1952, S. 58; *ders.*, Das Geld in der Geschichte, Lauf bei Nürnberg, 1959, S. 29-104.
- 88 Hinweis ohne weiterführende Nachweise bei *Paul Heinrich Diehl*, Aufstieg oder Untergang? Geldreform und Wirtschaftsverfassung als Schicksalsfrage der menschlichen Gesellschaft, Sonderdruck „Fragen der Freiheit“, S. 80.
- 89 *I. Fisher*, oben Anm. 30, 1937, S. 119; auch 1933, passim. Ausführlich: *F. Schwarz*, oben Anm. 49.
- 90 *K. Walker*, oben Anm. 87, Siehe auch *I. Fisher*, oben Anm. 30 (1933)
- 91 Siehe dazu *Erich Schneider*, N.A.L.J. Johannsen und J.M. Keynes, Einführung zum gleichnamigen Beitrag von *Hans-W. Schnack* in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Band 2, 1951, S. 129-131, und den Beitrag von *Schnack*, S. 132-156, sowie dessen Dissertation „Der Wirtschaftskreislauf bei N.A.L.J.

Johannsen und J.M. Keynes“, Diss. Kiel 1951. Johannsens Vorschlag findet sich in seinem Buch „Die Steuer der Zukunft und ihre Einwirkung auf geschäftliche Depressionen und volkswirtschaftliche Verhältnisse“, Berlin 1913.

- 92 *John Maynard Keynes*, Vom Gelde, München o.J. (1931/32), S. 375.
- 93 Siehe oben Anm. 91.